

 <p>Zwischen Heuchelei und Amnesie: Der Guterres-Skandal entlarvt die UNO und Deutschland</p> <p>SEITE 3</p>	<p>Warum die Zweistaatenlösung keinen Frieden bringt</p> <p>SEITE 4-5</p>	 <p>Erinnerungen an die Reichspogromnacht</p> <p>SEITE 30</p>	
--	--	---	---

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, am 7. Oktober wurde die Welt Zeuge eines beispiellosen Pogroms. Hamas-Schergen überwand die Grenze, überfielen Kibbuzim und ein Musik-Festival in der Negev Wüste und ermordeten auf bestialische Art und Weise über 1400 Israelis. Die islamischen Terroristen kannten keine Menschlichkeit, keine Gnade und keinen Respekt vor göttlichen Geboten. Sie schlitzen Schwangeren die Bäuche auf, enthaupteten Babys, vergewaltigten Frauen zu Tode und schändeten die Leichen ihrer Opfer. Über 200 Geiseln, darunter Kinder und Greise, wurden in den Gazastreifen verschleppt. Am 7. Oktober starben so viele Juden, wie nie zuvor seit dem Holocaust der Nazis.

Die abscheulichen Morde und sadistischen Widerwärtigkeiten der Islamis an den überfallenen Menschen in Israel erinnern in schrecklicher Weise auch eher an die Gräueltaten der Nazis, so dass man sich fragen muss, ob es noch einen Unterschied zwischen Nazis und diesen islamischen Tätern aus Gaza gibt.

Die Antwort ist ja!! Natürlich gibt es einen Unterschied zwischen Nazis und sogenannten „Palästinensern“.

Auch die Nazis ermordeten willkürlich jüdische Frauen, Männer und Kinder. Sie entmenslichten sie zuvor und nannten sie Untermenschen, damit sie sie ohne Schuldgefühle und Unrechtsbewusstsein zu Millionen ermorden konnten.

Für die „Palästinenser“ gibt es ganz augenscheinlich für ihre bestialischen Schandtaten weder Schuldgefühle noch ein Unrechtsbewusstsein. Es wird auch nichts verheimlicht wie etwa bei den deutschen Judenmördern der Nazizeit. Im Gegenteil: das Entwürdigen der jüdischen Opfer und das Ermorden von Juden sowie auch das weltweite Feiern dieser Morde scheint ganz offensichtlich eines der höchsten Bestreben der islamischen Täter zu sein und erfüllt sie mit Stolz.

► Fortsetzung auf Seite 2



Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF; Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



Angriff auf Israel – Appeasement-Politik Deutschlands gegenüber Hamas



Von Benjamin Weinthal

JERUSALEM – Seit Jahren duldet die deutsche Bundesregierung sehenden Auges die Aktivitäten der islamischen Terrororganisation Hamas. Der Verfassungsschutz erstellte in diesem Jahr eine Liste von rund 450 aktiven Hamas-Mitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland.

Brigadegeneral (a.D.) Amir Avivi, Gründer und CEO des 'IDSF' (Israel's Defense and Security Forum) sagt gegenüber der 'Jüdischen Rundschau' (JR), Deutschland solle „diese Leute verhaften“ und „etwas gegen das extremistische Gebilde unternehmen“.

Er fügte hinzu: „Die Hamas ist der Islamische Staat. Das ist eine sehr gefährliche Ideologie. Was Israel erlebt, wird Europa auch erleben, wenn es nicht handelt.“ Hamas-Terroristen brachen am 7. Oktober durch Israels Sicherheitsbarriere und ermordeten mehr als 1.400 Menschen.

Avivi drängt gegen das sympathisierende Umfeld der Hamas in der Bundesrepublik durchzugreifen und erklärt: „Je eher, desto besser.“ Er betont, die deutschen Behörden „müs-

sen vorbeugend handeln“.

Der General hält fest: „Der einzige Unterschied zwischen Nazis und der Hamas ist das Niveau ihrer Fähigkeiten. Deutschland muss von der Hamas als eine Einheit denken, die Israel beseitigen will.“ Er hebt hervor, dass die Hamas Babys abschlachtete und in einem Ausmaß Gräueltaten an Juden beging, das seit der Hitler-Bewegung nicht mehr stattgefunden hat.

Rabbi Abraham Cooper, Associate Dean der jüdischen Menschenrechtsgruppe 'Simon Wiesenthal Center', sagt gegenüber der JR: „Der deutsche Geheimdienst hat seinen Job getan, jetzt müssen die Behörden den ihren tun und die Hamas-Aktivisten sofort festnehmen.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte 'Bild am Sonntag' die Sicherheitsbehörden konzentrieren sich sehr stark auf mögliche Unterstützer der Hamas. „In dieser schrecklichen Situation gilt umso mehr: Der Schutz von Jüdinnen und Juden in Deutschland hat für uns allerhöchste Priorität.“

Faeser fordert auch die Abschiebung von Anhängern der Terrororga-

nisation Hamas aus Deutschland.

Die JR wand sich an das 'Bundesministerium des Innern und für Heimat' (BMI) bezüglich einer Stellungnahme.

Die JR fragt: Wie viele Hamas-Mitglieder hat das BMI bislang verhaftet? Wie viele Hamas-Mitglieder sind abgeschoben worden?

Wird das BMI die Islamische Revolutionsgarde, die „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“ (IRGC), als Terrororganisation verbieten?

Die „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“ hat eine wichtige Rolle beim Massaker der 1.400 Menschen am 7. Oktober in Israel gespielt.

Die USA haben bereits im Jahr 2019 die IRGC als Terrororganisation eingestuft und fortan verboten.

Eine Pressesprecherin des BMI sagte der JR: „Die Sicherheitsbehörden in Deutschland haben die Hamas im Visier. Der Bundeskanzler und die Bundesinnenministerin haben beschlossen, dass jegliche Aktivitäten der Hamas und der Samidoun-Gruppe in Deutschland verboten werden.“

► Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Angriff auf Israel – Appeasement-Politik Deutschlands gegenüber Hamas

Über 1400 bestialisch ermordete israelische Zivilisten und nahezu 240 verschleppte Geiseln – das ist die verheerende Bilanz des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober. Das Ausmaß der Massaker ist derart barbarisch, dass man es kaum in Worte fassen kann: Zu Tode vergewaltigte Frauen und enthauptete Babys zeugen von der entmenslichten Gewalt der islamischen Terroristen. In zahlreichen Statements hat die deutsche Bundesregierung ihre Solidarität mit Israel kundgetan, doch ihre doppel-moralische Politik der letzten Jahre hat den islamischen Terror gegen Juden in Israel und in Deutschland salonfähig gemacht und teilweise mitfinanziert. (JR)

Damit setzt die Bundesregierung ein klares Signal, dass die Solidarität mit und die Unterstützung des Hamas-Terrors eingestellt wird. Das Bundesinnenministerium und die beteiligten Sicherheitsbehörden bereiten diese Verbote intensiv vor und werden sie schnellstmöglich durchsetzen. Selbstverständlich können im Vorfeld keine Angaben zu Zeitpunkt und Einzelheiten operativer Maßnahmen gemacht werden, um diese Maßnahmen nicht zu gefährden.“

Nur Symbol-Politik?

Ist Faeser-Politik Symbol-Politik, eine Sonntagsrede? Wenn das BMI zu konkreten Zahlen der Verhaftung und Abschiebungen von Hamas-Mitgliedern und zu einem Verbot der Armee der Wächter der Islamischen Revolution schweigt, gibt die Sicherheitslage in der Bundesrepublik ein sehr gefährliches und düsteres Bild ab. Der deutsche Botschafter in Israel, Steffen Seibert, zeigt deutliche Sympathie für „palästinensische“ Terroristen, sagen Israelis. Israels Regierung rügte Seibert dieses Jahr wegen der Teilnahme an einem umstrittenen alternativen Gedenktag, der neben jüdischen Terroropfern auch getöteten „palästinensischen“ Terroristen gedachte.

Auf die Frage der JR an Seibert, ob er wieder an einer „palästinensischen“ Terror-Gedenkveranstaltung teilnehmen werde, sagte ein Pressemitarbeiter der deutschen Botschaft gegenüber der JR: "Botschafter Seibert hat in der Vergangenheit an keiner 'Gedenkveranstaltung für Hamas-Terroristen' teilgenommen und wird dies selbstverständlich auch in Zukunft nicht tun"

General Avivi kritisierte Felix Klein, den Beauftragten der Bundesregierung zur Bekämpfung von Antisemitismus, weil er, Klein, den „palästinensischen“ und iranischen Antisemitismus in Deutschlands im nationalen Strategiebericht zur Bekämpfung von Antisemitismus aussparte. Klein lehnte es ab, dies zu kommentieren.

Auch äußert Klein sich nicht zum Verbot der Armee der Wächter der Islamischen Revolution, obwohl die iranische Terror-Gruppe, lt. deutscher Sicherheitsbehörden, Anschläge gegen Synagogen unternommen hat. Die IRGC bezahlte überdies einen pakistanischen Auftragskiller, um sowohl Israelis als auch einen ehemaligen Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Deutschland zu ermorden.

Avivi drängte Baden-Württemberg den umstrittenen deutschen Bürokraten Michael Blume zu entlassen, weil er die IDF verunglimpft und den mutmaßlichen Pro-Hamas-Aktivisten Jürgen Todenhöfer preist. Blumes Arbeit als Antisemitismusbekämpfer besteht darin, Antisemitismus zu bekämpfen. Er, Blume, wurde ebenso von Natan Sharansky beschuldigt, antisemitische Verschwörungstheorien gegen das jüdische Volk und Israel zu schüren.

Israels Regierung wirft Todenhöfer vor, 2019 an einem von der Hamas organisierten „Marsch zur Rückkehr“ im Gazastreifen teilgenommen zu haben, dessen Ziel darin bestand, die Grenze nach Israel zu durchbrechen. Dies sei, laut Experten, als ein Vorzeichen zum Massaker vom 7. Oktober 2023 zu erachten.

Auf der falschen Seite

Bereits 2012 lobte Michael Blume auf der

obskuren Internetseite 'Spektrum.de Sci-Logs' Todenhöfers Buch über den Islam; Todenhöfer ist als Sympathisant der Islamisten bekannt. Auf derselben Website bezeichnete Blume 2022 den Vater der IDF, Orde Wingate, als „Kriegsverbrecher“. Blumes Ehefrau Zehra wurde von der deutsch-jüdischen Aktivistin Malca Goldstein-Wolf dafür kritisiert, dass sie einen Artikel Todenhöfers verbreitete. Goldstein-Wolf schrieb auf X, früherer Twitter, dass Zehra wegen ihrer Werbung für Todenhöfer nicht als „Freundin der Juden“ betrachtet werden kann. Eine deutsch-jüdische Wochenzeitung kritisierte Todenhöfer scharf dafür, dass er den Holocaust verharmlost habe. Blume lehnt es konsequent ab, Presseanfragen der JR u.a. zu beantworten.

Blume ermöglicht auch die Weitergabe von Kontaktinformationen des 'Palästinakomitee Stuttgart', eine Hamas-freundliche Gruppe, auf der Internetseite der Stadt Stuttgart.

Stuttgarts Oberbürgermeister Frank Nopper wäre in der Lage, die Kontaktinformationen der Pro-Hamas-Gruppe zu löschen. Offenbar will er das aber nicht. Der Vorsitzende der DIG-Stuttgart Oliver Vrankovic beantwortet Presseanfragen dazu nicht, warum er und DIG-Stuttgart passiv gegenüber der Pro-Hamas-Ideologie auf der Internetseite der Stadtregierung bleiben. Sie haben es versäumt, einen Straßen-Protest gegen Nopper zu organisieren.

Aufgrund von Nachforschungen und der Berichterstattung dieses Autors und des Achgut-Journalisten Dr. Marcus Ermler, hat Bremen im Oktober den

Link der Hamas-freundlichen Gruppe 'Bremer Friedensforum', der man Hamas-Nähe nachsagt, auf der Bremer Homepage gelöscht. Statt gegen die Hamas auf der Seite der Bremer Regierung zu kämpfen, hat die DIG-Bremen eine antiisraelische Veranstaltung mit Volker Beck und Meron Mendel organisiert. Der Vorsitzende der DIG-Bremen ist der Grüne-Politiker Herman Kuhn.

Der deutsch-jüdische Journalist Henryk M. Broder schrieb im März d.J. einen Text 'Mit Freunden wie diesen' auf der 'Die Achse des Guten':

„Bis vor Kurzem war Israel noch ein Apartheidland, ein Besatzerstaat, eine Nachgeburt des Kolonialismus. Das hat sich innerhalb weniger Wochen geändert. Jetzt sorgen sich die Israel-Freunde um die Demokratie in Israel und sparen nicht mit guten Ratschlägen. Vorneweg dabei: die vom AA großzügig geförderte Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG). Die Bremer Sektion der DIG veranstaltete am 1. März eine „Diskussion“ über die Frage: Wohin geht Israel? Gehen die Freunde mit Israelis mit? Ja, wohin geht das Land? Zurück nach Mesopotamien? In Rente? In die innere Emigration? Und wer sind die Freunde, die sich nun fragen, ob sie mitgehen oder lieber daheim bleiben sollen, in Elmshorn, Dinslaken und Wattenscheid? Licht aus, Spot an für zwei gestandene Freunde Israels!“

Benjamin Weinthal ist israelischer Journalist und Writing Fellow für The Middle East Forum.

Mitarbeit: Carola Baseler

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Wenn diese islamischen Mörder die Möglichkeit hätten, 6 Millionen Juden, statt 1000 zu töten, würden sie es ohne jeden Zweifel mit Eifer tun. Und sie würden es nicht einmal versuchen, es vor der Welt zu verbergen, wie es die Deutschen getan haben, sondern diese grauenvollen Morde und Verbrechen an unschuldigen vor allem jüdischen Menschen auch noch mit Millionen anderen mit diesen Gräueln sympathisierenden Islamis weltweit feiern und bejubeln.

Wenn die zivilisierte Welt diesen von der UNO schon wieder teilgerechtfertigten Zivilisationsbruch einer mit unseren Lebenswerten inkompatiblen und dazu expansiven atavistischen und brutalen islamischen Unkultur nicht erkennt und endgültig in die Schranken weist, ist unsere westliche Zivilisation in nicht allzu ferner Zukunft verloren.

Berlin-Neukölln – Little Gaza in Deutschland

Der Nahost-Konflikt ist wieder auf Berlins Straßen angekommen – schlimmer und brutaler als je zuvor: Pro-„Palästina“ Demonstranten, die noch zuvor die bestialischen Morde und Köpfungen von jüdischen Babys bejubelt haben, verwandeln in Berlin-Neukölln ganze Straßenzüge in eine Bürgerkriegskulisse.

Ein ganzer Stadtbezirk wird faktisch vor den Augen einer überforderten Polizei vom vorwiegend islamischen Mob vereinnahmt. Autos werden in Brand gesteckt, Straßenbarrikaden errichtet, auf die Einsatzkräfte regnet es Pyrotechnik und Flaschen. Der Aufruf gewaltbereiter zumeist islamischer Terroranhänger auf X „Neukölln zu Gaza machen“ scheint aufzugehen: Es gibt Dutzende Festnahmen und Dutzende verletzte Polizisten.

Was als sogenannte Solidaritätskundgebung mit dem angeblich verunrechteten Gazastreifen deklariert wurde, eskaliert schnell zu einem gewalttätigen und hasserfüllten anti-israelischen und anti-jüdischen Aufmarsch. Der Hass des jüdenfeindlichen vorwiegend islamischen Mobs schraubt sich derart hoch, dass es einen Brandanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Berlin-Mitte kommt. Unbekannte haben zwei Molotowcocktails in Richtung der Synagoge in der Brunnenstraße geschleudert – zum Glück erreichen die Brandsätze das jüdische Bethaus nicht. Auch die im Gebäude befindliche Thora-Schule bleibt unbeschadet. Die Präsenz der heute für alle jüdischen Einrichtungen unverzichtbaren Objektschützer konn-

te wohl Schlimmeres verhindern.

In jener Nacht brannte zwar keine Synagoge aber dieser Terror-Anschlag brannte sich tief in die Seele vieler jüdischer Mitbürger ein. Erinnerungen an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 werden unwillkürlich wach.

Der Unterschied zur Judenverfolgung vor genau 85 Jahren ist allerdings die Tätergruppe. Es marschieren keine schwarzen Stiefel der SA- und SS-Brigaden durch Berlin, sondern ein mit „Palästina“-Fahnen bewaffneter islamischer Mob, der jeden getöteten Juden und der jedes bestialisch ermordete jüdische Kind mit großem Jubel feiert und im Anschluss ganze Stadtteile seines Gastlandes mit Gewaltorgien überzieht.

Nun ist das eingetreten, wovor die Jüdische Rundschau und ich ebenso wie andere namhafte Migrations- und Islamkritiker schon seit Jahren warnen: Ein nicht unerheblicher Teil der muslimisch-migrantischen Parallelgesellschaft stellt in Wahrheit eine feindselige Gegengesellschaft dar, deren Handlungsmaxime keinesfalls die Integration in die westlich demokratischen Normen ihres freiheitlichen Gastlandes ist sondern gewalttätiger Judenhass und abgrundtiefe Rechtsverachtung.

Ihr Kompass ist nicht das Grundgesetz. Ihre Leitsterne sind atavistische islamische Barbarei, überhebliche Verachtung unserer freiheitlich westlichen Demokratie und allem voran mörderischer Hass auf Israel und die Juden.

Jagd auf Juden

Nicht genug damit, dass entmenschte islamische Mörder vor drei Wochen nahezu 1400 jüdische Menschen, darunter Frauen und Kinder in Israel teilweise im Schlaf überfallen, bestialisch ermordet und unsäglich Weise jüdische Babys sogar geköpft haben.

Nicht genug damit, dass Tausende von Islamis in Gaza, Neukölln und vielen anderen Teilen der Welt in freudiger Erregung über die Judenmorde gejubelt und Bonbons verteilt haben.

Nicht genug damit, dass Hunderttausende von Islamis sich jetzt auf Grund der Gegenwehr Israels schrecklich verunrecht fühlen und die Schuld für die legitime, berechnete und erforderliche militärische Antwort distanzlos nicht etwa bei sich selbst suchen, sondern sie bei Israel suchen.

Nicht genug damit, dass sie darin auch noch bestärkt werden durch UNO, Teile der EU, Diktatoren wie Erdogan,

►► Fortsetzung auf Seite 10

Zwischen Heuchelei und Amnesie: Der Guterres-Skandal entlarvt die UNO und Deutschland

Bei einer Sitzung des Weltsicherheitsrates schockierte UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit widerwärtigen Aussagen zum Terror-Angriff der islamischen Hamas auf unschuldige israelische Zivilisten am 7. Oktober. Zwar verurteilte er den Terror, relativierte seine Aussage dann aber, indem er anmerkte, „dass die Angriffe der Hamas nicht im luftleeren Raum stattfanden.“ Gilad Erdan, UN-Botschafter Israels, warf Guterres vor, mit seinen Äußerungen Terror und Mord zu rechtfertigen und forderte seinen Rücktritt. (JR)

Von Krischan Schoeninger

Mit dem Guterres-Skandal als neuestem Kapitel einer endlosen Saga der Israel-Dämonisierung, offenbart sich die UNO als ein Club der Amnesie und der Heuchelei. Kaum zu glauben, dass dieselbe Organisation, die einst das Land zwischen Juden und Arabern teilte, nun Israel mit dem Brandmal des Aggressors versehen möchte.

Der UN-Generalsekretär hatte den Angriff der militant-islamischen Terrororganisation Hamas auf Israel vom 7. Oktober zwar klar verurteilt, Guterres sagte aber auch, die Angriffe der radikalislamischen „Palästinenserorganisation“ seien „nicht im luftleeren Raum erfolgt“. Die „Palästinenser“ würden seit 56 Jahren unter „ersticken-der Besatzung“ leiden.

Guterres griff Israel wegen seiner militärischen Reaktion auf den Angriff der Hamas an, indem er sagte: „Der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutet nicht, mehr als eine Million Menschen zur Evakuierung in den Süden zu befehlen, wo es keine Unterkünfte, keine Nahrung, kein Wasser, keine Medikamente und keinen Treibstoff gibt, und dann den Süden selbst weiter zu bombardieren“. Guterres warnte auch vor einer „kollektiven Bestrafung“ der „Palästinenser“ nach dem Hamas-Angriff und prangerte „klare Verletzungen des humanitären Völkerrechts“ im Gazastreifen an.

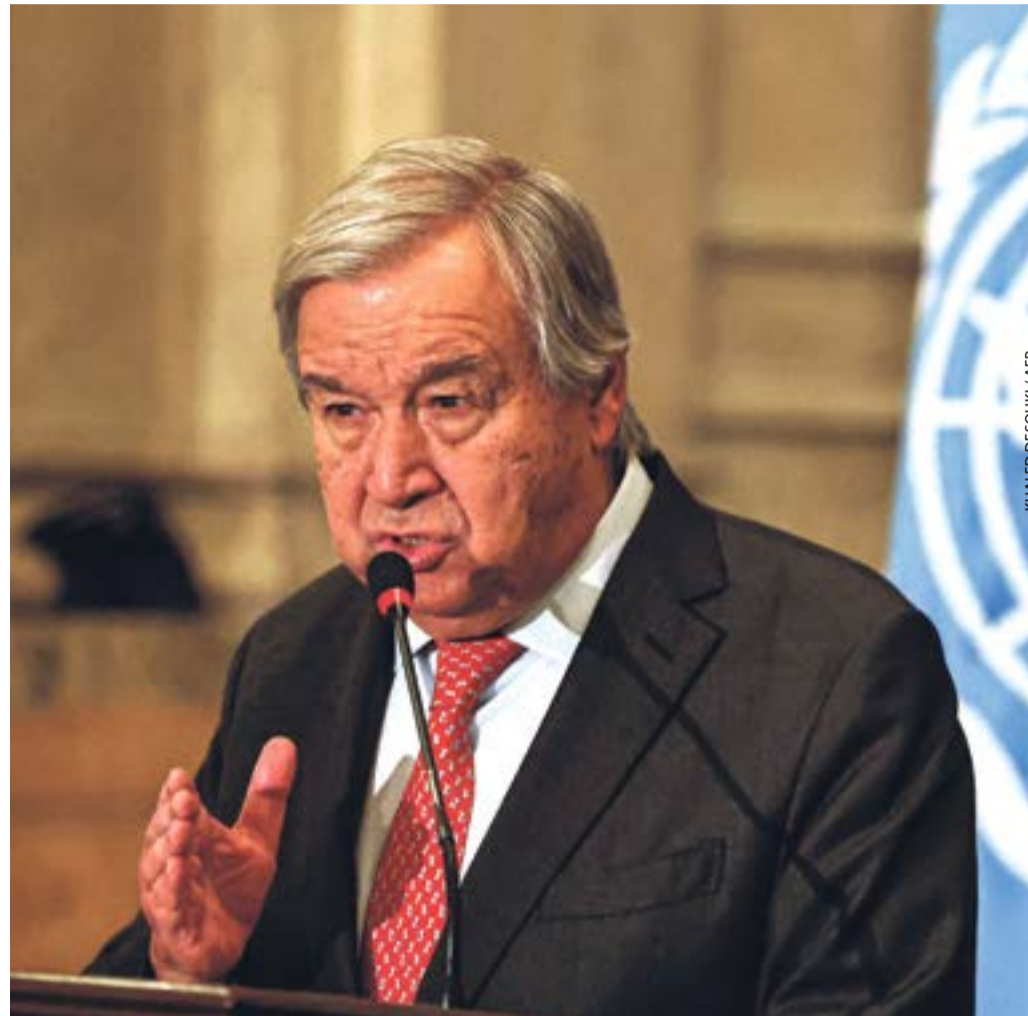
Scharfe Kritik aus Israel

Israels Außenminister Eli Cohen kritisierte Guterres heftig für seine Kommentare. Er konterte: „Herr Generalsekretär, in welcher Welt leben Sie?“ und fuhr fort mit „Sagen Sie mir: Was ist Ihre verhältnismäßige Reaktion auf die Tötung von Babys, die Vergewaltigung und Verbrennung von Frauen und die Enthauptung eines Kindes?“. Cohen widersprach auch der Idee eines von Guterres vorgeschlagenen Waffenstillstands, um humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zu liefern: „Wie kann man einem Waffenstillstand mit jemandem zustimmen, der geschworen hat, Sie zu töten und die eigene Existenz zu zerstören?“. Er betonte, dass Israel nicht den Wunsch nach Krieg hatte, aber entschlossen sei, ihn zu gewinnen. Für Cohen repräsentiert die Hamas „die neuen Nazis“.

Der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan forderte auf der Plattform X (vormals Twitter) auch den Rücktritt von Guterres vom Posten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

Die Bundesregierung sprach Guterres hingegen nach seinen Äußerungen ihr volles Vertrauen aus. Dies jedenfalls ließ Regierungssprecher Steffen Hebestreit verlauten.

Was verleitet den Generalsekretär der UNO zu solchen Aussagen? Ist es innere Überzeugung oder Opportunismus, Angst vor dem Iran? Einem der Hauptsponsoren der Hamas? In jedem der Fälle wäre Guterres ein Mann am falschen Platz. Oder geschahen seine Aussagen aus der Sorge, dass Israel



UN-Generalsekretär Antonio Guterres schockierte mit verächtlichen Israel-Aussagen.

militärisch „überreagiert“? Glaubt er wirklich, dass Israel und seine Streitkräfte sich nicht über die Schwierigkeiten und humanitären Probleme eines militärischen Einmarsches in den Gazastreifen bewusst sind? Warum hat wohl Israel die Bevölkerung gewarnt und empfohlen in den Süden zu flüchten, wenn nicht aus Sorge um zivile Opfer? Doch wie soll eine reguläre Armee mit Terroristen in Armeestärke umgehen, wenn diese sich hinter Zivilisten verstecken und Geisel als menschliche Schutzschilde missbrauchen?

Dafür gibt es keine völkerverbindliche Vereinbarung. Und Terroristen werden nicht zu Soldaten, weil sie zahlenmäßig wie eine Armee operieren, sondern sie werden zu Terroristen, weil sie terroristische Mittel und Methoden verwenden.

Perfides Kalkül der Hamas

Kein Hamas-Führer hat die Festival-Teilnehmer gewarnt und aufgefordert, die Grenzregion zu verlassen, weil man einen Krieg beginnen möchte. Nein, sie haben bewusst diesen Ort gewählt, um möglichst viele Juden auf grausame Art und Weise hinzurichten und dies auch zu filmen und aller Welt zu zeigen. Und natürlich geschah dies nicht nur, um Israel zu demütigen und zu verunsichern, sondern auch um Israel zu einem unbesonnenen „Rachefeldzug“ zu verleiten. Denn Israel steckt in der Tat in einer schwierigen Situation. Ignoriert man den Überfall, ermutigt man die Hamas

dies wieder zu tun. Reagiert man, dann muss Israel auf diesen Überfall auch adäquat reagieren. Da reichen ein paar drohende Flüge über den Gaza nicht aus. Und darüber ist sich die Hamas bewusst, denn man möchte ja der Welt dramatische Bilder des Krieges präsentieren können.

Und das sollte auch einem Guterres klar sein. Wer in diesem Krieg Täter und Opfer ist. Oder soll der Jude sich mal wieder ungestraft abschlagen lassen? Nach dem Motto: Er hat doch so viele Pogrome erlebt, da kommt es doch auf einen mehr oder weniger auch nicht an.

Deutsche Doppelzüngigkeit

Aber die Reaktion der Bundesregierung auf die Kritik der israelischen Regierung an den Aussagen von Guterres sind auch hoch interessant. Da steht man plötzlich nicht mehr fest an der Seite von Israel, sondern wechselt flugs die Seiten und verteidigt den Generalsekretär. Und siehe da. Israels Sicherheit ist plötzlich nicht mehr Staatsräson. Auch wenn sie von Regierungssprecher Steffen Hebestreit mit den Worten „Wir stehen eng und unverbrüchlich an der Seite Israels.“ beschworen wird. Man kann als Bundesregierung nicht auf zwei Hochzeiten tanzen.

Und woher kommt diese Doppelzüngigkeit? Hat man Angst vor der eigenen arabischen Parallelgesellschaft in Deutschland? Hat man Angst vor Menschen, die Süßigkeiten verteilen

aus Freude daran, dass Juden abgeschlachtet wurden? Kamelle gibt es in Deutschland sonst nur beim Karneval...

Gibt es in Israel Freudentänze, wenn der Gaza bombardiert wurde und wird? Ist mir nicht bekannt. Dass die Bevölkerung von Gaza über den Überfall auf Israel gebubelt hat schon. Genau jene Bevölkerung, die Israel zu verschonen sucht. Aber warum jubelt die Bevölkerung, anstatt sich der Hamas zu entledigen. Weil sie zu Judenhass erzogen wurden. Mit Schulbüchern, die auch aus EU-Geldern finanziert wurden. Humanitäre Hilfe nennt das die EU.

Fridays-For-Future äußert sich antisemitisch

Aber was will man von der schon erwarten. Sie kann ja noch nicht mal kontrollieren, wie die Gelder verwendet werden. Nur Ankündigen machen, dass man dieses Mal genauer hinschauen will. Und so faselt selbst eine linke Klimabewegung in Europa was von einem „Genozid im Gaza“ und einem Israel als „Apartheid-Staat“. Keine geringere als Fridays-For-Future-Aktivistin Greta Thunberg hatte auf X einen Aufruf geteilt, in dem Israel „Genozid“ und „Staatsterror“ vorgeworfen wird. Und auf Instagram sprach Fridays-For-Future von einem „Apartheid-System“, das die israelische Regierung gegenüber den „Palästinensern“ angeblich errichtet habe.

Wissen diese Klima-Bewegten eigentlich, was ein Genozid ist? Wissen diese Menschen, dass die arabischen Israelis alle staatsbürgerlichen Rechte besitzen? Wissen sie, dass Israel den Gaza vor Jahren verlassen hat und man sich dort selbst verwaltet? Wissen sie, dass der Gazastreifen ohne Israel überhaupt nicht lebensfähig wäre? Dass Israel Strom, Wasser und andere Dinge liefert?

Das könnte man wissen, wenn man wollte. Aber dann müsste man der Hamas unangenehme Fragen stellen. Warum haltet ihr eure eigene Bevölkerung in Armut? Wo gehen die ganzen Hilfgelder hin, außer in einen der größten Tunnelsysteme der Welt, in Schulbücher des Israelhasses, in Raketen und noble Villen der Hamasführer?

Und diese Fragen, müsste man nicht nur der Hamas stellen, sondern auch der UNO, der Bundesregierung, der EU-Kommission. Alle denen, die unermüdlich Gelder in den Gaza pumpen. Aber dort kennt man schon die Antworten.

Und so ist im Endeffekt Israels Forderung nach dem Rücktritt von Guterres nur die logische Konsequenz. Denn sie ist die Probe aufs Exempel und lautet: Beschwört ihr nur ehrenhalber die Solidarität mit Israel und finanziert hintenrum seine Mörder oder ist euer Entsetzen und die Konsequenzen echt?

Warum die Zweistaatenlösung keinen Frieden bringt

Nach dem brutalen Angriff der Hamas darf es keinen sogenannten „Palästinenserstaat“ mehr geben. Die Zweistaatenlösung ist endgültig vom Tisch, weil die Verträge, die die Terror-Führer unterzeichnen, das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden. Weil der Hauptexportartikel der Vernichtungswille und der Hass auf Israel und die Juden ist. Weil dieser Staat auch weiterhin eine Brutstätte von Fanatismus und Terror sein würde. Nahezu 80 Jahre gab es die Chance auf ein friedliches Nebeneinander und diverse Angebote Israels, doch jede arabische Generation hat die Handreichung Israels mit Gewalt und Terror beantwortet. (JR)

Von Thilo Schneider

Dies wird für mich kein leichter Artikel. Denn ich bin weder Jude, noch habe ich jüdische Verwandte, ich war nie in Israel, noch kann ich mir die Bedrohung auch nur ansatzweise vorstellen, mit der die israelischen Bürger Tag für Tag leben müssen. Ich kann hier (noch) meine Kinder in einen Schulbus setzen und zu 99,9%iger Sicherheit davon ausgehen, sie am Abend unverletzt wieder zum Abendessen zu sehen. Eltern in Haifa und Tel Aviv oder Jerusalem können sich da gar nicht sicher sein. Allerdings wohne ich ebenfalls auch nicht in Berlin, Frankfurt oder Duisburg...

Die sogenannten „Palästinenser“ haben Glück. Und sie sollten wenigstens einmal wöchentlich Dankeskarten schreiben. Einmal nach Berlin, für das viele hübsche Geld, dass sie von den dortigen lippenbekenndenden „Freunden Israels“ erhalten und einmal nach Tel Aviv. Und sich dafür bedanken, dass Israel nicht Deutschland ist und nicht der faschistische Staat ist, als den sie ihn immer bezeichnen und dem sie stets Gräueltaten unterstellen, die dieser nicht begangen hat, weil er sie schlicht nicht begehen kann. Denn wäre Israel der grausame faschistische Staat, als der er geframed wird, dann hätten sich die Probleme mit Gaza und der Westbank und den „Palästinensern“ längst erledigt. Und zwar sehr brutal erledigt.

Hauptexportartikel ist der Hass auf Israel

Israel ist ein zutiefst humaner und auch humanitärer Staat, der eigentlich nur eine Sache möchte: Dass seine Bürger in Ruhe und Frieden ihre Kinder in eben jenen Schulbus setzen können. Eine Forderung, eine Idee, die von 191 anderen Staaten geteilt wird. Der eine und einzige „Staat“, der hierauf so gar keinen Wert legt, ist der sogenannte „Palästinenserstaat“. Eine nette Umschreibung für eine Brutstätte von Fanatismus und Terror, dessen Führung(en) die eigene Bevölkerung quer am verlängerten Rücken vorbei geht, die sich auf Kosten des Volkes geradezu märchenhaft berauscht und bereichert und deren Saatgut und Hauptexportartikel der Hass auf Israel und die Juden ist.

Ein kurzer Seitwärtsschwenk: Kann es ein „böses Volk“ geben? Hierzu aus meiner eigenen Geschichte: Meine Urgroßmutter wurde in Hadamar vergast, im Gegenzug ist mein Großonkel mit nicht einmal 25 Jahren in den letzten Tagen der Ardennenoffensive gefallen. Weitergelebt hätten sicher beide gerne. Die eine ist wegen des Regimes ermordet worden, der andere sozusagen für das Regime – wobei beide wohl, wie so viele, auch wenig bis keine Wahlmöglichkeiten hatten. War also mein Großonkel böse? Hat er es verdient, zu sterben? Meine Mutter war am Ende des Zweiten Weltkriegs



Der Hauptexportartikel aus dem Gazastreifen ist Terror gegen Israel.

fünf Jahre alt: Hätte sie es verdient gehabt, zu sterben?

Das Existenzrecht Israels

Worauf ich hinaus will: Derartige Erlebnisse und Stigmata in meiner Familiengeschichte machen mich hellhörig, vielleicht sogar zum echten Humanisten. Damit sich genau

so etwas eben nicht wiederholt. Dass es den Staat Israel heute überhaupt gibt, verdankt er dem „nie wieder“ der in der Diaspora verstreuten Juden, die, die direkt die deutschen (und ich schreibe bewusst nicht „Nazi“, denn es waren eben nicht nur Nazis, die zu Tätern wurden, es waren die guten deutschen Nachbarn, die netten, freundlichen, die durch Schweigen zugestimmt haben) Vernichtungslager überlebt haben und die, die dort Freunde, Angehörige, ja, ganze Familien verloren haben. Und deren Land das einzige Land der Erde ist, dessen Existenz und Existenzrecht überhaupt

und generell bestritten wird. Aus diesem „nie wieder“ resultiert auch der israelische Anspruch, das selbst erlebte Leiden des eigenen Volkes nicht anderen Völkern ebenfalls zuzufügen. Tatsächlich macht diese Attitüde Israel aber neben dem wunderbarsten auch zum verwundbarsten Land in der Region.

Grüne und SPD haben sich in der Vergangenheit gegen eine Einstellung der finanziellen Hilfe für „Palästina“, die in Wahrheit Hilfe für Hamas und Hisbollah bedeutet, ausgesprochen.

Denn den Nachbarstaaten – speziell aber den selbsternannten „Palästinensern“ beziehungsweise deren Führung ist das Wohl und Wehe des eigenen Volkes – eben anders als der israelischen Führung – völlig egal. Mögen Kinder, Frauen und Alte eben krepieren, wenn die IDF das Dach eines Krankenhauses oder den Innenhof eines Kindergartens von einer Kassamstellung freiräumt. Sogar ganz im Gegenteil! Hamas, Fatah und Hisbollah brauchen genau diese Bilder, um die „Infamität“ und „Grausamkeit“ Israels zu „beweisen“. Zwischen den Ruinen lassen sich dann Koryphäen wie

der deutsche Jürgen Todenhöfer, dessen Name verdächtig Programm zu sein scheint, hervorragend zwischen neuem Spielzeug drapieren, wie er lauthals die israelischen Ungerechtigkeiten und Gräueltaten gegenüber der armen Opfergesellschaft der „Palästinenser“ medienwirksam beweint. Ansonsten ist er aber zu Hause im angenehmen Altbau der Meinung: „Wehret den Anfängen“.

Terror als Dankeschön

Dabei hat es Israel immer und immer und immer wieder versucht. Ein Friedensplan jagte atemlos den nächsten. „Zieht Euch zurück vom Sinai“, hat man den Israelis zugerufen, „dann ist Frieden!“ Und die Israeli zogen sich zurück. „Räumt den Gaza-Streifen, dann ist Frieden, wirklich!“, und die Israelis räumten den Gaza Streifen. „Verhindert illegale Siedlungen, dann ist Frieden, diesmal wirklich und ehrlich!“, und Israel setze viel Kraft und auch Polizei und Militär ein, um entsprechende Siedlungen zu räumen. Und jedes Mal, jedes verdammte Mal, wenn und sobald Israel seinen Verpflichtungen nachkam, erhielt es als kleines Dankeschön Raketen, Terroranschläge, Morde, Bomben – und jetzt einen waschechten Überraschungsangriff.

Es reicht. Der Krieg gegen Israel von Hamas, Hisbollah und all den Unterterrororganisationen muss endlich und final beendet werden. Dies ist kein Krieg für Gentlemen und „chirurgische Präzisionsangriffe“, für „gezielte Schläge gegen Terrorfürsten“ mehr. Mit der Masse der eingedrungenen „Palästinenser“ und der Zurschaustellung von geschändeten und ermordeten Gefangenen unter dem Jubel der indoktrinierten Bevölkerung von Gaza und der Westbank ist ein Punkt überschritten, der nur einen Schluss zulässt: Es gibt hier nichts mehr auszuhandeln, zu verhandeln, abzuwägen oder kompromisshaft im Stuhlkreis beim Tee auszuspendeln.

Permanente Bedrohung

Es wird keinen „palästinensischen Staat“ geben. Niemals. Es darf ihn gar nicht geben, weil die Ostjordanier an der israelischen Küste durch ihr rohes Verhalten diesen ein- für allemal verwirkt haben. Weil er für alle Ewigkeiten eine permanente Bedrohung für die Menschen in Haifa und Tel Aviv und Jerusalem sein wird, die doch einfach nur ihre Kinder in den Schulbus setzen wollen. Weil er für immer ein Terrornest, nicht nur gegen Israel, sondern auch für die eigene Bevölkerung wäre. Weil es Fatah, Hamas, Hisbollah und wie sie alle heißen, nicht verdient haben, ernst genommen zu werden. Weil die Verträge, die sie unterzeichnen, das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden. Weil sie bereits die Kinder ihrer Bürger, ihrer Gesellschaft, in der Hauptsache zu einem Hass erziehen, der völlig unbe-

gründet ist. Und weil diese Erziehung von den dummen, naiven und gutgläubigen Staaten des Westens – allen voran das lippenbekenkende „Israels Sicherheit ist unsere Staatsraison“-Deutschland – mit Millionen Euro an Steuergeldern finanziert wird.

Apropos deutsche Regierung – vor deren Vertretern der Zentralrat der Juden gerne regierungsgefällige Statements abgibt, um sich öffentlichkeits- und medienwirksam für seine „Wachsamkeit“ streicheln zu lassen: Grüne und SPD haben sich in der Vergangenheit gegen eine Einstellung der finanziellen Hilfe für „Palästina“, die in Wahrheit Hilfe für Hamas und Hisbollah bedeutet, ausgesprochen. Die

regelrecht wahnsinnige Begründung: Das würde die „palästinensische Bevölkerung“ nur noch mehr radikalisieren und an Hamas und Hisbollah binden. Als gäbe es gegen das, was im 7. Oktober in Israel geschehen ist, noch eine weitere „Radikalisierung“. Hallo Berlin, noch wach?

Gnadenlose Grausamkeit

Wäre es den „Palästinensern“ oder ihren guten Freunden in Teheran möglich, Jerusalem mit einer Atombombe in einen Parkplatz aus Glas zu verwandeln: Sie würden es im wahrsten Wortsinne ohne Rücksicht auf fremde und eigene Verluste tun. Bei den Terrorfürsten der islamistischen Sekte in „Pa-

lästina“ hat man es nicht mit rational denkenden Menschen zu tun, sondern mit gemeingefährlichen Irren, die „at all costs“ Israel vernichten wollen, weil ihnen der Holocaust zu lasch und zu schlampig durchgeführt wurde. Aber nicht einmal die Nazis haben es bei aller gnadenlosen Grausamkeit und Brutalität gewagt, geschändete Frauenleichen unter dem Jubel der Bevölkerung durch die Straßen zu ziehen.

Es geht nicht mehr. Es reicht. Das ist kein Krieg kantscher Prägung mehr. Das ist ein Krieg um „sie oder wir“. Von Seiten der „Palästinenser“ sogar der dümmste Krieg, den sie hätten anzetteln können. Jordanien wird seine Leute wieder einsammeln müssen. Das

sind deren Leute. Sollen die Jordanier sehen, wie sie mit ihnen klarkommen. Wobei sich dann die armen armen armen „Palästinenser“ auf den Weg zu den kreuzdummen und gar nicht so unantisemitischen Deutschen machen dürften, die sie großherzig und vollalimientiert aufnehmen würden.

Würden die sogenannten „Palästinenser“ und ihre Führer ihre Kinder mehr lieben, als sie Israel hassen – dann wäre tatsächlich ein wenigstens Nebeneinanderleben und – Leben lassen möglich. Diese Chance war nun knapp 80 Jahre da. Sie wurde über vier Generationen immer und immer und immer wieder vertan. Dann eben nicht.

Antisemitische Ausschreitungen in Frankreich

Mit geschätzt 770.000 Menschen hat Frankreich nach Israel und den USA die drittgrößte jüdische Gemeinde. Die Zahl judenfeindlicher Angriffe stieg 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 75 Prozent – fast dreimal so stark wie in Deutschland, wo ebenfalls bereits verheerende Zustände herrschen. Seit den Terrorangriffen der Hamas auf Zivilisten in Israel hat sich die Lage noch mehr zugespitzt, die Situation für Juden wird zunehmend unhaltbar. (JR)

Von Cora Stephan

Es kracht in Frankreich. Hassdemonstrationen gegen Israel und Juden gibt es vor allem in den Großstädten. Die Spannung wächst – und auch die Angst vor Anschlägen wie den auf das Bataclan oder auf Charlie Hebdo.

Wahrscheinlich hat kein anderes Land Europas eine größere, wenn auch sehr heterogene muslimische Gemeinschaft als Frankreich. Die Zahlen schwanken je nach Quelle zwischen 4 und 10 Millionen – also zwischen 5,9 und 14,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Demgegenüber machen Juden in Frankreich nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus – doch es ist mit geschätzt 770.000 Menschen nach Israel und den USA die drittgrößte jüdische Gemeinde.

Die Zahl judenfeindlicher Angriffe stieg 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 75 Prozent – fast dreimal so stark wie in Deutschland. 73 Prozent aller Straftaten mit religiös motiviertem Hintergrund wurden gegen Juden verübt. Bei der muslimischen Bevölkerung scheint über die Hälfte der Befragten zu glauben, dass Juden einen zu großen Einfluss auf Medien hätten. Bei über 50-jährigen Muslimen und denen, die wöchentlich die Moschee besuchen, erreicht dieser Wert über 60 Prozent.

Seit den Terrorangriffen der Hamas auf Zivilisten in Israel spitzt sich die Lage zu. Die Stimmung ist angespannt. Alarm in Lille, Lyon und Toulouse: Gleich mehrere französische Flughäfen mussten nach Drohungen evakuiert werden. In Nizza sorgte ein unbegleiteter Koffer für einen Polizeieinsatz. Nach Bombenalarm wurden Schulen, der Louvre, Schloss Versailles und der Bahnhof Gare de Lyon geräumt.

Von einem „Genozid“ kann keine Rede sein

In Frankreich gilt die höchste Terrorwarnstufe, nachdem ein radikalisiertes tschetschenischer 20-Jähriger in einer Schule in Arras einen Lehrer erstach und drei weitere Menschen verletzte. Der Angreifer bekannte sich zum Islamischen Staat (IS). Er wurde von der Polizei überwältigt und festgenommen. Der Mann und seine Familie hätten bereits 2014 abgeschoben werden müssen.



Eine sogenannte Pro-Palästinensische Demo in Frankreich.

Der Innenminister sieht einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen im Nahen Osten und der Tat. Man erinnert sich in Frankreich noch allzu gut an den vor drei Jahren ermordeten Geschichtslehrer Samuel Paty. Der 47-Jährige war am 16. Oktober 2020 in einem Pariser Vorort von einem Angreifer getötet und dann enthauptet worden.

Was tun? In Frankreich ist die Polizeipräsenz größer als in Deutschland, vor allem tritt man hier weit martialischer auf, die MPi stets bereit. Auch soll ein neues Einwanderungsgesetz dafür sorgen, dass radikalisierte Gefährder ihre Aufenthaltsgenehmigung verlieren und in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden können. Doch das Projekt wird seit über

einem Jahr verschleppt, weil der Regierung die Mehrheit im Parlament fehlt. Vor allem die Konservativen von Les Républicains blockieren das Gesetzesprojekt, weil es ihnen nicht scharf genug ist.

Wer nimmt sie auf?

In der Tat ist nicht einzusehen, warum in Frankreich leben soll, wer sich mit dem Land und seinen Auffassungen vom Zusammenleben nicht identifiziert. Doch wohin sollen sie gehen beziehungsweise wer nimmt sie auf? Die Glaubensgenossen der „Palästinenser“ weigern sich standhaft, ihnen auch nur kurzfristig einen Schutzraum zu geben. Ägypten hat den Grenzübergang bei Rafah geschlossen. Man fürchtet, dass Flüchtlinge womöglich nicht mehr nach Gaza zurückkehren wollen und auf dem Sinai permanente „palästinensische“ Flüchtlingslager wie im Libanon, Syrien oder Jordanien entstehen könnten. Schon deshalb will man in Jordanien den bereits 2 Millionen keine weiteren hinzufügen. Man weiß halt, was man sich mit vielen „Palästinensern“ einhandeln würde, nicht nur mit den Terroristen der Hamas: einen ewigen Unruheherd. Denn die ursprünglichen „Palästinenser“ haben sich mittlerweile erheblich vermehrt, von einem „Genozid“ durch Israel kann nicht die Rede sein.

Doch vor allem möchte man den Gazastreifen nicht Israel überlassen. Das alles ist für Deutschland bedeutend, nicht nur wegen der ständigen Rede von der „Staatsräson“, auf Israels Seite zu sein. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass die noch immer nicht beendete „Willkommenskultur“ jeden Anreiz für geflüchtete „Palästinenser“ bietet, auch für die Terroristen der Hamas. Der derzeitigen Regierung ist nicht zuzutrauen, dass sie dagegen wirkungsvolle Maßnahmen ergreift. Die Außenministerin zögerte ja sogar dabei, die Zahlungen an die „Palästinenser“ einzustellen. Wahrlich, wir leben in interessanten Zeiten.

Cora Stephan ist Publizistin und Schriftstellerin. Viele ihrer Romane und Sachbücher wurden Bestseller. Soeben ist ihr neuer Roman „Über alle Gräben hinweg. Roman einer Freundschaft“ erschienen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Linke Antizionisten feiern an der Seite der Hamas und stellen das Recht Israels auf Selbstverteidigung in Abrede

Nach dem Horrorgeschehen des 7. Oktobers waren Teile der jüdischen Linken in den USA überrascht, dass viele ihrer bisherigen Verbündeten besessene Antizionisten sind. Ob auf dem Campus von Eliteuniversitäten wie Harvard und Columbia oder den Redaktionsstuben, die politische Linke ist beherrscht von einem Judenhass, der von dem der Nazis kaum zu unterscheiden ist. Die Kolumnisten der New York Times oder der Washington Post, die jetzt Artikel schreiben, in denen sie zum Widerstand gegen Israels Gegenoffensive aufrufen und internationalen Druck auf den jüdischen Staat fordern, propagieren eine moralische Gleichwertigkeit zwischen den Bemühungen der israelischen Verteidigungstreitkräfte Terroristen auszuschalten und den Verbrechen der Hamas. Besonders ungeheuerlich waren die Erklärungen und Social-Media-Posts der Black-Lives-Matter-Bewegung, in denen sie ihren Gefallen an den Anschlägen bekundeten und die bestialischen Taten freudig als gerechtfertigten „Widerstand“ gegen die sogenannte israelische „Besatzung“ bezeichneten. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Die Folgen der Hamas-Angriffe auf Israel am 7. Oktober waren ein Weckruf für viele jüdische Liberale. Nicht nur, dass sie und der Rest der Welt schockiert waren über die Abscheulichkeit des terroristischen Angriffs, bei dem mehr als 1.400 Israelis starben, Tausende verwundet wurden und über 200 entführt und nach Gaza gebracht wurden. Die entsetzlichen Beweise für Vergewaltigungen und Massentötungen von Männern, Frauen und Kindern, einschließlich der Verbrennung und Entauptung von Säuglingen, sind kaum zu fassen. Aber für die politisch Progressiven war die Tatsache, dass einige ihrer Verbündeten aus der Linken der Hamas jubelten, selbst für diejenigen, die es immer vorgezogen haben, keine Feinde auf der Linken zu sehen, eine Brücke zu weit.

Die Existenz eines Pro-Hamas-Flügels in der progressiven Bewegung ist ein Schandfleck auf der Weste der politischen Linken, der nicht ignoriert oder heruntergespielt werden sollte. Sie veranschaulicht nicht nur die Unanständigkeit derjenigen, die diesen Standpunkt vertreten, sondern zeigt auch die Folgen des Aufstiegs toxischer Ideologien wie der Intersektionalität und der kritischen Rassentheorie, in denen Juden und Israelis per definitionem als weiße Unterdrücker der farbigen „Palästinenser“ dargestellt werden.

Konservative, die darauf hinweisen, dass wache Ideen wie der Katechismus der Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (DEI) Antisemitismus ermöglichen, hatten bereits genügend Beweise, um ihre Schlussfolgerungen zu untermauern. Aber das Spektakel des Pro-Hamas-Aktivismus auf amerikanischen Straßen - und vor allem auf dem Campus von Eliteuniversitäten wie Harvard und Columbia, das direkt zu Drohungen und Gewalttaten gegen Juden geführt hat - hat zweifelsfrei bewiesen, dass die intersektionelle Linke eine Form des Judenhasses pflegt, die von der der Nazis nicht zu unterscheiden ist.

Moralischer Bankrott

So empört ich auch über den moralischen Bankrott dieser Progressiven bin, sehe ich sie nicht als die Hauptbedrohung für Israel im Westen. Im Moment mache ich mir viel mehr Sorgen über das Verhalten und die Äußerungen anständiger Liberale als über ihre radikaleren ehemaligen Verbündeten.

Damit meine ich jene Persönlichkeiten, die ihre Abscheu über die Aktionen der Hamas zum Ausdruck gebracht und die Unterstützung der Terroristen durch die Progressiven angeprangert haben, die aber, anders als Präsident Joe Biden, ihre Unterstützung für Israel nicht mit einem „Punkt“ beenden. Der laute Chor



„BLMChicago“, Ableger der „Black Lives Matter“-Bewegung teilte pro-Hamas Bild auf X (vormals Twitter).

der jüdischen und nichtjüdischen Mediensprecher und Experten, die Israels Bemühungen, dieser tödlichen Bedrohung ein Ende zu setzen, als moralisch zweifelhaft bezeichnen, ist vielleicht nicht so verachtenswert wie diejenigen, die den Massenmord an Juden offen billigen. Es sind jedoch jene Avatare einer „anständigen Linken“, die die israelische Gegenoffensive, mit der die Hamas hoffentlich ausgeschaltet werden kann, ebenfalls als falsch betrachten, die weit aus mehr Einfluss haben und dem existenziellen Kampf zur Verteidigung des

sinnlos, sondern auch als falsch, da sie behaupten, dass das Töten von Menschen auf beiden Seiten, unabhängig von den Umständen, verurteilt werden sollte.

Es ist schwer, den Mob auf dem New Yorker Times Square zu ignorieren, der das Vergießen von jüdischem Blut fordert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass irgendjemand in der Biden-Administration, selbst die israelfeindlichsten Mitarbeiter der mittleren Ebene, ihnen viel Aufmerksamkeit schenkt. Aber die Kolumnisten der New York Times, die

Die Maßnahme zur vollständigen Beseitigung der Hamas ist - sowohl aus rechtlicher als auch aus moralischer Sicht - ein gerechter Krieg.

jüdischen Staates weitaus mehr Schaden zufügen als diejenigen, die auf Bilder von ermordeten jüdischen Babys mit Rufen nach „Free Palestine“ reagieren.

Diese vermeintlich guten Menschen zeigen nicht nur ihre Trauer über die „palästinensischen“ Opfer, sondern auch über die israelischen. Sie bestehen aber auf eine gewisse moralische Gleichwertigkeit zwischen den Bemühungen der israelischen Verteidigungstreitkräfte, Terroristen auszuschalten, und den Verbrechen der Hamas. Sie verunglimpfen das Eintreten für eine vollständige Niederlage der Hamas nicht nur als

nur ein paar Blocks entfernt arbeiten und gerade jetzt Artikel schreiben, in denen sie zum Widerstand gegen Israels Gegenoffensive aufrufen und internationalen Druck auf den jüdischen Staat fordern, der die Mörder im Wesentlichen an Ort und Stelle und triumphierend zurücklässt, wenn die Schießerei aufhört, sind das wahre Problem.

BLM und Hamas

Besonders ungeheuerlich waren die Erklärungen und Social-Media-Posts der Black-Lives-Matter-Bewegung, in denen sie ihre Zustimmung zu den An-

schlägen bekundeten, darunter eine, in der sie sich auf die Gleitschirme beriefen, mit denen das Massaker bei einem Rave-Festival verübt wurde, bei dem Hunderte abgeschlachtet und Frauen neben den Leichen ihrer Freunde vergewaltigt wurden. Das Gleiche gilt für die Demonstrationen linker Gruppen wie der Democratic Socialists of America (DSA), bei denen die Hamas bejubelt wurde, sowie für Versammlungen im ganzen Land, bei denen arabische und „palästinensische“ Amerikaner eine prominente Rolle spielten, indem sie sich mit der Hamas identifizierten und ihre bestialischen Taten fälschlicherweise als gerechtfertigten „Widerstand“ gegen die israelische „Besatzung“ bezeichneten.

Der Großteil des liberalen jüdischen Establishments hatte die BLM-Bewegung im Jahr 2020 nach der Ermordung von George Floyd befürwortet. Aber als der nationale Präsident der Zionist Organization of America, Mort Klein, die BLM wegen ihres offenen Antizionismus anprangerte, wurde er von vielen jüdischen Liberalen als Rassist beschimpft, weil er die schlechten Manieren hatte, die Wahrheit über eine Gruppe zu sagen, die von denjenigen, die verzweifelt versuchen, mit der liberalen politischen Mode im Einklang zu bleiben, als untadelig angesehen wurde.

Dennoch konnte es niemanden in der jüdischen Linken überraschen, dass viele ihrer Verbündeten Antizionisten waren. Aber die Tatsache, dass sie keine Skrupel oder Zurückhaltung hatten, wenn es darum ging, nicht nur Gewalt gegen Israel, sondern solche Gräueltaten öffentlich zu begrüßen, musste schmerzen. Denn anstatt die Gräueltaten zu bestreiten, waren die Hamas-Täter stolz darauf - sie posteten die Bilder ihres mörderischen Amoklaufs und des Missbrauchs von Frauen in den sozialen Medien und wurden dann auf den Straßen von Gaza bejubelt.

Die Identifikation mit diesen Verbrechen schockierte sogar einige Linke. Die „Squad“-Führerin im Kongress, Alexandria Ocasio-Cortez (D-N.Y.), sah sich veranlasst, sich von dem zu distanzieren, was sie zu Recht als „Bigotterie“ und „Gefühllosigkeit“ bezeichnete, was auf der DSA-Kundgebung für die Hamas am Times Square zu sehen war. Doch in derselben Erklärung behauptete sie, es gebe eine moralische Gleichwertigkeit zwischen israelischen Opfern und „palästinensischen“ Terroristen und deren Anhängern und forderte einen Waffenstillstand, der es der islamistischen Gruppe ermöglichen würde, der Bestrafung für ihre Verbrechen zu entgehen.

AOCs Abkehr von der offenen Unterstützung für die Hamas - eine Haltung, die sie von ihren „Kader“-Kollegen Reps. Rashida Tlaib (D-Mich.) und Ilhan Omar (D-Minn.) unterschied - erwies

sich als bezeichnend. Die opportunistische Ocasio-Cortez verstand instinktiv, dass der Platz für Kritiker Israels nicht in den Reihen ist, die das Abschlachten von Juden bejubeln, sondern eher bei denen, die versuchen, Israel daran zu hindern, zukünftige Terroranschläge zu verhindern.

Das außenpolitische Establishment hatte bereits damit begonnen, jede israelische Aktion zu missbilligen, die die Hamas zu Fall bringen könnte, wie Artikel von Richard Haas und Thomas Friedman zeigten. Ihnen schlossen sich bald auch andere Kolumnisten der Times wie Nicholas Kristof und Michelle Goldberg an, die die Gräueltaten der Hamas zwar vorsichtig anprangerten, aber schnell zu ihrem eigentlichen Ziel übergingen: festzustellen, dass Israels Gegenschlag sowohl im Prinzip als auch in der Praxis genauso falsch sein musste wie das terroristische Massaker.

Die Feinde der moralischen Klarheit

Keiner war in dieser Hinsicht deutlicher als der Kolumnist der Washington Post, Paul Waldman, eine einflussreiche Persönlichkeit innerhalb des Beltway, der wie Haas, Friedman und Goldberg Jude ist. Waldmans Artikel mit dem Titel "Der israelisch-palästinensische Konflikt braucht moralische Konsistenz, nicht moralische Klarheit" brachte die Debatte auf den Punkt, die darüber entscheiden wird, ob die Regierung Biden an ihrer lobenswerten Haltung zur Unterstützung Israels festhalten oder sie in den kommenden Tagen aufgeben wird, sobald eine israelische Offensive unter Beschuss derjenigen gerät, die „palästinensische“ Opfer als Grund dafür an-

führen werden, die Hamas vom Haken zu lassen.

Waldman hält den Versuch, eine klare moralische Unterscheidung zwischen den Verbrechen der Hamas und den israelischen Bemühungen zur Verhinderung künftiger Verbrechen und zur Bestrafung der Täter zu treffen, für falsch. In einem haarsträubenden Argument behauptet er sogar, dass man sich nicht von der Hamas unterscheidet, wenn man die Hamas im Unrecht und Israel im Recht sieht.

Das macht Sinn, wenn man, wie diejenigen, die mit den gescheiterten Ideen des außenpolitischen Establishments hausieren gehen, dass die einzige Lösung des Konflikts ein territorialer Kompromiss ist, die „palästinensischen“ Bemühungen, Israel zu zerstören, als nicht so verschieden von Israels Unwillen, zerstört zu werden, betrachtet. Was er sich wünscht, ist eine differenziertere Betrachtungsweise, bei der unsere Trauer über „palästinensische“ Opfer unter der Zivilbevölkerung gegen unsere Tränen über ermordete, vergewaltigte oder entführte Israelis abgewogen wird. Er glaubt, wenn das eine gerechtfertigt ist, dann ist es auch das andere.

Es ist richtig, dass wir das Leid aller Unschuldigen beklagen sollten. Aber das Problem dabei ist nicht nur seine unerträgliche Tugendhaftigkeit. Es ist vielmehr der Unwille zu verstehen, dass eine Sache, die die abscheulichsten Gräueltaten bejubelt, unmoralisch ist, und dass eine Sache, die darauf abzielt, die Gruppe und die Ideologie, die diese Verbrechen hervorbringt, zu besiegen und vollständig zu zerstören, per definitionem moralisch ist, selbst wenn das Streben nach diesem gerechten Ziel

manchmal militärische Maßnahmen erfordert, die den Tod von Zivilisten zur Folge haben.

Genauso wie die militärischen Kampagnen der Alliierten gegen die Nazis einen unglücklichen Tribut an deutschen zivilen Toten erforderten, müssen auch die israelischen Kampagnen zur Auslöschung der Hamas einen solchen Tribut fordern, auch wenn die israelische Armee weit mehr als jede andere zur Vermeidung solcher Todesfälle beiträgt. Einige Historiker diskutieren weiterhin über die Moral einiger Luftangriffe auf Deutschland. Aber kann irgendjemand ernsthaft bezweifeln, dass es zutiefst unmoralisch gewesen wäre, moralische Skrupel bei der Verletzung der Kriegsgesetze zu haben, die dem Nazi-Regime das Überleben in Berlin ermöglichten, um die Zahl der deutschen Zivilopfer zu verringern?

Ein gerechter Krieg gegen die Hamas

Die Beweise für die Überzeugungen der Hamas, die während der Anschläge vom 7. Oktober - dem schlimmsten Massaker an Juden seit dem Holocaust - zur Schau gestellt wurden, zwingen den Beobachter zu der Schlussfolgerung, dass die islamistische Gruppe nicht nur die Zerstörung Israels anstrebt, sondern in ihrem Kern genauso völkermörderisch und barbarisch ist wie die Nazis. Das bedeutet, dass diejenigen, die dafür plädieren, dass Israel sich zurückhalten und die Hamas als souveräne Macht im Gazastreifen überleben lassen sollte, eine Haltung vertreten, die nicht nur "pro-terroristisch", sondern unmoralisch ist. In Kriegen wie diesen tragen diejenigen, die unmoralische Ziele verfolgen, die Verantwortung für die Toten, nicht ihre Gegner.

Die Maßnahme zur vollständigen Beseitigung der Hamas ist - sowohl aus rechtlicher als auch aus moralischer Sicht - ein gerechter Krieg. Einen solchen Krieg im Namen einer zweifelhaften "moralischen Konsistenz" abzulehnen, weil man zivile Opfer verabscheut, ist nicht nur fadenscheinig. Diejenigen, die diese Position vertreten, wollen uns glauben machen, dass sie "anständige" Liberale sind und sich moralisch von den Progressiven unterscheiden, die sich an den Verbrechen der Hamas erfreuen. Aber die Meinungsführer, die sich dafür einsetzen, dass die Regierung Biden ihren Einfluss geltend macht, um Israel daran zu hindern, die Hamas zu besiegen, sind in Wirklichkeit viel schlimmer als die Linken, die sich nicht scheuen, ihren Antisemitismus öffentlich zu äußern.

Die Tiraden der harten Linken sind beunruhigend und schaffen eine Atmosphäre des Hasses, die das jüdische Leben auf dem Campus und in den Städten erschwert. Aber die "anständigen" Liberalen, die sich als Rettungsanker für die Verbrecher erweisen könnten, die am 7. Oktober so viel jüdisches Blut vergossen haben, könnten auf lange Sicht viel mehr Schaden anrichten als diese Radikalen. Wenn es ihnen gelingt, Biden davon zu überzeugen, Israel den Rücken zu kehren und die Hamas gewinnen zu lassen, werden diese vermeintlich tugendhaften Menschen, die so sehr von ihrer Güte überzeugt sind, das Blut aller künftigen Opfer des islamistischen Terrorismus - sowohl jüdische als auch nicht-jüdische - an ihren Händen haben.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate).

Wer ist die Hamas?

Die Terror-Organisation Hamas hat nie einen Hehl aus ihrem mörderischen Judenhas gemacht. Die radikal-islamische Mord-Organisation wurde 1987 als Zweig der Muslimbruderschaft gegründet. In ihrer Gründungscharta bekennt sie sich explizit zum tödlichen Kampf gegen alle Juden. Die eliminatorische Bekämpfung Israels und seiner Menschen bis zu ihrer Vernichtung ist Fundament, Antrieb und substanzielles Credo der Hamas. (JR)

Von Gerd Buurmann

Bei dem Angriff der Hamas auf Israel wurden nach aktuellen Erkenntnissen über 1400 Menschen getötet. Wer ist die Hamas? Lassen wir die Worte ihrer Vertreter sprechen.

Die Brutalität des Hasses und die abscheulichen Gräueltaten der Hamas überraschen nicht. Man konnte all das wissen, denn die Hamas hat nie einen Hehl aus ihrem Judenhas gemacht. Die Hamas ist eine radikalislamische Terrororganisation und wurde 1987 als Zweig der Muslimbruderschaft gegründet. In der Gründungscharta der Hamas heißt es im Artikel 7:

„Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten.“

Der stellvertretende Minister für religiöse Stiftungen der Hamas, Abdallah Jarbu, erklärte im Jahr 2010:

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen, sie sind kein Volk. Sie haben keine Religion, kein Gewissen, keine moralischen Werte!“

„Wir werden sie allesamt abstechen



Nach der Wahl 2006 riss die Hamas die Macht im Gazastreifen an sich.

und abschlachten!“

Am 9. Oktober 2015 hielt der Kleriker Muhammed Salah „Abu Rajab“ folgende Predigt in der Al-Abrar-Moschee in Rafah im Süden des Gazastreifens:

„Unsere erste Phase soll lauten: Stecht die Juden ab! Sie haben keine Chance! Die zweite Phase soll lauten: Wir werden die Juden nicht mehr vertreiben! Wir

werden sie allesamt abstechen und abschlachten!“

Der Chef der radikal-islamischen „Palästinenserorganisation“ Hamas in Gaza, Jahia al-Sinwar, erklärte am 19. Oktober 2017 bei einer Rede vor Jugendlichen:

„Es geht nicht darum, ob wir Israel anerkennen oder nicht, sondern um die Frage, wann wir es auslöschen und seine

Existenz beenden.“

Fathi Ahmad Hamad war von 2009 bis 2014 der Innenminister in dem von der Hamas verwalteten Gazastreifen. Im Juli 2019 erklärte er:

„Wir müssen alle Juden auf dem Antlitz der Erde angreifen, sie schlachten und töten mit der Hilfe Gottes. Das ganze palästinensische Volk ist bereit, sich in die Luft zu sprengen. Wir bauen Fabriken für Sprengstoffgürtel mit Gottes Hilfe. Unsere Schwestern sind bereit, sie zu tragen. Wir alle sind bereit, die Sprengstoffgürtel zu tragen auf dem Weg zu Gott. Wir werden die Sprengstoffgürtel massenhaft verteilen. Wir wollen, dass Ihr die Messer schwenkt. Sie kosten nur fünf Schekel das Stück. Was muss uns die Kehle eines Juden kosten? Fünf Schekel oder weniger.“

Das sind die brutal ehrlichen Worte der Hamas. Es sind die Worte der Terrororganisation, die für die mörderischen Taten in Israel verantwortlich sind. Am 7. Oktober 2023 wurden an einem einzigen Tag so viele Juden ermordet wie seit dem Holocaust nicht mehr. Das ist die Hamas!

Gerd Buurmann ist Schauspieler, Stand-up-Comedian und Kabarettist. Er spielt, schreibt und inszeniert in diversen freien Theatern von Köln bis Berlin. Seit April 2022 moderiert er den Podcast „Indubio“ der Achse des Guten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Links-Rutsch nach Wahlen in Polen

Die regierende national-konservative PiS konnte bei der Wahl am 15. Oktober in Polen zwar die meisten Stimmen auf sich versammeln, verfehlte aber die absolute Mehrheit im Parlament. Die liberalkonservative Bürgerkoalition (KO) von Donald Tusk hat gemeinsam mit zwei weiteren Oppositionsparteien, dem konservativen Dritten Weg und dem Linksbündnis Lewica, eine deutliche Mehrheit der Sitze errungen. Mit dem 66-jährigen ehemaligen EU-Funktionär Donald Tusk als Ministerpräsidenten wird Polen wohl auf den migrationsfreundlichen Kurs der EU eingeschworen werden. Damit hat sich Polen, trotz abschreckender Beispiele in westeuropäischen Staaten, für die muslimische Masseneinwanderung entschieden und setzt die bisherige Sicherheit seiner Bevölkerung aufs Spiel. (JR)

Von Univ.-Prof.
Dr. Karsten Dahmanns

Der freundliche Warschauer, ein Marketing-Mann, beugt sich leicht zu mir, um sich durch das Getöse der polnisch-spanischen Hochzeitsfeier in den Hügeln Südpolens verständlich zu machen. Er sei gespannt, ob es der PiS gelinge, für eine dritte Amtsperiode die Regierung zu stellen. So etwas habe im freien Polen, der Dritten Republik, noch keine Partei geschafft. „Sie meinen, der Wechsel sei für Ihre Landsleute ein Wert an sich?“ – „Ja, das meine ich.“

Die Polen haben ihre eigenen Maßstäbe. Hören wir ihnen zu.

Während die Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) in deutschen Medien zumeist als „rechts“ oder „nationalkonservativ“ firmiert, ist sie während der letzten Jahre unter meinen polnischen Bekannten zunehmend schärfer für ihre „linke“ Sozialpolitik kritisiert worden. Wojciech (alle Vornamen geändert), einen von den britischen Inseln zurückgekehrten Handwerker, der auch in Polen ordentlich verdient, verärgern zusätzliche Rentenzahlungen und Gratis-Medikamente für Senioren, die klassischerweise als „moherowe berety“ (Mohair-Baskenmützen) gescholtene Klientel der PiS, weil Geld verpulvert werde, das der Staat nicht habe. Die freundliche Dame in der Bäckerei des Nachbardorfes stimmt zu und ergänzt: „Schön sind sie ja, diese vielen Leistungen vom Staat. Aber wenn man einkaufen geht, wird spürbar, dass das Geld immer weniger wert ist.“ Schon vor einigen Monaten war im Radio zu hören, die Inflation werde der PiS den Wahlsieg kosten. „PiS = drożyzna“ (PiS = Teuerung) verkündeten in den Wochen vor dem 15. Oktober riesige Billboards an den Schnellstraßen nach Oberschlesien. Die Plakat-Aktion der Partei Donald Tusks wurde (und wird) von einer Internet-Seite begleitet, auf der die steigenden Preise veranschaulicht werden.

Last-Minute-Geschenke

Es darf als erwiesen gelten: Die wenigstens unter meinen Bekannten sehr oft als üppig-unbekümmerte Verteilerei von Geld- und Sachleistungen (roz-dawnictwo) geschmähte Sozialpolitik brachte der PiS weit weniger Stimmen ein, als die Partei erhofft hatte. Viele Last-Minute-Geschenke der PiS wurden als dasjenige abgetan, was sie sind: kielbasa wyborcza (annähernd wörtlich: Wurst vor den Wahlen), und mit Verachtung gestraft. Wer möchte, kann darin ein Kompliment für die Reife der polnischen Wählerinnen und Wähler erblicken.

Doch es geht nicht nur um Geld. Jarek, der von seinem gepflegten Haus in der Nähe von Katowice aus für eine angelsächsische IT-Firma arbeitet, hält das Kindergeldprogramm „500+“, fünfhundert Zloty pro Kind, das ab dem 1. Januar 2024 auf „800+“ steigen sollte, für schädlich, weil es im Verbund mit weiteren Leistungen des PiS-Sozialstaats



Von 2007 bis 2014 war Donald Tusk bereits Ministerpräsident der Republik Polen.

zum Entstehen einer von Transferleistungen abhängigen – und Transferleistungen per Stimmabgabe einfordern – Unterschicht geführt habe. So etwas schwäche Selbständigkeit und Freiheitsliebe. Jarek hat den konservativen englischen Essayisten Theodore Dalrymple und natürlich auch den pro-kapitalistischen US-Soziologen Thomas Sowell gelesen und argumentiert sowohl pro-liberal – die meisten Deutschen würden vermutlich sagen: radikalliberal –, als auch patriotisch. Der kürzlich in Danzig verstorbene Soziologe und Ökonom Gunnar Heinsohn hätte ihm beigepflichtet, wie etwa sein vor einigen Jahren in der Welt publizierter Artikel „Der Sozialstaat pumpt Geld und vermehrt die Armut“ zeigt.

Anhänger der Österreichischen Schule

Damit sind wir bei der Konfederacja, der einzigen Partei in Polen, die von Jareks Helden weder für sozialdemokratisch noch für sozialistisch gehalten würde. Ihr Spitzenkandidat Sławomir Mentzen, promovierter Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer, verkündete während des Wahlkampfes, er werde den Wählern keine staatlichen Leistungen zusagen, die bloß zu höherer Steuerbelastung führten, sondern dafür sorgen, dass sie weit, weit mehr von dem behalten können, was sie verdienen. Zugespitzt per Youtube Shorts: „Ich verspreche euch, dass ich euch nichts geben werde.“ Der noch keine vierzig Jahre alte Mentzen gehört zu einer zwar recht kleinen, aber keineswegs winzigen Gruppe von Polen, die genuin liberale Anschauungen vertreten, mit den Argumenten von Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek und anderen Größen der Österreichischen Schule in der Nationalökonomie vertraut sind und hier den Weg für die Republik Polen sehen.

Mentzen hat die reichlich sieben Prozent für seine Partei als porażka, als Niederlage bezeichnet.

Gemessen an den Hoffnungen, die man sich gemacht hat, mag das richtig sein. Doch scheinen mir gut sieben Prozent aller Stimmen für eine minimalstaatlich orientierte, radikal freiheitliche Partei im etatistisch aus- und eingerichteten Kontinentaleuropa mehr als beeindruckend!

Um den sich hier abzeichnenden Unterschied zu Deutschland in eine Vignette zu fassen: polnischen Leserinnen und Lesern stehen verschiedene Bücher des pro-liberalen US-Ökonomen und Soziologen Thomas Sowell in Übersetzung zur Verfügung. Deutschen Lesern und Leserinnen (laut Katalog der Deutschen Nationalbibliothek) ein einziges. Freilich sollte mit den pro-liberalen Hoffnungen nicht übertrieben werden. Noch ein jeder unter meinen polnischen Bekannten, ob Akademiker oder nicht-Akademiker, ob Unternehmer oder Angestellter, hat sarkastisch aufgelacht, als ich ihm von Rainer Zitelmanns in dessen 2023 publiziertem Buch *Der Aufstieg des Drachen und des weißen Adlers* statistisch belegter Hypothese erzählte, in Polen sei der Sozialneid vergleichsweise niedrig ausgeprägt. Wie gesagt: die Polen haben ihre eigenen Maßstäbe.

Zurück zu den Wahlen. Eine ältere, ungemein belesene Kollegin erwähnt bei einem Plausch vor der Jagiellonen-Bibliothek in Krakau, die PiS habe insofern Pech gehabt, als ihre Landsleute den schier unglaublichen wirtschaftlichen Aufstieg Polens eben nicht dem Staat, sondern der jeweils eigenen Leistung zuschrieben. Der Ausbau der Verkehrswege habe geholfen, sicher. Aber sonst seien der Staat und seine Bürokratie, wie üblich, eher hinderlich gewesen: durch drollige bis groteske Vor-

schriften, durch den gerade für kleinere Unternehmer hinderlichen Sozialversicherungszwang, durch Steuern. Ob eine neue Regierung unter Führung der Koalicja obywatelska (KO, Nachfolgerin der PO) diese Hemmschuhe beseitige, wage sie zu bezweifeln. Auch die Sozialpolitik, das Herumwerfen mit Geld, werde sich kaum ändern.

Grüne Steuermittelverbrennungsanlagen

In Sachen KO fällt dem Beobachter auf, wie gut sich die Partei auf das Branding versteht. Das Herzchen-Emblem. Das blasse Orange. Die freundlich dreinblickenden Herrschaften auf den Plakaten, die zumeist weltgewandter, jünger und „offener“ wirken als die Konkurrenz von der PiS. Vielleicht hat der Wunsch nach solcher „Offenheit“ – so unscharf, ja rätselhaft der Begriff auch sein mag – viele Wählerinnen und Wähler bewogen, ihr Kreuz bei der KO zu machen. Die aus Rzeszów stammende Psychologin Joanna berichtet, wie unangenehm es sie während ihrer dritten Schwangerschaft berührt habe, in der Frauenklinik ein gerahmtes Bildnis von Johannes Paul II. zu sehen; sie habe befürchtet, religiöse Erwägungen könnten das ärztliche Vorgehen kontaminieren. An solchen Berichten lässt sich ablesen, dass der Unwille vieler Polinnen und Polen der stark katholisch geprägten PiS gegenüber keineswegs ökonomischer Natur sein muss.

Doch noch einmal zurück zur Wirtschaft. Der mit den ökologischen Irrwegen des Westens vertraute Einwanderer nimmt der PiS-Regierung ihren Flirt mit „grüner“ Politik übel. Einige der herrlichen Landschaften Niederschlesiens sind mit Windkraftwerken, diesen Steuermittelverbrennungsanlagen verstellt, und selbst im viel weiter östlich gelegenen Klempen sind sie bereits zu beklagen. Elektro-PKW (mit grünem Nummernschild) dürfen die Busspuren der Großstädte nutzen. Im Radio versprechen Werbespots und Interviews eine Transformation, die der Republik Polen und ihren Bewohnern wenig nützen, sondern eher schaden wird. In der Zwischenzeit plagen den Pfarrer ein paar Dörfer weiter explodierende Rechnungen für die Müllabfuhr vom Friedhof seiner Kirchengemeinde, und die Intelligenteren unter den hiesigen Schülern lästern darüber, „schon wieder“ über Klimaschutz gesprochen haben zu müssen.

Wie geht es weiter? Einen der größten Schätze meines Gastlandes bildet der öffentliche Raum, seine Straßen, Plätze und gepflegten Parks mit Bänken, die selten durch Graffiti beschmiert sind. Wenn nicht gerade, wie in Krakau häufiger, einige ihren Junggesellenabschied feiernde Angelsachsen herumkrakeelen, lässt sich hier gut sein. Es herrscht eine entspannte Atmosphäre, in der Gruppen gewaltbereiter Jugendlicher kein Vorkommnis bilden, mit dem man rechnen müsste. Wollen wir hoffen, dass dieses Gut unter der künftigen Regierung bewahrt werden kann!

„An meine nicht-jüdischen Freunde über Israels Krieg“ - Was unsere Freunde und Nachbarn über Israels Kampf ums Überleben unbedingt wissen sollten

Wer zerstückelt mit Freude Kinder? Wer vergewaltigt Frauen zu Tode? Wer trampelt auf den Gesichtern derer herum, die er bereits kaltblütig ermordet hat, und zertrümmert ihre Schädel? Es ist wichtig, dass unsere nichtjüdischen Freunde die Realität dessen verstehen, was wir bekämpfen und warum wir es tun. Dies ist keine „zweiseitige“ Geschichte, die Raum für Äquidistanz liefert. Hier ist auch kein Platz für verlogenen pseudo-moralischen Relativismus. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, ein kleines Land, das 75 Jahre lang, trotz multipler Anfeindungen und massiver Aggression aus seiner Umgebung, unter großen Opfern versucht hat, mit seinen Nachbarn zu koexistieren. Es ist trotzdem überfallen und mit beispielloser islamischer Barbarei überzogen worden und kämpft nun wieder, 50 Jahre nach dem Jom-Kippur-Krieg, um sein Leben. (JR)

Von Marc Erlbaum/JNS.org

Seit dem Hamas-Anschlag vom 7. Oktober haben sich viele mit Fragen zu Israel an mich gewandt. Hier sind einige Informationen, die hilfreich sein könnten:

Die Welt hat vor einigen Tagen das Gesicht des Bösen gesehen. Hunderte von schwer bewaffneten Terroristen strömten über die israelische Grenze und verübten die schlimmsten Gräueltaten, die die meisten von uns in ihrem Leben erlebt haben. Wir alle haben schon verheerende Bilder von Kriegen gesehen, aber die grausame Brutalität, mit der die Hamas Babys, Kindern, Frauen und älteren Menschen zu Leibe rückte, ist unfassbar. Uns fallen die Kinnladen herunter, der Magen dreht sich um, wir können nicht mehr atmen und flüstern: Wie ist das möglich? Ist dies nicht das 21. Jahrhundert? Sind wir ein paar tausend Jahre in das finstere Mittelalter zurückversetzt worden? Wer zerstückelt mit Freude Kinder? Wer vergewaltigt Frauen zu Tode? Wer trampelt auf den Gesichtern derer herum, die er bereits kaltblütig ermordet hat, und zertrümmert ihre Schädel?

Manche mögen sich fragen, ob ich so anschaulich sein muss. Ich wünsche, ich müsste es nicht, aber ich muss es. Es ist wichtig, diese Dinge aufzuzeichnen und darüber zu berichten, denn die meisten Medien der Welt werden das nicht tun. Sie werden Israels „unverhältnismäßige Reaktion“ dokumentieren, aber sie werden die monströse Grausamkeit beschönigen, die Israels Entschlossenheit auslöste, die Welt endlich von einem Übel zu befreien, das es jahrzehntlang zu beschwichtigen und zu besänftigen versuchte (und scheiterte).

Es gibt einen Grund, warum Israels Versuche, Frieden mit den „Palästinensern“ zu schließen, gescheitert sind. Das liegt nicht daran, dass sie nicht in gutem Glauben oder ohne ernsthafte Kompromisse unternommen wurden. Vergessen Sie nicht, dass der Gazastreifen von 1967 bis 2005 unter israelischer Kontrolle stand, als er von Premierminister Ariel Sharon als Geste des Friedens an die „Palästinenser“ übergeben wurde. Fast 10 000 Israelis, die im Gazastreifen lebten, wurden von der israelischen Regierung zwangsumgesiedelt. Viele in ganz Israel kritisierten Sharons Vorgehen scharf, aber die vorherrschende Meinung war, dass für den Frieden Opfer notwendig seien.

Als „Kollaborateure“ ermordet

Leider war der Frieden nie eine Möglichkeit. Das liegt daran, dass es innerhalb der „palästinensischen“ Bevölkerung immer eine bedeutende Fraktion gab und gibt, die alles tun würde, um ei-



Die Trauer hat ihren Schatten über Israel gelegt.

nen Frieden mit den „jüdischen Schweinen und Hunden“ zu verhindern. Es gibt zwar „Palästinenser“, die mutig genug waren, eine Koexistenz in Betracht zu ziehen, aber sie haben dies unter Einsatz ihres eigenen Lebens getan. Viele, die versucht haben, mit Israel zusammenzuarbeiten, wurden als „Kollaborateure“ ermordet, ihre Leichen aufgehängt oder auf die Rückseiten von Autos gebunden und durch die Straßen geschleift. Das Mantra auf der „palästinensischen“ Straße (und sogar bei den Kundgebungen in New York und anderswo im Westen) lautete: „Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein“. Mit anderen Worten: Das erklärte (und skandierte) Ziel ist nicht die Koexistenz, sondern die Beseitigung des letzten Zentimeters des Landes zwischen Jordan und Mittelmeer (d. h. Israel) von jedem einzelnen Juden.

Wie gesagt, es gibt viele gute und anständige „Palästinenser“, die sich ein Leben ohne Konflikte und Hass wünschen. Doch sie werden von anderen angeführt, deren Bigotterie und Blutrünstigkeit weitaus stärker sind als ihre Menschlichkeit und Lebensfreude. Während ehrliche, hart arbeitende „Palästinenser“ Kontrollpunkten, Beschränkungen und Einschränkungen ihrer Freiheiten ausgesetzt sind, liegt die Schuld ganz klar bei ihren eigenen Leuten, die es den Israelis unmöglich gemacht haben, zu wissen, welchen „Palästinensern“ sie vertrauen können und welchen nicht. Wie kann man einer Bevölkerung, von der man weiß, dass sie zu einem gewissen Prozentsatz aus Menschen besteht, die mit Sicherheit einen mörderischen Amoklauf begehen würden, sobald sie die Gelegenheit dazu bekämen, Einreisefreiheit und unkontrollierte Freiheit bieten?

Judenhass ist älter als Israel

Es wird argumentiert, dass diese Terroristen einfach „Freiheitskämpfer“ sind, die ihre unvermeidliche Wut darüber zum Ausdruck bringen, dass sie jahrzehntlang „besetzt“ und unterdrückt wurden. Doch das ist nachweislich falsch. Wäre dies der Fall, dann müsste man davon ausgehen, dass die „palästinensische“ Gewalt gegen Juden mit der Besetzung von 1967 begann. Davor gäbe es wohl keinen Grund für diese mörderische Wut. Oder man könnte annehmen, dass die Gewalt mit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 begann, weil es Araber gab, die vertrieben wurden, als die Briten das Land zwischen Arabern und Juden aufteilten.

Aber wie würden wir dann das Massaker von Hebron im Jahr 1929 (19 Jahre vor der Gründung Israels) erklären, bei dem 67 Juden getötet und 57 verwundet wurden? Oder die Unruhen in Jaffa im Jahr 1936, bei denen neun Juden getötet und 40 verwundet wurden? Oder das Tiberius-Pogrom im Jahr 1938, bei dem 19 Juden getötet wurden? Oder die über 50 Angriffe auf Zivilisten in den 1940er, 1950er und 1960er Jahren, bei denen zahlreiche Menschen getötet und Hunderte verwundet wurden?

Tatsache ist, dass das mörderische Übel, das sich am 7. Oktober gezeigt hat, nichts mit dem Territorium zu tun hat und nicht das Ergebnis von Besatzung oder Unterdrückung ist. Es gab sie schon vor dem Staat Israel, und sie geht weit über Israels Grenzen hinaus. Hätten die Hamas-Terroristen Zugang zu New York, Paris, London, Rom, Berlin oder jeder anderen Stadt auf der Welt, in der es „Ungläubige“ gibt, die ihre eigene Re-

ligion ausüben und demokratisch leben, würden sie mit Freude und Vergnügen die Frauen vergewaltigen und die Kinder brutal ermorden. Deshalb stehen die Regierungen all dieser Demokratien auf der ganzen Welt heute an der Seite Israels und bekräftigen eindeutig das Recht Israels, sich zu verteidigen und die Hamas vollständig zu dezimieren.

Das Böse muss bekämpft werden

Es ist die Verantwortung aller zivilisierten Menschen, Frieden zu schließen, wenn Frieden möglich ist. Aber es ist auch wichtig, das Böse zu erkennen und es energisch und entschlossen zu bekämpfen, wenn alle anderen Optionen versagt haben.

Juden auf der ganzen Welt sind in Trauer. Wir sind ein kleines, miteinander verbundenes Volk, und jeder von uns kennt jemanden, der zu Schaden gekommen ist oder jetzt in Gefahr schwebt. Wir beerdigen über 1.300 Tote und beten für die Tausenden Verwundeten, die Hunderte, die noch vermisst werden oder in Gefangenschaft geraten sind, und die tapferen jungen Soldaten, die für die Sicherung unserer Zukunft kämpfen.

Es ist wichtig, dass unsere nichtjüdischen Freunde die Realität dessen verstehen, was wir bekämpfen und warum. Dies ist keine „zweiseitige“ Geschichte, und hier ist kein Platz für moralischen Relativismus. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, ein kleines Land, das 70 Jahre lang unter großen Opfern versucht hat, mit seinen Nachbarn zu koexistieren. Es ist von barbarischen Kräften überfallen worden und kämpft nun um sein Leben.

Krieg ist tragisch, und es wird „Kollateralschäden“ und den Verlust unschuldiger Leben geben, wenn Israel die Feiglinge der Hamas ausschaltet, die sich und ihre Waffen wissentlich und absichtlich in Schulgebäuden, Moscheen und zivilen Zentren verstecken. Der Unterschied ist, dass Israel alles in seiner Macht Stehende tut, um den Tod von Zivilisten zu vermeiden, während die Hamas alles in ihrer Macht Stehende tut, um so viele Zivilisten wie möglich zu töten. Die Terroristen haben sich für diesen Weg entschieden, und sie lassen Israel keine andere Wahl.

Marc Erlbaum ist Filmemacher und Mitbegründer der Jewish Relief Agency in Philadelphia.

◀ Fortsetzung von Seite 2

dem Papst, den Klimahysterikern um Greta Thunberg, unseren Talkshow-herumgereichten einschlägig bekannten Islam-Verstehern und selbsternannten Nahostexperten und all den anderen zumeist grün-linken Bessermenschen.

Auch nicht genug damit, dass Juden hierzulande und weltweit mit antisemitischen Schmierereien und physischen und verbalen Angriffen bedroht und verängstigt werden. Jetzt macht eine überwiegend islamische Menschenhorde - natürlich im Namen des Friedens - in Dagestan sogar unmittelbar Jagd auf Juden.

In Machatschkala (Dagestan) stürmte Ende Oktober ein vorwiegend islamischer Mob den Flughafen, um ankommende Juden zu finden. Die Polizei beobachtete das Geschehen, ohne einzugreifen. Verängstigte Flughafenmitarbeiter verstecken sich vor den Randalierern. Es gibt wohl eine unbekannte Zahl von Verletzten.

Ganz sicher werden die vielen, sich bislang geschickt unsichtbar machen den anständigen und moderaten Muslimen über diese erneute antisemitische Gewalterruption ihrer Glaubensbrüder erbost sein und wie schon im Falle der vollkommen unprovokierten barbarischen Morde an jüdischen Frauen, Kindern und Männern in Massen dagegen demonstrieren. Ich bin dabei !!!

Eine Abstimmung der doppelten Moral und der Schande für die UNO und die EU

Wie bereits an früherer Stelle befürchtet und nicht anders erwartet, hat die Generalversammlung der UNO mit großer Mehrheit - darunter auch einer großen Zahl der EU Staaten - eine Resolution verabschiedet, in der ein Waffenstillstand für den Gazastreifen gefordert, aber die Mordterrorgruppe der Hamas weder erwähnt noch verurteilt wird.

120 Länder stimmten für die von Jordanien eingebrachte, nicht bindende Resolution, während nur 14 dagegen stimmten, darunter die Vereinigten Staaten, Österreich, Kroatien, Tschechien, Fidschi, Guatemala, Ungarn, Israel, die Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Papua-Neuguinea, Paraguay und Tonga.

45 Länder enthielten sich der Stimme, darunter Australien, Kanada, Finnland, Deutschland, Griechenland, Indien, Irak, Italien, Japan, die Niederlande, Polen, Südkorea, Schweden, Tunesien, die Ukraine und das Vereinigte Königreich.

In der Resolution werden ein sofortiger Waffenstillstand im Gazastreifen, die Freilassung aller Zivilisten, der Schutz der Zivilbevölkerung und der internationalen Institutionen sowie die Gewährleistung der sicheren Durchfahrt für humanitäre Hilfe in den Gazastreifen gefordert.

Diese Abstimmung unterstreicht einmal mehr den doppelten Standard der UNO und die Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat Israel, die den seit Jahren anhaltenden Dauer-Raketenbeschuss Israels und seiner zivilen Bevölkerung sowie den am 7. Oktober verübten unprovokierten heimtückischen Überfall der Gazaner auf Israel und entmenschte islamische Morde an jüdischen Zivilisten, darunter Babys, Kleinkinder, Frauen und gebrechliche alte Menschen ebenso wie Geiselnahmen von Babys nicht einmal erwähnt, geschweige denn verurteilt, dafür aber Israelis bei ihrem Kampf gegen den arabischen Terror ausbremst und diesen Mordterror damit unterstützt.

Dies gilt auch für die 45 Länder, die



IDF-Soldaten im Kibbutz Be'eri nach dem Anschlag der Hamas.

sich wie Deutschland, Ukraine, Polen und Italien bei der Abstimmung enthalten haben und damit eine Ablehnung des Israel-feindlichen, das Leben jüdischer Menschen gering schätzenden Votums der UN verhindert haben.

Waffenstillstands-Forderungen werden nicht an die Hamas gerichtet

Hier kann auch keine der üblichen perfide-dümmlichen Pseudo-Bessermensch Einreden der Mordterror gegen Israel, man wolle doch nur Zivilisten in Gaza schützen, gelten gelassen werden. Keine der Waffenstillstands-Forderungen richtet sich an die Hamas oder die Gazaner. Es gibt keine Aufrufe endlich den Raketen-Terror auf Israel und seine Menschen und Städte einzustellen. Stattdessen konzentriert man sich ausschließlich darauf, Israel unter Druck zu setzen, nicht das Terror-Regime der Gazaner anzugreifen oder auszuschalten.

Wer also im gegenwärtigen Stadium einen Waffenstillstand fordert, der negiert das Selbstverteidigungsrecht Israels und fordert in Wirklichkeit, dass es der Hamas möglich bleiben soll, die Macht zu behalten, den Waffenstillstand als Sieg zu verkaufen und Israel weiter mit Raketen und Mordterror zu überziehen. Das ist unlauter, hypokritisch und unter keinen Umständen hinnehmbar.

Dass diese durchsichtige Forderung nun Beschluss der UNO geworden ist, beweist nur, dass die von Diktatoren und Unrechtsregimen dominierte U(n)N(ütz)O(rganisation) ein weiteres Mal -- ebenso wie ihr mit antijüdischem Vorbehalt und Israelfeindlichkeit gerade jüngst auffällig gewordener Generalsekretär Antonio Guterres -- unfähig und ungeeignet ist zu jeglicher aufrichtigen und objektiven Lösung von Konflikten. Dies gilt umso mehr, wenn Israel und jüdische Menschen von islamischem Terror und Angriff überzogen werden und sich erfolgreich verteidigen.

Wenn es nach dem Willen der weltweiten Islam-affinen Judenhasser geht, dann ist Israel das einzige Land auf dem Globus, dem es nicht gestattet ist, einen Krieg gegen seine Vernichtungs-Feinde zu gewinnen.

Ein überaus befremdlicher Aspekt dürfte auch sein, dass sich, um dies zu erreichen, ausgerechnet Länder, die im Ukrainekrieg vehement gegen Russland sind, offensichtlich keinerlei Anstoß daran nehmen, sich ohne Vorbehalte auf die Seite Russlands zu stellen, wenn es um die Unterstützung der Gaza-Terroristen und die Ablehnung des mehr als legitimen Selbstverteidigungsanliegens Israels und der Juden geht.

Dies gilt auch hier wieder für Länder wie Deutschland, die mit ihrer Enthaltung ebenfalls Nähe zu der russischen Position zeigen.

Wie tief verwurzelt die Ablehnung und der jüdische Vorbehalt auch von vielen westlichen Staaten ist, zeigt sich darin, dass sie lieber im Einvernehmen mit den schrecklichsten islamischen Unrechtsregimen, wie etwa Iran und Syrien zusammen für das Überleben der gazanischen Terrorbande stimmen als Israel ein Recht auf wirksame Gegenwehr einzuräumen.

Die tiefe gemeinsame Abneigung gegen Juden und ihren Staat verbindet ganz offensichtlich selbst die westlichen Staaten weit mehr mit den Israel-feindlichen Schurkenregimen als eingestanden.

Betrachtet man das Abstimmungsverhalten der UNO genau, dann ist sie im Grunde nichts anderes als eine aufgeblasene, sich selbst überschätzende, jüdenfeindliche NGO, die den islamischen Judenmördern unangemessenes Gehör verschafft und in Wirklichkeit ihre Interessensvertretung ist, gleiches gilt auch für die EU.

Der Wind dreht sich

Die Juden in Deutschland und Westeuropa trauen sich kaum noch auf die Straße und ihre Kinder müssen zu Hause bleiben und dürfen aus Sicherheitsgründen nicht mehr in die Schule oder den Kindergarten.

Häuser, in denen Juden wohnen, werden in Berlin schon wieder in alter Tradition mit Judensterne markiert. Einige bestbezahlte muslimische Zierden unserer Fußballvereine unterstützen den Sieg der Hamas und in Brüssel erschießt ein Islami schon mal zwei schwedische Fußballfans während die EU und die

UNO bereits in gewohnter Weise die Selbstverteidigung Israels in die Nähe von Kriegsverbrechen bringen. Die Antisemiten-Documenta Show Ausrichterinnen und Mullah High Five Freundin Claudia Roth eröffnete ungestört die Frankfurter Buchmesse und sogar die Klimakleber und die Friday for Future Kids können Israel nicht leiden.

Ist doch auch klar warum: Die armen unterdrückten Menschen in Gaza, die zwar die Hamas-Kinderköpfe gewählt haben aber natürlich so gar nichts mit denen zu tun haben -- ebenso wenig wie weiland zwischen 1933 und 1945 die Deutschen mit den Nazis.

Statt Israels Recht auf Selbstverteidigung mit dümmlichen und die Sicherheit der israelischen Menschen vollkommen ausblendenden Forderungen nach einem Waffenstillstand zu untergraben, sollten die UNO und die Welt die Terror-Hamas zur bedingungslosen Kapitulation auffordern.

Nur wenn man die Hamas endgültig zwingt, bedingungslos zu kapitulieren, gibt es eine Chance auf dauerhaften Frieden. Das hat sich auch am Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland bewährt, als die von den Alliierten durchgesetzte totale Kapitulation der Nazis, Deutschland und seinen Menschen die Gelegenheit gab, für viele Jahrzehnte die prosperierende und erfolgreiche Bundesrepublik Deutschland aufzubauen, deren Bestand erst durch die grün-linke Politik und deren suizidalen Einlass eines Demokratie- und Rechtsverachtenden gewalttätigen Islam in die heutige Gefahr gebracht worden ist.

Es gab eine Welt vor dem 7. Oktober und eine Welt nach dem 7. Oktober -- wir alle sind Zeuge einer beispiellosen entmenslichten Barbarei geworden. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt dem jüdischen Staat und unsere Gedanken und Gebete sind bei den Opfern und ihren Angehörigen.

Für die sofortige Freilassung aller Geiseln!!!
Israel wird siegen!!!
Am Israel Chai!!!

Dr. Rafael Korenzecher

Deutsch-Arabische Mediziner protestieren für Gaza – kein Wort über die grauenvoll massakrierten zivilen israelischen Opfer

Tausende Menschen gehen in Deutschland auf die Straße und fordern Solidarität mit den sogenannten „Palästinensern“. Über die Solidarität mit den bestialisch abgeschlachteten israelischen Zivilisten, den geschändeten Frauen und den enthaupteten Babys hört man dagegen kaum noch etwas. Sogar als arabisch-muslimische Ärzte in weißen Kitteln in Essen zu Gunsten der Mörder demonstrieren, vermisst man die eigentlich von Ärzten erwartete Empathie und Menschlichkeit gegenüber den entsetzlich geschundenen und ermordeten jüdischen Opfern. Stattdessen werden die Hassparolen auf den Anti-Israel-Demos immer lauter und auch die Angriffe auf jüdische Einrichtungen, hier und in der ganzen Welt, mehren sich: In Berlin gab es einen Anschlag auf eine Synagoge und auf das Jüdische Krankenhaus im Wedding. (JR)

Von Niels Betori Diehl

Als ich am 11. Oktober gegen 17.00 Uhr am Hermannplatz in Berlin ankomme, wird mir alsbald klar, dass hier die ursprünglich geplante Israel-solidarische Demonstration nicht stattfinden wird. Der Platz ist wie immer gesäumt von Verkaufsständen, die orientalisches Gedudel verbreiten. An der südlichen Seite hat sich eine kleine Gruppe versammelt, umzingelt von Polizisten in ähnlicher Zahl: entschlossene, ernste Mienen, die Palitücher um den Hals geschwungen—frisch erstanden, was man unschwer an den Knitterfalten erkennt. Mehrmals von der Polizei aufgefordert zu gehen, verharren sie auf der Verkehrsinsel beim U-Bahneingang.

Eine blonde Frau mit bemüht lustigen Klamotten skandiert in regelmäßigen Abständen den üblichen Spruch, „From ze river to ze sea“. Mit deutschem Akzent vorgetragen klingt er, wenn möglich, noch unangenehmer. Geschäftig herumlaufend koordinieren zwei Araber, ein hagerer älterer Mann und ein Fitnessstudio-Hengst, den Rest der Versammlung. Hin und wieder führt die Polizei einen Demonstranten ab, der dann wie eine Jeanne d'Arc mit erhobenem Haupt den Zuspruch der wachsenden Menge genießt. Man merkt allmählich, dass die von genervt dreinschauenden Polizisten umzingelte Gruppe nur einen kleinen Teil der eigentlich verbotenen Demo bildet.

Man hat geschickt Grüppchen auf der gegenüberliegenden Straßenseite choreographiert, aus vielen Ecken hallt es: „Free free Palestine“. Man hat die Demo gestreut, dezentralisiert. Gleichzeitig ist das ja die Botschaft: die Demo ist die Straße, die Demo ist überall. Ein hysterisiertes Mädchen hat sich auf einen Kabelverteilerschrank gestellt, sie schreit mit performativer Heiserkeit am lautesten ihr „Free free Palestine“. Sie wischt sich die Tränen mit einer „palästinensischen“ Fahne aus den Augen, ein Kameramann gibt ihr Anweisungen, sie soll sich die Fahne um den Kopf binden und Mund und Nase verdecke — Intifada-Style.

Nachdem am 7. Oktober die „palästinensische“ Terror-Tarnorganisation Samidoun das sadistische Abschlachten von über 1400 Israelis durch Hamas mit dem Verteilen von klebrigen Süßigkeiten auf Neuköllns Straßen gefeiert hatte, kündigte die deutsche Regierung ein Verbot des „Palästinensischen Gefangenensolidaritätsnetzwerks“ an. Am selben Tag nahmen Vertreter von Samidoun an einem „Kommunismuskongress“ im Verlagsgebäude der Tageszeitung „Neues Deutschland“ teil, während einer Kongresspause wurden im Hof „Palästinaflaggen“ geschwenkt.

Dubiose Verflechtungen

Die internationale Koordinatorin von Samidoun, Charlotte Kates, ist mit Khaled Barakat verheiratet, einem Mitglied des Zentralkomitees der Terrororganisation Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die seit 1968 immer wieder mal Flugzeugführungen or-



Mediziner weltweit sollten dem Wohle aller Menschen verpflichtet sein.

ganisiert und Anschläge verübt hat. Beiden wird seit 2022 die Einreise in die EU verweigert. Interessant ist, dass sowohl Samidoun als auch der deutsche Klimalobby-Think-Tank Agora Energiewende, dessen ehemaliger Geschäftsführer Patrick Graichen als Staatssekretär in Robert Habecks Wirtschaftsministerium tätig war, anscheinend mit hunderten Tausenden von Euro vom selben linken Dark-Money-Netzwerk der US-Gruppe Arabella Advisors finanziert werden.

Was ein Verbot von Samidoun bewirken wird, wenn es denn kommt, ist wohl vor allem ein weiteres Befeuern des Palästinensischen auf Deutschlands Straßen, da es sich leicht als Beleg für die Übermacht Israels nutzen lässt: Seht her, wieder einmal werden die Stimmen der Unterdrückten durch die Zionisten erstickt. Und selbst den insularen Deutschen sollte allmählich dämmern, dass die Obrigkeitshörigkeit in der Bevölkerung abnimmt, wenn man diese mit Islamisten streckt. So wie man in Gaza nur darauf wartet, tote Kinder herzeigen zu können, wartet man hier auf jede Gelegenheit, theatralisch sein Recht auf Judenhass einzuklagen.

Parteiische Ärzte

Oder man versucht es auf die sanfte Tour, wie die Solidaritätsdemo für Gaza eines Bündnisses deutsch-arabischer Mediziner-Vereine am 21. Oktober in Essen. Ganz ohne verbotene Zeichen und Flaggen, aber mit Kunstblut verschmierten Latexhandschuhen, protestierten Ärzte gegen den Raketenbeschlag auf das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt, obwohl zu der Zeit bereits geklärt war, dass es sich nicht um einen israelischen Angriff handeln konnte. „Wir distanzieren uns von jeglichen antisemitischen Parolen, weil das Gesetz in Deutschland so ist“, hieß es lapidar zur Begrüßung. Kein Wort zu den

von Hamas Getöteten, Verletzten und Verschleppten, aber immerhin hält man sich hier strategisch zurück und übt sich in weißbekittelter Seriösität.

Die mickrige Demo am Hermannplatz, auf die wenig später Massenveranstaltungen in Paris, London und New York folgen werden, auf denen zur Köpfung und Ermordung von Millionen von Juden aufgerufen wird, veranschaulicht im Kleinen, was für eine gut geölte Maschinerie hier von erprobten Akteuren am Laufen gehalten wird. Es wird der Eindruck einer spontan zusammengekommenen, aufgebracht Menge erweckt, wenn es auch eine gefühlte Ewigkeit dauert, bis in dieser Ansammlung aus traurigen Neuköllner Gestalten so etwas wie Stimmung aufkommt. Von der in Richtung Polizei ululierenden Verschleierte, die von ihrem halbstarke Ehemann eskortiert wird, zu der kleinen Gang arabischer Kids, die einer Uniformierten „Schöne Polizistin“ hinterherrufen, zu den typischen Jutebeutel tragenden, übernachtigten Hipstern und Berliner Langzeittouristen ist alles dabei.

„Nazi“-Vorwürfe

Ein einzelner Mann ist vom Fahrrad abgestiegen, sichtlich irritiert von den Sympathiebekundungen für die fanatisierten Miliz, die gerade im Süden Israels Kinder vergewaltigt, schwangeren Frauen den Bauch aufgeschlitzt und ganze Familien lebendig verbrannt hat. Er versucht das unmögliche, er will mit diesen Leuten diskutieren. Von mehreren Seiten prasselt „Nazi“ auf ihn herab. Er ist allein schon ein Nazi, weil er reden will, weil er Fragen stellt. Nazi ist man, wenn man die Harmonie des Konsenses stört.

Aber dann geht es auch um die echten Nazis, die man hier nicht mag, obwohl man hundertprozentig hinter der

Muslimbruderschaft steht. Neukölln ist eben (noch) nicht der Nahe Osten, hier kleben zu viele „FCK NZS“ Aufkleber an Fußgängerampeln. So sehr sich Linke mit der Vernichtungsfantasie „Palästina“ identifizieren, in Deutschland hält dieser Damm. Wenn die Generation Z, die einer Harvard-Umfrage zufolge den Massenmord an israelischen Zivilisten zu 51% als gerechtfertigt betrachtet, das Sagen hat, wird die Welt anders aussehen. Wie viele werden sich dann noch aufregen über Molotow-Cocktails gegen jüdische Einrichtungen oder über mit Davidsternen markierte Hauseingänge, wie kürzlich in Berlin? Wie viele Juden werden überhaupt noch in Berlin leben?

„Deine Großeltern haben das doch verursacht, Du Arschloch!“, schreit ein selbsterklärter „Palästinenser“ dem Mann mit dem Rad zu. „Deutscher Tugendfaschismus“ sei das, wenn man hier herummäkelt. Es geht mal wieder darum, dass die Juden wegen den Nazis „Palästina“ okkupiert halten, weil sie irgendein Land brauchten, um sich dort niederzulassen. Wenn der Mann ihm entgegnet, seine Großeltern seien gar keine Deutschen gewesen, hört ihm keiner zu. Eine grauhaarige Frau wirft ihm entgegen, „Die Nazis ham das doch bei den Juden gelernt“. Das Verfünftachen der Bevölkerung in den „palästinensischen“ Gebieten seit den sechziger Jahren lässt die Expertise der Juden in Sachen Genozid allerdings eher fraglich erscheinen.

An einem Laternenpfahl angelehnt kommentiert ein Mann mit slawischen Gesichtszügen und allwissendem grinsen, „Du hast keine Ahnung, Großer“. Mit seiner nicht angezündeten Zigarette zwischen den Fingern strahlt er die Gelassenheit der Langzeitarbeitslosigkeit aus. Eine blondierte Mittvierzigerin drängt sich vor, „Ich hoffe, das passiert einmal mit dir, inshallah, mit dir.“ Rachefantasien sind das Aphrodisiakum der Gescheiterten.

Jemand ruft „Verschwinde!“, ein anderer wieder mal „Nazis raus!“. Ganz zu Beginn der Versammlung hatte eine einsame Stimme dasselbe in die Gruppe der „Palästinafreunde“ gerufen. „Hey, ich wollte Euch meine Meinung sagen!“ wehrt sich der Mann mit dem Rad, bevor er sich missmutig und geschlagen davonmacht. Ich stehe da mit meinem iPhone und filme, und fühle mich schäbig, dem Mann nicht beizustehen, weil der Drang, das Ganze zu dokumentieren, stärker ist.

Andererseits fehlt mir aber auch die Sympathie für einen Impuls, der das Problem erst geschaffen hat und den die britische Autorin Melanie Phillips prägnant formuliert hat: Das Verharren des westlich geprägten Menschen auf der Idee, dass auf der Welt jeder vernünftig ist, weil ihm alle andere Optionen unerträglich sind. Ein kindisches Verharren, das letztendlich eine tatsächlich kolonialistische Haltung verrät.

Niels Betori Diehl ist Künstler und lebt in Berlin.

Hamas-Terror: Aufstieg des zeitgenössischen Neo-Jihadismus

Die Ereignisse in Israel sind die Blaupause eines Konfliktes, der das Ergebnis einer seit vielen Jahren verfehlten und fahrlässig suizidalen Einlasspolitik besonders gegenüber islamischen Einwanderern ist. Die fatalen Folgen sind längst in unseren Städten und Ländern angekommen und beschränken sich nicht auf die Juden allein. Denn nach den Juden sind es die anderen „Ungläubigen“, die künftig bekämpft und vernichtet werden. Christenverfolgungen und Konflikte des expansiven Islam mit fernöstlichen Religionen gibt es bereits jetzt. Der Aufstieg des zeitgenössischen Neo-Jihadismus ist auch als Gegenpol zum woken Westen zu sehen. Die freie Verfügung über Frauen und die faktische Tatsache, all das ausleben zu können, was in einer modernen und aufgeklärten Welt ein No-Go ist, ist ein Teil des aufklärungs- und reformresistenten, rückschrittlichen und in mittelalterlichen Denkstrukturen verharrenden Islam. Auch heute ist es für den reformresistenten Islam noch ein starkes Motiv, Menschen zu verstümmeln, zu exekutieren, zu vergewaltigen, absolute Macht über andere zu besitzen, zu morden, einfach weil man in der Lage ist, auf dem Weg zur Weltherrschaft, seine eigene Willkür auszuüben. (JR)

Von Dr. Alexander Meschnig

Die letzten Tage habe ich Bilder aus Israel gesehen, die man eigentlich nicht hätte sehen dürfen, die man aber sehen muss, um das Ausmaß des Terrors durch die Hamas zu begreifen. Über 1.300 Zivilisten, Babys, Kinder, Greise, Frauen und Männer wurden am 7. Oktober bestialisch ermordet, vergewaltigt, bei lebendigem Leib verbrannt und massakriert. An die 200 Menschen wurden von der Hamas als Geiseln genommen, triumphierend nach Gaza entführt, blutend auf Pickups durch die Straßen gefahren, von einer jubelnden Menge bespuckt und geschlagen. Müttern in Israel wurde der Mord an ihren Kindern per Video über die Handys der Getöteten versendet, um die Demütigung und den Schmerz zu maximieren. Ein wahrer Blutausch, der seine Opfer in einer Orgie der Gewalt abschlachtete für die es keine Worte gibt. Zum Teil wurden ganze jüdische Familien von den Mördern ausgelöscht, was einen unmittelbar an das Wüten der Einsatzgruppen der SS in Osteuropa in den Jahren 1941-45 erinnerte.

Skrupelloses Prahlen der Hamas

Manche Kommentatoren haben die Morde der Hamas deshalb mit dem nationalsozialistischen Massenmord und der Shoa verglichen. Es gibt aber einen entscheidenden Unterschied. Während die Ermordung der europäischen Juden ein Geheimprojekt war, gemäß Himmels Überzeugung, das deutsche Volk wäre noch nicht reif die „jüdische Frage zu lösen“ und die SS müsse deshalb an seiner Stelle diese Aufgabe übernehmen, prahlen die Schlächter der Hamas offen mit ihren Taten. Die sozialen Medien sind voll mit Videos ihrer Gräueltaten und werden vielfach geliked und geteilt. Es gibt, anders als bei den NS-Schergen, nicht den Hauch eines Skrupels oder zumindest eine dunkle Ahnung, dass hier eine zivilisatorische Grenze überschritten wurde. Diese Grenze existiert für die Hamas, wie schon für die Mörder des Islamischen Staates (IS), offenbar nicht. Darüber hinaus finden die grausamsten Taten frenetischen Beifall, nicht nur in der islamischen Welt, sondern auch in den Städten Westeuropas, ein Ergebnis der seit Jahren anhaltenden suizidalen Einwanderungspolitik, die den millionenfachen Import tribalistischer Gruppen und Anhängern einer fanatischen Religion mit sich brachte. Mit den nun etwa in Berlin-Neukölln sichtbaren Folgen.

Es ist wohl kein Zufall, dass einer der Hauptorte des Mordens der Hamas ein Musikfestival in unmittelbarer Nähe der Grenze war, dass symbolisch alles in sich vereint, was die Gotteskrieger an unserer westlichen Welt – und dafür steht Israel – hassen: Hedonismus, Pazifismus, eine laxer Sexualmoral, emanzipierte Frauen, Liberalismus. Von den fast 300 ermordeten jungen Frauen und Männern des Fes-



Das martialische Auftreten der Hamas und anderer islamischer Terror-Organisationen lockt viele junge Männer an.

tivals nahe des Kibbuz Re'im waren wohl die allermeisten für Frieden und Versöhnung mit den „Palästinensern“, zum Teil waren sie aktiv in der Friedensbewegung tätig und politisch sicher weit links zu verorten. Von einem Moment auf den anderen, in den Videos vom Festival sind bereits die schwarzen Fallschirme der Hamas-Mörder am Horizont zu sehen, ist all das zerstört was bis dato Gewissheit und Überzeugung war: Dialog, Entgegenkommen, Verständnis, Reflexion, Kooperation.

Mit der Hamas, das machte der Angriff auch den bis dato Verhandlungsbereiten deutlich, kann es keine Koexistenz geben, da ihre radikalen Anhänger alle elementaren Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens verneinen und keine Unschuldigen kennen. Eine Tatsache die wir (ein großer Teil des Westens) allgemein leugnen, da stets Armut, Unterdrückung und Ausgrenzung den islamistischen Terrorismus erklären sollen. Insbesondere die Linke toleriert, wie auch nach dem Massaker vom 7. Oktober zu sehen, Gewalt immer dann, wenn sie durch soziale Gründe, angebliche Erniedrigung und Ausbeutung gerechtfertigt ist. In den Augen ihrer Apologeten, den Lüder und Todenhöfers, ist Israel ein Kolonial- oder Apartheidstaat, der die armen „Palästinenser“ seit ewigen Zeiten unterdrückt und sie in ihrer Entfaltung behindert. Die „Heiligsprechung“ der „Palästinenser“ durch die europäische und amerikanische Linke dauert nun schon Jahrzehnte an.

Die Zukunft interessiert sie nicht

Die obligaten Erklärungen für die Massenmorde der Islamisten, die auch jetzt

wieder in unseren Medien zu hören sind, zeigen nur den hilflosen Versuch einen rationalen Kern für die exzessive Gewalt, einen tieferen Sinn dahinter zu finden. Es gibt aber keinen. Die Hamas, wie auch der IS, sind im eigentlichen „unpolitische Bewegungen“ da sie keine Antwort auf eine konkrete Zukunft, etwa die nach einem ökonomischen Konzept für ihren Gottesstaat, geben. Die Zukunft interessiert sie nicht. Deswegen ist es auch vollkommen sinnlos über ein wie immer geartetes „politisches Programm“ oder einen Ausgleich mit ihnen zu verhandeln. Was zählt, ist einzig und allein Gewalt, die Verbreitung von Angst und Schrecken, die restlose Vernichtung ihrer selbsternannten Feinde.

Es sind die unabänderlichen Gesetze der Geschichte oder wie im Falle des Islam die heiligen Worte des Koran, die sich ihren blutigen Weg bahnen. Unabhängig davon, wie der Einzelne handelt, denkt oder fühlt, als „objektiver Gegner“ (Hannah Arendt) ist er der Feind, der zu vernichten ist, auch wenn er in keiner Weise eine Bedrohung darstellt. Feindschaft existiert also allein deshalb, weil uns ein Anderer zum Feind erklärt hat. Wie Israel nun auch handelt, welche Zugeständnisse auch immer gemacht werden, es wird die Gegenseite nicht befrieden da sie gar nicht an einem Kompromiss interessiert ist.

Natürlich bleibt die Frage offen, warum Menschen zu solchen Taten fähig sind und wie man die elementare Grausamkeit der Hamas-Schergen erklären kann. Vielleicht muss man die Attraktion der islamistischen Radikalen weniger in einer fanatischen Religion sehen

als weit mehr in der, insbesondere für junge Männer, faszinierenden Ikonographie des Dschihad. Auffallend sind ja die sorgfältigen Selbstinszenierungen, das dominierende Schwarz (die Lieblingsfarbe aller Todesorganisationen, man denke an die SS), die stolze Präsentation der automatischen Waffen, das Männerbündische, die Geschwindigkeit und Beweglichkeit der Kämpfer auf ihren Pickups, die Rhetorik von glorreichen Siegen, schließlich die Dominanz der Jugend und die Vorstellung einer Elite anzugehören.

Der Dschihad, wie jede kriegerische Kultur, hat auch einen egalitären, brüderlichen Charakter, eine klare Ordnung und Orientierung – alles Anziehungskräfte denen die westliche Welt mit ihren freien, sprich: stets offenen und unsicheren Identitäten offensichtlich wenig entgegenzusetzen kann. Es ist wohl nicht allzu gewagt, die Attraktion islamistischer Gruppen für viele junge Männer genau in den Möglichkeiten zu sehen, die die westliche Welt verwehrt und längst ächtet, auch wenn sich in uns alles gegen diese Einsicht sträubt. Die freie Verfügung über Frauen und die faktische Tatsache, all das ausleben zu können, was ansonsten tabuisiert bleibt: Menschen zu verstümmeln, zu exekutieren, zu vergewaltigen, absolute Macht über andere zu besitzen, zu morden, einfach weil man in der Lage dazu ist, all das ist wohl in vielen Fällen ein starkes psychologisches Motiv für die selbsternannten Gotteskrieger. Die Religion des Islam ist hier Vehikel und Legitimation. Was die heutigen islamischen Attentäter von den Partisanen oder Terroristen der Vergangenheit aber unterscheidet, ist

ihr Todeswunsch. „Ihr liebt das Leben, und wir lieben den Tod.“ Darin artikuliert sich der Nihilismus des zeitgenössischen Jihadismus.

Todeskult mitten unter uns

Erschwerend kommt für Westeuropa hinzu: dieser Todeskult ist, durch politische Entscheidungen forciert und von einem moralischen Universalismus getragen, mitten unter uns und wird durch die fortgesetzte Masseneinwanderung forciert. Die Ereignisse in Israel sind die Blaupause eines Konfliktes, der längst in unseren Städten und Ländern angekommen ist. Denn nach den Juden sind es die Ungläubigen, die bekämpft und

vernichtet werden müssen. Die islamistischen Bewegungen brauchen keinen Grund, Israel oder die Ungläubigen zu hassen, es ist nicht unser Verhalten oder Nicht-Verhalten, das ihren Furor erzeugt und eine ansonsten friedliche Umma zu schweren Gewalttaten provoziert. Das alles sind nur Erklärungen innerhalb unserer eigenen Logik.

Der Aufstieg des zeitgenössischen Neo-Jihadismus, so der Psychotherapeut und Kriegsreporter Eugen Sorg, ist nicht das Produkt einer wie immer auch verfehlten Politik Israels oder des Westens. „(...) Der radikale Islam braucht keinen Grund, um zuzuschlagen. Der Zerstörungswille ist immer

schon vorher da. Der Westen kann sich verdrehen und verbiegen wie er will, nichts wird den Hass der Radikalen beeinflussen. Er wird gehasst, weil er der Feind ist, und nicht, weil er sich falsch verhält.“

Israel und seiner Armee bleibt nun keine andere Wahl als die destruktiven Kräfte der Hamas soweit einzudämmen wie möglich. Dass die dabei erzeugten Bilder, auch in den westlichen Medien, gegen Israel verwendet werden, wissen wir. Für insbesondere die Linke, nicht nur in Deutschland, erscheint der israelische Wille zur Selbstbehauptung als permanente Zumutung, da er ständig die eigene Schwäche vorführt, die

wiederum in moralische Appelle an den Staat Israel verwandelt wird. Wir werden sehen, wie lange die lautstark erklärte Solidarität mit Israel anhalten wird, vor allem wenn der Druck auf den Straßen durch den muslimischen Mob zunimmt und die Gefährdungslage steigt.

Dr. Alexander Meschnig studierte Psychologie und Pädagogik in Innsbruck. 1992 Umzug nach Berlin und Promotion in Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Neben kulturwissenschaftlichen Veröffentlichungen arbeitet er v.a. zu den Themen Nationalsozialismus, Militär- und Kriegsgeschichte.

Akute Bedrohungslage für Juden in Deutschland: Judenstern-Schmierereien an Hauswänden

Es sind Bilder, die an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnern: Hauswände und Türen werden mit Judensternen markiert. Doch eines unterscheidet sich 2023 von 1938: Die Täter. Es sind größtenteils muslimische Migranten – Judenhasser und Terror-Applaudierer. Nachdem die mörderische Hamas zum weltweiten Dschihad gegen Juden aufgerufen hat, mussten Sicherheitsbehörden jüdische Einrichtungen noch stärker unter Polizeischutz stellen. Wegen der Bedrohungslage war der jüdische Fußballverein Maccabi Berlin sogar gezwungen, zwischenzeitlich sogar den Spielbetrieb einzustellen. (JR)

Von Julian M. Plutz

Am 7. Oktober zerbrach in Israel eine Welt. Das Land, das wie kein zweites für die Sicherheit der Juden steht, wurde zum Schauplatz eines präzedenzlosen Massakers. Es ist ein Tag danach, nachdem sich zum fünfzigsten Mal der Beginn des Jom-Kippur-Krieges jährte. Es ist der Tag, an dem seit der Shoah binnen 24 Stunden noch nie so viele Juden getötet wurden. Das Sicherheitsversprechen wurde gebrochen und mit ihm zerbrach auch etwas im jüdischen Selbstverständnis.

Deutschland illuminierte das Brandenburger Tor in blau und weiß. Doch auch der Davidstern könnte weder die Flecken des jüngsten Farbanschlags der „Letzten Generation“ auf den Säulen verbergen noch den zum himmelschreienden Gratismus. Deutschland ist ein Land von vielen, das Gaza finanziell unterstützt hat. Wohin die vielen hundert Millionen auch geflossen sind, konnte man am 7. Oktober sehen. Anders gesagt: Diese und die letzten Regierungen tragen eine Mitverantwortung für das große Schlachten in Israel. Solidaritätsbekundungen bekämpfen weder die Täter, noch helfen sie den Opfern. Sie dienen nur dem Selbstzweck, dem guten Gefühl, etwas Gutes getan zu haben. Glauben Sie.

Am 7. Oktober zerbrach auch bei Juden in Europa eine Welt. Jüdische Gemeinden sind nicht nur wegen der Taten in Israel erschüttert, sondern auch wegen der Reaktionen vieler Muslime. Auf dem ganzen Kontinent fanden Demonstrationen statt. Alle verfolgten ähnliche Ziele: Stimmung gegen Israel zu machen, den Hamas-Terror zu feiern und Angst und Schrecken gegen Juden zu verbreiten. In London marschierten Tausende in „Solidarität“ mit den sogenannten „Palästinensern“ und kritisierten die britische Regierung für ihre Unterstützung Israels.

In Berlin ticken die Uhren anders

Auch in Deutschland krochen die Judenhasser aus ihren Löchern: In Düsseldorf gingen am 14. Oktober statt der rund 50 angemeldeten Demonstranten mehr als 700 unter dem Motto „freies Palästina“ auf die Straße. „From the river to the sea,

Palestine will be free“ war zu hören, ein Slogan, der das Ende des Staates Israel bedeutet. Auch in Braunschweig haben sich laut Polizei rund 500 Menschen zu einer antiisraelischen Demonstration versammelt.

In München wurde diese Art von Demonstration verboten. Wie auch in Berlin. Doch Berlin wäre nicht Berlin, wenn es trotz eines Versammlungsverbots nicht 1.000 pro-„palästinensische“ Demonstranten am 15. Oktober auf dem Potsdamer Platz zusammenkamen. Ein Polizeisprecher forderte die Demonstranten auf, den Platz zu verlassen. Doch statt dem zu folgen, kamen laut dem Sprecher noch mehr Menschen hinzu. Erst am Abend war der Platz geräumt.

Dabei sei es zu Gewalt gekommen. Es wurden Gegenstände geworfen. Die Polizei antwortete mit Pfefferspray. Mindestens ein Beamter wurde durch einen Tritt in den Unterleib verletzt. Mehrere Teilnehmer wurden festgenommen. In Berlin ticken die Uhren eben anders.

Lauthales Schweigen der Antifa

Und Berlin vergisst auch seine Geschichte nicht. Die Stadt hat nicht nur laut Hildegard Knef ein Gesicht mit Sommersprossen, sondern auch Türen, die mit Davidsternen markiert wurden. Dies geschieht im Jahr 2023. Nicht 1943. Es sind Taten, die zeigen, wie wenig sich in Deutschland verändert hat. Doch ein wesentlicher Fakt hat sich verändert: Die Täter.

Wir reden heute selbstredend nicht mehr über deutsche Täter, die dem Nationalsozialismus hinterherlaufen. Natürlich nicht. Das weiß auch jeder. Aber nicht jeder möchte es aussprechen, nicht jeder möchte es wahrhaben. Die Judenhasser von heute mögen den Hitler-Islam Pakt zwischen dem Großmufti Haj Amin al-Husseini feiern, weil die Ratifizierung die Endlösung zur Folge gehabt hätte. Doch die Täter von heute, die Judenhasser von heute, die Hamas-Verehrer und Iran-Versteher sind nicht nur, aber vor allem Muslime.

Was man sich unweigerlich fragt: Wo ist die Antifa, wenn man sie einmal braucht? Wo sind die eifrigen jungen Damen und Herren, die hinter jedem Flugblatt die Errichtung des 4. Reiches durch bürgerlich-lackierte Neonazis se-

hen? Wo ist der schwarze Block, der das jüdische Leben in Deutschland verteidigt? Wo sind die Gegendemonstrationen von Berlin bis Braunschweig? Das Schweigen ist ohrenbetäubend und hat nur einen Grund: Es geht „nur“ um Juden.

Der Staat Israel ist der Linken seit Gründung ein Dorn im Auge. Von Brandt, bis zur RAF, von der Studentenbewegung bis zur Linken. Die Protagonisten misstrauen dem Staat. Ihnen war der Staat seit jeher nationalistisch, zu kapitalistisch und zu nahe an den USA. Dann ist es klar, dass „Nie wieder Auschwitz“ zwar für angebliche Verfehlungen eines 17-jährigen Hubert Aiwanger gilt, nicht aber für lebendiges Judentum, das mit Davidsternen markiert wird. Damit jeder sieht: „Aha, da wohnt er also, der ‚Jud‘!“

Özil scheint der Hamas nahe zu stehen

Die Konsequenzen gehen bis in den Sport hinein. Maccabi Berlin, die 1. Mannschaft, die als erster jüdischer Verein Deutschlands in dieser Saison sensationell am DFB-Pokal teilnahm, stellte den Spielbetrieb vorerst ein. Ihr Gegner TSG Neustrelitz stimmte der Spielverlegung zu. „Makkabi kam am Samstag mit der Bitte auf uns zu, ihre Spiele in allen Altersklassen abzusagen“, sagt Janosch Franke, Pressesprecher vom Berliner Fußball-Verband gegenüber der Berliner Zeitung, „dem haben wir natürlich sofort entsprochen.“ Inzwischen wurde der Spielbetrieb wieder aufgenommen.

Trotzdem scheinen im Fußball die Uhren anders zu ticken. Der ehemalige deutsche Nationalspieler und Moslem Mesut Özil äußerte sich auf Instagram so erwartbar, wie niederschmetternd. „Beten für die Menschheit. Für den Frieden beten. Unschuldige Menschen und insbesondere unschuldige Kinder verlieren im Krieg ihr Leben – auf beiden Seiten. Es ist so herzerreißend und traurig. Bitte stoppt den Krieg!!!“

Özil unterscheidet explizit nicht zwischen den Terroristen der Hamas, die in Israel einfielen und mehr als 1300 Unschuldige ermordeten, und dem angegriffenen Staat Israel, der sich nun gegen die Hamas mit Gegenschlägen verteidigt. Auch die Täter – die islamischen

Schlächter – nennt Özil in seinem Beitrag nicht. Doch er ist nicht der einzige.

Das Böse ist die Abwesenheit von Empathie

Bayern-Profi Noussair Mazraoui hatte in den sozialen Netzwerken ein Video, in dem den „Palästinensern“ im Konflikt mit Israel ein Sieg gewünscht wird. Der Profi des FC Bayern teilte einen kurzen Clip, in dem eine Stimme im Stil eines Gebets sagt: „Gott, hilf unseren unterdrückten Brüdern in Palästina, damit sie den Sieg erringen. Möge Gott den Toten Gnade schenken, möge Gott ihre Verwundeten heilen.“

Es ist wie immer: Nach dem präzedenzlosen Massaker vom 7. Oktober, bei dem auch Kleinkinder grausam getötet wurden, geht man zur altbekannten Rhetorik zurück. Nun ist es nur noch ein „Krieg“, es handelt sich um den „Nahost-Konflikt“, den wir schon seit Jahrzehnten von der Tagesschau kennen. Nun müsse man „beide Seiten verstehen“ und „Opfer, sowohl auf „palästinensischer“ als auch auf israelischer Seite verhindern.“

Die Menschen, die dies fordern, vergessen eines: „Es gibt keine Neutralität im Entsetzlichen.“ Wer diese Bilder gesehen hat und empathisch ist, der wird diese Bilder niemals vergessen. Wer auch nur ein „Aber...“ im Bezug auf die Anschläge in Israel verliert, verliert seine moralische Integrität. Es ist nicht die Zeit für gespielte Objektivität. Doch für manche sind sogar die Grundzüge der Menschlichkeit eine unüberwindbare Hürde.

Das Böse ist die Abwesenheit von Empathie. So pathetisch es klingen mag: In diesen Tagen zeigt sich, wer Empathie empfinden und ausdrücken kann und wer nicht, sprich: Wer gut ist und wer böse. Wir befinden uns in den Wochen im Krieg gegen die Terroristen. Und so unverständlich es für Linksliberale es klingen mag, es geht auch um Vergeltung. In Deutschland müssen Politik und weite Teile der Medien eingestehen, dass sie den innerdeutschen Judenhass von linker und islamischer Seite über Jahrzehnte systematisch verschwiegen haben. Das ist nach dem 7. Oktober vielleicht das zweitgrößte Verbrechen.

Israelberichterstattung: Der Schulterschluss mit Israel bröckelt

Die Dämonisierung Israels gehört bei nicht wenigen deutschen Journalisten ganz offensichtlich zum Standard-Repertoire. Selbst die von einer Terror-Bande wie der Hamas verbreiteten Fake-News werden von den deutschen Medien als geeignete Quelle betrachtet, um sie gegen Israel und die Juden einzusetzen. Es nützt Israel nicht im Geringsten, dass die Lüge von „500 Toten“ und dem Israel angelasteten Beschuss der Al-Ahli-Klinik in Gaza rasch als solche entlarvt werden konnte und sich die Rakete nicht nur als eigener Fehltreffer erwies, sondern wohl sogar auch vorsätzlich, unter tiefer Verachtung der Leben der eigenen Bevölkerung, abgefeuert worden ist. Die Mord-Organisation der Gazaner nutzt die Israel-averse Voreingenommenheit der links-dominierten westlichen Medien und weiß die alten antisemitischen Narrative von der jüdischen Schuld zu bedienen. So sind viele der Main-Stream-Medien nur 20 Tage nach den Schreckensbildern des 7. Oktober bereits wieder in ihr altes Schema zurückgefallen und sprechen Israel das Recht auf Selbstverteidigung ab. (JR)

Von Claudio Casula

Noch ist nur die Hälfte der Leichen identifiziert worden, die das Hamas-Massaker vom 7. Oktober in den grenznahen Ortschaften zurückgelassen hat – viele Menschen wurden, oft gefesselt, lebendig verbrannt, die Forensiker sagen, so etwas hätten sie noch nie gesehen. Derweil sieht man sich im Nahen und Mittleren Osten, in Amerika und in Europa um und könnte angesichts der tobenden Massen auf den antiisraelischen Hassdemonstrationen den Eindruck gewinnen, dass am 7. Oktober anscheinend 1.400 Palästinenser abgeschlachtet und 200 nach Israel verschleppt wurden – und nicht umgekehrt.

Binnen Tagen ist es gelungen, im Zuge der israelischen Gegenangriffe auf die Hamas und noch vor einer erwarteten Bodenoffensive die angestammte Opferrolle wieder aufzuwärmen: Jetzt sind es schon wieder die „Palästinenser“, die leiden müssen, das ist das Narrativ, das sich im Bewusstsein der Welt eingenistet hat und das von den Medien immer wieder befeuert wird.

Jüngstes Beispiel ist der behauptete israelische Angriff auf das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt. 500 Menschen seien getötet worden, ließ die Hamas verbreiten, und weltweit sprang die Empörungsmaschine an: „Mindestens 500 Tote“ meldete die Tagesschau, hunderte Menschen seien getötet worden, der Deutschlandfunk. Nicht, dass AP, Reuters, CNN, Al-Jazeera, die New York Times und andere Medien das Wasser gehalten hätten – allesamt trompeteten sie die Falschnachricht in die Welt, für die die einzige Quelle die notorisch lügenerische Terrororganisation Hamas war. Dabei zeigen diverse Beweismittel (sie wurden im Artikel zum Thema gestern schon teilweise genannt), dass Israel mit der Rakete nichts zu tun hatte. Längst sind auch Aufnahmen im Umlauf, die klar zeigen, dass der Einschlag der vom Islamischen Dschihad abgefeuerte Rakete auf einem Parkplatz des Klinikgeländes stattfand.

„Hisbollah in Jordanien“, „Ostjerusalem Autonomiegebiet“

Auf einem Video sieht man die Einschlagstelle, die eher an ein Schlagloch auf einer Straße im Ruhrgebiet erinnert als an den Krater, den eine israelische Rakete zu hinterlassen pflegt: nämlich den Parkplatz, auf dem etwa ein Dutzend ausgebrannte Autos stehen – und die Klinikgebäude darum herum sind, von einigen geborstene Fensterscheiben und Rauchspuren abgesehen, nahezu unversehrt. Nicht nur, dass die Rakete von einer islamistischen Terrorgruppe abgeschossen wurde: sie kann auch nicht viele Menschen getötet haben, es sei denn, es hätten in jedem Auto 40 Personen gesessen. Wir erinnern uns: Die Hamas sprach von mehr als 500 Toten, und das war die Nachricht, die unter Berufung auf sie um die Welt ging.

Eine klassische Falschnachricht also, die nur teilweise wieder kassiert wurde. „Ärzte ohne Grenzen“ löschten ihr ursprüngliches Empörungsmittel („durch nichts zu rechtfertigen!“) im



Es dauerte nur wenige Tage, bis Teile der Presse wieder alte Narrative bedienten.

Lichte neuer Erkenntnisse. Der Rest macht weiter wie bisher, was nicht verwundert in einem Milieu, in dem Journalisten, wie kürzlich in der Hamburger Morgenpost, die Hisbollah in Jordanien verorten statt im Libanon, und ZDF heute verbreitet, dass der Ostteil Jerusalems zum „Palästinensischen“ Autonomiegebiet gehört.

Die Krankenhaus-Lüge war zwar binnen weniger Stunden widerlegt, und selbst der umstrittene Tagesschau-Faktenchecker Pascal Siggelkow listet die Indizien auf, aber seine Erkenntnisse fließen leider nicht in die 20.00-Uhr-Tagesschau seiner Kollegen (fünf Stunden später!) ein. Die Marschroute lautet offenbar: Nichts Genaues weiß man nicht. So behauptet Sandra Maischberger:

„Es gab einen Raketenangriff gestern Nacht auf ein Krankenhaus im Gaza-Streifen mit vielen Toten... Die Frage, wer es getan hat, steht offen im Raum.“

Die einen sagen so, die anderen so

Und bei „Phoenix vor Ort“ lässt der Moderator den israelischen Botschafter in Berlin, Ron Prosor, zunächst Licht ins Dunkel bringen, um dann gleich anzufügen: „Nun muss man jetzt auch mal von journalistischer Seite sagen: Das ist jetzt Ihre Meinung, die Meinung Israels, Hamas hat das ja auch nochmal heute Mittag bekräftigt, sieht das eben anders und behauptet weiter...“ sowie „Es gibt noch keinen Beweis“, als sei das, was Prosor eben sagte, bei ihm zum einen Ohr hinein- und zum anderen wieder hinausgerauscht. Und auf den Einwand des Botschafters, es gebe nun mal diese Beweise und dieses Herumeiern, im Sinne von „Die einen sagen so, die anderen so“, das ginge nicht: „Wir haben Sie verstanden, wir werden das an dieser Stelle jetzt nicht auflösen können...“

Klar, eine bloße und vollkommen unbelegte Behauptung wie die von den „500 Toten“ (zufällig dieselbe Zahl, die von den „Palästinensern“ 2002 in Jenin verbreitet wurde und die sich später als dreist erfundenes Märchen herausstellte) und den angeblich dafür Verantwortlichen ist mindestens ebenso viel wert wie die Aussage des Botschafters, der die Beweise

aufzählte. Äquidistanz ist offenbar wieder einmal das Gebot der Stunde, bestenfalls. In einem eher ungewöhnlichen Fall von Widerspruchsgeist wagt es Dunja Hayali immerhin, den zugeschalteten „palästinensischen“ Botschafter in Wien, Salah Abdel-Shafi, zu fragen, ob er sich denn jetzt wenigstens von der Hamas distanzieren.

Das tut er, obwohl von der rivalisierenden Fatah entsandt, natürlich nicht, stattdessen bricht eine sehr unappetitliche Kaskade aus Lügen und Verleumdungen aus ihm hervor, während Hayali minutenlang verzweifelt versucht, zu widersprechen. Nicht einmal mit der Behauptung, die Medien berichteten einseitig zugunsten Israels (!), hat er recht, ganz im Gegenteil. Aber immerhin hatte er Gelegenheit, Israel des Terrors zu zeihen. Danke für das Gespräch, Herr Abdel-Shafi!

Jetzt schwurbelt Lüders

Einen weiteren Tiefpunkt des öffentlichen Journalismus wollen wir zum Abschluss betrachten: das Phoenix-Interview mit, wie könnte es anders sein, dem unvermeidlichen Michael Lüders, der abenteuerlicherweise einmal mehr als „Nahost-Experte“ vorgestellt wird. US-Präsident Biden, so der Moderator, habe Israel von einer „maßlosen“ Reaktion abgeraten. Ob er, Lüders, den Eindruck habe, „dass das maßlos ist, was da gerade von Israel kommt?“ Lüders:

„Na ja, wenn man sich die Entwicklung im Gazastreifen ankuckt... 1,1 Millionen Menschen, die gezwungen werden, vom Norden in den Süden des Gazastreifens zu flüchten, weil sie nur dort angeblich in Sicherheit seien, das ist schon jenseits jedem internationalen Strafrechtes, das geht viel zu weit, wird aber von der westlichen Politik offenbar akzeptiert und das ist nicht gut, denn man kann diesen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht militärisch lösen, es gibt nur eine politische Lösung, auch wenn es im Augenblick danach natürlich nicht aussieht.“

Die Frage, wie Israel die Hamas sonst auf dem von dieser beherrschten Territorium bekämpfen soll, etwa inmitten

von einer Million Menschen, erörtert Lüders nicht, schon die Aufforderung an Zivilisten, die Kampfzone zu verlassen, ist für ihn „jenseits jeden internationalen Strafrechtes“. Dann die übliche Binsen, es müsse eine politische Lösung geben. Die ist zwar ungezählte Male gesucht und verhandelt worden, aber das lässt Lüders uns natürlich nicht wissen. Und dass eine „politische Lösung“ mit der Hamas, die theoretisch und praktisch nicht weniger als die Auslöschung Israels und seiner Bewohner anstrebt, vollkommen unmöglich ist, erst recht nicht.

Nahostexperte ohne Emphase

Moderator: „Kurze Erinnerung, Herr Lüders, 1.400 Menschen sind ermordet worden, teils bestialisch abgeschlachtet worden, auf Deutsch gesagt, da ist es doch verständlich, dass Israel jetzt versucht, die Hamas zu zerschlagen, oder?“

„Vieles mag verständlich sein“ [man beachte das „mag“, C.C.], aber ich glaube, man muss unterscheiden zwischen moralischer Emphase und nüchterner Analyse, und zur nüchterneren Analyse gehört natürlich auch, dass man die Faktenlage nüchternd (sic!) betrachtet und sorgfältig abwägt, was man sagt oder was man nicht sagt.“

Moralische Emphase gut und schön, aber jetzt reden wir mal ganz sachlich. Business as usual. An Empathie und Verständnis für Israel ist aus Lüders rein gar nichts rauszuholen, das hat der Moderator jetzt begriffen. Er wechselt den Schauplatz: „...weil vorhin die Meldung kam, dass Iran die arabische Welt auffordert, mit Israel zu brechen. Wie stehen denn die Chancen des Terrorregimes in Teheran, dass es dafür Gehör findet?“ Terrorregime in Teheran? So ein böses Wort käme Lüders nicht über die Lippen. Er sagt lieber „Akteur“.

„Ich würde vorschlagen, dass man Dinge nüchterner und sachlich analysiert. In moralisierender Hinsicht sind wir natürlich alle empört über den Iran und über andere Akteure in der Region, aber wir sollten doch die Augen nicht davor verschließen, dass das, was hier dort passiert, durchaus in einer größeren Katastrophe münden kann, indem beispielsweise die Hisbollah involviert wird, in dem Israel und/oder die USA auf die Idee kommen könnten, den Iran anzugreifen. Und man sollte sich darüber im Klaren sein, dass dieses dann der Auftakt wäre zu einer brutalen Auseinandersetzung, zu einem Krieg, an dem gemessen der Krieg in der Ukraine fast wie ein harmloses Gemetzel anmutet. Es ist eine äußerst gefährliche Situation, Politik ist gefragt, Diplomatie ist gefragt und es bedarf eben auch einer sorgfältigen Prüfung gegebener Fakten, sonst macht man sich zum Propagandisten von Kriegsparteien.“

Da ist er wieder, der notorische „Flächenbrand“, der immer an die Wand gemalt wird, wenn sich Israel oder der Westen zur Wehr setzt.

Claudio Casula arbeitet als Autor, Redakteur und Lektor bei der Achse des Guten, wo dieser Artikel zuerst erschienen ist.

Chaotische und späte Rückholung aus Israel: Deutschland ließ seine Bürger im Stich

Nach dem verheerenden Terror-Angriff der Hamas holten die meisten Länder ihre Staatsbürger schnell aus Israel heraus – nicht so die deutsche Bundesregierung. Unter der Regie von Außenministerin Annalena Baerbock verlief die Evakuierung, wie bei der Dysfunktionalität des Außenamtes kaum anders erwartet, schleppend und pannenreich. Andere Staaten setzten für die Evakuierung auch sofort Militärmaschinen ein und hatten ihre Bürger bereits heimgeholt, bevor Deutschland damit überhaupt begonnen hatte. Das Versagen des Außenministeriums ist bezeichnend für eine Schönwetter-Außenministerin, die für eine sogenannte feministische Außenpolitik einsteht und selbst in Krisenzeiten über 130.000 Euro Steuergeld für eigenes Make-Up und Friseur ausgibt sowie ihre eigenen Solidaritätsaussagen zu Israel durch ihre deplatzierte Stimmenthaltung ad absurdum führt. (JR)

Von Sebastian Biehl

Zu den ersten Dingen die Staaten tun, wenn in einem anderen Land Krieg herrscht, gehört es, seine Bürger auszufliegen. Gerade bei hochentwickelten Staaten mit guten diplomatischen Beziehungen wird dies erwartet und ist Teil der Vorteile, Bürger eines funktionierenden Staates zu sein. Wenn Staatsbürger, selbst wenn es nur einzelne sind, wegen Krieg in Gefahr sind, dann muss sofort gehandelt werden und dann gibt es nichts Wichtigeres, als seine Bürger heimzuholen.

Die deutsche Bundesregierung, beziehungsweise das Auswärtige Amt, haben auch in diesem Fall ihre Unfähigkeit wieder unter Beweis gestellt. Statt eines konkreten Planes, wo man sich einzufinden hat und wo dann Maschinen der Luftwaffe und deutscher Luftlinien mit Sonderflügen zur Evakuierung bereitstehen, wurden Reisewarnungen erteilt und Tipps zur eigenständigen Ausreise gegeben. Originalzitat von der Webseite des Außenministeriums: „Von Reisen nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete wird derzeit dringend abgeraten. Vor Reisen in den Gazastreifen wird gewarnt....Zurzeit verkehren nach unseren Erkenntnissen kommerzielle Flüge vom internationalen Flughafen Ben Gurion. Bitte setzen Sie sich mit Ihrem Reiseveranstalter und/oder einer Fluggesellschaft in Verbindung“. Man verließ sich auf die kommerziellen Flüge, die allerdings wegen des Kriegszustands erstmal unterbrochen und nach Wiederaufnahme völlig ausgebucht waren.

Erst ab Donnerstag, 12. Oktober, gab es wieder Flüge der Lufthansa, vier Flüge pro Tag, was keinesfalls ausreichend war für die Anzahl der sich in Israel befindenden Deutschen. Der erste Flieger mit 370 evakuierten Deutschen landete am Donnerstagnachmittag in Frankfurt, etwa 950 Deutsche waren bis Freitagvormittag evakuiert.

Schleppende Evakuierung

Am Freitag, 13. Oktober hieß es, die Bundeswehr sei in der Lage, Evakuierungsflüge durchzuführen, allerdings nur zur Not und falls der zivile Flugbetrieb ausfalle. Die Lufthansa gab in der Tat dann auch bekannt, dass die Sonderflüge ab Samstag, dem 14. Oktober gestoppt werden, angeblich wegen Sicherheitsbedenken. Die Bundeswehr sprang nun ein mit 2 Transportflugzeugen vom Typ A400 M und einem Airbus A321 ein, welche Deutsche am Flughafen von Tel-Aviv abholten. Alle drei Flugzeuge konnten allerdings zusammen gerade mal knapp 160 Deutsche bis Sonntagabend (15. Oktober) ausfliegen. Andere, wesentlich umständlichere Optionen wie die Ausreise über Jordanien, was auch noch ein Visum voraussetzt, wurden kaum genutzt. Bis Dienstag, den 17. Oktober waren insgesamt etwa 2.000 Deutsche aus Israel ausgeflogen,



Viele deutsche Staatsbürger fühlten sich bei der Evakuierung aus Israel von ihrer Regierung im Stich gelassen.

etwa 3.000 warteten gemäß der Evakuierungsliste der Deutschen Botschaft noch auf ihre Ausreise, allerdings wurde die Evakuierung am 16. Oktober als abgeschlossen betrachtet und behauptet, die übrigen Deutsche auf der Liste würden es vorziehen, in Israel zu bleiben.

Währenddessen hatten andere Staaten ihre Bürger längst heimgeholt. Österreich hatte viel schneller reagiert und bereits ab Mittwoch, den 11. Oktober, Flugzeuge des Bundesheeres für die Evakuierung seiner Staatsbürger geschickt. Auch Polen, Spanien, Ungarn, Rumänien, Italien und Griechenland konnten ihre Bürger bald nach Ausbruch des Krieges mit Fliegern der Streitkräfte oder der Flugbereitschaft ausfliegen. Sogar das kleine Island konnte einer Deutschen Jugendgruppe helfen und diese mit einer Maschine des isländischen Außenministeriums, welche noch Extrakapazitäten hatte, nach Reykjavik ausfliegen. Auch in anderen Fällen mussten Deutsche die Hilfe von wesentlich kleineren Ländern in Anspruch nehmen, was peinlich für Deutschland ist. Von der vielgerühmten Deutschen Effizienz war nichts zu spüren.

Eine Außenministerin in Erklärungsnot

Das Außenministerium verwies auf die logistischen Schwierigkeiten und deutet an, dass über 100.000 Deutsche in Israel seien, die man nicht mit ein paar Evakuierungsflügen ausfliegen könnte. Außenministerin Annalena Baerbock sagte am Dienstag, 10. Oktober, dass keine Evakuierung mit Hilfe der Bundeswehr vorgesehen sei, gab allerdings keine Gründe dafür an und redete stattdessen darüber „dass man jetzt Prioritäten setzen müsse wie zum Beispiel Schulklassen“. O-Ton der Außenministerin: „Angesichts der Situation, dass wir viel,

viel mehr Menschen herausholen müssen, können wir nicht eine Militärmaschine schicken“. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundeswehr mehr als nur eine „Militärmaschine“ zur Verfügung hat. Es hat auch keiner behauptet, dass die Evakuierung nur mit Militärmaschinen geschehen soll, aber so etwas hätte Priorität und hätte die anderen Optionen, wie kommerzielle Flüge, unterstützt.

In der Tat verfügt die Deutsche Bundeswehr über ganz andere Kapazitäten als die Streitkräfte der oben genannten Länder. Die Bundeswehr verfügt nicht nur über zahlreiche Transportflugzeuge, die eigentlich für Fracht gedacht sind, aber im Notfall auch für Personen benutzt werden können, sondern auch über etliche komfortable Flugzeuge der Flugbereitschaft und zum VIP-Transport. Eine zupackende Ministerin hätte angekündigt, dass jetzt alles andere zurückstehen muss und alle irgendwie einsatzbereiten Flugzeuge, einschließlich der Flugbereitschaft des Auswärtigen Amtes, zur Evakuierung eingesetzt werden. Frau Baerbock kann für Auslandsreisen durchaus auf Linienflüge ausweichen, die in Israel gestrandeten Deutschen konnten es nur in Glücksfällen.

Außerdem sind unter den 100.000 Deutschen in Israel viele mit Doppelpass und Hauptwohnsitz in Israel, die also nicht evakuiert werden müssen. Der Fokus hätte auf der zwar immer noch große, aber doch überschaubare Gruppe der Touristen und sonstigen Reisenden liegen sollen. Die Anzahl und sogar die Namen ließen sich feststellen über die Daten der Fluggesellschaften. Die Nutzung von kommerziellen Flügen, einer Fähre nach Zypern oder Ausreise über ein Drittland wie Jordanien, was das Außenministerium empfahl, hätte nur eine zusätzliche Option sein sollen. Dass die

Bundeswehr zur schnellen Evakuierung in der Lage ist, bewies sie nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021: Airbus A400M und A310 Transportmaschinen flogen in kurzer Zeit 5340 Menschen aus, neben deutschen Staatsbürgern auch Bürger anderer Nationen sowie sogenannte afghanische Ortskräfte.

Bürokratisch und ineffizient

Bei der Deutschen Botschaft in Tel-Aviv hatten sich bis Freitag, 13. Oktober, etwa 5000 ausreisewillige Deutsche in eine Krisenvorsorgeliste mit dem lustigen Namen ELEFAND (elektronische Erfassung Deutscher im Ausland) eintragen - wenigstens diese hätten prioritär ausgeflogen werden können. Außerdem wurden sie an eine Hotline verwiesen, die allerdings wegen des hohen Volumens ständig besetzt war. Die Bürokratie ist in Notzeiten ein Hindernis und die Webseite des Außenministeriums weckte wenig Vertrauen in eine schnelle und unkomplizierte Art der Evakuierung:

„Auf Bitte des Auswärtigen Amtes führt die Lufthansa am Donnerstag und Freitag mehrere Sonderflüge aus Israel durch. Die auf der Krisenvorsorgeliste ELEFAND registrierten deutschen Staatsangehörigen wurden per elektronischem Landsleutbrief darüber informiert, wie Plätze auf den Sonderflügen bei der Lufthansa gebucht werden können. Sie können nur dann Plätze buchen, wenn Sie und Ihre Familienangehörigen auf ELEFAND registriert sind und direkt über ELEFAND die Informationen zu den Sonderflügen erhalten haben.“

Das Auswärtige Amt arbeitet mit der Lufthansa daran, weitere Flüge in den nächsten Tagen zu organisieren. Eine Entscheidung dazu ist noch nicht getroffen. Auch EasyJet prüft derzeit, in den nächsten Tagen wieder Flüge ab Tel Aviv anzubieten.

In Notsituationen zeigt sich echte Führungsstärke. Frau Baerbock ist allerdings eine Schönwetter-Außenministerin, die gerne auf Konferenzen zu Klima oder Frauenrechten Binsenweisheiten ausspricht oder sich telegen beim Besteigen des Flugzeugs ablichten lässt, aber in einer Situation wie dieser, wo schnelles und konsequentes Handeln nötig ist, ist sie anscheinend überfordert. Übrigens ist nichts so förderlich für die Beliebtheit eines Politikers wie das Bild des Machers und Krisenmanagers.

Fazit: Der Eindruck entsteht, dass Deutschland selbst nicht Willens oder in der Lage war, seine Bürger eigenständig herauszuholen und dazu die Hilfe von Drittstaaten benötigte und vieles der Eigeninitiative der Gestrandeten überließ und es ansonsten bei überflüssigen Ratschlägen beließ. Während man afghanische „Ortskräfte“ ausfliegen konnte, hapert es scheinbar bei den eigenen Bürgern.

Hilfszahlungen sickern zur Hamas durch

Die Ankündigung der deutschen Bundesregierung, Zahlungen an sogenannte „Palästinenser“ einzustellen, wurden schnell wieder relativiert. Nun sollen doch 50 Millionen Euro als „Soforthilfe“ nach Gaza fließen. Seit dem bestialischen Angriff der islamischen Terror-Hamas am 7. Oktober sollte klar sein, dass das Geld über die vermeintlichen NGOs direkt zu den Terroristen fließt und damit schon wieder der Tunnelbau und das Morden unschuldiger jüdischer Menschen finanziert wird. (JR)

Von Birgit Gärtner

Nach dem brutalen Massaker der HAMAS an israelischen Zivilisten kündigte die Bundesregierung zunächst an, alle Zahlungen an „Palästina“ einzustellen. Daraus wurde dann, es solle geprüft werden, ob die Zahlungen einzustellen seien. Die Diskussion wurde beendet durch die „Soforthilfe“ in Höhe von 50 Mio. €, die direkt nach Gaza fließen wird. Fast scheint es, als sei die de facto Vergütung „palästinensischen“ Terrors mittlerweile eine gute, alte deutsche Tradition.

Dem Deutschen Vertretungsbüro Ramallah zufolge unterstützt Deutschland „die Palästinensischen Gebiete“ seit Anfang der 1980er Jahre finanziell: „Als erstes Land eröffnete Deutschland 1994 ein „Vertretungsbüro“ in den Palästinensischen Gebieten. Seit 1997 gibt es eine offizielle palästinensisch-deutsche Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit.“

Anfang der 1980er Jahre, da hatte die alte Bundesrepublik ein Jahrzehnt des Terrors hinter sich. Angefangen mit dem 8. November 1969, als „Palästinenser“ Anschläge auf die israelische Botschaft in Bonn, des Weiteren in Den Haag und Brüssel verübten. Einen Tag später, am 9. November 1969, wurde eine in einen Trenchcoat eingewickelte Bombe in der Bodenöffnung eines Coca-Cola-Automaten im jüdischen Gemeindehaus in der Charlottenburger Fasanenstraße in Westberlin versteckt. Dahinter steckten die Tupamaros West-Berlin, eine linke Terrorgruppe, deren Mitglieder z. T. von „Palästinensern“ ausgebildet wurden.

Am 5. September 1972 verübte die „palästinensische“ Terrororganisation „Schwarzer September“ den Anschlag auf die israelische Mannschaft während der Olympiade in München. Dabei wurden zunächst der israelische Gewichtheber Yossef Romano und der Ringtrainer Mosche Weinberg erschossen, später die neun israelischen Geiseln David Mark Berger, Ze'ev Friedmann, Yossef Gutfreund, Eliezer Halfin, Amitzur Shapira, Kehat Shorr, Mark Slavin, André Spritzer und Yakov Springer sowie der Polizist Anton Fliegerbauer getötet.

Es folgten verschiedene Anschläge, beispielsweise auf Industrielle oder Banker, ausgeübt von linken, teilweise von „Palästinensern“ ausgebildeten Terroristen.

Antizionismus als gute, alte Tradition

Ab Mitte der 1970er Jahre traten alte und neue Nazis wieder ganz offen auf. Da war „Antizionismus“ bereits integraler Bestandteil linker Jugendkultur. Dieser Geist setzt sich bis heute nahezu ungebrochen fort und breitete sich auf die Universitäten, Medien, Kultur und auch in die Amtsstuben aus. Diejenigen, die heute beispielsweise über Zahlungen und Lieferung von Hilfsgütern in die „palästinensischen“ Gebiete zu entscheiden haben, sind größtenteils von genau diesem Geist geprägt.



Außenministerin Annalena Baerbock billigte 50 Millionen Euro „Soforthilfe“ für Gaza.

So konnte die „Tradition“ der Hilfszahlungen ebenfalls über die Jahre ungebrochen fortgesetzt werden, unabhängig von der veränderten Situation in Deutschland nach der Wiedervereinigung oder der jeweiligen politischen Lage vor Ort, Warnungen aus Israel oder Protesten von hiesigen jüdischen Organisationen. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat „Deutschland [...] bisher insgesamt mehr als 1,5 Milliarden Euro für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zugesagt und ist damit einer der größten Geber in den palästinensischen Gebieten. Zuletzt fanden im Mai 2023 deutsch-palästinensische Regierungsverhandlungen statt. Dabei hat das BMZ rund 125 Millionen Euro für Vorhaben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zugesagt. Diese Zusagen für Vorhaben mit mehrjähriger Laufzeit decken den Zeitraum von zwei Jahren – also die Jahre 2023 und 2024 – ab. Die nächsten Regierungsverhandlungen werden 2025 stattfinden.“

„GIZ“ bedeutet Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, „KfW“ die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Zudem unterhalten einzelne Bundesländer sowie Kommunen eigene Projekte, die mit finanzieller Unterstützung verbunden sind. Hinzu kommen Gelder, die von Stiftungen an vermeintliche oder tatsächliche Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Westjordanland und im Gazastreifen fließen, Spendengelder aus kirchlichen Kreisen, politischen Parteien oder hiesigen NGOs, die dafür z. T. vom BMZ finanziell unterstützt werden:

„Darüber hinaus unterstützt das BMZ Entwicklungsprojekte von Kirchen, Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen.“

Deutsche Steuergelder finanzieren den Terror der HAMAS

Die Gelder fließen laut BMZ offiziell weder an die Autonomiebehörde im Westjordanland, noch an die HAMAS, unter deren brutalem Regime der Gazastreifen steht, sondern das „... BMZ arbeitet in den Palästinensischen Gebieten projektbezogen. Die Durchführung von Vorhaben erfolgt über deutsche staatliche sowie Nichtregierungsorganisationen. Eine direkte Finanzierung der Palästinensischen Autonomiebehörde findet nicht statt.“

Wie unglaublich diese Darstellung ist, verdeutlicht der Umgang mit sechs „palästinensischen“ NGOs – Union of Palestinian Women's Committees (UPWC), Addameer – Prisoner Support and Human Rights Association, Bisan Center for Research and Development, Al-Haq Organization, Defense for Children International – Palestine (DCI-P) sowie die Union Of Agricultural Work Committees (UAWC) – die vom israelischen Verteidigungsministerium im Oktober 2021 als terroristisch eingestuft wurden, weil sie mit der PFLP verbunden sind und diese finanziell unterstützen sollen. Statt dieser Expertise zu folgen, beteiligte sich die damalige Bundesregierung im Juli 2022 an einer Erklärung von insgesamt neun europäischen Staaten, in der diese mitteilten, die Kooperationen mit den genannten Organisationen nicht zu beenden. Weil – so der Vorwurf – Israel keine ausreichenden Beweise liefere, um die Zusammenarbeit und finanzielle

Unterstützung einzustellen.

Das beschreibt die Islamismus-Expertin Sigrid Herrmann in ihrem Blog „Islamismus und Gesellschaft“. Wie sie herausfand, wurde Addameer von der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt, Politiker der Partei DIE LINKE sollen Beziehungen zu der Organisation unterhalten haben. Die, der LINKEN nahe, Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt zudem UWAC. Die Parteistiftungen werden aus Steuermitteln finanziert und kassieren wie eingangs erwähnt für dieses Engagement Mittel des BMZ.

Den barbarischen Terroranschlag der HAMAS vom 7. Oktober 2023 beantwortete die Bundesregierung mit der Bereitstellung von zusätzlichen Hilfsgeldern in Höhe von 50 Mio. Euro, die als „Soforthilfe“ direkt nach Gaza fließen werden. Alle Gelder, die nach Gaza fließen, werden von der HAMAS verwaltet, und/oder entlasten diese, sich um den Aufbau ziviler Infrastruktur sowie um Möglichkeiten der (Selbst)versorgung zu kümmern; bzw. sich alternativ um gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu den Nachbarregionen in Ägypten, Jordanien und auch Israel bemühen zu müssen. Aktuell entbinden diese Zahlungen sowie die Lieferung von Hilfsgütern die HAMAS-Führung von der Verpflichtung, für den Schutz der Bevölkerung in Gaza zu sorgen, statt weiterhin ununterbrochen Raketen auf israelisches Staatsgebiet abzufeuern.

Die muslimischen Herrscher kannten kein Palästina

Das Gebiet, in dem laut UN-Beschluss vom 29. November 1947 laut „Teilungsplan“ sowohl ein Staat Israel auch ein Staat Palästina gegründet werden

sollte, gehört zur Levante. Dabei handelt es sich laut Wikipedia um eine Region, in deren Süden vor mehr als 3.000 Jahren das Judentum entstand; und in dessen Folge vor 2023 Jahren das Christentum. Die Geburt Jesu Christi gilt hierzulande bekanntermaßen kalendarisch als Stunde Null, so dass die Weltgeschichte in die Zeit vor und nach der Geburt Christi eingeteilt wird, v. Chr. und n. Chr. So gesehen entstand das Judentum mehr als 1.000 Jahre v. Chr.

700 Jahre n. Chr. wurde die Region von muslimischen Arabern erobert und in den folgenden Jahrhunderten islamisiert, sprich kolonialisiert. Diese Kolonialisierung hatte u.a. den ersten Kreuzzug zur Eroberung Palästinas zur Folge. Das umfasste das Gebiet der heutigen Staaten Jordanien und Israel sowie das Westjordanland und den Gazastreifen.

Im Rahmen der islamischen Kolonialisierung ab 636 n. Chr. wurde das Gebiet, historischen, u.a. assyrischen Quellen zufolge „Palästina“ genannt, zur Provinz erklärt, in zwei Militärdistrikte aufgeteilt und erhielt die arabischen Namen Dschund Urdunn (Militärprovinz Jordan) und Dschund Dimaschq (Militärprovinz Damaskus). Sprich: Statt einen Staat zu gründen, wurde die Region geteilt, statt diesen Staat Palästina zu nennen, waren es die islamischen Eroberer, die diesen Namen in Vergessenheit geraten ließen.

Den Kreuzfahrern galt die Region als „Heiliges Land“, das auch „Palästina“ genannt wurde. D.h., sie tradierten den Begriff – im Gegensatz zu den muslimischen Herrschern. Von 1516 bis 1918 wurde die Region vollends von islamischen Herrschern kolonialisiert und dem Osmanischen Reich angegliedert. Doch zu keiner Zeit wurde dort ein Staat Palästina gegründet.

Mit Aufkommen des Zionismus in Europa Ende des 19. Jahrhunderts, wurde der Begriff „Palästina“ im Judentum neu etabliert, die „Alija“ nach „Erez Israel“ kam ins Gespräch – und wurde von vielen Juden umgesetzt. Entgegen der weitläufig verbreiteten Erzählung besetzen sie nicht „palästinensisches“, sprich islamisches Gebiet, sondern besannen sich auf ihre biblischen Ursprünge, erwarben das Land ganz legal und machten es teilweise urbar. Und zwar durch technisches Geschick, mit einfachen Mitteln und durch einfache Bauweise. Dabei wurde u.a. auf die „Bauhaus“-Tradition von Walter Gropius zurückgegriffen. Allein in Tel Aviv entstanden mehr als 4.000 Gebäude in diesem Stil.

1918, nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg, kam die Region unter das Mandat des Völkerbundes, dem Vorläufer der Vereinten Nationen (UN). Das Mandat wurde 1923 an Großbritannien übertragen, das den Juden die Gründung eines eigenen Staates versprach.

Der Fanatismus Adolf Hitlers erreichte auch die Levante

Die Ansiedlung europäischer Juden führte zu gewaltsamen Übergriffen seitens der ansässigen Araber, gegen die sich die Juden teilweise ebenfalls gewaltsam zur Wehr setzten. Mohammed Amin al-Husseini, bekannt als der „Mufti von Jerusalem“, sah in den Briten die willfährigen Diener der Zionisten und schmiedete den Plan, seine Gegner – die Briten und die Zionisten – zu entzweien. Dafür bot er sogar den britischen Truppen zu Ende des zweiten Weltkriegs seine Dienste an.



JR-Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher an der Grenze zum Gazastreifen. Ob diese Betonsäcke der UNRWA für den Bau der Hamas-Tunnel verwendet worden sind?

Er entstammte einem alten arabischen Clan, der ab 1850 unter islamischer Herrschaft Führungsämter inne hatte, den Bürgermeister Jerusalems stellte und dem u.a. der Schutz des Tempelbergs übertragen wurde. Schon sein Vater hatte gegen die Einwanderung europäischer Juden gekämpft. 1933 bot Mohammed Amin al-Husseini den Nazis an, das NS-Regime zu unterstützen. Ab 1937 gewährten ihm sowohl Italien unter Benito Mussolini als auch Hitler-Deutschland finanzielle Hilfen, ab 1938 lieferte Deutschland auch Waffen. Im Oktober 1937 floh Mohammed Amin al-Husseini vor den Briten in den Libanon, das damals unter französischer Herrschaft stand. Im Oktober 1939 zog er nach Bagdad und im September 1940 schickte er seinen Privatsekretär nach Berlin, um Hitler vorzuschlagen, die „Endlösung“ auch auf den Mittleren Osten auszudehnen. Im Oktober 1941 reiste er zunächst zu Benito Mussolini nach Rom und anschließend nach Berlin. Dort wurde er am 28. November 1941 von Adolf Hitler empfangen. Er erhielt politische Unterstützung und wurde von Hitler-Deutschland mit 75-90.000 Reichsmark pro Monat großzügig alimentiert. Im Juni 1946 kehrte der als Kriegsverbrecher gesuchte Mufti nach Jerusalem zurück. Dort konnte er sich auf seine Freunde von der 1928 in Kairo gegründeten Muslimbruderschaft verlassen.

Deren Gründer, Hassan al-Banna, gehörte dem islamischen Fanclub Adolf Hitlers an und der Mufti war ihm, dem Historiker Jeffrey Herf zufolge, ein großes Vorbild, wie er 2010 in dem Beitrag „Hitlers Dschihad – Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten“ in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte schrieb:

„Der Mufti ist so viel wert wie eine ganze Nation. Der Mufti ist Palästina, und Palästina ist der Mufti. O Amin! Was bist Du doch für ein großer, unbeugsamer, großartiger Mann! Hitlers und Mussolinis Niederlage hat Dich nicht geschreckt. Was für ein Held, was für ein Wunder von Mann. Wir wollen wissen, was die arabische Jugend, Kabinettsminister, reiche Leute und die Fürsten von Palästina, Syrien, Irak, Tunesien, Marokko und Tripolis tun

werden, um dieses Helden würdig zu sein, ja dieses Helden, der mit der Hilfe Hitlers und Deutschlands ein Empire herausforderte und gegen den Zionismus kämpfte. Deutschland und Hitler sind nicht mehr, aber Amin el-Husseini wird den Kampf fortsetzen.“

Hasan al-Banna verabscheute zwar den europäischen Nationalismus, er trat ein für einen Pan-Islamismus, sprich der weltweiten Verbreitung des Islams als eine Gemeinschaft, der Ummah, die sich auf die Werte des ursprünglichen Islams besinnen sollte. Ihm schwebte eine Gesellschaft vor, in der Allahs Gebote höchste Priorität haben und alle Bereiche diesen untergeordnet sind. Kurzum: der Schariastaat. Damit war er der erste, der die politische Herrschaft des Islams propagierte. Jedoch Adolf Hitlers Idee, das Judentum zu vernichten – und dessen praktische Umsetzung – scheint auch ihm imponiert zu haben. Er bedauerte lediglich, dass dieses Werk nicht vollendet werden konnte. 1936 riefen die Muslimbrüder zum Boykott jüdischer Geschäfte auf. Bis zu dem Zeitpunkt „leben die Juden in Ägypten relativ ungestört als eine geachtete und geschützte Gruppe und nehmen am öffentlichen Leben teil“, schrieb Autorin Miriam Magall in der Jüdischen Allgemeinen.

1940 gründete die Muslimbruderschaft das „Weltkomitee für Palästina und Islam“. Außerdem glorifizierte Hasan al-Banna in dem Traktat „Die Todesindustrie“ den Tod des individuellen Gläubigen aus religiösen Beweggründen als Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen. Laut Miriam Magall bedeutete der Ausdruck „... für ihn nicht Horror, sondern beschreibt das Ideal. Denn gemäß dem Koran, so al-Banna, sei es dem Gläubigen aufgegeben, den Tod mehr zu lieben als das Leben. Einen Dschihad zugunsten materieller oder egoistischer Ziele lehnt al-Banna dagegen strikt ab. Das bedeutet, der Dschihad dient den Muslimbrüdern nie zur Verbesserung der Situation des zum Märtyrertod bereiten Selbstmordattentäters – wie im Westen so gerne propagiert wird –, sondern ausschließlich der Bekämpfung des zum absoluten Bösen gestempelten Feind.“

Im Grunde werden von der HAMAS

die Ideen Hasan al-Bannas originalgetreu umgesetzt. Auch wenn der kleine Küstenstreifen nicht gerade als Weltreich durchgeht, so ist diese Ideologie, die den Kindern dort von klein auf in die Köpfe gepflanzt werden. Das ist der Hintergrund, wenn kleine Jungen westlichen Fernseheteams freudestrahlend verkünden, sie möchte einmal Märtyrer werden, wenn sie groß sind.

Nach Ende des zweiten Weltkriegs revanchierte sich der nach Jerusalem zurückgekehrte Mohammed Amin al-Husseini bei seinen deutschen Freunden, indem er Ex-Nazis half, unterzutauchen und eine neue Existenz aufzubauen.

Der „UN-Teilungsplan“ – oder das Konzept der (fast) judenfreien Levante

Am 29. November 1947 beschloss die UNO den sogenannten Teilungsplan, der die Gründung zweier Staaten – Israel und Palästina – vorsah.

Von „Palästinensern“ war damals keine Rede, der ansässigen arabischen Bevölkerung wurde lediglich ein eigener Staat mit dem Namen „Palästina“ zugestanden. Obwohl die Gründung des Staates Israel den Wünschen der Jewish Agency entsprach, bedeutete es letztlich, dass den Juden ein eingegrenztes Territorium zugewiesen wurde. Dahinter steht das alte islamische Konzept der judenfreien Levante.

Jüdische Siedler gelten bis heute als eine der Hauptursachen für den seit mehr als 100 Jahre andauernden Konflikt im Nahen Osten. Diese Idee beeinflusst Wissenschaft, Medien und Politik und bestimmt politisches Handeln. Auch – und gerade – hinsichtlich der Hilfszahlungen an „Palästina“. So heißt es auf der Webseite des BMZ: „Der israelische Siedlungsbau im Westjordanland und Ostjerusalem gefährdet zunehmend die territoriale Grundlage für einen künftigen palästinensischen Staat.“

Ursula von der Leyen steht aktuell im Kreuzfeuer der Kritik, weil sie zu pro-israelisch agiert. Der Überzeugung sind zumindest Hunderte EU-Beamte, die ihr in einem von 842 Personen unterzeichneten offenen Brief u. a. vorwerfen, dass sie die Zwei-Staaten-Lösung nicht erwähne bei ihren Auftritten. Laut Neue Züricher Zeitung heißt es in dem Brief: „dass die Deutsche mit ihrer «bedingungslosen» Unterstützung Israels «freie Hand für die Beschleunigung und Legitimierung eines Kriegsverbrechens im Gazastreifen» gegeben habe.“

1.700 Soziologie-Professoren der renommiertesten Universitäten der westlichen Welt unterzeichneten einen offenen Brief unter der Überschrift „Soziologen in Solidarität mit Gaza und dem palästinensischen Volk“, in dem Israel vorgeworfen wird, in Gaza einen Genozid an der „palästinensischen“ Bevölkerung zu verüben:

„Als Pädagogen ist es unsere Pflicht, zu den Grundsätzen des kritischen Forschens und Lernens zu stehen, die Universität als einen Raum für Gespräche zu sehen, in dem historische Wahrheiten in den Vordergrund gestellt und die Gewalt der vergangenen Woche im Kontext von 75 Jahren kolonialer Besetzung durch Siedler und dem Europäischen Reich kontextualisiert werden.“

EU und Deutschland sind die größten Geldgeber für PLO und Hamas

Deutschland und die EU zahlen auch nach dem blutigsten Terroranschlag in der Geschichte Israels hunderte Millionen Euro an die sogenannte „Palästinensische Autonomiebehörde“ von Mahmut Abbas und das Hamas-nahe „Flüchtlingshilfswerk“ UNRWA, sowie terrornahe linksextreme und israelfeindliche NGOs. Derweil deckte der israelische Geheimdienst nun auf, dass Hamas Vermögenswerte im Gesamtwert von rund 700 Millionen US-Dollar besitzt. Das geheime Terror-Portfolio soll zwischen 30 und 40 Firmen umfassen, die v.a. im Bausektor und Immobiliengeschäft tätig sind. Diese von der Hamas kontrollierten Unternehmen sitzen u.a. in der Türkei, Katar, Algerien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Sudan. (JR)

Von Collin McMahon

Am Montag nach den Hamas-Anschlägen twitterte der EU-„Nachbarschaftskommissar“ Olivér Várhelyi (Fidesz, Ungarn) die einzig vernünftige Erklärung: „Das Ausmaß des Schreckens und der Brutalität gegenüber Israel und seinem Volk stellen einen Wendepunkt dar. Es kann kein „weiter so“ geben. Als größter Geldgeber der Palästinenser legt die Europäische Kommission ihr gesamtes Entwicklungsportfolio im Wert von insgesamt 691 Millionen Euro auf den Prüfstand.“

Várhelyis Anstand und Aufrichtigkeit lösten in der EU natürlich Entsetzen aus. Frankreich, Irland, Spanien und Luxemburg argumentierten, den Geldhahn abzudrehen würde die „bereits schlimme Situation im Gazastreifen nur verschärfen.“

Die Situation in Gaza war „so schlimm“, dass sie über Jahre hin Zeit und Geld hatten, eine fatale Raketen-, Paraglider-, Drohnen und Cyberattacke auf Israel zu planen, die über 1400 Israelis und anderen das Leben kostete. Die Hamas ist „so arm“, dass den Terroristen pro entführter Geisel 10.000 \$ und eine Wohnung in Gaza angeboten wurde.

Um Várhelyis ungewohnten Anstand zu konterkarieren, twitterte der „EU-Kommissar für Krisenmanagement“ (sic!) Janez Lenarčič, dass "humanitäre Hilfe für bedürftige Palästinenser so lange wie nötig weitergehen wird".

Der EU-„Außenbeauftragte“ Josep Borrell (spanischer Sozialist) berief noch aus dem Oman, wo er mit dem Golftrat tagte, eine Telekonferenz mit den EU-Außenministern ein. „In diesem kritischen Moment wäre es ein schwerwiegender Fehler, unsere Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) einzustellen“, so Borrell, der ein Ende des Geldregens für die PA „das beste Geschenk“ nannte, „das wir Hamas machen könnten.“ Im Gegenteil müssten die EU-Bürger „mehr geben, nicht weniger“, so Borrell, der 1969 auf einem Kibbutz bei Kirjat Gat gearbeitet und dort seine zukünftige Exfrau Caroline Mayeur kennengelernt hat.

Der schwedische Abgeordnete Charlie Weimers (Schwedendemokraten) nannte den Rückzieher der EU „einen gravierenden Fehler, den wir nicht akzeptieren werden, insbesondere da eine wachsende Zahl von Mitgliedsstaaten ihre eigenen Überprüfungen und Finanzierungsstopps eingeleitet haben. Ich rufe die EU dazu auf, dem Beispiel dieser Mitgliedsstaaten, so wie Schweden, zu folgen“, so Weimers. „Wenn eine Einrichtung wie die Palästinensische Autonomiebehörde, die mit dem Geld der EU-Steuerzahler unterstützt wird, die Gräueltaten, das Gemetzel und die Enthauptung unschuldiger Männer und Frauen - sogar von Babys - nicht verur-



Hilfswerk UNRWA fördert u.a. israelfeindlichen Schulunterricht.

teilt, muss es dafür zur Rechenschaft gezogen werden.“

Am 12.10. brachte Weimers mit seinen Kollegen der „Europäischen Konservativen und Reformer“ (ECR) Bert-Jan Ruissen (SGP Niederlande) und Pater Cristian Terheş (Rumänische Christdemokraten) einen Änderungsentwurf zum Haushalt 2024 ein, der die Europäische Kommission auffordert, „die EU-Finanzierung für die Palästinensische Autonomiebehörde auszusetzen, solange die Palästinensische Autonomiebehörde die gewalttätigen Terrorangriffe auf Israel durch die Hamas nicht klar verurteilt und solange keine Garantie besteht, dass die EU-Finanzierung nicht für terroristische Zwecke und zur Anstiftung von Hass und Gewalt, einschließlich in Schulbüchern, verwendet wird.“

Laut dem Haushaltssprecher der Fraktion „Identität & Demokratie“ Joachim Kuhs (AfD) wird die I&D-Fraktion den Antrag unterstützen. Auf Anfrage wollte sich der Vorsitzende der

„Europäischen Volkspartei“ Manfred Weber (CSU) nicht dazu äußern.

Am 17.10. forderten 73 EU-Abgeordnete der linksgrünen Fraktionen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf, Várhelyi zu entlassen, weil dieser „eher die Politik des ungarischen Premierministers (Viktor Orbán) als die Politik der Europäischen Union verfolgt“, so die Abgeordnete Nathalie Loiseau (Renew Europe) von Emmanuel Macron, „République En Marche“. Várhelyi habe „keine Befugnis“ gehabt, sich derart moralisch eindeutig zu positionieren, so die linksgrünen Abgeordneten, die „Várhelyis Verstöße gegen die EU-Institutionen nicht länger dulden“ wollten. „Wir bitten daher Kommissar Várhelyi, zurückzutreten oder ihn von seinen Pflichten zu entlasten“, sagen die Abgeordneten in ihrem Brief.

PA: 2.589.185 € Sofortrenten für die Familien der 1500 Hamas-Terroristen
Deutschland und die EU sind die weltgrößten Geldgeber des „palästinensischen“ Terrorstaates. 2021-2024 wird

die EU insgesamt 1,177 Milliarden € nach „Palästina“ schicken. 2022 gingen 55 Mio. € an Renten und Gehälter der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ von Mahmut Abbas, der letztes Jahr die längst überfälligen Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben hat.

Abbas sprach im Zusammenhang mit der Terrorwelle an Simchat Torah, die mindestens 1400 Tote und 3000 Verletzte gekostet hat, darunter Mädchen, Mütter und Kleinkinder, von einem „Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser“. Erst auf Drängen von US-Präsident Biden ließ Abbas sich zu einer lauwarmen Verurteilung der Gräueltaten bewegen, indem er sagte, die Hamas vertrete nicht die „Palästinenser“, sondern nur er.

Die konservative israelische NGO Regavim hat dokumentiert, wie Vertreter der PA nach dem 7.10. ihre Unterstützung für die Hamas-Terroristen ausdrückten, zu Spenden aufriefen, und ihre Anhänger zu Konfrontationen mit israelischen Zivilisten und Soldaten aufriefen.

Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ zahlt monatlich 23 Mio. € sogenannter „Märtyrerrenten“ an die Familien von getöteten und inhaftierten Terroristen. Nun werden die Familien der 1500 getöteten Hamas-Terroristen, die am 7.10. israelische Familien, Frauen, Kinder, Mädchen, Mütter und Alte auf bestialische Weise abgeschlachtet haben, schon ab diesem Monat 2.589.185 € „Märtyrerrenten“ bekommen, rechnet Palestinian Media Watch (PMW) vor:

„Nach dem Gesetz der Palästinensischen Autonomiebehörde gilt jeder Terrorist, der bei einem Angriff auf Israel getötet wird, als ‚Märtyrer‘“, so PMW. Deren Familien erhalten ab sofort von der PA 7.400 Schekel (1715 €). Familien von verheirateten Terroristen mit Kindern erhalten noch mehr.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte am 12.10.: „Ich bin erschüttert über die Bilder aus Israel und verurteile die Angriffe der terroristischen Hamas aufs Schärfste. Unsere Freunde in Israel können sich der vollen Solidarität und der Anteilnahme der Freien Demokraten sicher sein. Den brutalen Terror der Hamas muss die Politik dringend zum Anlass nehmen, Geldzahlungen für palästinensische Organisationen national, international zu prüfen und wo nötig ganz einzustellen.“

Während die deutsche Entwicklungministerin Svenja Schulze (SPD) am 9.10. ankündigte, 125 Mio. € Finanzhilfen für die „palästinensischen“ Gebiete „vorübergehend“ auszusetzen, will das Außenministerium von Annalena Baerbock (Grüne) den „palästinensischen“ Terrorstaat weiter alimentieren. Im April 2022 versprach Baerbock den „Palästinensern“ 340 Mio. € für 2021-2022, trotz des Holocaust-Skandals um Mahmut Abbas, der im Beisein von Bundeskanzler Olaf Scholz Israel bezichtigte,

WIKIPEDIA

„50 Holocausts“ begangen zu haben.

Nun versprach Baerbock nochmals 50 Mio. € Soforthilfe für den Hamas-regierten Gazastreifen. Die EU-Kommission will die „Humanitäre Hilfe“ für den Gazastreifen um 50 Mio. € auf insgesamt 75 Mio. € erhöhen, kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen am 14.10. nach einem Gespräch mit UNO-Generalsekretär Guterres an.

Die Hamas ist dafür berüchtigt, UNRWA-Lager zu plündern und alles unter den Nagel zu reißen, was ihrem Terror dient. So wurden sogar Wasserleitungen, die von der EU mit 100 Mio. € finanziert wurden, ausgegraben, um daraus improvisierte Raketen zu bauen, so wie die, die am 17. Oktober das Al-Ahli Krankenhaus getroffen hat.

Der ehemalige „Hohe Vertreter“ der EU in Ramallah, der Deutsche Sven Kühn von Burgsdorff, war dafür bekannt, den „palästinensischen“ Terror mit anzufachen und illegale arabische Siedlungen mit EU-Steuergeldern zu finanzieren. Am 21.6.2022 vermachte von Burgsdorff weitere 224,8 Millionen € an die korrupte „Palästinensische Autonomiebehörde“ von Mahmud Abbas.

Abbas war als Terrorchef „Abu Mazen“ mutmaßlich für die Finanzierung des Olympia-Attentats in München 1972 zuständig. „Auch wenn ich nur noch einen Cent übrig habe, gebe ich ihn den Helden und deren Familien“, so Abbas am 8.2.2022 in der offiziellen Zeitung der PA Al-Hayat Al-Jadida.

Österreich werde seine Hilfen von 19 Mio. € an die „Palästinenser“ aussetzen, sagte Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) am 9.10. im ORF-Hörfunk. „Das Ausmaß des Terrors ist so entsetzlich, dass wir nicht zur Tagesordnung übergehen können (...) Wir werden alle Zahlungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit vorerst auf Eis legen“, so Schallenberg, der scharfe Kritik an Staaten übte, die sich weigern, die Hamas als Terrororganisation einzustufen.

1,6 Mrd. € für UNRWA: Raketenbau nach Feierabend im Klassenzimmer

Die EU zahlte 2018-2021 548,6 Mio. € an die sogenannte „Flüchtlingshilfsagentur“ UNRWA, die ihr Hauptquartier im Gaza-Streifen hat. 2022 waren es 97 Mio. € und für 2023 hat die EU bereits 82 Mio. € ausbezahlt.

Deutschland finanzierte die UNRWA 2005 bis 2018 mit 532.208.799,69 €. 2019 waren es laut UNRWA 169,924,991 \$ und 2020 von der Bundesregierung 210,384,339 \$. Am 16.11.2021 versprach der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Miguel Berger der Hamas-nahen UNRWA weitere 146 Mio. € von der Bundesregierung. Die deutsche Bundesregierung war damit bis 2021 der weltweit größte Geldgeber für die UNRWA.

Die „Palästinenser“ sind das einzige Volk, das seine eigene UNO-Flüchtlingsbehörde hat. Die UNRWA ist die größte Einzelbehörde der UNO. Keine Volksgruppe der Welt wird derart üppig von der UNO unterstützt wie die sogenannten „Palästinenser“. Außerdem sind sie die einzige Flüchtlingsgruppe, die ihren Flüchtlingsstatus weitervererbt.

2019 musste UNRWA-Chef Pierre Krähenbühl und mehrere seiner Top-Mitarbeiter nach einer Korruptionsaffäre zurücktreten, nachdem „Al Dschasira“ enthüllte, dass Krähenbühl zum Teil 28 Tage im Monat auf Dienstreisen in Luxushotels mit seiner Geliebten und „Beraterin“ Maria Mohammedi, ei-



Arabische Lehrer sitzen vor dem Hauptsitz der UNRWA in Gaza-Stad

ner verheirateten Schauspielerin, verbrachte. Daraufhin stellten die USA, die Schweiz, Niederlande, Belgien und Neuseeland ihre Zahlungen an die UNRWA vorläufig ein.

Die Biden-Regierung nahm 2021 die Finanzierung wieder auf und schickte 730 Mio. \$ an die UNRWA, die Raketen in ihren Schulen lagert und Terrortunnel darunter bauen lässt. Alle UNRWA-Angestellten im Gaza-Streifen arbeiten mit dem Segen der Hamas oder sind sogar Mitglieder.

In einem Bericht vom März 2023 dokumentierten UN Watch und IMPACT-se 47 aktuelle Fälle von Terrorverherrlichung durch UNRWA-Mitarbeiter, die gegen die erklärte Politik der Agentur der Null-Toleranz gegenüber Rassismus, Diskriminierung oder Antisemitismus in ihren Schulen und Bildungsmaterialien verstoßen. Der Bericht identifizierte 133 UNRWA-Pädagogen und -Mitarbeiter, die Hass und Gewalt in den sozialen Medien fördern, sowie weitere 82 UNRWA-Lehrer und andere Mitarbeiter, die mit über 30 UNRWA-Schulen verbunden sind, die an der Ausarbeitung, Überwachung, Genehmigung, Druck und Verteilung hassgefüllter Inhalte an Schüler beteiligt sind.

Systemischer Hass

„Der Hass ist bei der UNRWA systemisch, und seine internen Selbstprüfungsmechanismen sind nicht zweckmäßig“, so der Bericht. Im Mai 2022 habe sich IMPACT-se mit dem UNRWA-Kommissar Philip Lazzarini getroffen, der versprochen hatte, rigoros gegen Hass und Gewaltaufrufe vorzugehen. Das Hassmaterial ist nur von der digitalen Lernplattform der UNRWA entfernt worden, von der die UNRWA behauptet, sie sei die einzige Quelle für UNRWA-Lernmaterialien. In Wahrheit wurden die Terror-Lehrmaterialien weiter an Hunderte von Schülern verteilt und in Klassenzimmern unterrichtet.

Der Bericht straft die scheinheiligen Bekundungen der UNRWA Lügen: UNRWA verwendet Landkarten, auf denen Israel nicht eingezeichnet ist; verwendet Schulbücher, die die Terroristin Dalal Mughrabi als Heldin feiern, und so weiter. Es ist der Hass, der in allen Schulen des Gaza-Streifens mit deutschen Steuergeldern finanziert vielen Generationen von jungen Schülern eingetrichtert wird, der massenhafte Selbstmord-Angriffe wie am 7.10. erst

möglich macht.

IMPACT-se und UN Watch haben den Bericht US-Außenminister Anthony Blinken, EU-Kommissar Joseph Borell und dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz vorgelegt, den Top-Finanzierern der UNRWA, sowie UNO-Generalsekretär Antonio Guterres und dem UNRWA-Chef Philippe Lazzarini vor, und fordern die UNRWA Geldgeber auf, sicherzustellen, dass die Steuer Gelder nicht zur Verbreitung von Antisemitismus und Israelhass verwendet werden.

„Mit einem Budget von 1,6 Milliarden Dollar, von denen fast 60% in die Bildung gehen, und 30.000 Mitarbeiter könnte die UN-Agentur das am stärksten finanzierte Bildungsunternehmen in der Geschichte der internationalen Hilfe sein. Und doch zeigt unser heutiger Bericht, wie die UNRWA ihre Betreuungspflicht gegenüber den Kindern, die ihre Schulen besuchen, konsequent verletzt hat“, so Marcus Sheff, CEO von IMPACT-se. „UNRWA ist besessen von PR und Spendensammeln, aber am Extremismus seines Bildungsnetzwerks haben sie kein Interesse. Wenn sie den Hassunterricht wirklich stoppen wollte, hätte UNRWA dies vor Jahren getan.“

300 Mio. € für radikale israelfeindliche NGOs

Neben der PA und der UNRWA finanzieren Deutschland und die EU außerdem sogenannte „Nicht“-Regierungsorganisationen (NGOs), die zum Boykott von Israel aufrufen oder sogar Terrororganisationen nahestehen. Die israelische Regierung hat im Oktober 2021 sechs NGOs als Terrororganisationen eingestuft, weil sie Frontorganisationen für die Volksbefreiungsfront PFLP seien. Die Terror-NGOs werden immer noch von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert. Die Grünen protestierten im EU-Parlament gegen die Ahndung der Terror-Gruppen. NGO Monitor hat seit dem 7.10. dokumentiert, wie von Europa finanzierte NGOs in Israel und der PA ihre Unterstützung für die Terroranschläge der Hamas ausdrücken und zum „Widerstand“ aufrufen.

Laut der patriotischen NGO „Im Tirtzu“ wurden im vergangenen Jahrzehnt international fast 300 Mio. Euro an radikale israelfeindliche NGOs in Israel gezahlt, darunter 46,4 Mio. € aus Deutschland. Viele dieser linksradika-

len Organisationen unterstützen den Boykott von Israel, obwohl der Bundestag 2019 die BDS-Bewegung als antisemitisch eingestuft hat und staatliche Finanzierung von BDS ausgeschlossen hat.

Die deutsche staatliche Finanzierung der israelfeindlichen Gruppen läuft daher oft über quasi-staatliche Gruppen wie Parteienstiftungen, Kirchengruppen wie Brot für die Welt, den Zivile Friedensdienst (ZFD), oder Regierungsorganisationen wie die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), so NGO Monitor im Bericht „Deutsche Organisationen mit Einfluss auf die Zivilgesellschaft im arabisch-israelischen Konflikt“ von 2016.

In Israel sind NGOs zur Offenlegung ihrer Finanzen verpflichtet. Laut Im Tirtzu hat die Heinrich-Böll-Stiftung der „Grünen“ jedoch seit 2014 keinen Rechenschaftsbericht vorgelegt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung der „Linken“ verfüge über keine ordentliche Zulassung und „umgehe die Gesetze“, so Im Tirtzu. Die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU habe 270.000 € an die „Palästinensische“ Autonomiebehörde gezahlt, so Im Tirtzu, ein Verstoß gegen die Satzung. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU veröffentliche keine Jahresberichte und verstoße damit gegen israelisches Recht.

Bundesregierung verweigert Auskunft

Wie hoch die deutsche Finanzierung von extremistischen NGOs unter der PA ist, weiß niemand, da keine zuverlässigen Zahlen existieren und die Bundesregierung die Auskunft verweigert. Auf eine Anfrage der AfD (Bundestagsdrucksache 19/21023) verweigerte die Bundesregierung die Auskunft darüber, wieviel Steuer Gelder an NGOs in Israel und der PA gezahlt werden, da diese Info „die besonders schützenswerten Interessen der handelnden Akteure der Zivilgesellschaft vor Ort nachteilig berühren kann.“

Laut EU gehen keine EU-Gelder an Terroristen in Israel und der PA. Im August 2019 verabschiedete der EU-Rat eine „schwarze Liste“ von Personen und Gruppen, die nicht finanziert werden dürften, darunter die Hamas, Islamischer Dschihad und die PFLP. 130 „palästinensische“ Gruppen, die der PFLP nahestehen, haben sich geweigert, diese EU-Antiterror-Erklärung zu unterschreiben.

Im Mai 2020 schrieb der EU-Vertreter bei der PA Sven Kühn von Burgsdorff an die „palästinensischen“ NGOs, dieses Verbot erstreckte sich nicht auf „natürliche Personen“, die mit den Terrorgruppen in Verbindung stehen, „außer ihr genauer Name und Vorname steht auf dieser Liste.“ Die israelische Regierung und konservative EU-Abgeordnete zeigten sich von diesem Brief entrüstet, NGO Monitor schrieb einen Protestbrief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Zum Abschied aus seinem Amt, das er dreieinhalb Jahre innehatte, erfüllte sich Kühn von Burgsdorff einen lang gehegten Traum und ging im Juli in Gaza Paragliden – nicht einmal drei Monate bevor Hamas-Killerkommandos mit Paragliden die Grenze zu Israel überwinden sollten. „Sobald ihr ein freies Palästina, ein freies Gaza habt, könnt ihr dasselbe tun, und das ist der Grund, warum ich das getan habe – um euch den Weg aufzuzeigen, dafür zu arbeiten“, sagte der sichtlich euphorisierte „Hohe Vertreter“ der EU Kühn von Burgsdorff in die Kamera. Das Video ist heute nicht mehr verfügbar.

Imame „made in Germany“ – Linke träumen von einem Kuschel-Islam

Die ersten Absolventen des Islamkolleg Deutschland (IKD) haben in Anwesenheit des bezeichnenderweise der CDU angehörigen Alt-Bundespräsidenten Christian Wulff ihre Zeugnisse erhalten. 26 der muslimischen Absolventen sollten nun sogar als „ausgebildetes Religionspersonal“ fungieren. Wulff selbst ist Vorsitzende des IKD-Kuratoriums und hatte bereits 2010, am Tag der deutschen Einheit, salbungsvoll proklamiert, „der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“. Angeblich sollten mit der Ausbildung in deutscher Sprache und auf deutschem Boden extremistischen Tendenzen aus dem Ausland, wie etwa der Türkei, entgegengewirkt werden. Allerdings hat sich die radikal-islamische DITIB der angeblich geplanten Mäßigung der Muslime bis heute erfolgreich verweigert und die Imame fungieren eher als Radikalisierer, denn als Helfer bei dem zumeist vergeblichen Versuch, die Muslime in unseren demokratischen Rechtsstaat zu integrieren. (JR)

Von Miriam Sofin

Besucht man die Homepage des Islamkolleg Deutschlands (IKD), das 2019 in Osnabrück gegründet wurde, lächelt einem auf der Startseite eine verschleierte junge Frau entgegen. Sympathisch, bildschön, das Haar, der Hals und die Ohren streng von einem dunkelgrauen, an der Stirn enganliegenden Tuch bedeckt, sodass selbst das kleinste Babyhärchen bloß nicht hervorlugen und seine sexuell verführerische Wirkung entfalten kann. Gleichzeitig wird auf der offiziellen Internetpräsenz der ersten Islamakademie Deutschlands gegendert, was das Zeug hält. Die islamische Geschlechterapartheid, die wohl durch nichts stärker repräsentiert wird als durch den Hijab, der Frauen vor sexuellen Übergriffen und Männer vor sündhaften Gedanken bewahren soll, und das Gendern, welches symbolisch für die Gleichheit aller 72 (Phantasie-) Geschlechter steht - diese beiden Dinge passen auf den ersten Blick nicht zusammen.

Auf den zweiten ist die Symbiose von linker Ideologie und fundamentalem Islam jedoch nichts Neues, mag sie noch so unlogisch erscheinen. Die Linke im Westen träumt schon seit Jahrzehnten offen von einem "linken Islam" und biedert sich, um diesem Ziel näher zu kommen, seit jeher den konservativen Islamverbänden an. Diese wiederum nutzen linke Politik und ihre Akteure, um den weiteren Zuzug von Muslimen nach Deutschland und in andere europäische Länder zu gewährleisten. Zusätzlich streichen sie jede Menge staatliche Gelder ein, die in Moscheebauten, Dawa (Missionierungsarbeit) und nicht selten auch in den globalen Dschihad investiert werden. Letztendlich benutzen sich beide Gruppen gegenseitig, denn natürlich versprechen sich linke Parteien durch ihre islamfreundliche Politik der offenen Staatsgrenzen und bedingungslosen Toleranz vor allem neue Wähler, die ihre Vorherrschaft zementieren sollen.

Alt-Bundespräsident und Steuergelder

Ende September wurden im oben erwähnten Islamkolleg im Rahmen einer festlichen Zeremonie nun die ersten in Deutschland ausgebildeten Imame ausgezeichnet. Alt-Bundespräsident Christian Wulff, der 2010 in seiner berühmterberichtigten Rede zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit öffentlichkeitswirksam postulierte, dass der Islam zu Deutschland gehöre, sprach zu diesem Anlass von "einem historischen Tag". Noch nie in der Geschichte Deutschlands sei es zuvor möglich gewesen, dass Imame ihre theologische Ausbildung auf deutschem Boden absolvieren und in deutscher Sprache abschließen können, sagte der Vorsitzende des IKD-Kuratoriums. Das sei in Hinblick auf die vielen Millionen Muslime, die mittlerweile in



Viele Linke träumen von einem weichgespülten „deutschen“ Islam.

Deutschland leben, längst überfällig gewesen. "Es ist ein großer Beitrag zur Integration", bekräftigte Wulff. Bei der feierlichen Übergabe in der Katholischen Familien-Bildungsstätte Osnabrück nahmen 26 Muslime ein Abschlusszertifikat für ihre zweijährige Ausbildung in Empfang. Dieses bescheinigt ihnen, dass sie professionell ausgebildetes muslimisches Religionspersonal sind.

Doch wie sieht so eine Imam-Ausbildung in Deutschland eigentlich aus? Offenbar nicht sonderlich zeitintensiv. Lediglich ein Wochenende im Monat haben die Teilnehmer der Schulung digital oder in unterschiedlichen deutschen Städten gemeinsam gelernt. Im Vordergrund standen hierbei die Themen Gemeindepädagogik, Predigtlehre und politische Bildung. Nach Angaben des Islamkollegs haben von 18 Prüflingen 17 das Abschlusszertifikat in der grundständigen islamtheologischen praktischen Ausbildung erhalten, davon 13 Männer und vier Frauen. Acht weitere Personen haben eine Aus- und Weiterbildung absolviert. Von diesen bekamen sieben das Abschlusszertifikat. Finanziert wird das IKD hauptsächlich vom Bundesinnenministerium und vom Land Niedersachsen - aus Steuergeldern, versteht sich.

Hürdenreiche Aufbauarbeit

Bevor dies möglich wurde, hatte der Professor für islamische Theologie, Bülen Uçar, zehn Jahre lang in Osnabrück für die Finanzierung und Eröffnung des Bildungszentrums gekämpft. Im Juni 2021 schließlich begannen dort erstmals Studenten ihre theologische Ausbildung. Es sei schwierig gewesen, sowohl Poli-

ker von der Idee zu überzeugen als auch islamische Verbände an einen Tisch zu bekommen. "Was wir hier machen, ist eine Pionierleistung. Es ist absolut neu im deutschsprachigen Raum."

Die ersten beiden Jahre des IKD waren auch für dessen Gründungsväter eine aufregende Zeit. So änderte sich die Geschäftsleitung, die Studenten wünschten sich andere Prüfungsorte, der Lehrplan musste immer wieder angepasst und neue Dozenten gefunden werden. Letzteres sei besonders schwer gewesen, weil es noch nicht genügend geeignetes Personal in Deutschland gebe, so Uçar. "Wir haben eine enorme Aufbauarbeit geleistet, dabei sicherlich auch Fehler gemacht, vieles gelernt, manche Sachen ganz neu erfunden und manches auch umgeschmissen."

Nicht wenige muslimische Verbände hatten vor dem Start des Projekts die Befürchtung geäußert, dass die Lehrinhalte vom deutschen Staat vorgegeben werden könnten. Laut islamischem Recht wäre dies eine sog. "bid'a", also eine Erneuerung des Islams und somit eine regelrechte Todsünde. So heißt es in einem authentischen Hadith: "Hütet euch vor Neuerungen, denn jede Neuerung ist eine (menschliche) Erfindung und jede Erfindung (in der Religion) leitet ins Höllenfeuer." Doch die Sorge der Verbände sei gänzlich unbegründet gewesen. Die deutsche Regierung habe zu keinem Zeitpunkt versucht, Einfluss auf Lehrinhalte zu nehmen, versicherte Uçar gegenüber der Presse.

Keine Beteiligung der DITIB

Der größte muslimische Verband in Deutschland, die türkische DITIB, ist

bis jetzt kein Teil des IKD in Osnabrück und bildet seit 2020 eigene Imame aus. Die ausschließlich männlichen Prediger der DITIB-Gemeinden, die meist für fünf Jahre aus der Türkei nach Deutschland entsandt werden und danach wieder in diese zurückkehren, werden von der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet unterhalten. Uçar hierzu: "Ich glaube, dass eine Zusammenarbeit mit der DITIB beiden Seiten genützt hätte. Und ich bin weiterhin optimistisch und zuversichtlich, dass eine solche Zusammenarbeit auch zustande kommen kann."

Kleinere, unabhängige Moscheevereine, die nicht Teil eines Verbandes sind, nehmen für gewöhnlich Mitgliedsbeiträge, meist im niedrigen zweistelligen Bereich, um ihre Prediger und die Anmietung von Räumen zu bezahlen. Für einen Imam in Festanstellung reicht das Budget nicht aus. Als islamischer Seelsorger und Prediger eine Familie zu unterhalten, ist bei einer solchen Gemeinde also unmöglich.

Der frisch gebackene Absolvent des IKDs, Muhamed Memedi, würde gern als Vollzeit-Imam tätig sein. Dafür sind die Gelder in seiner kleinen Gemeinde jedoch bei Weitem zu knapp. Er beklagte mit Blick auf die zwei Jahre Ausbildungszeit: "In der Zwischenzeit hätte man ruhig mal Stellen schaffen können. Aber das ist nicht passiert". Auch in der Bundeswehr gibt es noch keine muslimischen Seelsorger - obwohl sich etwa 3.000 Soldaten in der deutschen Armee zum muslimischen Glauben bekennen.

Problematische Glaubensinhalte

Auch Uçar wünscht sich in dieser Hinsicht mehr Hilfe vom Staat. "Die Kirchen und jüdischen Gemeinden werden massiv unterstützt, teilweise auch quersubventioniert. Bei den Moscheegemeinden in Deutschland haben wir das nicht." In Angesicht der Unterstützung aus dem Ausland, wie zum Beispiel der Türkei, müsse "die Bundesregierung sich die Frage stellen: Wie wichtig sind mir die Moscheegemeinden hier vor Ort?"

Die Fragen, die sich die deutsche Gesellschaft und insbesondere auch die Jüdische Gemeinde stellen sollten, sind ganz andere: Ist ein mit westlichen humanistischen Werten kompatibler Islam überhaupt realistisch in Anbetracht solch besorgniserregender Glaubensinhalte und Handlungsweisungen, wie der Kinderehe, Sklaverei und Aufruf zum Massenmord an ganzen Bevölkerungsgruppen, u. a. an den Juden? Bedauerlicherweise erinnern uns die jüngsten Ereignisse in Israel einmal mehr daran, wie eliminatorisch der muslimische Antisemitismus auftreten und was er für jüdische Familien bedeuten kann: Vergewaltigung, Folter und Massenmord... Nur die Zeit wird uns diese Fragen abschließend beantworten können. Hoffen wir auf das Beste

Der Elefant im Raum: Der überwiegende Teil der Muslime heißt ganz offensichtlich Gewalt gegen Juden gut

Nach allen Wahrnehmungen, auch und besonders wieder in den letzten Tagen, handelt es sich bei den Unterstützern des Hamas-Terrors keinesfalls um eine laute Minderheit der Muslime. Das Gutheißen der unbeschreiblichen Gräueltaten unter den europäischen und weltweiten Muslimen ist ganz offensichtlich ein Phänomen der Mehrheit und jedenfalls viel höher als es unsere Medien und unsere Politik uns glauben machen wollen. Wie man an der späten oder ganz ausgebliebenen Reaktion sieht, verhehlen nicht einmal, die von uns erheblich subventionierten Islamverbände in Deutschland ihre feindselige Haltung gegenüber Israel und ihre offensichtliche Unterstützung des Terrors aus Gaza. (JR)

Von Aischa Schluter/aischa.org

Aus Israel erreichen uns verstörende Bilder der „palästinensischen“ Gräueltaten gegen Zivilisten, auch gegen Frauen und Kinder. So schrecklich, dass ich diese hier nicht im Detail wiedergeben möchte. Nicht weniger verstörend sind die Bilder ihrer Unterstützer in der westlichen Welt:

In Berlin verteilen Unterstützer Süßigkeiten, in Sydney sammelt sich vor der in israelischen Farben bestrahlten Oper ein Mob und skandiert „Gas the Jews“. In den USA bekunden Muslime ihre Verachtung der Opfer mit eindeutigen Gesten und in London wird die israelische Botschaft von hunderten Muslimen belagert.

Eine laute Minderheit?

Handelt es sich bei den Unterstützern des „palästinensischen“ Terrors um eine laute Minderheit? Oder ist die Unterstützung für die unbeschreiblichen Taten unter den europäischen Muslimen höher als man sich eingestehen möchte?

Wie viele es genau sind, kann niemand sagen, was nicht zuletzt auch daran liegt, dass im Bereich Islamismus weit weniger geforscht wird als bspw. im Bereich Rechtsextremismus. Während man sich in Deutschland ein ganzes Heer an Rechtsextremismus- und Rassismusexperten unterhält, wird Forschung zum Islamismus kaum gefördert, was auch am wachsenden Einfluss islamischer Verbände liegt. Bezeichnend ist, dass 2022 Bundesinnenministerin Nancy Faeser den „Expertenkreis Islamismus“ auflöste, der den politischen Islamismus aus wissenschaftlicher Sicht analysieren sollte. Wer es dennoch wagt zu diesem Thema zu forschen, sieht sich Rassismuskorrekturen ausgesetzt. Dabei wäre Forschung in diesem Bereich dringend notwendig. Die Terrorismusabteilung des Generalbundesanwalts hat seit dem 1. Januar 2020 bis zum 1. Juli 2022 insgesamt 757 Ermittlungsverfahren im Bereich islamistischer Terrorismus eingeleitet. Im Bereich Rechtsterrorismus wurden in diesem Zeitraum 26 Verfahren neu eingeleitet, im Bereich Linksterrorismus 17 Verfahren.

Erik Marquart von Die Grünen behauptet auf X (vormals Twitter), dass ein Großteil der Muslime die Taten verurteilen würde:

„Mir ist schon klar, dass die Mehrheit der Muslime hier den Terror gegen Israel verurteilt. Aber es fehlt den deutschen Muslimen an einer Vertretung, die deutlich, laut und ohne Umschweife einen widerlichen Angriff auf einen souveränen Staat und unschuldige Menschen verurteilt.“

Was macht ihn da so sicher?

Relativierung und Ablenkung

Der innere Widerspruch seines Tweets bleibt Herrn Marquart wohl verborgen. Islamische Verbände gibt es in Deutschland genug – aber die halten sich, wie so oft in solchen Fällen zurück. Allenfalls wird betont, dass es sich bei den Terroristen nicht um wahre Muslime han-



Geht es den Demonstranten um Frieden oder um den Hass gegen Israel?

deln würde. Dann wird noch die Sure 5,32 falsch zitiert und aus dem Kontext gerissen*, bevor man sich darauf konzentriert vor der eigentlichen Gefahr, nämlich antimuslimischem Rassismus (eigentlich ein Paradoxon) zu warnen und sich selbst als Opfer zu stilisieren. Würden die islamischen Verbände auch so handeln, wenn wirklich ein Großteil der Muslime die Gräueltaten verurteilen würden, die da im Namen ihrer Religion begangen werden?

Wir erinnern uns an die geplante „Nicht mit uns“-Demo 2017 in Köln, bei der Muslime ein Zeichen gegen islamische Gewalt setzen wollten. Ursprünglich wurden 10.000 Besucher erwartet, doch nach der Absage der DITIB unter anderem mit der Begründung, „dass muslimische Anti-Terror-Demos die Muslime stigmatisierten“. Außerdem seien solche Demonstrationen den Muslimen während des Ramadans nicht zumutbar. Infolgedessen versammelten sich nur einige hundert Demonstranten und auch hier dominierten „Muslime sind nicht schuld“-Transparente oder allgemeine Aussagen wie „Hass macht die Erde zur Hölle“. Reflexion der eigenen Rolle: Fehlanzeige.

Noch weniger werden sich wahrscheinlich an die türkischen Fußballfans erinnern, die bei einem Fußballspiel die Schweigeminute für die Opfer des Bataclan-Terroranschlags mit „Die Märtyrer sind unsterblich“ und „Allahu Akbar“-Rufen störten. Darüber wurde in Deutschland so gut wie nicht berichtet. Auch nicht über die saudische Nationalmannschaft, welche beim Spiel gegen Australien (mit einer Ausnahme eines mutigen Spielers) die Schweigeminute für die Opfer des Terroranschlags in London

boykottierten. Konsequenzen seitens der Fifa? Keine, die bekannt sind.

Antisemitismus in der islamischen Theologie

Dieses Verhalten ist kein Zufall, sondern hat eine theologische Basis: Es ist im Islam Sünde, die (gegnerischen Opfer) des gerechten Heiligen Krieges, des Dschihad zu betrauern. Hinzu kommt, dass die Auslöschung der Juden in einigen islamischen Strömungen Teil der eschatologischen Erlösungsgeschichte, der endzeitlichen Schlacht zwischen Juden und Muslimen ist. Im Hadith Kitab al-Fitan wird dem Propheten Mohammed der Ausspruch zugeschrieben:

„Stunde wird nicht schlagen, bis die Muslime die Juden bekämpfen und töten, sodass die Juden sich hinter Steinen und Bäume verstecken. Die Steine oder Bäume sagen jedoch: O, Muslim! O, Diener Gottes, ein Jude versteckt sich hinter mir. Komm und töte ihn! Nur al-Gharqad nicht; denn er ist ein Baum der Juden.“

Doch wie hoch ist nun der Anteil derer, welche die Taten der „Palästinenser“ öffentlich oder heimlich befürworten?

Bei den europäischen, also in Deutschland meist türkischstämmigen Muslimen werden die säkular eingestellten Muslime die Taten wohl tendenziell verurteilen. Erdogan- und AKP-Anhänger mit ihrem religiösen Nationalismus werden den Angriffen gegenüber Israel wahrscheinlich tendenziell positiv eingestellt sein und das sind, wie wir aus den Ergebnissen der türkischen Präsidentschaftswahlen wissen, weit mehr als 50%. Bei den nicht-europäischen Muslimen dürfte der Anteil der Unterstützer sogar noch höher sein. In vielen islamischen Herkunftsländern gehört der Antisemitismus quasi zur Staatsräson und

den legt man nicht mal eben an der Landesgrenze ab. Auch wenn sich die Kulturrelativisten und Apologeten vom linken Rand das gerne einreden wollen. Wenn Deutschlands Bekenntnis zu Israel mehr als ein Lippenbekenntnis sein soll, dann muss man auch gegen die Feinde Israels im eigenen Land vorgehen.

*Exkurs zur Sure 5,32 – Der Dauerbrenner der islamischen Apologetik. In der Regel verkürzt wiedergegeben mit „Wer einen Menschen tötet, so ist es als habe er die ganze Menschheit getötet.“ um die Friedfertigkeit des Islam zu belegen. Auch Spiegel und Deutschlandfunk geben sie so wieder.

Eigentlich lautet die Sure allerdings: „Aus diesem Grunde haben Wir den Kindern Israels vorgeschrieben: Wer ein menschliches Wesen tötet, ohne (daß es) einen Mord (begangen) oder auf der Erde Unheil gestiftet (hat), so ist es, als ob er alle Menschen getötet hätte.“

Die Sure richtet sich also nicht an die Muslime, sondern an die Juden. Es ist ähnlich der christlichen Bergpredigt: „Die Alten haben Euch gesagt,... ich aber sage Euch....“. Lesen wir also weiter in Sure 5,33:

„Der Lohn derjenigen, die Krieg führen gegen Allah und Seinen Gesandten und sich bemühen, auf der Erde Unheil zu stiften, ist indessen (der), daß sie allesamt getötet oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen Hände und Füße wechselseitig abgehackt werden, oder daß sie aus dem Land verbannt werden. Das ist für sie eine Schande im Diesseits, und im Jenseits gibt es für sie gewaltige Strafe.“

Muss ich noch weiter ausführen, warum diese Sure nicht unbedingt geeignet ist, den Islam im friedlichen Licht erscheinen zu lassen?

Interview mit Arye Sharuz Shalicar- IDF-Sprecher und Militärexperte zur Lage in Israel

Major Arye Shalicar ist Schriftsteller und Politologe, wurde in Göttingen geboren, wuchs in Berlin zwischen islamischen Jugendlichen auf und lebt inzwischen seit 22 Jahren in Israel, wo er auch als Pressesprecher der israelischen Verteidigungskräfte eingesetzt war. Im Zuge der Mobilisierung der Reservisten nach dem Überfall der Hamas ist er wieder als Sprecher der IDF tätig. Die Jüdische Rundschau hat ihn zum Kriegsgeschehen in Israel interviewt. (JR)

Von Michal Kornblum

Am 7. Oktober wurde Israel von einem terroristischen Angriff der radikalislamischen Hamas getroffen, die es in diesem Ausmaß seit der Staatsgründung Israels nicht gegeben hat. Neben dem Raketenhagel überwand den Terroristen der Hamas die Grenzanlage zwischen dem Gazastreifen und Israel, verübten die abscheulichsten Gewalttaten an Kindern, Frauen, Familien, jungen Menschen auf einem Festival, Senioren und Holocaustüberlebenden oder Menschen mit Behinderung und verschleppten zahlreiche Geiseln, darunter sehr viele Kinder und junge Frauen, nach Gaza.

Als Reaktion auf diese Verbrechen erleben wir zum Teil Jubel auf deutschen Straßen, zum Teil gewaltbereite Aufmärsche von Hamas-Sympathisanten, die ihren Judenhass unverhohlen öffentlich darstellen. Dadurch spitzt sich die ohnehin schon ernsthafte Gefahrenlage für Juden in Deutschland erneut zu.

Über all dies sprachen wir mit Major Arye Sharuz Shalicar. Der Schriftsteller und Politologe wurde in Göttingen geboren, ist in Berlin aufgewachsen und lebt inzwischen seit 22 Jahren in Israel, wo er auch als Pressesprecher der israelischen Verteidigungskräfte eingesetzt war. Im Zuge der Mobilisierung von Reservisten nach dem Überfall der Hamas ist auch Arye Shalicar als Reservist wieder als Sprecher der IDF tätig.

Herr Shalicar, wie erleben Sie aktuell, nach dem Übergriff der Hamas, die Situation in Israel?

Israel ist auf den Kopf gestellt und nichts ist wie vor dem 7. Oktober. Im Land, wenn ich kurz darauf eingehen kann, wurden Teile der Bevölkerung evakuiert, sowohl um den Gazastreifen herum als auch teilweise im Norden, aber auch im Zentrum des Landes, wo sich Menschen selbst evakuiert haben, in dem sie wo anders hingezogen sind. Zum Teil in andere Teile des Landes oder auch ins Ausland. Im Landesinneren einerseits waren die Schulen und andere Einrichtungen in der Woche nach dem Angriff geschlossen, andererseits wurden über 6000 Raketen in diesem Zeitraum aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert. 6000 Raketen; das hatten wir noch nie. Nur mal zum Vergleich 2014, als wir 50 Tage mit der Hamas im Krieg waren, sind am Ende dieser 50 Tage keine 6000 Raketen abgeschossen worden von der Hamas. Wir haben jetzt in einer Woche schon mehr Raketen als 2014 in 50 Tagen.

Wir sehen hier, wie sie vorgehen. Sie sind zu allem bereit. Wir haben auch gesehen, wie sie hier einmarschieren sind und dieses Massaker verübt haben. Das ist ganz klar eine Kriegsaufforderung. Die israelische Armee ist natürlich in vollem Einsatz und mitt-

lerweile wurden um die 400.000 Reservisten eingezogen. Nicht nur, um sie rund um den Gazastreifen zu positionieren, sondern wir haben uns auch auf den Norden gerichtet und andere Einheiten, die im Zentrum des Landes wichtig sind für diese Situation. Die Situation in Israel an der Gaza-Grenze ist so, dass wir dort bis vor wenigen Tagen nach wie vor Feuergefechte mit den Terroristen hatten, die sich hier an diesem Samstag des 7. Oktobers eingeschleust hatten, sich auch teilweise versteckt hielten und noch auf ihre Gelegenheit gewartet haben. Diese Situationen haben wir geregelt. Sehr viele Terroristen auf israelischem Boden wurden neutralisiert.

Das soll nicht heißen, dass es nicht eventuell noch eine Terrorzelle oder zwei, drei Terrorzellen irgendwo gibt, die sich noch versteckt hält. Da sind wir auch dabei sicherzustellen, dass wir alle bis auf den letzten Terroristen erwischen. Beim sicheren Zaun rund um den Gazastreifen hat es auch mehrere Tage gedauert, bis wir ihn wieder unter Kontrolle gebracht haben, da er an mehreren Dutzend Stellen beschädigt wurde, bevor die Terroristen einmarschiert sind. Diese etwas mehr als 60-70 km. musste man dann auch erst einmal wieder in den Griff bekommen. Angriffe von unserer Seite aus gelten in erster Linie der Terrorinfrastruktur der Hamas, die sich vor allem im dicht besiedelten Gebiet befindet. In Deutschland gibt es Bundeswehrkasernen, in Israel gibt es IDF-Kasernen, im Gazastreifen gibt es keine Hamaskasernen. Es gibt nur zivile Einrichtungen, die doppelt benutzt werden.

Deswegen befinden wir uns in einer Situation, in der wir einerseits mit äußerster Vorsicht vorgehen, um nicht die zivile Bevölkerung zu verletzen, andererseits, in der wir stark vorgehen, um die Terroristen selbst, das heißt ihre Köpfe als auch ihre Terrorinfrastruktur außer Gefecht zu setzen. Wir haben über soziale Medien und über alle Wege, die nur möglich sind, Aufrufe gestartet, dass die Bevölkerung im nördlichen Teil des Gazastreifens, vor allem rund um den Bereich von Gaza City, wo sich das Hauptquartier der Hamas befindet, diesen nördlichen Teil in Richtung Süden verlässt. Dafür haben wir zwei sichere Wege, zwei safe routes, zur Verfügung gestellt, die wir nicht angreifen, damit die Menschen sich in Richtung südlichem Gazastreifen bewegen können. Der Gazastreifen hat nicht die Größe Deutschlands und nicht die Größe Israels. Es ist machbar, sich innerhalb des Gazastreifens in ein paar Stunden zu bewegen. Fakt



IDF-Sprecher Major Arye Sharuz Shalicar

nau wie für knapp 10 Millionen Israelis. Diese Situation wird uns stärken. Sie motiviert uns jetzt gerade, weil wir die Bilder und Videos von unseren Familienmitgliedern und Freunden sehen, mit denen wir alle auf irgendwelche Wege verbunden sind, die am 7. Oktober auf bestialische Art und Weise niedergemetzelt wurden. Wir haben alle diese Bilder vor Augen und deswegen steht jetzt gerade das gesamte Land wie ein Mann hinter der Militäraktion Israels und erwartet, dass wir die Hamas komplett vernichten und, dass sie dort nicht mehr der Chef des Gazastreifens sein wird.

Das ist natürlich eine sehr hohe Motivation von allen Israelis, die hier teilweise nicht nur im Reservendienst aktiv sind, sondern auch in Hilfsorganisationen. Viele helfen Menschen, die evakuiert wurden und bringen ihnen Essen oder Kleidung. Das gesamte Land ist jetzt gerade in dieser Situation komplett geeint. Ich muss sagen, seit ich vor 22 Jahren nach Israel ausgewandert bin, habe ich nicht so eine Einigkeit hier im Lande gefühlt. Es ist traurig, dass überhaupt eine derartige Situation zustande gekommen ist, und, dass wir in diese Situation geraten sind, geht natürlich einzig und allein auf die Karte der Hamas.

In Deutschland stammt die überwiegende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Putin hat in der aktuellen Situation Partei für den Gazastreifen ergriffen und die Abschirmung des Gazastreifens mit der Blockade von Leningrad verglichen. Die Gemüter innerhalb der jüdischen Gemeinschaft sind in Deutschland in Bezug auf den Krieg zwischen Russland und der Ukraine ohnehin erhitzt. Nach den Massakern in Israel gibt es z.B. in russischsprachigen sozialen Medien die Theorie, dass die Killerkommandos der Hamas von russischen Spezialeinheiten für diesen Übergriff trainiert wurden. Gibt es tatsächlich Hinweise darauf, inwiefern Russland beteiligt sein könnte?

Konkret dazu kann ich leider nichts sagen, aber was wir wissen, ist, dass die Terroristen mit äußerster Brutalität vorgegangen sind und Freude daran hatten, Kinder zu ermorden und Menschen ihre Köpfe abzuhacken. Daran hatten sie äußerste Freude, das haben wir gesehen in Videos, die die Hamas selbst gefilmt hat, während sie Israel invadiert haben. Das ist das eine, also dieser direkte Vergleich im Vorgehen zu ISIS. Das zweite ist, dass allen klar ist, wer über viele Jahre mit vielen Milliarden Euro die Hamas und den islamischen Jihad im Gazastreifen finanziert hat und, wer sie bei der Entwicklung und Produktion von Waffen, Training und so weiter

ist, dass auch die Menschen in Israel geschafft haben, ihre Wohnungen zu verlassen, um im Krieg ihr Leben zu retten. Dasselbe wollen wir auch der „palästinensischen“ Zivilbevölkerung ermöglichen, da sie nicht unser Ziel ist. Es geht uns nicht um Zivilisten, es geht uns nicht um Kinder oder Frauen, es geht uns einzig und allein um die Hamas. Sie sind die Führung im Gazastreifen. Sie haben den Gazastreifen seit 17 Jahren unter Kontrolle, sie sind es, die diesen Krieg begonnen haben und sie werden dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Im aktuellen Krieg im Gazastreifen wird häufig gesagt, dass Gaza nie wieder so sein wird, wie es bisher gewesen ist. Können Sie schon etwas darüber sagen, welche Perspektive es für Gaza gibt?

Ich bin kein Politiker, der jetzt die Lage von oben analysiert und darauf eingehen kann, was langfristig sein wird. Jetzt gerade in diesen Tagen und Wochen, oder sogar Monaten geht es dem israelischen Militär, das ich jetzt als Sprecher vertrete, darum insbesondere die Hamas zu vernichten und natürlich, um alles, was mit den Geiseln zusammenhängt.

120 bestätigte Geiseln (Anmerkung: inzwischen circa 200 bestätigte Geiseln), Israelis, die jetzt, gerade während wir reden, dort im Gazastreifen gefangen gehalten werden, ob lebendig oder tot. Solange die Geiseln nicht freigelassen werden und die Hamas sich nicht ergibt, gibt es keinen Weg zurück.

Ich möchte Ihnen gerne eine persönliche Frage stellen. Israel gilt als Lebensversicherung aller Juden weltweit. Unter anderem auf Grund des Antisemitismus kommen jedes Jahr viele Juden aus Europa nach Israel, um ein sicheres und selbstbewusstes Leben als Jude zu führen. Sie selbst sind aus Deutschland nach Israel gegangen. Was macht die aktuelle Situation, dass Juden im eigenen Land eine so massive Unsicherheit erfahren, mit Ihnen, Herr Shalicar?

Für mich persönlich ist es jetzt ge-

unterstützt hat. Da ist klar, wer hinter ihnen steckt und das ist ohne Zweifel das Mullah-Regime im Iran.

Seit den Massakern der Hamas wird in Deutschland viel über die Zahlungen an „Palästinenser“ diskutiert. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock betonte, dass es keine Zahlungen direkt an die „Palästinensische“ Autonomiebehörde oder gar Terrororganisationen gebe. Gelder würden entweder über geprüfte NGOs oder direkt in die humanitäre Hilfe für die Versorgung mit Nahrungsmitteln oder Medikamenten fließen. Die EU-Kommission hat jetzt zwar die Zahlung der Entwicklungshilfe vorerst auf Eis gelegt, aber die Zahlungen für humanitäre Hilfe um 50 Mio. erhöht. Wie ordnen Sie die Zahlungen von Deutschland an „Palästinenser“ ein? Gibt es diese Trennung der Gelder tatsächlich? Welches Vorgehen erwartet Israel in dieser Sache von Deutschland und der EU?

Dann sollte sich Deutschland und auch die EU fragen, wo sich denn im Gazastreifen die Hamaskasernen befinden, um dann absolut sicherzustellen, dass die Hamaskasernen kein Geld bekommen. Wenn man aber keine Hamaskasernen findet und man weiß, dass sie in zivilen Infrastrukturen unterwegs sind und die zivilen Infrastrukturen, Organisationen, Universitäten, Krankenhäuser, Schulen und natürlich Wohnblöcke für ihre Zwecke nutzen, dann ist eindeutig klar, dass Geld, welches in den Gazastreifen gelangt, in ein Gebiet gelangt, in dem die Terrororganisation Hamas Chef ist. Geld geht an der Hamas nicht vorbei. Das muss man sich ganz klar vor Augen führen. Deshalb ist es einerseits wünschenswert,

dass man die Menschen im Gazastreifen, die Zivilisten, unterstützt. Niemand in Israel hat ein Problem mit den Menschen im Gazastreifen, mit unschuldigen Zivilisten, Familien oder Kindern; damit hat niemand ein Problem. Jedoch haben wir alle ein Problem mit der Mörderbande, die seit 2007 den Gazastreifen regiert und Israel auf bestialische Weise angegriffen hat, wie Juden seit der Schoah nicht angegriffen wurden.

Ich glaube, was viele Menschen auch nicht verstehen, ist Folgendes. Man sagt oft: „Was würde passieren, wenn Israel nicht im Stande wäre sich zu verteidigen oder, wenn man die Waffen niederlegen würde.“ Was jetzt am 7. Oktober passiert ist, die Vorgehensweise der radikalen islamistischen Terrormilizen um uns herum und auch an anderen Orten, das ist nur ein kleiner Vorgeschmack, was mit allen Juden hier in Israel passieren würde, wenn wir sie machen lassen würden. Es soll sich keiner irgendwelche Illusionen machen!

Obwohl es in Deutschland viel Solidarität mit Israel gibt, gibt es auch die Relativierer und die, die trotz allem, an der Seite des Terrors stehen. In Berlin und anderen deutschen Städten wurden die Gräueltaten der Hamas mit Baklava gefeiert, es werden Davidsterne an Häuser gemalt, in denen Juden leben und auf sogenannten pro-palästinensischen Demos wird zu Gewalt gegenüber Juden und Israelis aufgerufen. Die deutsche Polizei kann teilweise nicht mehr Herr der Lage dieser Demonstrationen werden. Hat jüdisches Leben in Deutschland noch eine Zukunft?

Zuerst einmal ist bekannt, dass Terrorunterstützer auf deutschem Boden

leider keine kleinen Gruppen sind, auch keine Randgruppen, sondern, dass diese Gruppen und diese Menschen massiv auf deutschem Boden unterwegs sind. Das ist ein Problem Deutschlands. Deutschland ist spätestens seit dem 7. Oktober nicht nur einer der engsten Verbündeten Israels auf der Welt, sondern auch wegen unserer gemeinsamen Geschichte damals, steht Deutschland in der Pflicht, jetzt wirklich Taten folgen zu lassen und nicht nur Worte. Auch auf deutschem Boden muss Menschen, die die Hamas auf irgendeine Weise rechtfertigen oder unterstützen oder was auch immer, ein ganz klarer Riegel vorgeschoben werden. Auf welche Weise auch immer das passiert, überlasse ich Deutschland. Aber es kann nicht angehen, dass das die Situation ist.

Ich möchte das Folgende auch noch hinzufügen: Die Menschen, die in der jetzigen Situation auf die Straße gehen und an angeblichen pro-palästinensischen Demonstrationen und Protesten teilnehmen und dabei Parolen gegen Juden und Israel schreien, das sind keine Propalästinenser. Weil, wenn sie Propalästinenser wären, würden sie auf die Straße gehen und Parolen gegen die Hamas schreien. Weil die Hamas ist es, die nicht nur dieses Massaker an unschuldigen Kindern und Familien verübt hat, sondern, sie ist es, nur die Hamas, niemand anderes, die die Schuld dafür trägt, wie es im Gazastreifen aussieht. Nicht nur jetzt während des Krieges, sondern auch seit sie dort 2007 den Hammer in die Hand genommen haben.

Viele Menschen in Deutschland möchten gerade in dieser Zeit Isra-

el unterstützen. Was kann man in Deutschland am sinnvollsten tun, um Israel zu helfen?

Erstmal ist die Politik ist in dieser ganzen Thematik der finanziellen Unterstützung gefragt. Die Finanzierung komplett zu überdenken und neues System zu entwickeln, wie man ab sofort sicherstellt, dass kein einziger Euro mehr und auch niemals wieder in die Hände der Terroristen gelangt, auch nicht über andere Kanäle. Sobald das Geld geschickt wird, muss sichergestellt werden, dass dieses Geld einzig und allein bei den Menschen im Gazastreifen, also bei den „Palästinensern“, die Zivilisten sind und denen man helfen will, ankommt und, dass das Geld nicht über Umwege an die Terroristen im Gazastreifen oder in anderen „palästinensischen“ Gebieten gelangt. Das ist das eine. Da ist die Politik gefragt.

Das zweite ist die Solidarität Deutschlands, sowohl von der Politik bis zum letzten Mann und zur letzten Frau Gesamtdeutschlands, die jetzt in diesen Tagen gefragt ist. „Nie wieder!“ dürfen nicht nur so zwei zusammengestellte Worte sein, die niemandem etwas sagen. Jetzt in diesen Tagen sollte Deutschland, das deutsche Volk, massenweise, jeden Tag auf die Straße gehen, jeden Tag Flagge zeigen, in jeder Stadt, in jedem Dorf und sich felsenfest an die Seite Israels stellen. Gerade jetzt in dieser Situation, wo wir uns wieder in einer Art Existenzkampf für unsere Zukunft und unsere Kinder befinden.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Shalimar, und alles Gute, viel Stärke, Erfolg und Sicherheit für Sie persönlich sowie für die israelischen Soldaten und alle Israelis insgesamt!

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Die weltweiten Waffenstillstandsbefürworter sind entweder eingeschworene Israelfeinde oder die nützlichen Idioten der Hamas

Die Gegner der israelischen Militäroperation im Gazastreifen mit dem Ziel der Vernichtung der Terrorgruppe berufen sich auf vermeintliche humanitäre Gründe, die ganz offensichtlich keine Anwendung bei dem bestialischen Überfall der Mörder aus Gaza auf israelische Zivilisten gefunden haben. Solche Besser-Mensch-Appelle dienen offenbar nur dem Erhalt des verbrecherischen Mord-Regimes. Allen, die im Westen auf die Straße gehen und für das sogenannte „Palästina“ demonstrieren und dabei die bestialischen Morde an Israelis ausblenden, sollte klar sein, dass sie auf der falschen Seite stehen. Es ist nicht Israel, sondern die islamische Hamas und die sie stützenden Gazaner, die jeden einzelnen getöteten Zivilisten zu verantworten haben. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Die Gräueltaten vom 7. Oktober haben die Welt mit der vorsätzlichen Grausamkeit und Barbarei der Hamas-Terroristen schockiert, als sie das durchführten, was treffend als Pogrome in Israel beschrieben wurde. Die Zahl der Todesopfer des größten Massenmordes an Juden - 1.400 an einem einzigen Tag - seit dem Holocaust steigt weiter an, da immer mehr Leichen entdeckt und identifiziert werden. Hinzu kommen die noch nicht identifizierten Opfer sowie die mehr als 4.000 Verwundeten und bis zu 200 weitere, die in den Gazastreifen verschleppt wurden.

Für die meisten Menschen in der Welt hat sich das Bild dieses Konflikts jedoch bereits gewandelt. Die israelischen Verteidigungskräfte setzen ihre Luftangriffe auf Hamas-Ziele im Gazastreifen fort. Die meisten Diskussionen über den Konflikt konzentrieren sich nun auf die Notlage der „palästinensischen“ Zivilisten und darauf, wie - in den Worten des Kolumnisten der New York Times, Nicholas Kristof - der Wunsch nach Rache und das vergebliche Streben nach israelischer Sicherheit zu einer Kampagne zur "Tötung von Kindern im Gazastreifen" geführt haben.

Aufgeklärte liberale Meinungen, die den Hamas-Terrorismus ablehnen und Israel nicht zerstört sehen wollen, machen jetzt gemeinsame Sache mit linken Ideologen, die die Mörder in den Straßen der wichtigsten Städte der Welt und auf den Campus der amerikanischen Universitäten offen anfeuern. Beide scheinen sich einig zu sein, dass es jetzt vorrangig darum geht, Israel zu zwingen, einen Waffenstillstand mit der Hamas zu akzeptieren, um eine humanitäre Krise in der von den Islamisten beherrschten Küstenenklave zu verhindern.

Angesichts der steigenden Zahl „palästinensischer“ Opfer muss jedoch eines klar sein, auch wenn die kolportierten Zahlen von der Hamas-Propagandamaschine stammen und viele, wenn nicht sogar die meisten der Getöteten tatsächlich Terroristen sind. Alle, die sich jetzt darauf konzentrieren, Israel daran zu hindern, einen entscheidenden militärischen Angriff im Gazastreifen durchzuführen, der das terroristische Regime beendet, das seit 2007 als unabhängiger „palästinensischer“ Staat existiert, verfolgen trotz der unterschiedlichen Ansichten ein gemeinsames Ziel: die Beendigung der Kämpfe, um das Überleben der Hamas zu ermöglichen.

Eine unmoralische Koalition

Auf diese Weise stehen wohlmeinende Menschenfreunde und Kritiker der israelischen Regierung, die dennoch Anhänger des jüdischen Staates sind, im Grunde auf derselben Seite wie die antisemitische Linke, die seine Beseitigung fordert. Sie alle müssen als nützliche Idioten der Hamas betrachtet werden.

Die vorhersehbaren einseitigen Aufrufe der Vereinten Nationen, Israel solle

sich in seinen Bemühungen, sich gegen die Hamas zu verteidigen, zurückhalten, werden von den Befürwortern des jüdischen Staates leicht abgetan, die nicht verstehen, dass die internationale Gemeinschaft dazu beitragen kann, den jüdischen Staat zu untergraben. Beunruhigend sind auch die Forderungen nach einem Waffenstillstand, die von amerikanischen Rechtsgelehrten kommen, den Professoren, die an den Eliteschulen unterrichten, aus denen die Gesetzgeber und Richter von morgen hervorgehen, und die jede israelische Selbstverteidigungsmaßnahme als unmoralisch betrachten.

Selbst diejenigen, die nicht offen fordern, dass Israel die Terroristen nicht zurückschlägt, warnen, dass die erwartete Bodeninvasion in Gaza ein Fehler ist, der auf Israel zurückschlagen wird. Das ist die Position des CNN-Moderators und Washington-Post-Kolumnisten Fareed Zakaria, der nach wie vor die zuverlässigste Quelle für alle konventionellen Weisheiten ist, die von demselben außenpolitischen Establishment verbreitet werden, das sich seit mehr als 30 Jahren in Bezug auf alles im Nahen Osten irrt.

Der Times-Kolumnist und eingefleischte Israel-Kritiker Thomas L. Friedman, der offenbar das Ohr von Präsident Joe Biden hat, gehört ebenfalls zu denjenigen, die eine Invasion für falsch halten. Seiner Meinung nach sollten die Vereinigten Staaten Israel zwingen, vor weiteren unklugen Kämpfen zu versprechen, dass es sich aus Judäa und Samaria zurückzieht, wenn die Waffen schweigen, um die Gründung eines weiteren unabhängigen „palästinensischen“ Staates zu ermöglichen, zusätzlich zu dem, den die Hamas seit 2006 in Gaza regiert. Das ist ein Rezept für einen weiteren islamistischen Terrorstaat, nicht für Frieden.

Wieder andere - wie der israelische Historiker Yuval Noah Harari, dessen banale Beobachtungen über die Vergangenheit und das heutige Leben ihm so etwas wie den Status einer intellektuellen Ikone eingebracht haben - sind entsetzt über die linke Dämonisierung Israels. Aber er schreibt in der Washington Post, dass er den israelischen Konsens, die Hamas auszulöschen, für ein Spiegelbild der absolutistischen Weltanschauung der Terrorgruppe selbst hält. Seiner Meinung nach unterscheidet sich das Streben nach "Gerechtigkeit" für die Verbrecher vom 7. Oktober nicht von der apokalyptischen Weltanschauung der Hamas. Er ist der Meinung, dass israelische Maßnahmen, die der Sicherheit der „palästinensischen“ Zivilbevölkerung Vorrang einräumen, selbst



Demonstranten halten Plakate mit den Profilen der von der Hamas entführten Geiseln hoch.

wenn dies bedeutet, sie innerhalb Israels leben zu lassen, und selbst wenn dies der Hamas hilft, langfristig besser für Israel sein werden.

Selbst Biden, dessen Erklärungen zur unverhohlenen Unterstützung Israels und zur Verurteilung der Hamas die Juden dort und in den Vereinigten Staaten so ermutigt haben, scheint alles zu tun, um die Gaza-Offensive zu verzögern oder darauf zu drängen, dass sie so eingeschränkt wird, dass es schwer zu sehen ist, wie sie das Ziel erreichen kann, die Macht der Terroristen im Gazastreifen zu brechen. Die US-Militärhilfe, die für die Versorgung der israelischen Streitkräfte und hoffentlich für die Abschreckung des Irans von einer Ausweitung des Krieges unerlässlich ist, scheint auch mit Bedingungen und Ratschlägen verbunden zu sein, die darauf abzielen, den Feldzug einzuschränken. Ein Teil davon könnte mit den amerikanischen Bemühungen zusammenhängen, einige der von der Hamas festgehaltenen Geiseln freizubekommen, auch wenn dies, wie immer bei solchen Lösegeldgeschäften, die Terroristen nur stärken könnte.

Es ist unwahrscheinlich, dass die meisten gewöhnlichen Israelis auf irgendetwas von ihnen hören. Die israelische Öffentlichkeit und ihre zutiefst erschütterten politischen, militärischen und geheimdienstlichen Einrichtungen sind zu Recht zu dem Schluss gekommen, dass die einzige Möglichkeit, weitere solche kriminellen Übergriffe zu verhindern, darin besteht, in den Gazastreifen einzumarschieren und der Herrschaft der Hamas ein für alle Mal ein Ende zu setzen.

Die von der Regierung des israelischen Premierministers Benjamin Netanyahu versprochene Kampagne zur Auslöschung der Hamas wird schwer zu bewerkstelligen sein. Es kann sein, dass das, was Israel plant, Wochen oder sogar Monate in Anspruch nimmt, um es durchzuführen. Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten könnte schrecklich sein. Und je länger die Hamas-Propagandisten und ihre Komplizen in den Mainstream-Medien die „palästinensischen“ Opfer hochspielen und Israel moralisch mit den Verbrechern vom 7. Oktober gleichsetzen, desto schwieriger wird es für Israel, den Kurs zu halten.

Doch im Gegensatz zum moralischen Relativismus von Leuten wie Kristof, Zakaria, Friedman und Harari ist die Option, vor der Israel und die Welt in Gaza stehen, keine, die als moralisch komplex bezeichnet werden kann oder bei der die Wahrheit irgendwo in der Grauzone zwischen den absolutistischen Ansprüchen der „Palästinenser“ oder der Israelis liegt.

Eine einfache Wahl

Die Entscheidung zwischen der Hamas und Israel ist nicht kompliziert. Es ist eine Entscheidung zwischen einer islamistischen Tyrannei und einem demokratischen Staat, zwischen einer Gruppe, deren westliche Ideologie nicht nur dem westlichen Denken fremd ist, sondern von etwas durchdrungen ist, das man nur als böse bezeichnen kann. Der Vergleich zwischen Hamas und ISIS ist treffend: Beide sind moderne Nazi-Bewegungen, die eine eliminatorische Mentalität gegenüber Juden und dem

jüdischen Staat teilen.

Die Zerstörung des Hamas-Regimes ist nicht nur eine schwierige politische Option, die Kritik von westlichen Menschenfreunden sowie Hysterie auf der "arabischen Straße" und in der gesamten muslimischen Welt hervorrufen wird. Sie ist ein moralischer Imperativ und sollte nicht anders behandelt werden als die unerbittliche Entschlossenheit des Westens, das ISIS-Kalifat im Irak und in Syrien auszulöschen, oder das Ziel der Alliierten, die Regime Nazideutschlands und des kaiserlichen Japans während des Zweiten Weltkriegs zu vernichten.

In keinem dieser Beispiele diente die Zahl der zivilen Opfer, so tragisch sie auch sein mag, als Abschreckung, um das Ziel des Sieges über diese bösen Wesen zu verfolgen. Als die irakischen und alliierten Streitkräfte 2017 mit Unter-

stützung der Vereinigten Staaten Mosul von ISIS zurückeroberten, wurden bei den Kämpfen in der Stadt bis zu 11.000 Zivilisten getötet. Und etwa 800.000 deutsche Zivilisten wurden während der alliierten Bombenangriffe auf Deutschland getötet. Darüber hinaus wurden etwa 150.000 Zivilisten während der Invasion in Deutschland 1945 getötet, die zusätzlich zu den Kämpfen anderswo mit einem brutalen Häuserkampf in Berlin endete.

Wir wissen, dass in keinem dieser Fälle diejenigen, die das Ende dieser Regime anstrebten, so sorgfältig darauf achteten, den Tod von Zivilisten zu vermeiden, wie es Israel heute tut. Dennoch waren diese Opferzahlen nicht schrecklich genug, um die Kriege zur Vernichtung von ISIS und Adolf Hitlers Nazi-Mordmaschine zu unmoralischen Unternehmungen zu machen.

Das gleiche moralische Kalkül muss auf den Krieg in Gaza angewandt werden.

Im Gegensatz zu Kristofs verachtenswertem Versuch einer moralischen Gleichsetzung versucht Israel nicht, arabische Kinder zu töten, um israelische Kinder zu schützen. Er sollte wissen, dass ein Regime, das jüdische Kleinkinder ermordet und enthauptet, sich nicht hinter den „palästinensischen“ Kindern verstecken darf, die es mit diesem Krieg gefährdet hat. Und diejenigen, die dies zulassen würden, beweisen weder Weisheit noch eine höhere Moral als diejenigen, die zu Recht die Beseitigung der Hamas fordern.

Westliche Denker, die mit moralischem Relativismus aufgewachsen sind und sich nicht mit dem Konzept anfreunden können, dass einige Bewegungen und Regierungen böse sind und nicht nur fehlgeleitet oder irrend. Deshalb fin-

den sie, dass ein Krieg, der nur mit einer vollständigen Niederlage der Hamas enden kann - koste es, was es wolle -, im Widerspruch zu ihrem Verständnis davon steht, wie die Welt funktioniert.

Doch es ist viel einfacher als all das. Wenn Sie trotz der Verurteilung des Terrorismus für eine Politik eintreten, die es der Hamas ermöglicht, lebend und gesund aus ihrem mörderischen Amoklauf vom 7. Oktober - der diesen Krieg ausgelöst hat - hervorzugehen, dann sind Sie ihre unwissentlichen Komplizen und genauso verwerflich wie diejenigen, die auf den Straßen nach noch mehr jüdischem Blut schreien, das vergossen werden soll.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Folgen Sie ihm auf Twitter unter: @jonathans_tobin.

Israel muss sich wohl auf einen Krieg an mehreren Fronten vorbereiten

Wenn nicht von vornherein bereits ausgeheckt, so droht der Iran jetzt damit, Israel über seine Terror-Komplizen im Libanon, in Syrien und im Jemen anzugreifen und damit einen breiten Mehrfrontenkrieg anzuzetteln. Die jemenitischen Huthi-Rebellen sind im Besitz von Marschflugkörpern, die bis zu 2.000 Kilometer weit fliegen können, auch die Hisbollah im Libanon verfügt über präzisionsgelenkte Munition (PGM), die Teheran ihr über Syrien mit dem Ziel der Vernichtung Israels liefert. Israel muss sich vermutlich auf einen gefährlichen Krieg einstellen. (JR)

Von Israel Kasnett/JNS.org

Israels Krieg gegen die Hamas, nachdem die Terrorgruppe 1.400 Zivilisten und Soldaten brutal massakriert und 228 entführt hat, steht erst am Anfang, so der israelische Premierminister Benjamin Netanjah und Verteidigungsminister Yoav Gallant. Während sich Israel auf den Gazastreifen konzentriert, droht der Iran damit, Israel auch von anderen Schauplätzen aus anzugreifen, und zwar über seine Terror-Komplizen im Libanon, in Syrien und im Jemen.

Mitte Oktober hat die Houthi-Armee im Jemen Raketen auf Israel abgefeuert, die jedoch von saudischen und US-amerikanischen Streitkräften abgefangen wurden. Die USS Carney, ein Zerstörer der Marine im nördlichen Roten Meer, fing laut einem Bericht der Associated Press drei Marschflugkörper und mehrere Drohnen ab. Während Israel derzeit an allen drei Fronten relativ kleine Angriffe zu verzeichnen hat, stellt sich in Zukunft die Frage, ob die Hisbollah im Libanon, iranische Milizen in Syrien und die Houthis im Jemen Israel auf Geheiß des Irans in voller Stärke angreifen werden.

Behnam Ben Taleblu, Senior Fellow bei der in Washington ansässigen Foundation for Defense of Democracies, ist auf die regionalen Stellvertretergruppen des Iran und deren militärische Fähigkeiten spezialisiert. Er erklärte gegenüber JNS, dass "trotz früherer indirekter Feuerangriffe aus Syrien der wichtigste Stellvertreter, den man jetzt im Auge behalten sollte, die Hisbollah im Libanon ist".

"Dort steht Teheran vor dem Dilemma, seinen erfolgreichsten Stellvertreter zu benutzen, um einen anderen zu retten, da dies einen dritten Libanonkrieg auslösen könnte, der, wie kostspielig er auch sein mag, die Hisbollah schwächen würde, auf die sich Teheran verlässt, um direkte Maßnahmen gegen sein Atomprogramm zu verhindern", sagte er. Ben Taleblu merkte auch an, dass "immer mehr Mitglieder



Die von Teheran finanzierten Huthi-Rebellen im Jemen verfügen über reichweitenstarke Marschflugkörper.

der iranischen 'Achse des Widerstands' ins Spiel kommen, und dass Teheran auf die einzigartigen Fähigkeiten jedes Stellvertreters zählt, um die Hamas zu retten, Washington abzuschrecken und Jerusalem zu überwältigen."

Jemenitische Huthi-Rebellen

Die Tatsache, dass die Houthis im Besitz von Marschflugkörpern sind, die bis zu 2.000 Kilometer weit fliegen können, sollte die Menschen erschauern lassen. „Kein anderer Stellvertreter Teherans hat diese Fähigkeiten“, sagte er. "Dass die Houthis ihre von Teheran zur Verfügung gestellten Langstreckenraketen gegen Israel einsetzen würden, sollte keine Überraschung sein", sagte er. "Die Rebellengruppen haben den Wunsch geäußert, in einen Konflikt einzutreten, der mindestens ein halbes Jahrzehnt andauert, wenn nicht länger."

Ben Taleblu zufolge besteht die größere Strategie Teherans darin, "mit einem breiteren Mehrfrontenkrieg zu drohen, der Israel von der Zerstörung der Hamas ablenkt oder die militärische Macht und die politische Aufmerksamkeit spaltet und ein größeres

Engagement der USA verhindert, indem er mit einer horizontalen und vertikalen Eskalation droht."

"Ob Teheran dazu in der Lage ist, bleibt abzuwarten", sagte Ben Taleblu, "aber deshalb ist es zwingend notwendig, dass diese Strategie scheitert und nie wieder angewendet wird."

Die Rolle Syriens

Jonathan Spyer, ein Experte für Syrien, den Irak und radikal-islamische Gruppen und leitender Forscher des in Philadelphia ansässigen Middle East Forum, hob zwei wichtige Aspekte in Bezug auf Syrien hervor. Er erklärte gegenüber JNS, dass es in Syrien einen "bedeutenden", vom Iran geführten Rahmen gibt. Sollte ein Krieg an der Nordgrenze Israels beginnen, "wird Syrien eine der Fronten sein". Bis jetzt hat Israel einen "Krieg zwischen den Kriegen" geführt, wie es heißt. Seit mehreren Jahren führt Israel Angriffe in Syrien durch, um den Versuch des Irans zu vereiteln, dort eine Infrastruktur aufzubauen, und um zu verhindern, dass präzisionsgelenkte Munition (PGM) an die Hisbollah im Libanon geliefert wird.

Diese Bemühungen gehen weiter, wo-

bei Israel Ende Oktober die Flughäfen in Aleppo und Damaskus bombardiert hat, um iranische Waffenlieferungen zu verhindern. Spyer merkte an, dass sich das israelische Sicherheitsestablishment zwar zu seinem eigenen Erfolg in diesem Bereich beglückwünscht, "es aber sehr schwierig ist, zu messen, wie erfolgreich es wirklich war."

"Die Hisbollah hat eindeutig PGMs", so Spyer. "Vielleicht hätten sie mehr gehabt, wenn wir sie nicht bombardiert hätten, aber wir haben es nicht geschafft, sie daran zu hindern, durchzukommen." Spyer wies auch auf das "expansive" Milizsystem des Irans in Syrien hin, das eine gewaltige Bedrohung für Israel darstellt. "Es gibt bewaffnete Gruppen vor Ort, die für den Iran arbeiten und ihre Befehle nicht vom Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad erhalten", sagte er. "Sie erhalten ihre Befehle vom IRGC [Korps der Islamischen Revolutionsgarden] und von Teheran."

Spyer warnte, es gebe Informationen vor Ort, dass Elemente dieser Organisationen, irakische und libanesische Kämpfer, "die sich seit Beginn des Krieges am 7. Oktober vom Südosten Syriens in den Südwesten Syriens nahe der Grenze zu Israel bewegt haben".

"Es gibt eine Menge Milizen und eine Menge Leute", sagte er. "Einige von ihnen arbeiten direkt mit dem syrischen Regime zusammen, das jetzt sehr einheitlich ist." Er erklärte, dass das Assad-Regime nicht die vollständige Kontrolle über Syrien hat und es "keine einzige Pyramide" der Regierung oder des Kommandos gibt, sondern "alle Arten von kleinen Pyramiden. ... Das Regime kontrolliert nicht wirklich, was auf dem Boden passiert. ... Die Iraner nehmen keine Befehle vom Regime entgegen."

Laut Spyer gibt es auf syrischem Boden ein ausgedehntes Milizsystem mit militärischen Kapazitäten. "Es ist wahrscheinlich, dass die syrische Front Teil des Krieges wird, wenn er im Norden beginnt", warnte er. "Sie wird nicht nur aus dem Libanon kommen, sondern auch aus Syrien."

75 Jahre Israel Defence Forces – Israels Antwort an seine Feinde

Seit es jüdische Siedlungen in Palästina gab, mussten sich die Juden vor feindlichen Übergriffen und Raubzügen v.a. der Araber schützen. Die Haganah war die erste militärische Volksorganisation des Jischuw während der britischen Mandatszeit. Unter dem britischen Offizier Orde Wingate wurden Einheiten der Haganah bei den „Special Night Squads“ trainiert und professionalisiert. Orde Wingate bleibt dem jüdischen Volk als „Vater der israelischen Armee“ in Erinnerung. Heute gehören die „Israel Defence Forces“ (IDF) zu den schlagkräftigsten Armeen der Welt. Trotz der zeitweiligen Spaltung des Landes durch die linken Gegner der Justiz-Reform, stehen die Soldatinnen und Soldaten der IDF als geschlossene Einheit gegen den Terror der Hamas. (JR)

Von Michael Selutin

Vor dem Simchat-Tora-Massaker am 7. Oktober 2023 wäre ein Überblick über 75 Jahre IDF ein Loblied auf eine der stärksten Armeen geworden. Da sich die Armee jedoch aktuell mitten im Krieg gegen die Hamas in Gaza befindet, ist es nicht mehr möglich, neben den großen Errungenschaften der Armee, die großen Probleme zu ignorieren, die dazu geführt haben, dass sich der gesamte israelische Sicherheitsapparat von der Hamas austricksen ließ.

Nach der Invasion der Hamas am 7. Oktober 2023 musste die israelische Armee, genauso wie 50 Jahre vorher im Jom-Kippur-Krieg, mit einem Überraschungsangriff fertigwerden. Damals konnte sie das Land aus höchster Not retten, während sie dieses Mal die schrecklichen Massaker an der Zivilbevölkerung nicht verhindern konnte.

Wie es passieren konnte, dass die beste Armee und der beste Geheimdienst der Welt von den Barbaren aus dem Gazastreifen an der Nase herumgeführt werden konnten, ist noch nicht bekannt und wird erst nach dem Krieg gründlich analysiert werden können.

Die aktuelle Herausforderung für die Armee besteht darin, den Gazastreifen mit geringstmöglichen Verlusten zu erobern, die Geiseln zu befreien und einen Mehrfrontenkrieg mit der Hisbollah im Norden, der Fatah im Osten und der arabischen Bevölkerung innerhalb Israels zu vermeiden.

Kritik an der Armee wurde jedoch schon kurz vor der Hamas-Invasion laut, als viele Reservisten aus Protest gegen die Justizreform ihren Dienst verweigerten.

Die aschkenasische Elite

Die Demonstrationen gegen die Justizreform haben deutlich gemacht, wie sehr Israel von der sogenannten säkularen aschkenasischen Elite kontrolliert wird, die das Land aufgebaut hat und seitdem die Zügel fest in der Hand hält. Die Proteste wurden so heftig geführt, weil die Regierung die stärkste Bastion dieser Gesellschaftsschicht, den Obersten Gerichtshof, in seine Schranken zurückweisen wollte.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Armee ebenso von den Nachkommen der Pioniere beherrscht wird. Religiöse und nicht-achkenasische Soldaten wissen allerdings schon lange: Die hohen Ränge der Armee sind nur für säkulare Aschkenasim zugänglich.

Kritisiert wird jedoch nicht nur, dass die Nachkommen der Staatsgründer die Machtpositionen des Landes unter sich aufteilen. Was man übrigens sehr gut in Bildern aus Israel erkennen kann, in denen Vertreter Israels, egal ob Regierung, Armee oder Wirtschaft, wie Europäer aussehen, während die Aschkenasim höchstens 45 Prozent des Landes ausmachen.



Die Wehrpflicht gilt in Israel auch für jüdische Frauen.

Die Armee wird auch dafür kritisiert, dass sie ihre palästinenserfreundliche Politik fortsetzt, obwohl sie seit Jahrzehnten keine Sicherheit für Israel erreicht. Wären die hohen Ränge der Armee auch für die vielen hoch motivierten religiösen Soldaten aus Judäa und Samaria offen, hätte sie möglicherweise einen anderen Ansatz für den Konflikt mit den „Palästinensern“.

Diese gescheiterte Appeasement-Politik, zusammen mit der „Aschkenasisierung“ der Armee, bilden den Hintergrund, der das Simchat-Tora-Massaker ermöglichte.

Allerdings kann man optimistisch sein, dass die Armee trotzdem auch diesen Konflikt als Sieger beenden wird, wie sie es seit ihrer Entstehung immer wieder getan hat.

Schutz vor Räubern

Jeder Konflikt mit den arabischen Nachbarn war für die Juden eine Frage des Überlebens.

Seit der Entstehung der modernen jüdischen Gemeinschaft in Israel, damals Palästina, nach den ersten und zweiten Alijot, ab 1870, sah sich jede jüdische Stadt, jedes Viertel und jeder Bauernhof mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich zu schützen. Diese Verteidigungsorganisationen entwickelten sich schließlich zur israelischen Armee, wie wir sie heute kennen.

Bereits unter Osmanischer Herrschaft mussten sich jüdische Siedlungen gegen arabische Räuberbanden

verteidigen, da sie von staatlicher Seite nicht geschützt wurden. Diese ersten zerstreuten jüdischen Schutztruppen wurden schließlich 1909 unter der „Haschomer“ Organisation zusammengefasst, deren Ziel es war, für die Sicherheit so vieler jüdischer Siedlungen wie möglich zu sorgen.

Der 1. Weltkrieg

Zwischen 1914 und 1918 fanden sich Juden auf beiden Seiten des Kriegs zwischen den Briten und den Osmanen. Mehrere Tausend jüdische Einwohner Palästinas wurden in die türkische Armee eingezogen. Einige von ihnen wurden dort gut ausgebildet und zu Offizieren und Unteroffizieren der türkischen Armee ernannt.

Auf der anderen Seite kämpften Juden aus den britischen Kolonien und Großbritannien gegen die Türken in einem jüdischen Regiment. Im Februar 1918 wurde die jüdische Truppe nach Ägypten verlegt und nahm an der britischen Offensive vom September 1918 unter General Edmund Allenby teil. Das Regiment, das damals im Jordantal in der Nähe von Jericho stationiert war, nahm später an der Überquerung des Jordans nach Osten teil.

Fast alle jüdischen Mitglieder der britischen Armee wurden unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im November 1918 entlassen. Diejenigen aus Großbritannien und Palästina kehrten in ihre jeweiligen Länder zurück, und einige aus Nordamerika ließen sich in Palästina nieder.

Unter britischer Herrschaft

Obwohl Palästina nun von den Briten verwaltet wurde, blieb die Verteidigung der jüdischen Einwohner weiterhin ein jüdisches Problem. Aus diesem Grund wurde die Haganah gegründet, eine militärische Organisation, die für den Schutz der jüdischen Siedlungen verantwortlich war. Da diese „Armee“ aus britischer Sicht illegal war, wollte die Zionistische Organisation, die die zivilen Belange der Juden Palästinas verwaltete, nicht das Kommando über die Haganah übernehmen. Die jüdische Gewerkschaft Palästinas, die Histadrut, sprang ein und übernahm die Führung der Truppe bis zum Jahr 1929. Nach den arabischen Ausschreitungen in diesem Jahr erkannte auch die Zionistische Organisation die Notwendigkeit einer Armee und die Haganah wurde in die gemeinsame Zuständigkeit der Jewish Agency Executive und des Va'ad Leumi (Nationalrat) überführt.

Damit wurde die Haganah zu einer nationalen Militärorganisation, die der gewählten Führung der Nation unterstellt war. Obwohl die Briten und die Araber die Haganah als illegal ansahen, betrachtete der Jischuw, wie der jüdischen Siedlungsraum genannt wurde, sie als legitime militärische Volksorganisation. Jede Siedlung - Moschaw, oder Kibbuz - und jede jüdische Stadt oder Nachbarschaft war mit der Haganah verbunden.

Wingate und die Spezialeinheiten

Während der arabischen Ausschrei-

tungen zwischen 1936 und 1939 begann die Haganah, mit der britischen Besatzungsarmee zusammen zu arbeiten und erhielt dadurch etwas mehr Legalität. Dieser Schritt führte dazu, dass sich der britische Offizier Orde Charles Wingate der jüdischen Armee annahm.

Orde Wingate wurde in eine britische religiöse christliche Familie hineingeboren und glaubte fest an die Bibel. Er vertrat leidenschaftlich die prophetische Vision der jüdischen Erlösung und der endgültigen Rückkehr der Juden nach Eretz Israel.

Wingate kam als Geheimdienstoffizier nach Israel zu einer Zeit, als kleine Gruppen arabischer Räuber regelmäßig sowohl die Briten als auch die Juden angriffen. Um dieser Offensive entgegenzuwirken, organisierte und trainierte Wingate „Special Night Squads“, die hauptsächlich aus Haganah-Kämpfern bestanden und im gesamten Jischuw erfolgreich eingesetzt wurden. Ihre Taktik basierte auf den strategischen Prinzipien der Überraschung, der Mobilität und der nächtlichen Angriffe, und sie dienten sowohl als defensive als auch als offensive Einheiten, die arabischen Angriffen erfolgreich zuvorkamen und sie abwehrten.

Orde Wingate wurde nach wenigen Jahren aus Israel abgezogen, aber er bleibt dem jüdischen Volk als „Vater der israelischen Armee“ in Erinnerung. Seine Strategie der schnellen Einsätze in der Nacht wird bis heute bei Militärkampagnen eingesetzt.

Kampf gegen Deutsche und Briten

Als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, war die Haganah bereits eine etablierte, professionelle Armee. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits ein Feldkorps, einen medizinischen Dienst, ein Fernmeldekorps, einen Nachrichtendienst, die Alija Bet (die sich um die illegale Einwanderung kümmerte), eine Waffenindustrie und Dienste für die Beschaffung und Lagerung von Waffen geschaffen.

Da Großbritannien eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Nazideutschland übernahm, war der zionistische Führung klar, dass eine direkte oder indirekte militärische Aktion gegen die Briten nicht in Frage kam, auch wenn die britische Weißbuchpolitik (Mai 1939) die jüdische Einwanderung und das Recht auf Landerwerb stark einschränkte. David Ben-Gurion, der Vorsitzende der zionistischen Exekutive, entschied, dass die zionistische Bewegung und der Jischuw auf militärischer Ebene mit Großbritannien gegen die Nazis zusammenarbeiten, sich aber in Fragen der Einwanderung und Ansiedlung weiterhin gegen das Weißbuch wehren würden.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der bewaffneten jüdischen Verteidigung in Palästina waren die mehr als 30.000 palästinensischen Juden, die im Zweiten Weltkrieg in die britische Armee eintraten. In der letzten Phase des Krieges wurde die „Jewish Brigade Group“ gegründet, die in Norditalien gegen die Nazis eingesetzt wurde. Die palästinensischen Juden in der britischen Armee und Luftwaffe lernten ein breites Spektrum militärischer Themen - Kampf, Verwaltung, Technik und Logistik einer modernen Armee - und übertrugen dieses Wissen später auf die jüdischen Verteidigungskräfte in Palästina.

Dieses Wissen würde sich nach dem Krieg gegen die Briten wenden, da die Haganah nun für die jüdische Sou-

veränität in Palästina kämpfte. Die Haganah führte antibritische Militäroperationen durch, wie die Befreiung interner Einwanderer, die Sprengung des Eisenbahnnetzes des Landes, Sabotageangriffe auf Radaranlagen und Stützpunkte der britischen Polizei sowie die Sabotage britischer Schiffe, die illegale Einwanderer abtransportierten.

Auch war die Haganah aktiv an der illegalen jüdischen Einwanderung aus Europa und Nordafrika und natürlich weiterhin an der Verteidigung der jüdischen Einwohner, deren Gesamtzahl bis 1948 auf 806.000 anwuchs, beteiligt.

Der Unabhängigkeitskrieg

Als David Ben-Gurion am 14. Mai 1948 die Unabhängigkeit Israels ausrief, fielen die Armeen Ägyptens, Syriens, Jordaniens, des Irak und des Libanon in den neuen Staat ein (die saudi-arabischen Streitkräfte kämpften an der Seite Ägyptens). Am 30. Mai dieses Jahres wurde die Haganah in Zawa ha-Hagana le-Israel – Israelische Verteidigungstreitkräfte, kurz Zawa umgenannt.

Die israelischen Verteidigungstreitkräfte waren zu dieser Zeit 25.000 Mann stark. Sie bestand aus sechs Infanteriedivisionen, einer kleinen Luftwaffe und einer noch kleineren Flotte.

Trotz der Übermacht der arabischen Angreifer konnte sich der frisch gebackene Staat verteidigen und sein Hoheitsgebiet sogar ausdehnen. Als Ägypten am 24. Februar 1949 als erster Feind ein Waffenstillstandsabkommen schloss, war der jüdische Staat größer und sicherer als zuvor.

Die Zawa ist aus diesem Konflikt ebenfalls gestärkt hervorgegangen. Sie hat mit der unwahrscheinlichen Verteidigung des frischgeborenen Israel ein Wunder vollbracht und den Grundstein für die Erfolge in den späteren Kriegen gelegt.

Kriege und Operationen

Seit dem Unabhängigkeitskrieg musste die Zawa immer wieder in Aktion treten, um die Heimat des jüdischen Volkes zu verteidigen oder Juden aus den Klauen von Terroristen zu befreien. Inklusiv der aktuellen Operation „Eiserne Schwerter“, war die Zawa an 23 Kriegen und Operationen beteiligt. Viele von ihnen sind mittlerweile zu Legenden geworden, wie der Sechstagekrieg, die Rettungsaktion von jüdischen Geiseln in Entebbe oder der Jom-Kippur-Krieg.

Alle diese Konflikte waren reine Verteidigungsaktionen. Im Gegensatz zu dem, was Verschwörungstheoretiker verbreiten, ist Israel nicht an einer Erweiterung seiner Grenzen oder der Kontrolle über fremde Völker interessiert. Die einzige Ressource, die Israel für seinen Erfolg benö-

tigt, ist das jüdische Köpfchen und weder Öl noch Erdgas oder Gold war jemals ein Kriegsgrund.

Das jüdische Volk ist ein friedliches Volk, das sich immer nur gewünscht hat in Frieden zu leben. Jüdische Werte wie Chessed (Wohltätigkeit), Rachamim (Mitleid/Empathie) und Zedek (Gerechtigkeit) sind tief in der DNA des Volkes verwurzelt. Sie sind jedoch wahrscheinlich auch der Grund, warum Israel seine Feinde in den vielen Konfrontationen nicht vollständig besiegte.

Moderne Armee

Der ständige Kriegszustand und unzuverlässige Verbündete machten es notwendig, dass Israel eine eigene Verteidigungsindustrie aufbaut, was sie mit großem Erfolg getan hat. Heute gehört die Zawa zu den fortschrittlichsten und stärksten Armeen der Welt, die ihre Waffen nicht importiert, sondern in der Lage ist, sich vollständig selbst zu versorgen.

Besonders symbolträchtig war der Verkauf des Langstrecken-Luftabwehrsystems Arrow 3 an Deutschland im September dieses Jahres. Dieser Deal im Wert von etwa vier Milliarden Euro zeigte dem jüdischen Volk, dass es heute militärisch stärker ist als das Land, das vor nicht allzu langer Zeit versuchte, eben dieses jüdische Volk zu vernichten. Wer hätte sich vor 80 Jahren vorstellen können, dass die deutsche Armee einen jüdischen Staat um Hilfe bei seiner Verteidigung bittet.

Wehrpflicht und Schmelztiegel

Neben den unwahrscheinlichen Erfolgen der Zawa, hat sie auch noch einige weitere Eigenheiten, die sie einmalig machen. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine dieser Eigenheiten, die in Israel anders funktioniert als in anderen Ländern der Welt.

Die Einberufungsgesetze der israelischen Verteidigungstreitkräfte gelten nur für Bürger dreier Ethnien: Juden (männlich und weiblich), Druzen (nur männlich) und Tscherkessen (nur männlich). Da die drusischen und tscherkessischen Gemeinschaften weniger bevölkerungsreich sind, sind ihre Frauen von der Wehrpflicht ganz ausgenommen. Frauen aus der jüdischen Bevölkerungsmehrheit sind nicht von der Wehrpflicht befreit, haben aber eine etwas kürzere Dienstzeit als ihre männlichen Mitbürger. Arabische Muslime und arabische Christen werden in Israel nicht eingezogen, obwohl sich Männer und Frauen aus diesen beiden Gruppen freiwillig melden können.

Die Mindestdauer des Militärdienstes beträgt für alle wehrpflichtigen Männer zwei Jahre und acht Monate und für jüdische Frauen zwei Jahre. Nach Ablauf der vorgeschriebenen Dienstzeit können alle entlassenen Bürger bis zum Alter von 40 Jahren zum Reservendienst

einberufen werden.

Israelis würden ihre Armee jedoch viel lieber für positive Dinge einsetzen, wie die Förderung der Freundschaften im Volk. Da theoretisch jeder Israeli in die Armee eingezogen wird, ist sie auch zu einem (Cholent)-Kochtopf für das jüdische Volk geworden, in dem die Bürger, die aus den verschiedensten Ländern der Welt stammen, zusammengeworfen werden, so dass am Ende ihrer Dienstzeit die meisten von ihnen neue beste Freunde gemacht haben.

Diese Vermischung und Vereinigung des Volkes in der Armee ist von Anfang an geplant gewesen, denn der Geschmack des im Kochtopf zubereiteten Volkes sollte eine deutliche aschkenasisch-säkulare Note haben.

Frauen in der Armee

Die Besonderheit der Zawa, die Wehrpflicht auch auf Frauen anzuwenden, wurde aus der Not geboren, aber hat sich im Laufe der Zeit zu einer wichtigen Stütze des Landes entwickelt. Derzeit stellen Frauen 33 % der Soldaten, die in die Zawa eintreten, und 51 % der derzeit dienenden Offiziere. Sie übernehmen verschiedene Funktionen in den Boden-, Marine- und Luftstreitkräften. 92 % aller IDF-Einheiten haben Positionen, die für Frauen offen sind.

Im Januar 2018 wurde zum ersten Mal in der israelischen Geschichte eine Pilotin zur Kommandantin einer Flugstaffel ernannt. Im gleichen Jahr traten die ersten weiblichen Panzerkommandanten der Zawa ihren Dienst an. Die vier Frauen führten mit ihren Panzergeschwadern Grenzsicherungseinsätze durch, waren jedoch nicht für Einsätze im Feindesland bestimmt. Sergeant Jessica Klempert wurde 2021 die erste Maschinistin, die auf einem Raketen-schiff der israelischen Marine Dienst tat. Seit 2022 sind auch die Spezialeinheiten Einheit 669 und Yahalom für Soldatinnen geöffnet.

Die beliebtesten Posten für Frauen in der Armee sind jedoch Maschakit und Madricha. Eine Maschakit ist eine Offizierin, die verwaltungstechnische Aufgaben einer Basis übernimmt, während eine Madricha eine Art Lehrerin oder Ausbilderin ist.

Besonders diese Soldatinnen, die nicht in Kampfeinheiten dienen, sondern Rekruten ausgebildet haben, verlassen die Armee mit einem sehr gesunden Selbstvertrauen. Sie haben monatelang junge Männer herumkommandiert und dieses Verhaltensmuster nehmen die jungen Damen mit in ihr Zivilleben nach der Armee. Frauenpower ist in Israel nicht nur ein Slogan, sondern eine durch den Wehrdienst entstandene Realität.

Ob die Soldatinnen später ihre Ehemänner weiterhin herumkommandieren, ist nicht bekannt. Es hat bisher noch niemand gewagt, sich darüber zu beschweren.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die sogenannten „Palästinenser“ verbreiten weltweiten Hass, fordern aber für sich selbst die uneingeschränkte Sympathie der Massen

Ob im Gazastreifen, auf den Straßen westlicher Städte oder auf den Seiten der „New York Times“ – die Pro-Palästina-Sympathisanten wollen nicht verstehen, warum ihr Krieg gegen Israel nicht überall auf Zustimmung stößt. Sie verurteilen den israelischen Gegenschlag und rufen die Welt auf, Israel dafür zu ächten, aber sie blenden bewusst die Tatsache aus, dass die Hamas und die anderen Organisationen, die sie repräsentieren, in Wirklichkeit Israel eliminieren wollen. Das bedeutet, wie eben deutlich gezeigt, dass sie auch keinerlei Scheu haben, jüdische Menschen brutal abzuschlachten. Gleichzeitig verbreiten sie ohne Scham das verlogene Nakba-Narrativ der arabischen Opferrolle, wobei sie keinesfalls bereit sind, anzuerkennen, dass v.a. auch die Juden des Nahen Ostens, nach all ihren historischen Vertreibungen und besonders nach ihrer Vertreibung durch die Araber 1948 zu Flüchtlingen wurden. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Seit den Gräueltaten vom 7. Oktober und dem Beginn des Krieges, den die Hamas gegen Israel begonnen hat, waren die Stimmen der „palästinensischen“ Araber noch nie so laut. Wir hören sie in Videos und Interviews, die im Gazastreifen, auf den Straßen amerikanischer und europäischer Städte und an den Universitäten in den Vereinigten Staaten geführt werden. Und natürlich ist ihre Notlage überall auf den Seiten der renommiertesten Zeitungen wie der New York Times zu finden, wo sie von antizionistischen Juden unterstützt werden, die ihr grausames Schicksal in Gaza beklagen. Die „Palästinenser“ werden weiterhin von „herzlosen Israelis unterdrückt und ermordet“ und von ebenso herzlosen Amerikanern ignoriert und abgetan, die gedankenlos den zionistischen Staat unterstützen, der ihnen „so viel Leid“ zugefügt hat.

Eine Kultur des Kummers

Diese „palästinensischen“ Stimmen haben uns eine Menge zu sagen. Obwohl sich ihre Argumentation hauptsächlich auf ein Gefühl der Verärgerung über Israel, den Zionismus und die Juden konzentriert - und auf eine brennende Abneigung gegen das, was von ihnen erwartet wird -, geht es auch um ein Gefühl des Anspruchs. Sie glauben, dass sie ein Anrecht auf unsere Sympathie haben, und können nie ganz verstehen, warum sie nicht mehr davon bekommen. Im Mittelpunkt jedes „palästinensischen“ Manifests oder jedes Schreies, der in den liberalen Medien veröffentlicht oder von ihnen ausgestrahlt wird, steht das Erstaunen darüber, dass irgendjemand ihren eigentlichen Status als Opfer in Frage stellt. Das Gleiche gilt für die Vorstellung, dass irgendjemand von ihnen verlangt, diejenigen zu desavouieren, die mit gutem Grund behaupten, für sie zu sprechen, während sie unaussprechliche Verbrechen begehen und den Frieden ablehnen.

Es ist diese giftige Mischung aus Trauer und Anspruch, die hinter den Videos derjenigen steckt, die Plakate mit den Gesichtern von Israelis abreißen, die von der Hamas als Geiseln genommen wurden. Sie ist auch für andere in den sozialen Medien verantwortlich, die das Gefühl der Freude und Erleichterung zeigen, das so viele „Palästinenser“ und ihre Unterstützer empfanden, als sie die Nachricht von den Anschlägen vom 7. Oktober hörten, gepaart mit der Zahl der jüdischen Toten und dem Leid während der Pogrome, die diese Terroristen verübten.

Es ist auch in den Videos zu sehen, die den Gazastreifen zeigen, wenn die israelischen Streitkräfte Ziele der Hamas in dem Gebiet angreifen, von wo aus sie Raketen- und Raketenangriffe auf israelische Zivilisten und terroristische Infiltrationen wie die vom 7. Oktober gestartet haben. Sie scheinen nicht zu verstehen, warum die ganze Welt sich nicht mehr über ihre Notlage empört. Mehr noch, sie empfinden es als unerträgliche Beleidigung,



Auch in den USA gehen pro-„palästinensische“ Demonstranten auf die Straßen und skandieren israel-feindliche Parolen.

wenn sie gefragt werden, ob sie die in ihrem Namen begangenen Verbrechen leugnen, oder ob ihre Führer oder die Sache, für die sie sich eingesetzt haben, auch nur einen winzigen Teil der Verantwortung für die Lage tragen, in der sie sich jetzt befinden.

Das wirklich Erstaunliche an der ganzen Verwirrung, die die „Palästinenser“ erleben, ist ihre Unfähigkeit anzuerkennen, dass sie die Lieblinge der internationalen Diplomatie, der Presse, der Wissenschaft und der Elite sind.

Hamas wollte diese Bilder

Zum Erstaunen von Juden und Israelis haben die unsäglichen Verbrechen gegen jüdische Männer, Frauen und Kinder, darunter die Ermordung von 1.400 Menschen, die Verwundung von Tausenden und die Entführung von mehr als 200 Menschen am 7. Oktober, der „palästinensischen“ Sache tatsächlich den Auftrieb gegeben, den sich die Hamas-Terroristen erhofft hatten. Das gilt vor allem für die arabische Welt, wo die Gewalt, wie die New York Times berichtet, die „Leidenschaft für die „palästinensische“ Sache neu entfacht“ hat.

Das gilt auch für den Westen, wo bei Kundgebungen im Namen der extremen „palästinensischen“ Forderungen Studenten an den Universitäten skandieren, denen kaum bewusst ist, dass sie mit dem Ruf „vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein“ die Beseitigung Israels und den Völkermord an seinen 7 Millionen jüdischen Bürgern fordern. Auf den Demonstrationen in den Großstädten wird dieser Ruf wiederholt, während man sich über das Elend lustig macht, das die Hamas den Juden zugefügt hat, und die Tatsache ignoriert, dass die Verantwortung für die „palästi-

nensischen“ Opfer im Gazastreifen bei denen liegt, die diesen Krieg begonnen haben, und nicht bei denen, die die Verbrechen bestrafen wollen.

Nur wenige haben diese Klagekultur besser zum Ausdruck gebracht als Hana Alyan, eine „palästinensisch“-amerikanische Dichterin und Psychologin, die diese Woche in der Times ihren Unmut über den Mangel an Empathie für die „Palästinenser“ zum Ausdruck brachte, obwohl die Welt auf einen Krieg, der durch „palästinensische“ Gräueltaten ausgelöst wurde, mit einer Welle der Unterstützung für diese reagiert hat. Sie findet es furchtbar, dass von den „Palästinensern“ immer verlangt wird, ihre Unschuld am Terrorismus zu beweisen oder diejenigen zu desavouieren, die im Namen des „palästinensischen“ Nationalismus Terrorakte begehen. Und das, obwohl ihre „Sprecher“ fast nie gefragt werden, was sie von der Barbarei der Hamas oder des „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad halten oder ob sie die islamistische Diktatur in Gaza für eine gute Sache halten. Das Gleiche gilt für die „Palästinenser“ selbst.

Sie schreibt: „Ich zögere keine Sekunde, die Tötung eines Kindes, ein Massaker an Zivilisten zu verurteilen. Das ist die einfachste Frage der Welt“, und sie fordert, dass diese Verurteilung auf alle Opfer ausgedehnt wird. Aber nirgendwo in ihrem Essay sagt sie, dass die Verbrechen vom 7. Oktober falsch waren, oder denkt über die Tatsache nach, dass die Hamas und die anderen Organisationen, die sie repräsentieren, sich einer Lösung verschrieben haben, die Israel eliminiert - was bedeutet, dass sie zuerst alle seine Bewohner abschlachten. Wie fast alle „Palästinenser“ verurteilt sie die Terrorakte ihres eigenen Volkes nicht ausdrück-

lich, obwohl sie fordert, dass die israelischen Luftangriffe, die die Terroristen bestrafen sollen, verurteilt werden. Und selbst wenn sie und andere das Schreckgespenst der Islamophobie als eine Plage beschwören, die Amerika heimsucht, ist sie sich der Tatsache nicht bewusst, dass Araber und Muslime die Hauptquellen des Antisemitismus geworden sind, wie Pro-Hamas-Märsche und Schreiduelle deutlich gemacht haben.

Das „Nakba-Narrativ“

Stattdessen verstärkt sie auf subtile Weise das Nakba-Narrativ der arabischen Opferrolle, indem sie deren „katastrophale“ Enteignung beschwört, ohne anzuerkennen, dass auch Juden in den Ländern des Nahen Ostens, die sie 1948 und in den Jahren danach ihre Heimat nannten, zu Flüchtlingen wurden. Es sind nur die Araber, die als Opfer behandelt werden und deshalb durch die Zerstörung Israels für ihre Schwierigkeiten entschädigt werden müssen.

Ein anderer „Palästinenser“, dem auf den Meinungsseiten der Times Platz eingeräumt wurde, Fadi Abu Shammalah, der als Aktivist der Gaza-Gemeinde beschrieben wird, sagte, er fühle mit den israelischen Opfern mit, fuhr dann aber fort, die Gräueltaten vom 7. Oktober als unvermeidliches Ergebnis der von Jerusalem ausgehenden Politik zu erklären. Er behauptete, dass die „Kämpfer“, die ganze Familien abschlachten und die Leichen der Lebenden und der Erschlagenen vergewaltigten, folterten und schändeten, nur Kinder waren, die unter der „Besatzung“ aufgewachsen sind. Die Wahrheit ist, dass diese Mörder ihre Kindheit, Jugend und ihr junges Erwachsenenalter in einem Gazastreifen verbracht haben, in dem es keine Juden gab und der von der Hamas und nicht von Israel regiert wurde.

Die „palästinensischen“ Araber haben es im letzten Jahrhundert schwer gehabt. Sie hatten das Pech, in einem Land zu leben, mit dem ein anderes Volk - die Juden - seit Tausenden von Jahren verbunden ist. Im Gegensatz zu fast allen anderen alten Zivilisationen weigerten sich die Juden hartnäckig, zu verschwinden und einfach zu sterben. Ihre Präsenz in diesem Land war während der zwei Jahrtausende des Exils nie ganz verschwunden. Im 20. Jahrhundert erlebte der Zionismus - die nationale Befreiungsbewegung der Juden - einen Siegeszug, sehr zum Entsetzen der arabischen und muslimischen Welt.

Die Araber dort, die zuvor nie eine eigene Identität oder Nation gebildet hatten, organisierten sich verspätet als Reaktion auf den wachsenden Zionismus. Doch im Gegensatz zu anderen nationalistischen Bewegungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts gab es nur wenig, was ihre Bemühungen antrieb, außer dem Wunsch, den Juden das Land zu verweigern. Verraten von käuflichen, törichten und hasserfüllten Führern - und ideologisch gegen jeden Kompromiss mit den Juden, der es ih-

nen ermöglicht hätte, das Land friedlich zu teilen oder aufzuteilen - zogen die Araber 1947/48 den Krieg vor, anstatt den UN-Teilungsplan zu akzeptieren, der ihnen einen eigenen Staat neben dem der Juden zugestanden hätte.

Der israelische Staatsmann Abba Eban bezeichnete diese Entscheidung und die anschließende Ablehnung von Friedensangeboten als Beweis dafür, dass "die Palästinenser keine Gelegenheit auslassen, um eine Gelegenheit zu verpassen", doch damit lag er teilweise falsch. Die „Palästinenser“ haben keine dieser Chancen auf einen eigenen Staat oder Frieden jemals als Chance betrachtet. Sie betrachten weiterhin alles, was nicht dazu führt, die Uhr ein Jahrhundert zurückzudrehen und Israels Existenz auszulöschen, als weiteren Beweis für ihre Unterdrückung und Opferrolle.

Die Weigerung, nach innen zu schauen

Dennoch erhalten sie weiterhin Unterstützung für dieses falsche Narrativ von der internationalen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen. Und da selbst einige, die sich als Unterstützer Israels bezeichnen, die Bemühungen unterstützen, die Versorgung des von der Hamas kontrollierten Gazastreifens während des Konflikts zu ermöglichen, werden sie auch von den Folgen ihrer Entscheidungen ausgenommen. Wie sonst lässt sich die weit verbreitete Sympathie für Menschen erklären, die einen Krieg beginnen, indem sie Grenzen überschreiten und Junge und Alte ermorden, dann aber aufschreien, wenn die Nation, die sie angreifen, versucht, sie an der Wiederholung solcher Verbrechen zu hindern?

Die „Palästinenser“ leiden. Aber die

Urheber ihrer Probleme sind nach wie vor die Führer, Gruppen und Anhänger im Gazastreifen, in Judäa und Samaria oder im Ausland, die ihre selbstmörderische Entscheidung für einen endlosen, nicht zu gewinnenden Konflikt unterstützen. Wenn man dann noch bedenkt, dass sie zum Terrorismus greifen, anstatt die Niederlage in ihrem langen Krieg gegen den Zionismus einzugestehen und in Frieden an der Seite des jüdischen Staates zu leben, dann hat man eine Formel für Verzweiflung, aber keinen Fall, der mit so etwas wie Gerechtigkeit verwechselt werden sollte.

Was in all diesen „palästinensischen“ Trauersitzungen fehlt, ist nicht so sehr die Bereitschaft, sich für den 7. Oktober zu entschuldigen. Weder Israel noch die Welt brauchen ihre geistige Erneuerung oder Reue.

Was wir brauchen, ist die Bereitschaft, nach innen zu schauen und anzuerkennen, dass es nicht "grausame" Juden oder eine gleichgültige Welt sind, die sie in diese Lage gebracht haben, sondern ihr eigenes Engagement für eine nationale Identität, die versucht, die Menschlichkeit und die Rechte der Juden zu leugnen. Solange das nicht der Fall ist, werden sie zweifelsohne ihren Unmut weiter nähren. Aber solange sie dies tun, wird ihr Leiden und das derjenigen, die der mörderischen islamistischen Ideologie zum Opfer fallen, die weiterhin ihre wichtigste nationale Ausdrucksform ist, weitergehen. Das ist eine Notlage, die unser Mitleid, aber sicher nicht unsere Sympathie verdient.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate).

Befreite Geisel berichtet über das Massaker der Hamas in ihrem Kibbuz

Im Kibbuz Be'eri fielen die Schergen der Hamas über die unschuldigen Bewohner her und ermordeten willkürlich Frauen, Männer, ja sogar Babys. Die junge Mutter Adi Efrat wurde von den Terroristen während des Angriffs als Geisel genommen und musste miterleben, wie Menschen um sie starben oder hilflos den Tod ihrer Kinder ertragen mussten. Adi konnte von IDF-Soldaten befreit werden. Ihre Erlebnisse vergleicht sie mit den Erinnerungen ihrer Großeltern an den Holocaust. (JR)

Von Yochanan Visser

Nachdem die „Besetzung“ der israelischen Dörfer rund um den Gazastreifen vorbei ist, werden Zeugnisse veröffentlicht, die mehr als schockierend sind.

Es wurden auch Fotos und Videos veröffentlicht, die zeigen, dass die Gräueltaten der Hamas und des „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad nur mit denen der Nazis und des ISIS verglichen werden können.

Im Folgenden finden Sie die Übersetzung der Aussage von Adi Efrat, einer jungen Mutter zweier Kinder, die im Kibbuz Be'eri lebt, wo am 9. Oktober die Leichen von 108 Israelis gefunden wurden.

„Sie packten mich und befahlen mir, mitzukommen, und ich verstand sofort, dass ich getötet würde, wenn ich nicht täte, was sie wollten“, sagte Adi dem Nachrichtenportal Ynet. „Ich habe eine schwierige Geschichte zu erzählen, und mir fallen immer mehr Details ein“, sagt Adi, die allein zu Hause in ihrem Luftschutzkeller war, als die Terroristen in ihr Haus einbrachen.“

Gerade noch rechtzeitig gelang es Adi, ihrem Mann über WhatsApp eine Nachricht zu schicken, bevor sie von Hamas-Terroristen als Geisel genommen wurde. „Die erste Begegnung war beängstigend, aber nicht gewalttätig. Es waren zwei, und einer sprach Englisch, während der andere Arabisch sprach. Ich spreche ein wenig Arabisch. „Sie sagten mir: ‘Keine Sorge, wir werden dir nichts tun’, und dann flehte ich sie an, mich bleiben zu lassen, aber sie sagten zu mir: ‘Komm schon’, und ich trug nur einen Bademantel und einen Schlafanzug. Dann sagen sie zu mir: ‘Komm mit uns, mach dir keine Sorgen, wir wollen nur ein Auto, hast du ein Auto?’ Ich sage ihnen, dass ich kein Auto habe, ich erkläre ihnen, dass dies ein Kibbuz ist und dass der Kibbuz viele Autos hat, etwa hundert Autos und füge hinzu, dass ich sie zum Autoschlüsselsafe bringen muss, und auch, dass ich mich anziehen muss. Sie lassen mich anziehen, während sie ab und zu überprüfen, ob ich nicht eine Waffe ziehe.“

Dann lassen sie mich meine Tasche nehmen und wir gehen auf dem Gelände des Kibbuz umher. Sie sprechen mit mir und fragen: ‘Hast du Kinder, hast du einen Mann?’ Wir erreichen die Haupt-

straße, ich sehe einen Soldaten in der Ferne, sie sagen mir: ‘Das ist einer von uns’. Dann ruft mir der Soldat auf Hebräisch zu: ‘Komm, komm’, und ich zeige ihm, dass ich das nicht kann, dass ich bewaffnete Männer bei mir habe, und dass einer von ihnen meine Hand hält.“

Adi berichtet dann, dass eine Schießerei ausbricht und die Terroristen nach Westen rennen, wobei sie sie mit sich schleifen.

„Wo bringt ihr mich hin?“ fragt Adi, bekommt aber keine Antwort, weil die Terroristen mit ihren Kameraden am Telefon sprechen. Nach kurzer Verwirrung bringen die beiden Adi zum Haus einer älteren Frau im Kibbuz, in dem sich auch eine philippinische Frau befindet, die sich um die alte, demente Frau kümmert. In dem Haus befanden sich auch andere Terroristen.

Adi fährt fort:

„Da sind Leute, die viel organisierter und härter sind, die nicht reden wollen, die eine klare Disziplin haben und die wie Soldaten gekleidet sind, in Uniform. Sie sind auch schwerer bewaffnet und fesseln mich sofort von hinten mit schweren Handschellen und zwingen mich, mich mit dem Kopf nach unten zu setzen. Sie versuchen auch, meine Beine zu bedecken, weil ich nicht richtig nach ihrer Kleiderordnung gekleidet bin. Die ganze Zeit über versuchen sie, die ältere Frau zum Schweigen zu bringen, weil sie nicht versteht, was vor sich geht, und Fragen stellt, weil sie sich nicht daran erinnert, dass sie zum Schweigen gebracht wurde.“

Plötzlich höre ich ein Kind schreien: ‘Papa, Papa’. Jemand kommt mit einem zweijährigen Jungen herein, er hält das Kind in die Luft und wirft es dann auf uns. Der Junge schreit, fragt nach seinem Vater und versucht wegzulaufen, aber sie lassen ihn nicht. Die philippinische Frau, die ebenfalls mit Handschellen gefesselt ist, versucht, das Kind zu halten, aber es rennt weg und schreit: ‘Papa, Papa’. Ich frage ihn dann, wer sein Papa ist, und versuche, ihn abzulenken, weil ich Angst habe, dass sie ihn erschießen, wenn er wegläuft. Der Junge fängt an, mit mir zu reden und erklärt mir, wer sein Vater ist.“

Der Horror hört hier nicht auf. Ein anderer Junge, 7 oder 8 Jahre alt, kommt mit seiner Mutter, die ich wiedererkenne, sie hat Schusswunden. Ihr Hemd ist

blutdurchtränkt, sie zittert und kann kaum laufen. Sie bringen sie und werfen sie auf den Balkon neben mir, woraufhin sie mir erzählt, dass ihr Mann erschossen wurde und ihr Baby tot ist. Ich frage sie, woher sie das weiß, dass sie vielleicht gar nicht tot ist. Dann sagt sie: ‘Sie wurde in den Kopf geschossen’, und ich kann sie nicht umarmen, weil auch ihre Hände mit Handschellen gefesselt sind. Ich lege meinen Kopf auf sie und weine einfach mit ihr, aber sie bringen uns zum Schweigen.“

Der Mann, der sie (die Frau und ihren Sohn) gebracht hat, kommt zu mir und sagt: ‘Ich brauche dich, wenn du tust, was ich sage, wird alles gut, sie haben nicht getan, was ich gesagt habe, sie haben versucht, wegzulaufen, und deshalb habe ich sie erschossen’. Ich verstand, dass er mich auch töten würde, wenn ich nicht täte, was er sagte. Er nimmt mich mit auf die Straße und sagt zu mir: ‘Siehst du dieses Auto? Ich möchte, dass du unsere toten Leute von hier wegbringst. Das sind meine Freunde, die hier gestorben sind.’ Also gehe ich mit erhobenen Händen zum Auto. Plötzlich ertönt ein Schuss, und dann rennt er auf mich zu, ergreift meine Hand und rennt mit mir und seinen anderen Freunden in die gleiche Richtung davon, während er mir ‘Isri, Isri’ (‘lauf’ auf Arabisch) zu ruft.“

Adi wurde in ein anderes Haus gebracht, in dem sich weitere Terroristen befanden.

„Nach und nach werden es weniger Menschen, die Schüsse werden leiser, die arabischen Rufe werden leiser, und dann, ich weiß nicht, wie viel Zeit vergangen ist, höre ich in der Ferne Hebräisch. Die Terroristen rennen jetzt in den Hinterhof des Hauses und verschwinden.“

Adi fährt fort:

„Die Rettung fand unter Beschuss statt, und an einem Punkt mitten in der Rettung mussten wir uns auf den Boden legen und hinter Autos verstecken, während sie weiter kämpften. Es war unmöglich, sich auch nur einen Meter zu bewegen, die Soldaten kämpften erbittert und gaben alles. Die Leute fragen immer wieder, wo die IDF war. Ich bin kein Analytiker, aber die IDF-Soldaten waren da, sie kämpften erbittert, es gibt keine Möglichkeit, ihre Feinfühligkeit mir gegenüber zu beschreiben.“

Den Soldaten gelang es schließlich,

Adi und die Verwundeten aus dem Kibbuz zu retten.

Dies ist nur eines der Zeugnisse, die in den letzten Tagen an die Öffentlichkeit gelangt sind. Schockierende Fotos von gefolterten oder vergewaltigten Israelis sind weitere stumme Zeugen des größten Verbrechens gegen Juden seit dem Holocaust.

Am Nachmittag des 10. Oktobers wurden Mitglieder des ausländischen Pressekorps in Israel durch den Kibbuz Kfar Aza geführt, der völlig zerstört ist. Während im Hintergrund noch Schüsse zu hören waren, wurde den Reportern mitgeteilt, dass in dem Kibbuz ein Massaker stattgefunden hat. Die Leichen der getöteten Terroristen befanden sich noch auf dem Gelände des Kibbuz.

General Itai Veruv, der anwesende IDF-Befehlshaber, sagte Folgendes:

„Es ist kein Schlachtfeld. Sie sehen die Babys, die Mütter, die Väter in ihren Schlafzimmern, in ihren Schutzräumen und wie die Terroristen sie getötet haben. Es ist kein Krieg, es ist ein Massenmord! Früher habe ich mir vorgestellt, was mit meiner Großmutter und meinem Großvater passiert ist, jetzt habe ich es mit meinen eigenen Augen gesehen.“

Später berichtete eine Reporterin der Nachrichtenseite i24, ein anderer IDF-Kommandant habe ihr gesagt, man habe die Leichen von 40 Babys gefunden, einige davon enthauptet.

Am Abend des 11. Oktobers bestätigte das Büro des Premierministers, dass tatsächlich Babys enthauptet worden waren, ebenso wie zahlreiche IDF-Soldaten.

Laut Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wurden auch ganze Familien in ihren Häusern bei lebendigem Leib verbrannt.

IDF-Sprecher Jonathan Conricus bestätigte am 12. Oktober, was die Medien zuvor berichtet hatten: Die Hamas hat Kinder ermordet und enthauptet.

„Es war schwer zu glauben, dass selbst die Hamas einen solch barbarischen Akt begehen konnte“, sagte Conricus. Neben den Leichen von 108 Israelis wurden auf dem Gelände des Kibbuz Be'eri auch die schwarze Flagge der ISIS sowie Kopien des Korans gefunden.“

Dieser Artikel erschien zuerst bei Israel Heute.

Erinnerungen an die Reichspogromnacht

Seit dem Holocaust starben nicht so viele Juden, wie bei dem bestialischen Massaker am 7. Oktober. Die mörderischen Hamas-Terroristen verübten barbarische Verbrechen an unschuldigen jüdischen Zivilisten – ein Pogrom an Juden im 21. Jahrhundert. Wenn wir am 9. November an die Opfer der Reichspogromnacht von 1938 erinnern, werden sich „alte“ Tränen mit den neuen Tränen um all die soeben durch entmenschte Araber ermordeten jüdischen Menschen mischen. (JR)

Von Clifford D. May/JNS.org

Inzwischen kennen Sie die Grundlagen: Mehr als 1.000 Hamas-Terroristen sind von Gaza aus in Israel eingedrungen. Sie schlachteten Bauern in ihren Kibbuzim ab, massakrierten Teenager, die ein Konzert im Freien besuchten, schändeten die Leichen vergewaltigter und ermordeter Frauen und raubten Kinder aus ihren Häusern.

Bei diesem Pogrom des 21. Jahrhunderts – ein Begriff aus dem 19. Jahrhundert für Übergriffe auf jüdische Gemeinden in Osteuropa – wurden mehr als 1300 Israelis getötet, mehr als 2.000 verwundet und Dutzende als Geiseln genommen.

Nicht zufällig fiel dieser Angriff auf den 50. Jahrestag des Jom-Kippur-Krieges von 1973, der von Ägypten und Syrien angezettelt wurde. Auch dieser Angriff überraschte die Israelis und hätte beinahe zur Auslöschung des winzigen jüdischen Staates geführt, der die letzte überlebende und blühende jüdische Gemeinschaft im Nahen Osten ist.

Hamas will, dass die Israelis sterben

Es gibt einen Unterschied, auf den ich Sie aufmerksam machen möchte. Der russische Präsident Wladimir Putin führt einen Krieg, um die Ukrainer zu zwingen, die Herrschaft des Kremls zu akzeptieren. Xi Jinping droht mit einem Krieg, um die Taiwanesen zu zwingen, sich der Kommunistischen Partei Chinas zu unterwerfen. Aber die Hamas will nicht, dass die Israelis gehorchen. Die Hamas will, dass die Israelis sterben. Und um es klar zu sagen: Es sind nicht alle Israelis, die sie ausrotten wollen. Es sind die Juden.

„Unser Kampf gegen die Juden ist sehr groß und sehr ernst“, heißt es in der Hamas-Charta. „Er erfordert alle aufrechten Anstrengungen... bis der Feind besiegt und Allahs Sieg verwirklicht ist.“

Hinter der Hamas steht die Islamische Republik Iran, die seit langem mit Völkermord an den Israelis droht und dazu aufruft. Die iranischen Machthaber versorgen nicht nur die Hamas, sondern auch die Hisbollah, den „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad und eine lange Liste anderer terroristischer Gruppen mit Geld, Waffen und Ausbildung.

Am 8. Oktober berichtete das Wall Street Journal, dass „iranische Sicherheitsbeamte an der Planung des Überraschungsangriffs der Hamas am Samstag beteiligt waren und am vergangenen Montag bei einem Treffen in Beirut grünes Licht für den Angriff gaben“. Zu den Quellen des Journals gehören hochrangige Mitglieder sowohl der Hamas als auch der Hisbollah.

Drohungen aus Teheran

Ali Khamenei, der Oberste Führer der Islamischen Republik, lobte die Angriffe und schwor, dass das „zionistische Regime durch die Hand des palästinensischen Volkes und der Widerstandskräfte in der gesamten Region ausgelöscht werden wird“.

Khameneis Gefolgsleute skandieren routinemäßig „Tod für Israel“ und natürlich „Tod für Amerika“. Seine Scher-



gen ermorden routinemäßig Irans junge Frauen für solche „Verbrechen“ wie das „falsche Bedecken“ ihrer Haare. Und Teheran liefert jetzt Drohnen und andere Waffen an Putin, um ihm beim Abschlagen der Ukrainer zu helfen.

Wie konnten die Israelis davon überrascht werden? Wissen Israels Geheimdienste nicht alles, was in Gaza und Teheran passiert? Und sind die israelischen Verteidigungstreitkräfte nicht auf alle Eventualitäten vorbereitet?

Offenbar hat die Hamas den Israelis vorgegaukelt, sie wolle die Wirtschaft im Gazastreifen verbessern und verlagere daher ihre terroristischen Aktivitäten in das Westjordanland, das von der

des, nicht genügend Aufmerksamkeit schenken.

„Angesichts der Bedrohung durch Teheran und seine Stellvertreter“, schrieb ich, „wären die Israelis gut beraten, die notwendigen Kompromisse einzugehen, um diese Mission zu erfüllen – auch wenn sie unvollkommen ist – und zwar lieber früher als später.“ Ich bin nicht stolz darauf, vorausschauend gedacht zu haben.

Die Hisbollah, Teherans Fremdenlegion, beherrscht den Libanon und hat Tausende von Raketen installiert, die auf israelische Ziele gerichtet sind. Die Hisbollah hat noch keine zweite Front eröffnet. Das könnte sich aber jederzeit ändern. Auch in Syrien, Irak und Jemen gibt es von Te-

regieren begann, nachdem sie einen zweijährigen Bürgerkrieg gegen die Fatah gewonnen hatte. 2008 begann die Hamas, Raketen auf israelische Ziele in der Nähe des Gazastreifens abzufeuern.

An Tagen, an denen die Hamas nicht angriff, versorgte Israel den Gazastreifen mit Strom. Medikamente und andere Hilfsgüter wurden mit Lastwagen aus Israel in den Gazastreifen gebracht. Tausenden von Gaza-Bewohnern wurde erlaubt, in Israel zu arbeiten, und zwar zu Gehältern, die weit über dem liegen, was sie in ihrer Heimat verdienen könnten.

Die Israelis haben versucht, die Hamas an der Einfuhr von Waffen zu hindern. Die Feinde Israels behaupten, dies sei eine Blockade! Der Angriff vom 7. Oktober zeigt, wie erfolgreich diese Blockade war.

Was kommt als nächstes? Israels erste Aufgabe besteht darin, den Süden Israels von allen Terroristen zu befreien. Dann sollten die Israelis die militärischen Kapazitäten der Hamas so schnell wie möglich zerstören und so viele Geiseln wie möglich retten.

Wird auch die Herrschaft der Hamas in Gaza beendet werden? Schwer zu sagen. Wie bereits erwähnt, halten die Israelis den Gazastreifen nicht besetzt und wollen dies auch nicht.

Die strategische Perspektive ist noch komplexer. Die Israelis wissen, dass Hamas, Hisbollah, PIJ und viele ihrer anderen eingeschworenen Feinde Handlanger eines Königs sind, dessen Kopf zu leicht in Teheran ruht. Dieser existenziellen Bedrohung muss früher oder später begegnet werden.

Eine Lehre aus drei Jahrhunderten Pogromen: Manchmal kann später zu spät sein.

Clifford D. May ist Gründer und Präsident der Foundation for Defense of Democracies (FDD) sowie Kolumnist der „Washington Times“.

Hinter der Hamas steht die Islamische Republik Iran, die seit langem mit Völkermord an den Israelis droht und dazu aufruft.

Fatah, dem Rivalen der Hamas, regiert wird.

Die Israelis verließen sich darauf, dass ihr Iron Dome die Raketen der Hamas aus dem Himmel schießen würde, während ihre Hightech-Geräte die Hamas daran hinderten, Tunnel nach Israel zu graben. Doch die Hamas setzte Low-Tech-Sprengstoff und Bulldozer ein, um den Grenzzaun zu durchbrechen. Und die Waffen, mit denen sie Israelis niedermähte, waren nicht hoch entwickelt – sie waren einfach nur tödlich.

Ein weiterer Faktor: Seit Monaten streiten die Israelis untereinander erbittert darüber, wie viel Macht dem Parlament, der Knesset, und wie viel dem Obersten Gerichtshof Israels zugestanden werden sollte.

Als ich Israel im August besuchte, war es offensichtlich, dass beide Seiten von dieser Kontroverse besessen waren und dem, was ihre Hauptaufgabe sein sollte, nämlich die Verteidigung ihres Lan-

deran unterstützte schiitische Milizen, die bereit sind, einen Vernichtungskrieg gegen Israel zu unterstützen.

Land-für-Frieden-Experiment

Die iranischen Machthaber, ihre Stellvertreter, Klienten, Unterstützer und Sympathisanten behaupten gerne, sie würden sich gegen die israelische Besatzung „wehren“. Aber natürlich ist der Gazastreifen nicht besetzt.

Im Verteidigungskrieg von 1967 eroberten die Israelis den Gazastreifen von Ägypten, das das Gebiet während des israelischen Unabhängigkeitskrieges selbst erobert hatte. Ägypten will es nicht zurück.

Im Jahr 2005 zogen sich die Israelis in einem Land-für-Frieden-Experiment aus dem Gazastreifen zurück – jeder Bauer, jeder Soldat, jede Synagoge, jedes Grab.

Zu diesem Zeitpunkt wurde der Gazastreifen de facto zu einem „palästinensischen“ Staat, in dem die Hamas zu

Jüdisches Leben bis 1933: Ausstellung „Zwischen Emanzipation und Assimilation“

Portraits prominenter jüdischer Berliner finden sich in der Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn“ im Rathaus Schöneberg wieder. Darin werden etwa 150 Biografien vorgestellt, darunter Alfred Kerr, Kurt Tucholsky, Walter Benjamin oder Nelly Sachs. Das Mitte Museum in Wedding richtet nun den Blick auf jüdische Künstlerinnen und Künstler in Tiergarten vor 1933 mit der bildreichen Darstellung „Zwischen Emanzipation und Assimilation“ - eine Ausstellung, die gerade in diesen schrecklichen Tagen eine ungeahnte zusätzliche Bedeutung bekommt. (JR)

Von Sabine Marie Wilke

Wer jüdisches Leben in Berlin erkunden möchte, stößt schnell auf Stadtspaziergänge durch das Scheunenviertel, das nördlich des Alexanderplatzes liegt. Damals außerhalb der Stadtmauern gelegen, forderte Friedrich Wilhelm I. 1737 Juden ohne eigenes Haus auf, sich dort anzusiedeln. Da Juden nur durch die Stadtmauern im Norden in die Stadt durften, ließen sich später ostjüdische Einwanderer ebenfalls dort nieder.

Auch der wohlhabende Bezirk Charlottenburg ist bekannter für sein jüdisches Leben: die 1911/12 gebaute Synagoge in der Pestalozzistraße ist heute noch gut besucht und die zur gleichen Zeit entstandene prächtige Synagoge in der Fasanenstraße erinnert als Gemeindehaus seit den 1950er Jahren gleichermaßen an die Zeit.

Wer viel in der Stadt unterwegs ist, weiß, dass auch Schöneberg seiner ehemaligen jüdischen Mitbewohner gedenkt, gerade im Bayrischen Viertel, eine gutbürgerliche Gegend. Dort gibt es im U-Bahnhof Bayrischer Platz Informationstafeln und über dem Bahnhof das Café Haberland, das die prominenten Bewohner des Bezirks porträtiert. Diese finden sich auch ein paar hundert Meter weiter in der seit 2005 existierenden Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn“ im Rathaus Schöneberg wieder. Darin werden etwa 150 Biografien vorgestellt, darunter der Alfred Kerr, Kurt Tucholsky, Walter Benjamin und Nelly Sachs.

Hansa- und Tiergartenviertel

Das Mitte Museum in Wedding richtet nun den Blick auf jüdische Künstlerinnen und Künstler in Tiergarten vor 1933 mit der kleinen Ausstellung „Zwischen Emanzipation und Assimilation“. Besonderes Augenmerk liegt auf das Hansaviertel und das Tiergartenviertel. Das Hansaviertel war damals nicht das, was heute damit verbunden wird: Moderne Wohnblöcke aus den 1950er Jahren. Das Hansaviertel in der Weimarer Republik und zur Kaiserzeit entsprach mehr dem Stadtbild, das man von Charlottenburg oder eben Schöneberg kennt. 1874 als bürgerliches Wohnviertel konzipiert, entstand es kurz nach Baubeginn der S-Bahnstrecke, die das Viertel mit dem Zentrum verbindet.

Die Ausstellung stellt über Fotos und fein säuberlich auf DIN A4 Bögen gebracht 12 Persönlichkeiten vor. Es sind bekannte Namen dabei, denen man bereits in Schöneberg begegnete wie Kurt Tucholsky und Nelly Sachs. Es überrascht zu erfahren, dass auch Alfred Kerr und Max Liebermann eine Zeit lang eine Adresse in Tiergarten hatten. Des Weiteren gingen auch Gabriele Tergit, Charlotte Behrend-Corinth, Fritz Massary und Else Lasker-Schüler abends dort nach Hause.

In welcher Situation befanden sie sich, als sie dort ihre Wohnungen bezogen?

Alfred Kerr kam 1887 als Student mit knapp zwanzig Jahren von Breslau nach Berlin. Am Lützowufer 30 schlug er



Ausstellungsansicht: Zwischen Emanzipation und Assimilation

Quartier auf, bevor er zu Berlins angesehenstem Theaterkritiker wurde.

Auf den Spuren Liebermanns
Max Liebermann, dem man heute vor allem im Max Liebermann Haus am Brandenburger Tor und in seiner Villa am Wannsee würdigt, verbrachte seine ersten Ehejahre mit Martha Marckwald in Tiergarten. Nach ihrer Hochzeit 1884 richteten sie sich in der Beethovenstraße 4 / Ecke In den Zelten ein, wo ein Jahr später ihre Tochter geboren wurde. Als sein Vater 1894 starb, erbe er das Elternhaus am Pariser Platz 7 und zog dahin zurück. Das Haus bot genug Platz für Staffelei, Ölfarben, Pinsel, Kreiden und Papier, um Kunst zu schaffen und befreundete Mitglieder der Künstlervereinigung „Berliner Secession“ einzuladen.

Sein Malerfreund Lovis Corinth zieht mit seiner Frau Charlotte und zwei Kindern in die Klopstockstraße 48. Erst mieteten sie eine Wohnung, dann das ganze Haus, indem sie auch unterrichteten. Sie behielten das Haus bis Corinths Tod 1925. Charlotte Berend-Corinth war selbst profilierte Malerin und liebte das Theater, weswegen viele Bühnenstars ihre Arbeit kennzeichnen, darunter die Operettensängerin Fritz Massary. Beide Frauen mussten emigrieren und die Corneliusstraße 4a gilt als Massarys letzte Adresse in Berlin.

Gabriele Tergit zog vergleichsweise spät in die Gegend. Als Gerichtsreporterin verbrachte sie ab 1925 viel Zeit in den Gerichtssälen Moabits und als sie 1929 den Architekten Heinrich Reifenberg heiratete, richteten sie beide im Siegmunds Hof 22 ein.

Tucholsky, Granach und Struck

Anders als seine hier vorgestellten Kollegen, die im wohlhabenden Teil des Bezirks residierten, wurde Kurt Tucholsky in den kleinbürgerlichen Teil hineingeboren: er kam 1890 in der Lübecker Str.13 in Moabit zur Welt. Als er drei Jahre war, zog die Familie nach Stettin. Später, zurück in Berlin, wohnte er in verschiedenen Bezirken. Als Journalist war er viel in der Stadt unterwegs.

In dem Reigen der aus gut situierten, meist assimilierten jüdischen Familien stammenden Künstler setzen sich hier zwei Figuren ab: der Schauspieler Alexander Granach und der Grafiker Hermann Struck.

Alexander Granach wurde wie Tucholsky 1890 geboren, allerdings weit weg von Berlin, nämlich in einem kleinen Dorf in Ostgalizien unter dem Namen Jessaja Gronach. Ärmliche Verhältnisse prägten seine Kindheit, doch nach dem ersten Besuch im Theater war ihm klar: er musste zur Bühne. Er machte sich auf nach Berlin. Er sprach zwar kein Deutsch, schlug sich aber im Scheunenviertel durch. Er arbeitete in einer Backstube und später in einer Sargtischlerei. Ein Glück war das jiddische Amateurtheater. Dort entdeckte ihn der gesellschaftlich gut vernetzte Hermann Struck, der ihm 1912 zu einer Schauspielausbildung bei Max Reinhardt verhalf. Anschließend spielte er unter den großen Regisseuren seiner Zeit wie Leopold Jessner und Erwin



Rudolf Grossmann: Milieustudie im Romanischen Café in Berlin, 1927

Piscator. Granach war auch in Murnaus Film „Nosferatu“ zu sehen. Er lebte von 1923 bis 1931 in der Cuxhavener Str. 2. Mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten verließ er 1933 Deutschland und nach einer abenteuerlichen Flucht über Wien, Warschau, Moskau, Kiew und die Schweiz schaffte er es 1938 nach Amerika. Dort erschien er in den Film-

klassikern „Ninotschka“, „Auch Henker sterben“ und „Das siebte Kreuz“, bevor er 1945 in New York starb.

Hermann Struck, 1876 in Berlin geboren, wurde in einer bürgerlich-orthodoxen Familie groß. Seine Familie hatte sich der Israelitischen Religionsgesellschaft Adass Jisroel angeschlossen, die als Gegenbewegung zum liberalen Judentum entstand. Zudem war Struck Zionist. Wie Liebermann gehörte er der „Berliner Secession“ an. Struck tat sich durch seine Technik des Radierens hervor und unterrichtete sogar Liebermann und Corinth darin. Er hatte sein Atelier in der Brückenstraße 33, wo er viele Gäste empfing. Obwohl er bereits 1922 nach Palästina ausgewandert, verbrachte er die Sommer bis 1933 an seiner alten Adresse.

Treffpunkt für Maler und Bildhauer

Neben den Künstlern werden zwei wichtige Einrichtungen im Viertel präsentiert. Da ist das Institut für Sexualforschung In den Zelten 10, das Magnus Hirschfeld leitete und in dem viel Prominenz ein und aus ging. Ein anderer Treffpunkt war das Atelierhaus im Siegmund Hof 11, wo Maler und Bildhauer ihre Werke schaffen konnten.

Es ist zwar schön zu sehen, welche berühmte Namen mit dem Bezirk Tiergarten verbunden sind, interessanter wäre jedoch ein tieferer Einblick in ihr Leben dort und zu erfahren, was aus den Häusern geworden ist. Die Adresse In den Zelten existiert beispielsweise nicht mehr; auf dem Gelände steht nun das Haus der Kulturen der Welt. Auch der Siegmunds Hof ist mit seinen in den Himmel ragenden Neubauten nicht wieder zu erkennen.

Es gibt aber ein Detail, das innehalten lässt: die vielen Synagogen, die es in dem Viertel gab und die nun völlig aus dem Stadtbild weggewischt sind: Am Schöneberger Ufer wurde 1875 eine orthodoxe Synagoge eröffnet, ab 1898 feierte die liberale Gemeinde in der Synagoge in der Lützowstraße ihren Sabbat. 1909 entstand in der Flensburger Straße eine weitere Synagoge für orthodoxe Juden und die liberalen konnten ab 1913 zusätzlich in die Synagoge in der Levetzowstraße gehen. Adass Jisroel richtete 1924 eine Synagoge im Atelierhaus Siegmunds Hof ein. Die zahlreichen religiösen Orte reflektieren einerseits die starke Präsenz der Juden in dem Viertel, andererseits ihre Vielfalt. Wer entdecken möchte, wo außerdem Synagogen standen, dem sei die Ausstellung „Missing Synagogues“ im Gotischen Haus in Spandau empfohlen. Sie läuft bis 19.11.2023. Die Ausstellung „Zwischen Emanzipation und Assimilation“ ist bis zum 3.3.2024 zu sehen. Sie wurde vom Verein „Gleis 69“ konzipiert, der, vom Tiergarten ausgehend, an Juden und andere Verfolgte im Dritten Reich erinnert.

Die Kooperation mit dem Mitte Museum war naheliegend, da es sich in den vergangenen Jahren immer wieder durch kleine Ausstellungen zu jüdischen Themen hervorgetan hat.

„Grete Rebstock: Stigma und Schweigen“ – Ehemalige sowjetische NS-Zwangsarbeiter blicken zurück

Grete Rebstock hat für ihre Dissertation über die „NS-Zwangsarbeit aus sowjetischer Perspektive“ 56 russische Männer und Frauen interviewt, die im hohen Alter bereit und besonders mutig waren, Erinnerungen preiszugeben, die zu den schwersten ihres Lebens zählen: Erinnerungen an ihre Zwangsarbeit in NS-Deutschland und an die Repressionen nach ihrer Repatriierung. Das Ergebnis ist eine quellengesättigte, mit 1.446 Anmerkungen versehene Untersuchung. Hier kommen resiliente Menschen zu Wort, deren Leben ein erschütterndes Zeugnis ist für das große Leid, das ihnen durch Stalins Sowjetunion und ganz besonders durch Nazi-Deutschland im 20. Jahrhundert zugefügt worden ist. (JR)

Von Theodor Joseph

Im Erinnerungsdiskurs der deutschen Nachkriegsgeschichte hat das Thema „Fremdarbeiter“ lange Zeit historiografisch wenig Beachtung gefunden. Nicht anders in Russland, wo das Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen als Gegenerzählung noch brisanter hervorgetreten und kein Mainstream-Thema war und ist. In Deutschland vollzog sich erst in den 1990er Jahren mit den Debatten um das Thema „Sklavenarbeit in NS-Deutschland“ ein Paradigmenwechsel, der mit der Einrichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) im Jahre 2000 und der Auszahlung humanitärer Ausgleichsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter des NS-Regimes für die Bundesregierung ihren Abschluss fand. Die Auszahlungsprogramme wurden im Jahr 2007 abgeschlossen, nachdem 4,37 Mrd. Euro an 1,7 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter ausgezahlt worden waren. Die Stiftung pflegt seitdem einen erinnerungs- und bildungspolitischen Auftrag.

Grete Rebstock hat für ihre Dissertation über die „NS-Zwangsarbeit aus sowjetischer Perspektive“ 56 russische Männer und Frauen interviewt, die im hohen Alter bereit und mutig waren, Erinnerungen preiszugeben, die zu den schwersten ihres Lebens zählen – Erinnerungen an ihre Zwangsarbeit in NS-Deutschland. Das Ergebnis ist eine opulente, quellengesättigte, mit 1.446 Anmerkungen versehene Untersuchung. Hier kommen resiliente Menschen zu Wort, deren Leben ein erschütterndes Zeugnis ist für das große Unrecht der beiden totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts. Sie beleuchtet in ihrer Studie die Schicksale der ehemaligen „Ostarbeiter“ und wie ihr weiteres Leben nach der Rückkehr in die Sowjetunion verlief. Neben den unterschiedlichen Erfahrungen der Zwangsarbeit stellt Grete Rebstock als Gemeinsamkeit fest, dass für alle Betroffenen das Kriegsende nicht automatisch das Ende von Verfolgung und Stigmatisierung war.

Grete Rebstock macht gleich zu Anfang ihrer Forschungsarbeit deutlich, dass ihre Studie, die sie im April 2021, lange genug vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fertigstellte, „von der Geschichte eingeholt“ worden sei. Sie konzipierte und ausformulierte ihre Untersuchung, wie sie schreibt, in „unschuldiger Ahnungslosigkeit des kommenden Bomben- und Propagandahagels“ ohne die sich rasant entwickelnde Repressionsdynamik in der russischen Innenpolitik zu antizipieren. Die gegenwärtigen Zeitläufte wollen es, dass sie die befragten Menschen aus Sicherheitsgründen nicht namentlich nennt.

Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Bis zum Dezember 1941 hatte sie in einem

„Blitzkrieg“ das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine unterworfen. Die deutschen Besatzer kamen mit perfiden Plänen. Ihr Konzept war, so hatte es Hitler bereits in „Mein Kampf“ unverhohlen prophezeit, die Gewinnung von „Lebensraum im Osten“. Und das hieß, die eroberten Gebiete wirtschaftlich zu ruinieren, die Bevölkerung auszuhungern, zu vertreiben oder in Zwangsarbeit zu bringen. Die jüdische Bevölkerung sollte ermordet werden.

„Gestellungskontingente“

Die Verpflichtung aller Bewohner der eroberten Gebiete, Arbeiten für die Besatzer zu verrichten, erfolgte im Dezember 1941 durch eine Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg. Davon betroffen waren Männer bis zum Alter von 65 Jahren und Frauen zwischen 15 und 45 Jahren. In der Folge davon wurden den lokalen Behörden Gestellungskontingente auferlegt und einheimische Amtsträger mit den Rekrutierungen beauftragt. Um die Aushebungen zu unterstützen, griffen die deutschen Besatzer immer häufiger mit Terrorakten ein. Um die verfügbaren Kontingente zu erfüllen, wurden selbst Passanten auf offener Straße, Teilnehmer von Festen und Gottesdienstbesucher ergriffen und zu den Sammelstellen gebracht. Gemeinden, die den Gestellungsbefehlen nicht Folge leisteten, hatten mit drakonischen Strafebeispielen zu rechnen, die bis zum Niederbrennen ganzer Ortschaften führen konnten. All diese Maßnahmen hatten die deutschen Besatzer bereits im Ersten Weltkrieg im russischen Okkupationsgebiet praktiziert und infrastrukturelle und logistische Erfahrungen gesammelt, auf die man beim Angriffskrieg auf die Sowjetunion ein Vierteljahrhundert später zurückgreifen konnte.

Für die Nationalsozialisten galten die Menschen des Ostens weder als „kultiviert“ noch als „zivilisiert“. Sie wurden als rückständig, minderwertig und unkultiviert betrachtet. Rassistische Dünkel Russen oder Polen gegenüber waren keine seltene Erscheinung, so war es nicht erst seit 1941 – der „Probelauf“ hatte bereits im Ersten Weltkrieg stattgefunden. So kann es nicht weiter überraschen, dass es für die ausländischen Arbeitskräfte unterschiedliche Grade hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen und ihres rechtlichen Status gab. Die Spannweite reichte erstmals in den Weltkriegsjahren ab 1915 von Arbeitskräften, die mehr oder weniger freiwillig angeworben wurden, von Männern, die bei Razzien ergriffen wurden, bis hin zu Menschen, die als Zivil- oder Kriegsgefangene zur Arbeit gezwungen wurden.

Institutionalisierte Diskriminierung

Die rassistische Ideologie spiegelte sich besonders in der Behandlung der Russen wider. Es gab und gibt eine Tradition institutionalisierter Diskriminierung von

ausländischen Arbeitern. Als Kriterium staatlicher Reglementierung wurde die Zugehörigkeit zu einem bestimmten, als kulturell niedrig angesehenen Staat, und der damit zusammenhängende soziale Status herangezogen. Dies erklärt, dass unter allen in Deutschland anwesenden fremden Nationen oder Völkern die Russen und - mehr noch - Ostjuden an der untersten Stufe der hierarchischen Werteskala rangierten - kulturell, sozial, politisch und arbeitsrechtlich.

Zwischen 1915 und 1941 lassen sich bürokratische Kontinuitätslinien ziehen - Parallelitäten, Affinitäten und Ähnlichkeiten, Strukturen von gespensischer Symbolik. Eine Assoziationskette zwischen 1915 und 1923 verläuft so: Es gab im russisch-polnischen Okkupationsgebiet Menschenjagden, um Kontingente arbeitsfähiger Personen zusammenzubekommen, und damit zusammenhängend, Sippenhaft; es gab deutsche Ärzte, die Juden begutachteten, für arbeitsfähig oder -untauglich erklärten und selektierten; es gab mobile Entlausungsanstalten; es gab Deportationen in Viehwaggons zur Arbeit nach Deutschland; es gab stigmatisierende Kennzeichen auf der Arbeitskleidung zur besseren Unterscheidung von fremden und deutschen Arbeitern, es gab 1919/20 Internierungslager - im allgemeinen Sprachgebrauch auch Konzentrationslager genannt - eingeeübte und antizipierte Elemente einer Unterdrückungspolitik, die, vervollkommenet, weniger als ein Vierteljahrhundert später in grausige Realität umgesetzt wurden.

Doppeltes Unrecht

Wer während des Zweiten Weltkriegs für die Besatzer arbeitete, wurde vom Obersten Staatsanwalt der Sowjetunion unter den Tatbestand des Landesverrats gestellt und mit der Höchststrafe, der Todesstrafe, belangt. So waren die Menschen in einem Dilemma gefangen: Einerseits hatten sie den brutalen Zwang der Besatzer zu gewärtigen und andererseits hatten sie Sanktionen ihrer eigenen Regierung zu befürchten.

Im Herbst 1944 wurden im Reichsgebiet etwa 13,5 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene zwangsweise zur Arbeit eingesetzt, von denen 4,7 Millionen aus der Sowjetunion stammten, die weitaus größte Gruppe, davon fast die Hälfte Frauen. Der Abtransport nach Deutschland vollzog sich unter strenger Bewachung in Güter- oder Viehwaggons. Von wenigen freiwilligen Meldungen abgesehen erfolgte die Rekrutierung unter Zwang und Androhung von Repressalien wie dem Niederbrennen von Bauernhöfen.

Schlechte Ernährung und Unterbringung, Angst vor systematischen Misshandlungen sowie sexualisierter Gewalt waren an der Tagesordnung. Diese Angst wurde von den interviewten Frauen breit thematisiert. Als Strategie dagegen gaben Frauen an, Schutz bei männlichen Autoritätspersonen ge-

sucht, Solidarität unter Frauen praktiziert oder sich durch Verunstaltung als Frau „unsichtbar“ gemacht zu haben.

Dann, Angst vor Luftangriffen, wobei ihnen die Benutzung der Luftschuttkeller verwehrt war, kennzeichneten das Leben der Zwangsrekrutierten in Deutschland. Geschlechtsverkehr mit Deutschen wurde mit der Todesstrafe geahndet. Bei Fluchtversuchen drohte das Konzentrationslager. Es galten maximale Ausbeutung und schärfste Strafmaße. In den zynischen Worten Hermann Görings kannte die Strafskala „zwischen Ernährungsbeschränkung und standrechtlicher Exekution“ im Allgemeinen keine weiteren Stufen.

Wie auf einem „Sklavenmarkt“

In Deutschland angekommen suchten sich die „Arbeitgeber“ ihre Arbeiter und Arbeiterinnen nach deren körperlicher Verfassung und Bildungsgrad aus - wie auf einem „Sklavenmarkt“, so erinnerten sich viele der Befragten.

Für die allgemein „Ostarbeiter“ genannten „fremdvölkischen“ Zwangsverpflichteten war es von entscheidender, nicht selten sogar existenzieller Bedeutung, für welche Arbeit sie eingeteilt wurden, ob in einem Industriebetrieb, in der Landwirtschaft oder als Haushaltshilfe und Kinder mädchen in einer deutschen Familie. Besonders schwer traf es diejenigen, die in Bergwerken oder Rüstungsbetrieben mindestens zehn bis zwölf Stunden schufteten mussten.

Wesentlich bessere Verhältnisse fanden diejenigen Ostarbeiterinnen vor, die in deutschen Privathaushalten angestellt wurden. Sie mussten nicht in Lagern wohnen, sondern waren in den Wohnungen ihrer Dienstgeber untergebracht. Außerdem erhielten sie Lebensmittelzuteilungen wie die deutsche Zivilbevölkerung, um ohne sonderliche Auszehrererscheinungen in das Bild eines deutschen Haushalts zu passen.

Nach den Kriterien der NS-Ideologie auf der Stufe der Ausländerhierarchie weit untenstehend und als „Untermenschen“ titulierte, rangierten nur noch die Juden des Ostens und die „Sinti:zze“ und „Roma:nja“ unter ihnen. Die Ostarbeiter wurden absondert von den anderen Fremdarbeitern in eigenen Lagern untergebracht, die in der Regel mit Stacheldraht umzäunt waren.

Die Ostarbeiter mussten sich äußerlich kenntlich machen: Auf der linken Brustseite hatten sie ein angenähtes Rechteck mit der weißen Aufschrift „OST“ zu tragen. Diese stigmatisierende Kennzeichnung machte für jedermann ihre Minderwertigkeit und Rechtslosigkeit sichtbar.

Unter Generalverdacht

1945 in die sowjetische Heimat zurückgekehrt, stießen die ehemaligen Zwangsarbeiter auf Misstrauen, offene Feindseligkeit und aufgrund ihrer Arbeit für die Deutschen gerieten sie unter den Generalverdacht der Kollaboration. Zwangsarbeit für den Feind entsprach

nicht dem „im Schatten des Stalinkultes geborenen Ideal von Heroismus und Patriotismus“. Über ihre schrecklichen Erfahrungen der Zwangsarbeit und wegen des Sprechverbots, das ihnen brutal entgegenschlug, zogen die meisten es vor zu schweigen.

In Deutschland waren sie Feinde, in der Sowjetunion galten sie als Verräter. Und damit waren sie Opfer zweier Diktaturen. In der UdSSR wurden viele von ihnen in das Lagersystem des Gulag verschleppt, weil man sie wegen ihres Aufenthaltes im deutschen Machtbereich der Kollaboration mit dem Feind und der Spionage beschuldigte. Nicht wenige wurden hingerichtet. Die sowjetischen Behörden entledigten sich, indem sie ein solches Klima der Verdächtigung und Ausgrenzung förderten, zugleich der Verantwortung für deren Schicksal. Und das war noch etwas Anderes: Eine allgegenwärtige Angst bei jedem Interviewten, eine Angst, die bis in Gegenwart spürbar ist. Die Angst der Befragten davor, Dinge wie z.B. die schlechte Behandlung durch die Rotarmisten bei Kriegsende anzusprechen. Die Angst vor der Demoralisierung der sowjetischen Gesellschaft durch die Zurückgekehrten war ein weiteres Motiv des Staates für die engmaschige Kontrolle. Denn diese hatten, allen Widrigkeiten zum Trotz, mit eigenen Augen die besseren Bedingungen in Deutschland gesehen, etwa den hohen Lebensstandard oder den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Das erklärt, dass ein Großteil der Ostarbeiter nicht in die Heimat zurückwollte.

Ein Befragter berichtet über seine vergebliche Suche, nach seiner Rückkehr Arbeit zu finden. Er wollte deswegen nicht mehr weiterleben und sinnierte: „Dort (in Deutschland) konnte mich die SS gebrauchen, man steckte mich ins KZ, aber hier (in der

UdSSR) bin ich meiner eigenen Regierung unangenehm, man nimmt mich nicht auf Arbeit“. Im historischen Bewusstsein der Menschen in Russland ist die Geschichtspolitik, diese Gruppe zu stigmatisieren, bis in die Gegenwart zu finden. Eine tragische Kontinuität: Eine Anerkennung als eine Opfergruppe ist den ehemaligen Zwangsarbeitern in ihrer Heimat - auch nicht nach dem Zerfall der Sowjetunion - nie zuteilgeworden.

Einer der Interviewten, Josif A., ist Jude. Nach seiner Rückkehr hatte er mit antisemitischen Anfeindungen zu kämpfen. Er hatte das KZ Auschwitz-Birkenau überlebt und war aus dem KZ Buchenwald befreit worden. Nicht genug seiner Leidensgeschichte – in der UdSSR wurde er zur Zwangsarbeit in den Donbas verschleppt. Dort hatte er sich den antisemitischen Attacken anderer Zwangsarbeit zu erwehren.

Opferstatus aberkannt

Der Opferstatus: Die sowjetische Regierung erkannte den zurückgekehrten Zwangsarbeitern den Status als Opfer ab, indem sie – umgekehrt – den Verratsvorwurf aktivierte. Die Aussage von Vera Š., sie könne ja kein Opfer sein, denn sie habe überlebt, ist semantisch ebenso unbestreitbar wie politisch – vor diesem Hintergrund – besonders brisant. Die negative Konnotation des „Opfers“ im Sinne des russischen Wortes „žertva“ ließ in der Sowjetunion immer auch den Verratsvorwurf mitschwingen.

Die Interviews zeigen: Die Zwangsarbeit in Deutschland wurde von den Befragten als Teil ihrer Kriegserfahrung empfunden und es ist bemerkenswert, dass im Falle eines Vergleichs mit einer Gulag-Erfahrung jene besser abschnitt, weil sie im Kontext des Krieges als legitim empfunden wurde. Für die ältere Generation der Befragten bedeu-

tete der Krieg nachgerade die einzige Phase der Sowjetgeschichte, in der sie nicht gegen eingebilte, innere Feinde kämpfen mussten und der Krieg nach dem stalinistischen Terror der 1930er Jahre geradezu als innere Atempause empfunden wurde.

Marija V. sagte, die Bedingungen in Deutschland seien besser gewesen als im sowjetischen Lager: „Zu gerne hätte ich diese 10 Jahre (im Gulag) in Deutschland im Lager abgesessen“. Die Verfolgung durch die „eigenen Leute“ nach der Repatriierung wurde als krasse Ungerechtigkeit wahrgenommen. Diese Erfahrungen werfen ein bedrückendes Schlaglicht auf die real existierenden stalinistischen Unterdrückungsmechanismen vor und nach dem Krieg.

Geschichtliche Aufarbeitung

Für ihre dauerhaften Aktivitäten wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Stiftung EVZ ein Grundkapital von 700 Mio. DM (= 358 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt. Aus den Erträgen fördert die Stiftung seitdem mit jährlich circa 8 Mio. Euro internationale und interkulturelle Projekte. Die Stiftung EVZ ist besonders in Mittel- und Osteuropa, Israel und Deutschland aktiv.

Während Grete Rebstock ihr Manuskript abgeschlossen hatte und im September 2022 ihr Vorwort zu Papier brachte und auf das Erscheinen ihres Buches wartete, wurde „Memorial“, die zentrale Nichtregierungsorganisation in Russland, die sich mit den stalinistischen Repressionen und deren historischer Aufarbeitung befasst und der zentrale russische Kooperationspartner im Rahmen des mit Deutschland ausgehandelten Entschädigungsprogramms gewesen war, vom Obersten Gericht Russlands aufgelöst. Und damit war mit einem Schlag die Arbeit von „Memorial“ als Projektpartner des

internationalen Interviewprojekts zu NS-Zwangsarbeit faktisch unterbunden.

„Stigma und Schweigen“ – Grete Rebstocks Titel verweist auf ein zentrales Ergebnis ihrer anspruchsvollen Studie, dass eine erschreckende Kontinuität von Sowjetzeiten bis in die Gegenwart Russlands mit seinem real existierenden Angriffskrieg gegen die Ukraine aufscheinen lässt. Die politische (Neo-)Instrumentalisierung von zentralen Termini aus dem Zweiten Weltkrieg ist frappierend. Das russische Propagandasystem hat Begriffe wie „Nazisty“ (dt. Nazis) und Fašisty“ (dt. Faschisten) fest installiert, wenn es den ukrainischen „Gegner“ verbal attackiert. Vladimir Putin knüpft damit an die Geschichte des Angriffskriegs der Nationalsozialisten an, um sein Ziel, die Ukraine zu „entnazifizieren“ zu rechtfertigen.

Die Interviews, die Grete Rebstock über die NS-Zwangsarbeit geführt hat, spiegeln die sowjetisch-russische Sicht über diese Vergangenheit. Die Ergebnisse ihrer Befragungen sind eigener Einschätzung nach „Raritäten, Ausnahmerecheinungen und Fundstücke“ für die Gesellschaftswissenschaften. Sie sind zugleich eine Fundgrube für die Erforschung der russisch-sowjetischen Zeitgeschichte, für sozialpsychologische Untersuchungen und auch für die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichtspolitik Putins. Ähnliches ließe sich auch auf die deutsche Geschichtsschreibung übertragen, die das in Rede stehende Thema allzu lange hartnäckig beschwiegen hat.

Grete Rebstock: Stigma und Schweigen. NS-Zwangsarbeit aus sowjetischer Perspektive. Ein Beitrag zur Oral History, Brill Schöningh, Paderborn 2023, 411 S., 99 Euro.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Leseempfehlung: „Durchs irre Germanistan: Notizen aus der Ampel-Republik“

Das neue Buch von Henryk M. Broder und Reinhard Mohr resümiert mit viel Humor, was in diesem merkwürdigen Land vorgeht und viele ratlos oder wütend zurücklässt: ein größenwahnsinniger falsch verstandener Moralismus, suizidal-fahrlässiger Einlass gewalttätiger islamischer Judenhasser, realitätsferne Illusionen, Angst vor einer wirklichen Gedanken-Freiheit, dazu eine Vollkasko-Mentalität mit einer kräftigen Portion Geschichtsvergessenheit, die sich abstruserweise auch noch als „Lehre aus der Geschichte“ tarnt. (JR)

Von Filip Gašpar

Die Publizisten Henryk M. Broder und Reinhard Mohr haben gemeinsam einen in Anekdotenform verfassten Zustandsbericht über das aktuelle Deutschland herausgebracht.

Mit Henryk M. Broder, Jahrgang 1946, und Reinhard Mohr, Jahrgang 1955, haben nicht nur die zwei Richtigen zueinander gefunden, sondern sie haben mit ihrer Analyse der „Bullerbü-Republik“ auch ins Schwarze getroffen. Insbesondere sind sie bekannt für ihre frühere und aktuelle journalistische Tätigkeit, die sie unter anderem bei SPIEGEL, STERN, FAZ, WELT und der „Achse des Guten“, bei der Henryk M. Broder Mitherausgeber ist, ausgeübt haben, sowie für ihre zahlreichen veröffentlichten Bücher.

Das Buch beginnt mit der seit Dezember 2021 aus SPD, Grünen und FDP bestehenden Ampel-Koalition. Daher passt der Titel auch wie die Faust aufs Auge: „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik.“ Das Buch ist in drei Hauptkapitel aufgeteilt, die da lauten: „Schöne Illusionen oder die Realitätsblindheit der Bullerbü-Republik“ – „Moralismus als neue Gratis-Tugend – die gute Absicht zählt“ – „Die deutsche Apokalypseverliebtheit oder Untergang ist immer.“ In den folgenden drei Kapiteln und dem Epilog finden sich insgesamt 62 „Notizen“, die zu ehrlichen und scharf formulierten Diagnosen sowie treffenden, bissigen Kommentaren geworden sind. Dabei so zugleich lustige wie teilweise bittere Überschriften wie „Herr Steinmeier und die Märchen aus 1001 Nacht“, „Gedöns war früher – heute ist Zusammenhalt!“, „Nie wieder Bücherverbrennung? Warum nicht?“, „Nie wieder Bücherverbrennung? Warum nicht?“, „Antisemitismus – ein ganz neues Phänomen“ oder „Unfassbar: Die Militarisierung der Bundeswehr schreitet immer weiter voran!“, um nur ein paar zu nennen.

Breites Themenspektrum

Folglich ist Broder und Mohrs Buch zu einem äußerst unterhaltsamen Lesevergnügen geworden, das mehr als sechzig Mal zum Schmunzeln oder wahlweise zum Weinen anregt. Ein stringenter roter Faden ist nicht vorhanden, was angesichts des mangelnden Zusammenhangs in der politischen Diskussion kaum verwunderlich ist – abgesehen von der gemeinsamen Absicht, Deutschland bis zur Unkenntlichkeit zu verändern und im Grunde genommen abzuschaffen. Man muss das Buch nicht von vorne bis hinten lesen, sondern kann sich einzelne Kapitel nach Interesse herauspicken. Es ist für jeden Optimisten etwas dabei, was ihn danach an seinem Optimismus stark zweifeln lässt.

Das Themenspektrum geht von der desaströsen Bildungssituation, der Migrations- und Energiepolitik, dem Gender-Irrsinn und der „Entwaffnung“ der Bundeswehr bzw. vom dem, was es da noch zu entwaffnen gab.



Es handelt sich bei den einzelnen Kapiteln nicht nur um Zustandsbeschreibungen der aktuellen politischen und sozialen Lage, sondern um bittere Analyse nicht des „besten Deutschland, das es jemals gegeben hat“, wie es der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier genannt hat, sondern eher um das demotivierteste, dekonstruierteste und deindustrialisierte, um nicht zu sagen, das heruntergewirtschaftete Deutschland aller Zeiten, denn da ist, leider noch Luft nach oben. Auch wenn der Wirtschaftsminister Robert Habeck bei der Vorstellung seiner Herbstprognose sagte: „Wir haben eine Bodenbildung erreicht, wir verlassen das Tal und dann geht es wieder aufwärts“. Schwer zu glauben, wenn währenddessen Wirtschaftsexperten kontinuierlich ihre Prognosen für Deutschland, sowohl für das Jahr 2023 als auch für das Jahr 2024, korrigieren, und zwar nach unten.

Bittere Ironie

Somit ist zum Beispiel das Kapitel: „Herr Habeck vertritt deutsche Interessen“ mit bitterer Ironie zu lesen, wenn

Habeck in der Sendung von Sandra Maischberger sagt, dass Deutschland in hohem Maße vom Import fossiler Energie abhängig sei, man aber trotzdem am Ausstieg aus der Atomenergie festhalten wolle, es gleichzeitig aber anderen Ländern zugesteht. So geschehen im Falle der Ukraine, über die Habeck in einem WELT TV Interview meinte: „Die Ukraine wird an der Atomkraft festhalten. Das ist völlig klar – und das ist auch in Ordnung, solange die Dinger sicher laufen. Sie sind ja gebaut.“ Es könnte wie Hohn in den Ohren deutscher Bürger klingen, wenn sie lesen, dass Anderen zugestanden wird, was ihnen selbst verwehrt werden soll. Welche Reaktionen diese Aussage hatte, ist im genannten Kapitel nachzulesen.

Das Buch kann auch als ein Nachschlagewerk der Personen, die in der aktuellen politischen und medialen Welt als sogenannte „Elite“ angesehen werden, gelesen werden. Im Epilog steht: „In einem Land, in dem Minderleister wie Claudia Roth, Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig

politische Karrieren machen konnten, Richard David Precht als Philosoph gilt und Robert Habeck den Ludwig-Börne-Preis bekommt, in einem solchen Land ist etwas schiefgelaufen, irreversibel.“ Doch es bleibt nicht bei dieser Aussage, oder auf gut Deutsch: Jeder bekommt sein Fett weg. Im Buch werden immer wieder die „staatstragenden“ Leistungen von Personen wie der Außenministerin Annalena Baerbock, Wirtschaftsminister Robert Habeck, Lisa Paus, der „Gesundheitsminister der Herzen“ Karl Lauterbach darf natürlich nicht fehlen, Entwicklungsministerin Svenja Schulze, der mittlerweile ehemaligen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und der Umweltministerin Steffi Lemke, „eine Grüne, die ihre Ernennung zur Bundesumweltministerin demselben Geheimcode verdankt, der schon Christine Lambrecht in das Verteidigungsministerium gespült hat“ herausgehoben.

Ihre besondere Freude scheint beiden mit dem „Staatsoberhaupt“ überhaupt, nämlich dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, gehabt zu haben. Über ihn heißt es: „Klar, dass man von Steinmeier nichts erwarten kann, aber mit allem rechnen muss.“

Erstarken des Antisemitismus

Das Buch ist vor dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober erschienen und somit lesen sich manche Bezüge zu Israel und zum jüdischen Leben in Deutschland mit einer noch bitteren Klarheit. Allen voran das Kapitel „Herr Schuster ruft eine Bildungsoffensive aus“, in der Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, den wieder erstarkten Antisemitismus in Deutschland mit Bildung, Bildung und nochmals Bildung bekämpfen will. Wie wenig diese Bildungsoffensive gebracht hat, kann man neuerdings nicht nur auf den Straßen in Berlin sehen. Im Buch wird die Frage gestellt: „Und woher kommt die »Enthemmung«, die »wir« heute beobachten? Ich weiß es, Josef Schuster weiß es, alle wissen es. Es ist der berühmte weiße Elefant im Raum, den alle sehen, aber keiner bemerken will: die Zuwanderung aus Ländern mit einer ausgeprägten antisemitischen Kultur.“

Jedes der einzelnen von insgesamt sechzig Einzelkapitel, mit einer Länge von mal zwei, mal sechs Seiten, stellt eine gründlich formulierte Diagnose des heutigen Deutschlands dar. Der Anspruch auf Vollständigkeit ist nicht zu haben, und gerne hätte man auch pointierte Sachen über die AfD, die FDP, die SED-Nachfolgepartei Die Linke oder die CDU/CSU gelesen, aber man kann ja nicht alles haben.

Henryk M. Broder, Reinhard Mohr: *Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik.* Europa Verlag, München 2023. 224 Seiten, 20 Euro.

Jüdische Soldaten im 1. Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg kämpften jüdische Soldaten für ihre Nationen, Seite an Seite mit ihren nichtjüdischen Kameraden. Ihr Anteil im Heer war proportional gleich hoch wie der Anteil der Nichtjuden. In der britischen Armee gab es sogar eine „Jüdische Legion“, die auf Vorschlag der Zionisten Joseph Trumpeldor und Wladimir Zeev Jabotinsky gegründet wurde. Im deutschen Heer kämpften etwa 96.000 Juden. Rund 35.000 Soldaten und Offiziere, die sich zum Judentum bekannten, wurden mit Orden und Medaillen ausgezeichnet - 12.000 jüdische Soldaten und Offiziere kamen nicht mehr von der Front zurück. (JR)

Von Wladimir Anikin

Der Erste Weltkrieg, den die Zeitgenossen den „Großen Krieg“ nannten, hinterließ in den jüdischen Gemeinden tiefe Spuren in den gegeneinander kämpfenden militärisch-politischen Blöcken - der Entente (Russland, Frankreich, Großbritannien) einerseits und dem Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien) andererseits - sowie in den Verbündeten dieser Blöcke.

Bekanntlich gab es am Vorabend des Krieges 5,5 Millionen Juden in Russland, über 2,5 Millionen in Österreich-Ungarn, 600.000 in Deutschland, etwa 250.000 in Großbritannien, fast 100.000 in Frankreich und 45.000 in Italien. Der patriotische Eifer, der die Bevölkerung der kriegführenden Staaten erfasste, ließ die Juden nicht außen vor. Natürlich gab es in den Reihen der gegnerischen Armeen eine beträchtliche Anzahl von ihnen.

Die „Jüdische Legion“

In Großbritannien, das über eine kleine Armee verfügte, wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Zwangseinberufung durchgeführt. Um die sozialen Schranken zwischen den gesellschaftlichen Gruppen abzubauen und dem drohenden Arbeitskräftemangel und der Nahrungsmittelknappheit vorzubeugen, erarbeitete die Regierung eine Reihe von Gesetzen wie den Defence of the Realm Act. Auch die Mitglieder der jüdischen Gemeinden in den Dominions - Australien, Kanada, Neuseeland und anderen Gebieten - wurden in die aktive Armee eingezogen. Es ist bekannt, dass die britische Armee in den Jahren 1917-1919 die sogenannte „Jüdische Legion“ umfasste, eine freiwillige Einheit, die auf Anregung von Joseph Trumpeldor und Wladimir Jabotinsky gegründet wurde. Die Legion, die auch unter dem Namen „Zion-Maultier-Korps“ bekannt ist, stand Truppen aus dem Osmanischen Reich, einem Verbündeten Deutschlands, gegenüber. Die erlittenen militärischen Verluste, die 850.000 Menschen überstiegen, und die damit verbundenen Unruhen verursachten ein tiefes psychologisches Trauma in der britischen Gesellschaft, verschärfte die demografische Situation bis zum Äußersten und steigerten das Nationalbewusstsein der Bevölkerung in den meisten Herrschaftsgebieten und den vom Empire kontrollierten Territorien erheblich. Der Sieg im Weltkrieg war damit verbunden, dass Großbritannien u. a. das Recht auf die Herrschaft in Palästina zugesprochen wurde.

Mit Orden und Medaillen ausgezeichnet

In den Reihen der deutschen Armee kämpften 96.000 Juden. Wie die Deutschen versuchten sie, ihrem Vaterland treu und loyal zu dienen. Ihre damalige Gefühlslage wird durch das Testament des Reservisten Leutnant Joseph Zürn-dorfer (1886-1915) charakterisiert: „Als Deutscher zog ich in den Krieg, um mein Vaterland zu verteidigen, als Jude, um die volle Gleichberechtigung mei-



Deutsche jüdische Soldaten feiern Chanukka während des Ersten Weltkriegs

ner jüdischen Mitbürger zu erreichen.“ Gleich am ersten Tag des Krieges meldete sich der älteste deutsche Freiwillige, der 68-jährige General Walter von Mossner, ein bekannter Militärführer, der kurz vor dem Krieg in den Ruhestand getreten war, bei der Rekrutierungsstelle. Und der jüngste deutsche Freiwillige war der 13-jährige Jude Joseph Tsipis, dem es 1918 irgendwie gelang, sich in die Reihen der neuen Rekruten einzuschleichen und an die Front zu gelangen. Zweitausend der knapp 100.000 jüdischen Soldaten wurden zu Offizieren und 19.000 zu Unteroffizieren befördert.

Zwölftausend Männer starben an den Fronten oder wurden vermisst, das heißt, jeder achte jüdische Soldat. 35.000 Soldaten und Offiziere, die sich zum Judentum bekannten, wurden mit Orden und Medaillen ausgezeichnet. Unter den freiwilligen Soldaten befanden sich etwa 30 Rabbiner, die mit den Soldaten die Härten des Militärdienstes teilten. Leider war die deutsche Armee nicht frei von antisemitischen Äußerun-

gen. Am Ende des Krieges befanden sich bereits fast 600.000 Juden in der Armee, was deutlich mehr war als England und Belgien zusammen. Somit war der Anteil der Juden in der Armee während des Krieges höher als in der russischen Bevölkerung insgesamt.

Unter den Freiwilligen befanden sich etwa 4.000 Juden - politische Emigranten aus Russland, die nicht die französische Staatsbürgerschaft besaßen. Sie wurden in die so genannte Fremdenlegion entsandt. Diese Einheit erwies sich als eine der besten Einheiten der französischen Armee. Schwere Verluste waren nicht zu vermeiden: von 39 jüdischen Piloten wurden 35 getötet, und insgesamt kamen etwa 8000 jüdische französische Soldaten ums Leben.

Anteil in russischer Armee besonders hoch

Die Bevölkerung des Russischen Reiches begegnete dem Kriegseintritt mit einem großen patriotischen Aufschwung und Massendemonstrationen. Mit dabei waren natürlich auch die Juden. Das zaristische Manifest zum Krieg rief dazu auf, „in der gewaltigen Stunde der Prüfungen ... die inneren Kämpfe“ zu vergessen. Die patriotische Haltung der russischen Juden, ihr

Wunsch, ihre staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen und sich zu diesem Zweck für die Interessen des Landes zu opfern, wurde auf der historischen Sitzung der Staatsduma am 26. Juli 1914 von N. Fridman, einem Mitglied der Fraktion der Partei der Volksfreiheit (Kadetten), zum Ausdruck gebracht. Friedman: „... Keine Kräfte werden die Juden von ihrem Heimatland Russland wegreißen, von dem Land, mit dem sie durch jahrhundertalte Bande verbunden sind“. Auch die jüdische Presse veröffentlichte einen Aufruf zur Verteidigung des Vaterlandes. In den Synagogen wurden Gottesdienste abgehalten, um den russischen Waffen den Sieg zu wünschen. Nach Angaben des Staatlichen Historischen Archivs Russlands traten allein in der Anfangszeit des Krieges mehr als 300.000 Juden in die russische Armee

Antisemitismus und Denunziantentum

Man sollte meinen, dass die aktive Beteiligung der jüdischen Bevölkerung am Handel und an der Industrie, an der Entwicklung des Handwerks, an der Versorgung der Bevölkerung im Gesundheitswesen und in anderen Bereichen und schließlich die patriotische Stimmung der jüdischen Bevölkerung in einer schwierigen Zeit festgefahrene Vorurteile zerstören und den Weg für die Anerkennung der Juden als vollwertige Bürger ebnen sollte, so wie es in den fortgeschrittenen westlichen Ländern umgesetzt wurde. In Wirklichkeit wurden jedoch unter dem Einfluss von Judenhassern frühzeitig Maßnahmen ergriffen, um die Kriegszeit zu nutzen, um die Armee und die Bevölkerung gegen die Juden aufzubringen.

Infolgedessen wurde das Land von einer Epidemie der Spionage-Vorwürfe heimgesucht, und die jüdische Bevölkerung wurde wahllos des Verrats bezichtigt. Das beispiellose Misstrauen gegenüber den militärischen und zivilen Behörden wird beispielsweise durch einen Dokumentenblock des „Amtes für die kriegsbedingt besetzten Gebiete Österreich-Ungarns“ belegt: „...Information über spionageverdächtige Personen, Überwachung verdächtiger Personen. Informationen über ... die Beziehungen zur örtlichen Bevölkerung und zur jüdischen Diaspora, eine ungefähre Liste von Fragen über die Haltung der Juden zum Krieg“. Auf dem russischen Territorium selbst wurde die Geiselnahme von prominenten Vertretern des örtlichen Judentums als Beweis für die Loyalität zum Vaterland praktiziert. Auch in der aktiven Armee blühte der Antisemitismus. Es gab sogar einen Befehl, der vorschrieb, dass jüdische Soldaten der unteren Dienstgrade als Teil der ersten Marschkompanien an die Front geschickt werden mussten. Der Weg in das Offizierskorps war für Juden nur über den Ritus der Taufe möglich. Militärische Misserfolge wurden oft „jüdischen Missetätern“ zugeschrieben.

Nicht ohne Grund wird der 1. Weltkrieg auch als Bruderkrieg bezeichnet: Russen töteten ihre slawischen Brüder (Soldaten Österreich-Ungarns - Slowenen, Tschechen und Slowaken) und umgekehrt, Bulgaren griffen Serben und Mazedonier an; Juden aus Russland standen jüdischen Soldaten aus Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber und umgekehrt, Juden und Katholiken aus Deutschland kämpften mit ihren Landsleuten und Glaubensgenossen aus Frankreich, Großbritannien und Italien. Dies war das brutale Ergebnis des Ersten Weltkriegs, der vom 28. Juli 1914 bis zum 11. November 1918 dauerte. Der Erste Weltkrieg, einer der größten bewaffneten Konflikte in der Geschichte der Menschheit.

Ich bin als Deutscher ins Feld gezogen, mein Vaterland zu schützen. Aber auch als Jude, um die volle Gleichberechtigung meiner Glaubensbrüder zu erstreiten.

gen, die vor allem von Offizieren ausgingen. Zusammen mit den Entbehrungen des Frontlebens und dem Verlust von Kameraden lastete dies schwer auf den Schultern der jüdischen Soldaten. Fast 350.000 Juden kämpften in der österreichisch-ungarischen Armee.

Juden in der französischen Armee

Auch das französische Judentum nahm aktiv am Weltkrieg teil. Etwa 35.000 Juden - französische Staatsbürger, die in Frankreich und Algerien lebten, d. h. mehr als 20 % der gesamten jüdischen Bevölkerung - wurden mobilisiert oder traten freiwillig in die Armee ein. Unter ihnen waren sogar Teilnehmer am Deutsch-Französischen Krieg von 1870-1871. Während des Krieges gab es in der Armee 12 jüdische Generäle sowie zahlreiche Personen, die in der

Von Balfour bis zur UN-Resolution 181 – Die Geburt des jüdischen Staates

Die politische Grundlage für die Staatsgründung war die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917, in der England endlich die zionistische Forderung nach einer nationalen jüdischen Heimstätte anerkannte. 30 Jahre später wurde schließlich die Resolution 181 in der UN-Generalversammlung am 29. November 1947 angenommen. Der Teilungsbeschluss bildete die völkerrechtliche Legitimation des Staates Israel, der in der Folge am 14. Mai 1948 von David Ben Gurion ausgerufen wurde. Die Antwort der Araber auf die Proklamation der Unabhängigkeit Israels war eine Verweigerung der Anerkennung und ein Mehrfronten-Angriff mit dem Ziel der totalen Vernichtung des soeben geborenen jüdischen Staates. (JR)

Von L. Joseph Heid

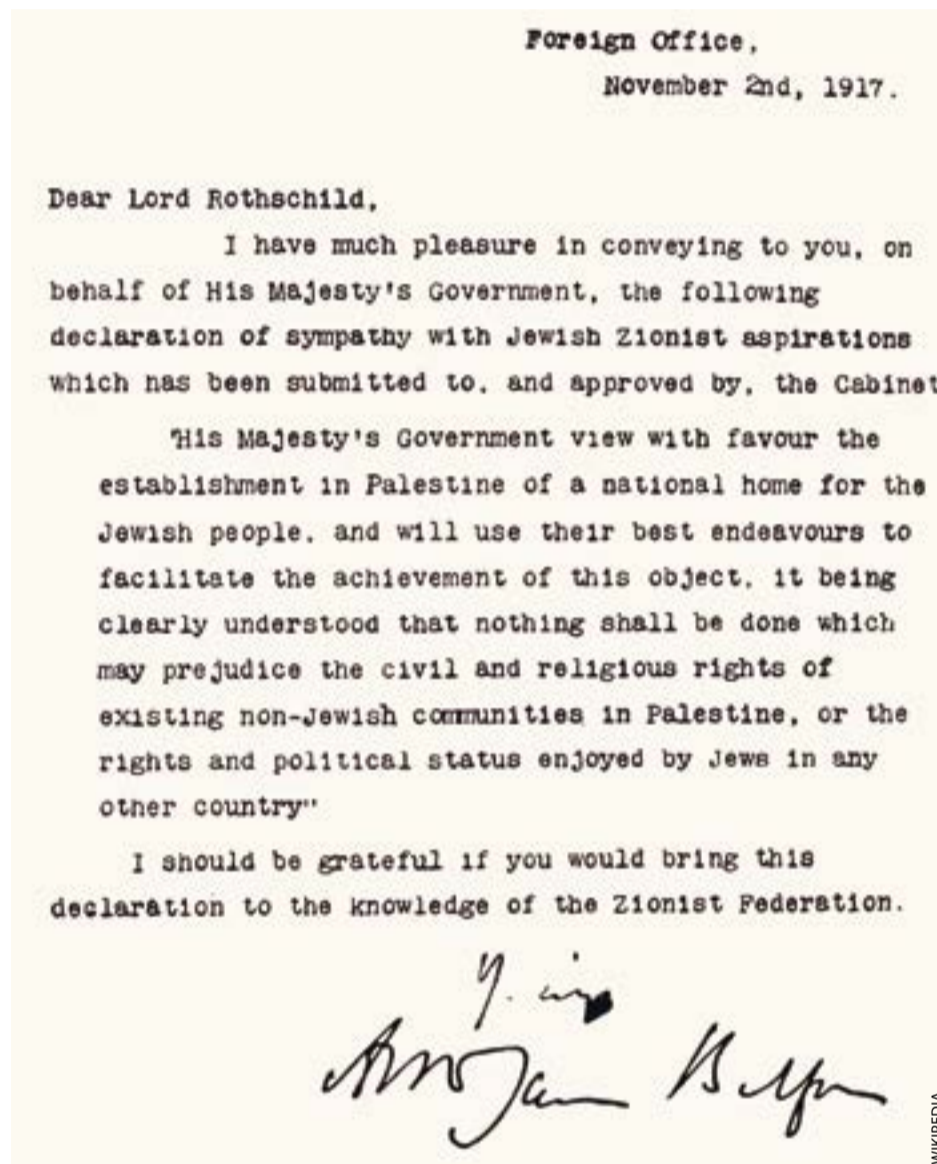
Am Anfang stand die Balfour-Deklaration: Ohne sie wäre es niemals zur Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 gekommen. Mit seiner Erklärung vom 2. November 1917, also vor 106 Jahren, hatte England die zionistische Forderung auf Gründung einer staatlichen jüdischen Heimstätte endlich anerkannt. Außenminister Lord Arthur Balfour gab im Namen der englischen Regierung eine Versicherung ab, die zur Magna Charta des jüdischen Volkes wurde. Dieser 117 Wörter lange Brief machte Geschichte, wie kaum je ein anderer. Seine Regierung, so teilte der Minister mit, betrachte „die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen“ und wolle die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern.

Das bedeutete die Quadratur des palästinensischen Kreises: Der britische Außenminister versprach einer Nation, die es noch nicht gab, ein Land, das einer anderen Nation, den Türken, gehörte, und dass die von den Türken beherrschten Araber für sich allein haben wollten. Die Zionisten verstanden es jedoch, dem Ereignis biblische Größe zu verleihen: „Seit Kyros dem Großen hat es kein Bekenntnis mehr gegeben, das von größerer politischer Klugheit und nationaler Gerechtigkeit gegenüber dem jüdischen Volk geprägt war als diese denkwürdige Erklärung“, schrieb Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation, in einem Dankesbrief an Lord Balfour.

Von arabischer Seite kam zunächst kein Protest gegen die Balfour-Erklärung. Im Gegenteil: Nachdem auch ihnen eine Eigenstaatlichkeit in Aussicht gestellt worden war, bestätigte Faisal I. seine Zustimmung zu dem Judenstaat-Projekt. An Felix Frankfurter, einem bedeutenden amerikanischen Zionisten, schrieb Faisal I.: „Wir werden den Juden ein herzliches Willkommen in der Heimat (!) entbieten“. In einer Denkschrift erklärte der Monarch: „Die Juden stehen den Arabern blutsmäßig sehr nahe und zwischen den beiden Völkern gibt es keinen Konflikt der Charaktere. Grundsätzlich besteht zwischen uns absolutes Einvernehmen“. Dies war die letzte versöhnliche Geste eines arabischen Repräsentanten gegenüber Zionisten - bis zu Anwar as-Sadats Friedensinitiative Ende der 1970er Jahre.

Idee zur Teilung des Mandatsgebiets

Ab 1922 wurde Großbritannien vom Völkerbund beauftragt, Palästina zu verwalten und das Mandat über dieses Gebiet zu übernehmen. Nachdem es während der englischen Mandatszeit in Palästina immer wieder zu Unruhen gekommen war und die Briten einen Untersuchungsausschuss nach dem anderen eingesetzt hatten, reifte bei dem Mandatar 1937 erstmals die Überzeugung, es sei besser, eine Teilung des Landes zu erreichen und das Mandat zu beenden. Die Araber hielten sich in dieser Frage zurück



Balfour Deklaration

und nahmen nach einer Pause von acht Monaten ihre Terrorakte gegen jüdische Siedlungen wieder auf.

Nach der fruchtlosen Tätigkeit einer Teilungskommission und einer ergebnislosen jüdisch-arabischen Konferenz in London veröffentlichte die Regierung Neville Chamberlain im Mai 1939 das berüchtigte Weißbuch, das von den Grundsätzen der Balfour-Erklärung nichts mehr übrigließ. Großbritannien hatte vor dem arabischen Terrorismus kapituliert. Längst waren die Briten zu der Überzeugung gekommen, dass Palästina für sie nicht zu halten war und sie nicht mehr in der Lage waren, ihre Pflichten als Mandatsmacht nachzukommen. Sie waren zwischen die jüdischen und arabischen Fronten geraten und manchmal wusste niemand mehr so recht, wer auf wen schoss, kurz: es herrschte Bürgerkrieg.

Angesichts der widerstreitenden Positionen haben die Briten hin und her laviert, mal die jüdische, mal die arabische Seite begünstigt. Recht und Gerechtigkeit war in einer aus den Fugen geratenen Welt unteilbar geworden. Hier lag die eigentliche Problematik, denn zwei gleichberechtigte Rechtsansprüche waren unvereinbar auf-

einandergestoßen – und sind es danach geblieben.

Ende Juni 1947 kam eine UN-Kommission nach Palästina. Während sieben UN-Vertreter für die Teilung Palästinas votierten, sprachen sich die restlichen vier für einen binationalen Föderativstaat aus. Anfang September 1947 veröffentlichten sie ihre Empfehlungen: Das britische Mandat solle zu einem möglichst frühen Termin beendet werden; 2. Palästina solle so bald wie möglich die Selbständigkeit verliehen werden; 3. Es sei eine möglichst kurze Übergangszeit festzusetzen; 4. Während der Übergangszeit werde die UNO für die Verwaltung des Landes verantwortlich sein.

In ihren weiteren Empfehlungen war die Kommission gespalten. Während die Minderheit für eine föderale Lösung mit einem kleinen jüdischen und einem großen arabischen Gebiet war, beantragte die Mehrheit, das Land in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen. Für Jerusalem als „corpus separatum“ wurde eine internationale Administration empfohlen.

Sonderfall Jerusalem

Es gab jüdische Fraktionen, die den Teilungsplan ablehnten: Revisionistische „Falken“ weigerten sich, auf Territorien zu verzichten, die den Arabern zugedacht waren, während die binational gesinnten „Tauben“ das Prinzip der Trennung generell in Frage stellten und stattdessen eine Form der Koexistenz befürworteten.

Am 29. November 1947, vor 76 Jahren, wurde mit einer Majorität von mehr als zwei Dritteln der Mitgliedsstaaten entschieden, den Teilungsvorschlag der Kommissionsmehrheit anzunehmen. In dem circa 25 000 Quadratkilometer umfassenden Territorium mit einer Bevölkerung von 1,3 Millionen Arabern und 600 000 Juden sollte ein arabisch-palästinensischer und ein jüdischer Staat entstehen. Jerusalem, von zentraler Bedeutung für Juden, Christen und Muslime, war als neutrale Enklave gedacht. Das dreigeteilte Palästina sollte zu einer Wirtschaftsunion zusammengefasst werden.

Für den Teilungsplan stimmten 33 Staaten, darunter die Sowjetunion und die USA; dreizehn Staaten, nämlich Ägypten, Syrien, der Libanon, Saudi-Arabien und Jemen sowie vier muslimische Staaten (Afghanistan, Pakistan, der Iran und die Türkei), Indien, Griechenland und Kuba, stimmten dagegen. Arabische Sprecher betonten, dass der UN-Beschluss Gerechtigkeit und Frieden untergrabe und ihre Staaten nicht verpflichte. Ein „palästinensischer“ Vertreter kündigte dem UN-Sonderkomitee an: „Es ist der feste und eindeutige Wille der Araber, keine Lösung in Betracht zu ziehen, die den Verlust ihrer Souveränität auch nur über irgendeinen Teil ihres Landes bedeuten würde“. Für die Juden indes bedeutete der UN-Beschluss, dass ihnen eben dieses Recht auf die Erneuerung ihrer Souveränität endlich zuerkannt worden war. Die jüdische Bevölkerung Palästinas nahm daher die Resolution mit Begeisterung auf, obwohl offizielle Vertreter erklärten, dass man der geplanten Gebietsaufteilung nur widerstrebend des Friedens willen zustimmen könnte.

Zehn Staaten, u.a. Großbritannien, als ehemaliger Mandatar, enthielten sich der Stimme. Obwohl nur teilweise verwirklicht, gilt die UN-Resolution 181 bis heute als völkerrechtliche Legitimation sowohl des Staates Israel als auch des „palästinensischen“ Rechtsanspruchs auf einen eigenen Staat. Die Ansprüche der beiden Nationen besaßen Gültigkeit und waren doch völlig unvereinbar.

Ohne Rücksicht auf die historischen Ursachen des Konflikts, das Recht und das Unrecht, die Versprechen und Gegenversprechen war es eine Realität, dass Juden und Araber nunmehr in einem Land lebten. Wären sie sich selbst überlassen worden, hätte sich zwischen den beiden Staaten vielleicht ein Modus vivendi entwickelt. Vielleicht hätte es Zusammenstöße zwischen den beiden Teilen Palästinas gegeben. Trotzdem wäre man vielleicht zu einer erträglichen „Lösung“ gekommen. Doch die Geschichte nahm einen anderen Verlauf.

Verhärtung des Konflikts

Die Londoner Regierung gab bekannt, sie werde die Beschlüsse der UN-Vollversammlung nur ausführen, wenn Araber und Juden ihnen zustimmten. Die Haltung der Engländer verstärkte den arabischen Widerstand. Die arabischen Staaten erklärten, sie würden in den Krieg ziehen, um die Errichtung des Judenstaates zu verhindern. Und so geschah es.

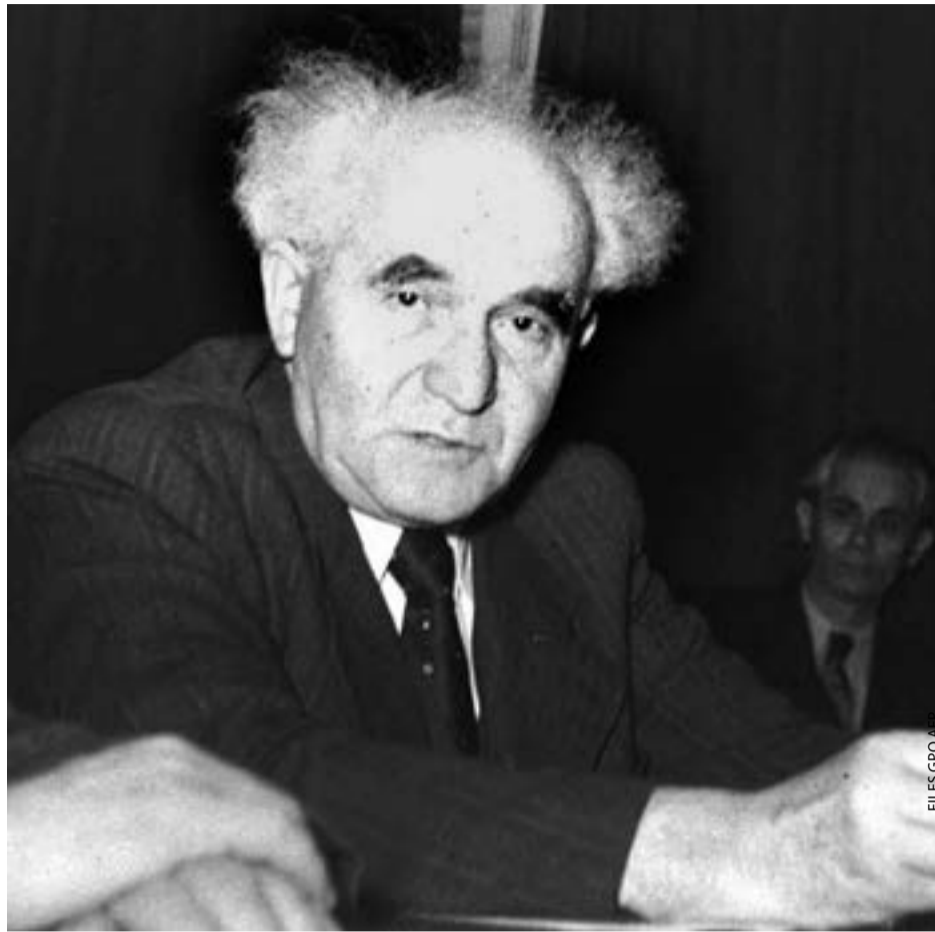
Der Jerusalemer Mufti Hadji Amin al-Husseini, der seit dem Jahre 1921 an der Spitze des Obersten Muslimischen Rates und ab 1936 den Vorsitz des Obersten Arabischen Komitees innehatte (und der während des 2. Weltkrieges mit Hitler-Deutschland paktiert hatte), war aus seinem Exil zurückgekehrt, nicht etwa als Flüchtling, sondern als Oberhaupt der „palästinensischen“ Araber. Seiner Anordnung gemäß boykottierten sie die Sonderkommission der UNO. Eine weitere Änderung bestand in der Gründung der Arabischen Liga, die unter Anleitung des britischen Außenministeriums ins Leben getreten war. Zu ihrem Hauptziel machte die Liga den Kampf gegen den Zionismus, mehr noch: Die jüdische Gemeinschaft in Palästina sollte vernichtet werden.

In den vier Monaten, die seit dem Teilungsbeschluss Palästinas der UN-Vollversammlung am 29. November 1947 bis Ende März 1948 verstrichen, waren bereits mehr als 900 Juden gefallen. Seit Ende März 1948 bis zur Invasion der arabischen Armeen bei Ende des englischen Mandats, hatten die palästinensischen Juden weitere 753 Tote unter den Soldaten und mehr als 500 zivile Todesopfer zu beklagen. Die abzugsbereiten britischen Soldaten taten nicht viel, um zu verhindern, dass die ortsansässigen Araber die jüdische Bevölkerung drangsalierten.

Arabischer Terror

Am Tage des Teilungsbeschlusses begannen arabischen Unruhen, die alles bis dahin Gewesene in den Schatten stellten. Das Oberste Arabische Komitee rief einen Generalstreik für drei Tage aus. Am 2. Dezember 1947 setzte eine arabische Menschenmenge ein jüdisches Geschäftsviertel in Jerusalem in Brand. Die britische Polizei gestattete der Haganah nicht, den Juden zu Hilfe zu kommen. David Ben Gurion erinnert sich, dass zwei Wochen nach der Entscheidung in New York die Arabische Liga beschlossen hatte, Soldaten, als Freiwillige getarnt, nach Palästina zu schicken. Die britische Verwaltung rührte keinen Finger, um die Guerilla-Aktionen zu verhindern. Sie lehnte überdies die Zusammenarbeit mit der UN-Kommission ab, die in der Übergangszeit den Vollzug des Teilungsbeschlusses überwachen sollte. Die Araber, die in den den Juden zugewiesenen Gebiete Palästinas wohnten, begannen, einer Weisung des Obersten Arabischen Komitees gemäß, mit der Flucht in die Nachbarländer.

Die Lage hatte sich Anfang 1948 bedrohlich zugespitzt. Die arabischen Angriffe auf jüdische Siedlungen nahmen zu. Die arabischen Kämpfer erhielten Verstärkung durch die aus den Nachbarstaaten eingeschleusten Soldaten. Am 8. Januar 1948 erklärte Ben Gurion im Zentralkomitee der Mapai, dass es sich nicht mehr um Ausschreitungen, sondern um einen regelrechten Krieg handle, in dem drei Ziele angestrebt würden: 1. Vernichtung des jüdischen Gemeinwesens in Palästina; die Araber hätten erkannt, dass eine arabische Herrschaft im Lande nicht möglich sei, solange sich wehrbereite jüdische Siedlungen in Palästina befänden. 2. Die Errichtung des Judenstaates, sei es nur in einem Teil des Landes, solle verhindert und der Beschluss der Vollver-



David Ben Gurion verlas am 14. Mai 1948 die Unabhängigkeitserklärung Israels.

sammlung der UN auf diese Weise außer Kraft gesetzt werden. 3. Wenn diese beiden Ziele nicht erreicht werden könnten, so solle das Gebiet des Judenstaates im Negev, in Galiläa und möglicherweise auch in Haifa und an anderen Plätzen verkleinert werden. Das alles waren keine günstigen Aussichten für die jüdische Bevölkerung Palästinas. Und die Freude über den Teilungsbeschluss, mit dem die Völkergemeinschaft das Existenzrecht des jüdischen Volkes anerkannt und ihnen eine nationale Selbständigkeit zugesichert hatte, war der Angst gewichen, die arabischen Nachbarstaaten könnten den Traum von einem Judenstaat in letzter Minute doch noch zerstören.

Proklamation des Staates Israels

Für den 13. Mai 1948 war eine Einladung zur Sitzung der Verkündung der Unabhängigkeit, die am Freitag, den 5. Ijar 5708 (14. Mai 1948) um vier Uhr nachmittags im Museumssaal, Tel Aviv, Rothschild Boulevard 16 stattfinden sollte, ausgesprochen worden. Die ganze Gründungszeremonie hatte gerade einmal 35 Minuten gedauert! Über der Gründungsveranstaltung lag ein gewisses Schweigen und man wollte vermeiden, dass zu viele Schaulustige sich einfanden, da befürchtet wurde, dass ein ägyptisches Flugzeug die Stelle bombardieren könnte. Der aus Berlin stammende Journalist James Yacov Rosenthal erinnert sich: „Am Abend des 14. Mai hatte ich mich mit einigen Journalistenkollegen verabredet, um auf den Staat ein Gläschen zu trinken. Kaum hatten wir die Gläser erhoben, da heulten auch schon die Sirenen.“

Am späten Abend dieses ereignisreichen Tages notierte Ben Gurion in sein Tagebuch: „Jubel und Freude im Lande. Wieder, wie am 29. November 1947 (UN-Teilungsbeschluss – L. J. H.), ich bin ein Trauernder unter Frohlockenden“. Die Trauer, von der der Ministerpräsident hier sprach, bezog sich auf die bereits Gefallenen des Krieges und auf das Schicksal des Staates, das in den Händen der Sicherheitskräfte lag. Die Freude, die Ben Gurion anführte, mag auch seinem Bonmot geschuldet sein, dass er einmal von sich gegeben hatte und lautete: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“. Dieses

prophetische „Wunder“ war an jenem 14. Mai 1948 Wirklichkeit geworden.

Wenige Stunden nach der Unabhängigkeitserklärung gab US-Präsident Harry S. Truman bekannt, den neuen Staat Israel anzuerkennen. In einer anschließenden Sondererklärung ließ das Weiße Haus verlauten, dass der Wunsch der Vereinigten Staaten für einen Waffenstillstand im Heiligen Land durch die Proklamation des Staates Israels nicht gemindert sei. Die USA waren in dieser angespannten Krise, als sich der Nahostkonflikt zu einem Flächenbrand auszuwachsen schien, bemüht, zwischen Juden und Arabern zu vermitteln.

Die arabische Antwort auf die israelische Unabhängigkeitserklärung ließ nicht lange auf sich warten. Radio London meldete in seiner Spätsendung am 14. Mai 1948, die arabischen Staaten seien im Begriff, unter dem Gesamtkommando des ägyptischen Generals Abdallah vom Süden (Ägypten), Osten (Transjordanien) und Norden (Syrien und Libanon) mit regulären Truppen in Palästina einzudringen. Ein großer Teil der Arabischen Legion, ausgestattet mit Waffen, die die Engländer geliefert hatten, stehe bereits auf palästinensischem Boden und ägyptische Truppen hätten die Grenze bereits überschritten. Im Norden traten nach englischen Meldungen syrisch-libanesischen Truppen in der Nacht gleichfalls den Vormarsch über die Grenze an.

Krieg gegen den jungen Staat

König Abdallah von Transjordanien - ausgestattet mit einem zwei Monate zuvor mit den Engländern geschlossenen Bündnisvertrag, mit dem der arabischen Intervention in Palästina Rückendeckung gegeben worden war - begab sich um Mitternacht des 14. auf den 15. Mai 1948 an die Grenze, um seinen Truppen Glück zu wünschen, und feuerte dann aus seinem Revolver den ersten symbolischen Schuss auf Palästina als Zeichen des Kriegsbeginns. Danach überschritten seine Truppen die Grenze, „um das Heilige Land von den Zionisten zu befreien“.

An diesem Schabbatmorgen, dem 15. Mai 1948, fielen nach 6 Uhr Bomben auf Tel Aviv - die ersten Bomben seit 1940/41, als die Italiener die Stadt bombardiert

hatten. Diesmal kreisten mehrere Spitfires hoch über der Stadt. Flak bellte auf. Dazwischen knatterten die MG's. Der Luftangriff traf die Tel Aviver Bevölkerung, die nach der Logik der letzten Entwicklung mit derartigem gerechnet hatte und durch die Luftschutzanweisungen vorbereitet worden war, gefasst. Eine Spitfire wurde abgeschossen und fiel in die Hände der Haganah. Der ägyptische Pilot wurde gefangen genommen.

Gleich nach Annahme des UN-Teilungsplans gingen die „palästinensischen“ Araber zum bewaffneten Widerstand über. Überall im Lande kam es zu Bombenanschlägen und Feuerüberfällen auf jüdische Siedlungen und Wohnbezirke. Aus Syrien und Transjordanien drangen in zunehmendem Maße bewaffnete Trupps nach Palästina ein. Die Araber versuchten, die Verbindung zwischen den jüdischen Städten und Siedlungen zu unterbrechen und vor allem Jerusalem unter ihre Kontrolle zu bekommen, was ihnen auch in den folgenden Monaten nicht gelang. Die Gefechte weiteten sich mehr und mehr zu einem kriegerischen Flächenbrand aus.

Der israelische Unabhängigkeitskrieg endete im Januar 1949 mit dem militärischen Sieg Israels. Unter Vermittlung der Vereinten Nationen kamen Waffenstillstandsverträge mit Ägypten, dem Libanon, Transjordanien und Syrien zustande. Der Irak zog seine Truppen ohne vertragliche Regelung ab.

Eine Heimstätte für alle Juden

Am 14. Mai 1949, beging der Staat Israel seinen ersten Geburtstag. Noch herrschte kein Frieden im Land, aber Israel hatte mit Ägypten, dem Libanon und Jordanien Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Ein Abkommen mit Syrien folgte zwei Monate später. Die offenen Kampfhandlungen des Unabhängigkeitskrieges waren damit beendet. Immigranten aus vielen Teilen der jüdischen Diaspora kamen nach und nach ins Land, vor allem Überlebende der Shoah.

Es gab also Grund genug, im Mai 1949 den ersten Unabhängigkeitstag zu feiern. Die Parade zu diesem Anlass war auch die erste Gelegenheit für das Militär, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Es war eine bunte Mischung aus Improvisation und Professionalität: Soldatinnen und Soldaten, die nicht im Gleichschritt marschierten, Fahrzeuge aus dem Zweiten Weltkrieg, die Feuerwehr, Krankenschwestern, Kibbuz-Pioniere und von Mauleseln gezogene Artillerie.

Mit der Gründung des Staates Israel war die Prophezeiung von einem Judenstaat, die Theodor Herzl angekündigt hatte, erfüllt worden: In den Schlussätzen von „Altneuland“ hatte Herzl seine Utopie vom Judenstaat 1902 so zusammengefasst: „Noch vor hundert, vor fünfzig Jahren wäre es eine Schwärmerei gewesen. [...] Da ist es, Juden! Kein Märchen, kein Betrug!“ Dass die Staatsgründung noch viele Jahre auf sich warten lassen könnte, wollte Herzl nicht gelten lassen, denn jede Verzögerung hätte fatale Folgen: „Inzwischen werden die Juden auf tausend Punkten gehänselt, gekränkt, gescholten, geplündert und erschlagen. Nein, wenn wir auch nur beginnen, den Plan auszuführen, kommt der Antisemitismus überall und sofort zum Stillstand. Denn es ist der Friedensschluss“. Von allein würde der Judenstaat jedoch nicht kommen, es bedurfte schon einer enormen Willensanstrengung, ein jüdisches Wollen. Ohne diese Investition bliebe alles Phantasiegebilde. Im Nachwort seines Romans „Altneuland“ stellte Herzl die Juden vor die Alternative: „Wenn ihr aber nicht wollt, so ist und bleibt es ein Märchen, was ich Euch erzählt habe“.

Mit einem „Judenstern“ markiert – Entrechtung und Entmenschlichung der Juden in der NS-Zeit

In den Konzentrationslagern wurden jüdische Häftlinge bereits ab 1933 mit einem gelben Dreieck markiert. Die Kennzeichnung mit dem „Judenstern“ wurde erst später eingeführt. Seit September 1941 mussten alle Juden in Deutschland den „Gelben Stern“ tragen – eine Maßnahme zur Identifizierung, Ausgrenzung und Entrechtung. Ab dem 13. März 1942 wurden auch von Juden bewohnte Wohnungen mit einem Davidstern gekennzeichnet – ganz so wie heutzutage wieder Eingangstüren jüdischer Menschen in Deutschland besonders von den importierten islamischen Judenhassern markiert werden. (JR)

Von Yana Lubarskaya

Während des Holocausts wurden die Juden (und manchmal auch andere Bevölkerungsgruppen) gezwungen, verschiedene „Erkennungszeichen“ zu tragen, um sie zu isolieren, zu verfolgen und zu demütigen. Die Nazis lehnten sich mit dieser Idee an das Mittelalter an, als sowohl Muslime als auch Christen spezielle Kleidung für Juden einführen, um sie von anderen zu unterscheiden. Reinhard Heydrich, der spätere Leiter der Generaldirektion für Reichssicherheit, schlug nach der Reichspogromnacht erstmals die Verwendung eines Erkennungszeichens für Juden vor. Im September 1939, nach dem deutschen Einmarsch in Polen, ordneten die Nazis die Kennzeichnung von Geschäften im Besitz von Juden an.

Bald darauf ordnete Generalgouverneur Hans Frank an, dass Juden über 12 Jahren weiße Armbinden mit einem mindestens 10 cm breiten blauen sechszackigen Stern am Ärmel tragen mussten. Von Polen aus verbreitete sich die Idee in fast allen Gebieten, die von den Nazis kontrolliert wurden. Die Juden waren verpflichtet, die Erkennungszeichen selbst zu kaufen. Wurde ein Jude ohne ein solches Abzeichen angehalten, drohte ihm eine Geldstrafe, eine Gefängnisstrafe oder die Hinrichtung. In einigen Ghettos erhielten die Angehörigen bestimmter Arbeitsgruppen besondere Abzeichen.

Nationale und regionale Unterschiede

In den verschiedenen besetzten Ländern wurde die Einführung eines besonderen Abzeichens für Juden auf unterschiedliche Weise durchgeführt. In Dänemark zum Beispiel versuchten die Nazis gar nicht erst, es zur Pflicht zu machen, weil die große Mehrheit der Dänen, einschließlich des Königs, gegen antijüdische Maßnahmen war. In Polen befolgten fast alle Juden den Befehl aus Angst vor schweren Strafen. In Deutschland folgte auf die Einführung des Erkennungszeichens eine Welle von jüdischen Selbstmorden. In Frankreich weigerten sich viele Juden, die Anordnung zu befolgen (die französische Polizei war nicht besonders streng bei der Durchsetzung der Anordnung), und einige Franzosen trugen sogar den Davidstern als Zeichen der Solidarität mit den Juden. In Holland druckten Untergrundzeitungen 300.000 Sterne mit der Aufschrift „Es gibt keinen Unterschied zwischen Juden und Nicht-Juden“. Ilya Altman, Direktor des IHRC für Holocaust- und Völkermordgeschichte, Professor an der Russischen Staatsuniversität und Ko-Vorsitzender des Holocaust-Zentrums, erzählte mir von der Situation mit den Erkennungszeichen der Juden während der Nazi-Besetzung eines Teils des Gebiets der UdSSR.

Entrechtung und Demütigung



„Eine wichtige Maßnahme zur Identifizierung und Abgrenzung der Juden von der übrigen Bevölkerung war die Anordnung, dass sie spezielle Erkennungszeichen tragen mussten. Diese Maßnahme hatte eine enorme moralische Bedeutung und zeigte deutlich den Übergang der Juden in die Position von Ausgestoßenen“, sagt mein Gesprächspartner. Ihm zufolge wurden die ersten Befehle zur „Kennzeichnung“ von Juden fast überall von Vertretern der Wehrmacht erteilt. Vielleicht lag es an der „Initiative“ der Militärs, dass es selbst in einer Region verschiedene Arten und Formen von Erkennungszeichen gab. Oft wurden sie innerhalb kurzer Zeit auf Anordnung der neuen Militärbehörden, der Einsatzgruppenleitung und, nachdem einige dieser Gebiete in die Zuständigkeit der Zivilverwaltung fielen, auf Anordnung ihrer Leiter mehrfach geändert. So bezieht sich die Anweisung von Reichskommissar Ostland Lose vom 9. August 1941 auf den gelben sechszackigen Stern, seinen Durchmesser und die Anbringungsstelle an der Kleidung. „Solche Zeichen sollten an der Kleidung befestigt und entweder am Arm (in Form einer speziellen Armbinde) oder auf Brust und Rücken getragen werden.“

In der Regel wurde angeordnet, dass die Armbinden am rechten oder linken Arm oberhalb des Ellenbogens zu tragen waren. „Es gab sogar einen Befehl, eine solche Armbinde oder einen Stern nicht nur am Arm, sondern auch am Bein zu tragen. Es gab keine Einheitlichkeit in der Frage, wo die Abzeichen zu tragen waren – auf dem Rücken und auf der Brust gleichzeitig; auf der linken oder auf der rechten Seite der Brust; nur auf dem Rücken oder nur auf der Brust. Wenn auch auf dem Rücken, dann in der Mitte oder auf einer der Seiten“, – fährt der Historiker fort.

Ilya Altman erklärt auch, dass es keine Einheitlichkeit in Form, Größe,

Farbe und Material der Erkennungszeichen gab. Eine typische Armbinde war eine weiße Armbinde mit einem aufgestickten blauen sechszackigen Stern. Es wurden aber auch blaue, gelbe und sogar schwarze Armbinden verwendet. Auch eine weiße Armbinde mit der deutschen Aufschrift „Jude“, die von den Einheimischen manchmal als „Judas“ gelesen wurde, wurde verwendet. Die Form des Sterns war in einigen Regionen Russlands unterschiedlich. Laut einer Bekanntmachung der Militärbehörden in der Zone der Heeresgruppe Mitte vom 1. November 1941 waren die Juden verpflichtet, „eine weiße Armbinde mit einem gelben Stern“ zu tragen.

Auch Kinder wurden gekennzeichnet

Das Ghetto von Kaluga sollte erwähnt werden. Es ist bekannt, dass die überwiegende Mehrheit der Juden, die dort hinkamen, überlebte. Und dort gab es ein Erkennungszeichen in Form eines gelben fünfzackigen Sterns als Symbol für den Kampf gegen den „Judo-bolschewismus“. Die Juden mussten ihn auf ihre Anzüge und Mäntel nähen, und zwar auf der rechten Seite der Brust und auf der rechten Seite des Rückens, und er musste einen Durchmesser von 8 cm haben. Einer dieser Sterne befindet sich im Staatsarchiv von Kaluga in einer Akte über die Untersuchung von NS-Verbrechen.

„Das Tragen von Schildern war in der Regel ab dem Alter von 10-12 Jahren vorgeschrieben. In einer Reihe von Orten wurde das Tragen entsprechend dem Alter der Juden vorgeschrieben, die einer individuellen Registrierung unterlagen. In einigen Orten wurde die Altersgrenze deutlich herabgesetzt – selbst kleine Kinder mussten die Erkennungsmarken tragen, und zwar ab einem Alter von fünf oder sogar drei Jahren“, sagt Ilya Altman.

Die Ziele, die die Besatzer mit der

Einführung dieser „Kennzeichnung“ verfolgten, waren seiner Meinung nach vielfältig: „Juden zu demütigen und zum Objekt von Beschimpfungen und Gewalt zu machen; die Bewegungsfreiheit einzuschränken; Kontakte mit deutschen Soldaten auszuschließen; den Verstoß gegen diese Anordnung zur Repression zu nutzen; die Verfolgung von Juden für die übrige Bevölkerung verständlich zu machen“.

Laut F. Friedman, einem Häftling des Lemberger Ghettos, spiegelten die Armbinden hier die Art und den Ort der Arbeit, den sozialen Status und die Einstellung zum deutschen Dienst wider. Er berichtet über einige Arten spezifischer Erkennungszeichen. Diejenigen, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten, erhielten zum Beispiel eine grüne Umrandung; die Mitarbeiter des jüdischen Arbeitsamtes hatten eine violette Umrandung auf ihren Armbinden; Taubstumme hatten gelbe Armbinden.

„Nützlich“ und „weniger nützlich“

Nach Angaben von Ilya Altman erhielten die Gefangenen in einigen Ghettos je nach ihrem Status verschiedenfarbige Zertifikate: nützlich (Beamte und Angestellte des Judenrats, jüdische Polizisten, Mediziner, Handwerker), weniger nützlich (alle arbeitsfähigen Personen) und nutzlos (Alte, Kranke, körperlich und geistig Behinderte). Die Besatzer meldeten die Besitzer solcher Ausweise ständig neu an und führten neue Bezeichnungen ein, um Fälschungen und das Verbergen von Behinderten zu verhindern.

In Lemberg führte die Gestapo auf weiße Quadrate gestickte Buchstaben ein, die die Juden auf der linken Seite ihrer Brust tragen mussten. Sie gaben an, in welchen Betrieben (militärisch, zivil, privat) Juden arbeiteten.

„In einer Reihe von Siedlungen in der Ukraine und in Westweißrussland wurden die Häuser von Juden besonders gekennzeichnet – sechszackige Sterne wurden auf die Türen ihrer Häuser gemalt, manchmal wurden die Häuser mit der Aufschrift „Jude“ versehen oder es wurden große gelbe Schilder an ihnen angebracht. In einigen Städten wurden besondere Schilder oder (in Uman) Plakate mit der Aufschrift: „Achtung! Ghetto! Ukrainern ist der Zutritt unter Androhung einer Geldstrafe untersagt“, so mein Gesprächspartner weiter.“

All diese Formen der Kennzeichnung und Registrierung schufen ein besonderes psychologisches Mikroklima um die Juden. A.B. Weller, ein Häftling des Ghettos von Kaluga, erinnerte sich: „Mit den Sternen wurde uns klar, dass wir machtlos geworden waren, dass jeder uns beleidigen konnte und es niemanden gab, der uns beschützen konnte.“

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Nr. 89 / Jahrgang 43

Preis 25 Rpl.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Redaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung: Berlin W 15, Melnikstr. 38
Fernruf: 91 90 31, Telegramm-Adresse: Orgahly. — In Filialen können Gesellsch.
besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung eines nicht gesellter
Bezugspulvers. Bezugspulver einschließlich Bezahlfeld je Monat RM 2.—, je Viertel-
jahr RM 5.75; bei Abnahme RM 1.50 bzw. RM 5.25 (einschließlich Postgebühren-
pächter von 20 Rpl je Monat) — Postchek-Konten der Vertriebs-Abteilung
für Groß-Berlin: Berlin 71573, für das übrige Reich: Berlin 22392

BERLIN

יד מרחשוון תרפ"ג

DIENSTAG, 8. NOVEMBER 1938

Erscheint jedes Dienstag und Freitag. Gültig ist die Anzeigenpreisliste
Nr. 5 vom 1. April 1936. Die zwölftägige am-Zeile 20 Rpl. für Familien-
Anzeigen 15 Rpl. Kein Gewähr für Aufnahme von Anzeigen in bestimmten
Ausgaben oder an bestimmten Plätzen. Einzelneigen nur gegen Vorauszahlung
auf Postbank-Konto Berlin 73518 oder über Montag bis Freitag 9—18 Uhr.
Ausnahme für die Dienstag-Ausgaben Montag 10 Uhr, für die Freitag-Ausgaben
Mittwoch 15 Uhr. Familien-Anzeigen am Tag vor Erscheinen 16 Uhr

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm)

An den Toren der Welt

Einwanderungsschwierigkeiten in Columbien

Von unserem Berichterstatter

Calli, 26. Oktober 1938

Das neue Einwanderungsgesetz vom 1. Oktober, über das an dieser Stelle bereits berichtet worden ist, erweist sich als ein tiefer Eingriff in die Einwanderungspraxis. Dieses Gesetz spricht zwar von keiner Sperrung der Grenzen, bedeutet aber praktisch das Ende der jüdischen Immigration nach Columbien, da Voraussetzungen für die Einwanderung verlangt werden, die unter den gegebenen Umständen von Juden nicht zu erfüllen sind. In absehbarer Zeit wird auch Auffassung maßgebender Kreise mit einer weiteren Einwanderung nach Columbien nicht zu rechnen sein. Tatsache ist, daß dieses Gesetz der Ausdruck einer weit verbreiteten antijüdischen Stimmung ist. Die Masseneinwanderung der letzten Monate hat der jüdischen Sache nicht genutzt. Das Wesentliche aber ist, daß die meisten Einwanderer der letzten Zeit nicht eingereist werden konnten bzw. nur so ungenügend, daß sie kaum ihren Lebensunterhalt verdienen. Wünschenswert wäre eine zentrale Wanderungsplanung für ganz Südamerika, die eine Verteilung der Menschen über die verschiedenen Länder vornehmen würde. Aber der augenblickliche Zustand ist so schwierig und unhaltbar, daß man die schwersten Folgen befürchten muß. Die Hiaweh, die bisher für Columbien sehr viel getan hat, kann jetzt nicht mehr ihr Hauptinteresse auf dieses Land konzentrieren. Eine andere Organisation, die „zuständig“ wäre, gibt es nicht. Die Kräfte der eingewiesenen Juden reichen nicht aus, um das Problem zu bewältigen, weder finanziell noch geistig.

Wie die Behörden das neue Einwanderungsgesetz aufnahmen, wurde vor wenigen Tagen an einem Beispiel demonstriert. Am 23. Oktober kam ein chilenischer Dampfer in Boaventura mit 29 Immigranten an, von denen nur sechs vom Schiff gelassen wurden, weil sie die Einreisegenehmigung der Regierung besaßen. Die übrigen 23 durften das Schiff nicht verlassen. Die Verhandlungen, die vor allem von der chilenischen Gesandtschaft geführt wurden, zogen sich bis zum 25. Oktober hin. Dann erst hatte die Ungewissheit für die Ankömmlinge ein Ende. Der Grund war nicht, wie man zuerst annahm, daß man das erhöhte Depot verlangte, sondern daß die von einigen Konsuln in Europa ausgestellten Visa nicht als gültig angesehen werden sollten, da das neue Gesetz ausdrücklich nur den Konsuln columbianischer Staatsbürgerschaft das Recht der Visumerteilung gibt.

Abgesehen von diesem Vorfall ist die gesamte Einwanderungslage sehr schwierig. Die von Calli aus eingereichten Anforderungsgesuche für Eltern, Geschwister, Ehemänner und Ehefrauen oder Bräute wurden ausnahmslos abschlägig beschieden — mit dem Hinweis, daß nur die Konsulate für die Visumerteilung zuständig seien. Die Nachrichten aus

Europa lassen keinen Zweifel darüber, daß die Konsulate zur Zeit das Gesetz sehr streng auslegen und an Juden keine Visa erteilen. — Da zahlreiche Einwanderer natürlich noch ihre nächsten Verwandten in Europa haben, ist die Stimmung sehr deprimiert, und viele suchen bereits nach Möglichkeiten, in ein anderes Land auszuwandern, wohin man seine Verwandten nachkommen lassen kann.

Es gibt für uns nur die eine Hoffnung, einige Monate abzuwarten, vielleicht, daß dann durch die Praxis eine Milderung der Einwanderungsvorschriften herbeigeführt wird.

Anforderung nach Brasilien

Der Hilfsverein der Juden in Deutschland teilt folgendes mit:

Obwohl das am 4. Mai erlassene brasilianische Einwanderungsgesetz erst am 22. Dezember 1938 in Kraft tritt, wird, wie wir aus Brasilien hören, schon jetzt die Anforderung naher Verwandter nach Brasilien zugelassen. Der Kreis der Anforderungsberechtigten ist jedoch nur auf Verwandte auf- und absteigender Linie und Ehegatten beschränkt, Geschwister und Verlobte können also nicht angefordert werden; das gleiche gilt für Ehegatten, die die Ehe nach brasilianischem Recht durch Stellvertreter „über Meer“ geschlossen haben.

Der Anforderende muß beim brasilianischen Außenministerium einen Antrag stellen und hierbei die Legalität seines Aufenthaltes, sowie die Verwandtschaft mit dem Angeforderten nachweisen. Wird dem Antrag entsprechen, so weist das Außenministerium den zuständigen Konsul an, dem Angeforderten das Visum zu erteilen.

Das Visum ist nur drei Monate gültig; es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß in derartigen Fällen die Legalisierung keine besonderen Schwierigkeiten machen wird.

Visumzwang in Kuba

Der Hilfsverein der Juden in Deutschland teilt folgendes mit:

Die kubanische Regierung hat soeben ein Dekret erlassen, das für die Einwanderung nach Kuba den Visumzwang einführt. Das Visum wird nur erteilt, wenn dem Konsulat der Besitz eines in Kuba verfügbaren Kapitals nachgewiesen wird, das pro Person mindestens \$ 1500 betragen muß, aber nach Ermessen des Konsuls auch wesentlich höher sein kann. Außer dem Kapitalbesitz ist die Hinterlegung eines Landungsdepots in Höhe von \$ 500 pro Kopf erforderlich.

Die neuen Bestimmungen bedeuten bei der gegenwärtigen Transferlage eine nahezu völlige Unterbindung der Einwanderung nach Kuba. Einzelne Schiffahrtsgesellschaften haben dem bereits Rechnung getragen, indem sie alle Buchungen für Kuba storniert haben.

Frankreich und das Palästina-Problem

Besorgnisse in Syrien — Französische und englische Levante-Politik

Von unserem Berichterstatter

K. Paris, im November.

Die Vorgänge in Palästina beschäftigen wieder in verstärktem Maße die französische Öffentlichkeit. Frankreich hat sich seit Beginn des Araberaufstandes in Palästina bemüht, eine Stellung strikter Neutralität zu bewahren und auch die unter französischer Kontrolle stehenden syrischen und libanesischen Regierungen auf diesem Wege festzuhalten. Zwei Gründe waren für die betonte französische Zurückhaltung maßgebend: auf der einen Seite wollte man nicht England durch einen Interessenkonflikt im Vorderen Orient verstimmen, auf der anderen Seite vermied man es, durch eine offene Unterstützung der englischen Aktion gegen die selbständigen Araber die Beziehungen Frankreichs zu den unter seiner Herrschaft lebenden arabischen Massen in Nordafrika in Frage zu stellen. Aus diesem doppelten Gesichtspunkt kam jene zwiespältige Politik Frankreichs zustande, die wohl in Damaskus bemühend wirkte, die syrische Grenzkontrolle verstärkte usw., die gleichzeitig aber zuließ, daß Syrien die Agitationszentrale des von den Engländern vertriebenen Obersten Arabischen Rates wurde. In den letzten Tagen sind aber in Paris besorgte Stimmen laut geworden, die fragen, ob es Frankreich weiter möglich sein wird, eine klare Stellungnahme in dem palästinensischen Konflikt zu vermeiden. Einer der Gründe dieser Besorgnisse ist die wachsende Agitation der panarabischen Nationalisten in Damaskus und Beirut. Der Protest der Araber in Palästina anläßlich des Jahrestages der Balfour-Deklaration hat diesmal auch in dem französischen Protektorsgebiet besonders starke Auswirkungen gehabt. In fast allen größeren Ortschaften fanden unter Führung von Studenten und Agitatoren Kundgebungen statt, die teilweise einen nicht nur gegen England, sondern auch gegen die Mandatarmacht Frankreich gerichteten Charakter annahmen. Gewaltsam wurde in Damaskus und Beirut das Geschäftleben stillgelegt. Diese Kundgebungen sind für die Pariser Regierung besonders in einem Augenblick unerwünscht, in dem Frankreich eine Reform des französisch-syrischen Vertrages anstrebt, die seine Position in dem Levantestaate verstärken soll. Die in dem palästinensischen Verteilungsbüro zusammengeschlossenen panarabischen Kreise beabsichtigen außerdem, den Demonstrationen der Straße in den syrischen Städten auch eine diplomatische Agitation in Paris und London folgen zu lassen.

Der Präsident der syrischen Kammer, Fares Khury, wird über Paris nach London reisen und in beiden Hauptstädten die Forderungen der palästinensischen Araber unterstützen. Er wird in Paris mit dem syrischen Ministerpräsidenten Djemal Merdam Bey zusammenreffen, der sich nunmehr bereits seit mehreren Wochen in Paris aufhält. Obwohl Djemal Merdam Bey zu den gemäßigten arabischen Politikern gehört und es bisher vermieden hat, sich in der palästinensischen Frage zu engagieren, wird er sicherlich der Stimmung in Damaskus Rechnung tragen müssen. Die arabische Aktion wird sich in den nächsten Wochen in verstärktem Maße bemühen, die französische Politik für ihre politischen Forderungen zu gewinnen.

Nicht nur die steigende Unruhe in Syrien, sondern auch die aus London kommenden Nachrichten über die Entwicklung der englischen Palästina-Politik sind in Paris Gegenstand eingehender Überlegungen gewesen. Der Plan einer Lösung des Palästina-Problems im Rahmen einer arabischen Föderation, der nicht nur Palästina, Transjordanien und Irak, sondern auch das französische Mandatsgebiet Syrien-Libanon umfassen würde, stößt in Paris auf erhebliches Mißtrauen. Man befürchtet von demartigen Projekten eine Verminderung des französischen Einflusses im östlichen Mittelmeer und in der Levante. Die französische Öffentlichkeit fordert, daß — ohne eine Mitwirkung Frankreichs an der Lösung des Palästina-Problems in Erwägung gezogen werden kann — erst einmal eine grundlegende Aussprache zwischen England und Frankreich über alle Fragen der Politik im östlichen Mittelmeer erfolgt und daß eine Angleichung der politischen Gesichtspunkte beider Staaten vollzogen wird.

Woodhead-Bericht Mittwoch oder Donnerstag

Wie aus London berichtet wird, wird der Woodhead-Bericht am Mittwoch oder Donnerstag veröffentlicht werden. Kolonialminister Malcolm MacDonald wird nach Publikation des Berichtes im Parlament eine Erklärung über die künftige Palästina-Politik der britischen Regierung abgeben.

Appell an das Britische Weltreich

Sir John Hope Simpson für Öffnung der Dominions

Auf einem Essen der Royal Empire Society in London sprach am 2. November Sir John Hope Simpson, der im letzten Jahre als Leiter einer englischen Studienkommission für Emigrationsfragen und Verfasser eines gründlichen Berichtes hierüber hervorgetreten ist. Wenn die Völker der Welt nicht bereit sind, so sagte Sir John, die Auswanderer aus Mitteleuropa großzügiger aufzunehmen als bisher, dann wird das Problem völlig unlösbar. Dabei gibt es Dutzende von Ländern, die den Auswanderern eine Zuflucht bieten können, wenn sie nur wollen. Die Vorbereitungen für die Auswanderung, Ubersiedlung und Ansiedlung würden zwar eine beträchtliche Zeit beanspruchen. Unbedenklich sei jedoch die wichtigste Aufgabe, den ersten Schritt zu tun und die Auswanderer aus ihren bisherigen Wohnländern herauszuquetschen. Dies könnte geschehen, wenn andere Regierungen zeitweilige Unterkunftsmöglichkeiten bereitstellen würden, so daß zwischen Auswanderung und Einwanderung in das endgültige Ziel Land eine Durchgangsstation eingeschaltet würde. In dieser Durchgangsstation sollten die Auswanderer beruflich und geistig für das Ziel Land ihrer Wanderung geschult werden.

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben sollten alle Teile des britischen Weltreiches zusammenwirken. England selbst ist überfordert, aber in den Dominions und Kolonien gibt es noch leere, fast unentwickelte Räume, an deren Erschließung und Besiedlung die betreffenden Regierungen zweifellos interessiert sind. Eine ungeordnete Masseneinwanderung würde verheerend wirken, und die Zoten, in denen der Einwanderer ganz auf sich gestellt sein Glück versuchen konnte, sind wahrscheinlich vorbei. Wenn aber Großbritannien und die Dominions sich zur Bewältigung dieser Aufgabe vereinigen würden, so könne er nicht glauben, daß sie nicht sehr große Mengen von Emigranten ansiedeln könnten. Die große Mehrheit der Auswanderer sei bisher von jüdischen Organisationen angesiedelt worden, und die Großherzigkeit der jüdischen Gemeinschaft, die diese Organisationen unterstützt, sei über jedes Lob erhaben. Das Problem sei aber außerordentlich und könne durch private Anstrengungen nicht bewältigt werden.

Die Stellungnahme Sir John Hope Simpsons zum Problem der Unterbringung der Emigranten verdient unsere Beachtung. In der Tat berührt Sir John die beiden zentralen Fragen, die in diesem Problembereich eine Rolle spielen. Auf der einen Seite gilt es, das Tempo der Emigration nach Möglichkeit zu beschleunigen, und hierfür ist der Vorschlag, der unseres Wissens zuerst an dieser Stelle gemacht worden ist und jetzt von Hope Simpson erneuert wurde, besonders ersäuernd, nämlich eine größere Zahl von Menschen im Ausland provisorisch unterzubringen und ihnen bei dieser Gelegenheit die erforderliche Umschulung für ihre spätere Einordnung in überseeischen Ländern zu geben. Selbstverständlich könnte eine solche Aktion nur in enger Zusammenarbeit der interessierten jüdischen Stellen mit den in Frage kommenden Regierungen durchgeführt werden, und es wäre zu begrüßen, wenn insbesondere das Londoner Büro der Evian-Konferenz sich auch diesem Fragenkreis zuwenden würde.

Der zweite Punkt, den Sir John Hope Simpson behandelt, stellt einen Appell an England dar. In der Tat bietet das britische Weltreich wie kein anderer politischer Organismus Möglichkeiten für die Aufnahme großer Massen von Einwanderern, da in seinen Grenzen weite Landgebiete liegen, die es noch zu entwickeln und zu bevölkern gilt. Auch auf diesem Gebiete kann die jüdische Initiative allein nicht genügen, und Sir John wies mit Recht darauf hin, daß hier für die Regierung des Mutterlandes wie für die Dominions eine Gelegenheit gegeben ist, an der Lösung dieses Problems mitzuwirken. Es darf allerdings nicht nur bei Erwägungen bleiben, sondern es gilt, so schwierig die Dinge auch sein mögen, mit Mut und Entschlossenheit an sie heranzugehen und eine wirkliche Bereitschaft zur Aufnahme von Einwanderern zu zeigen. Bisher sind alle diese Bemühungen leider mehr oder weniger theoretischer Natur geblieben, doch wollen und können wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß hieraus allmählich eine konkrete Chance für die Aufnahme unserer Menschen entstehen wird. Dies ist uns so dringend, als eine Reihe von Ländern, die bisher für die Aufnahme jüdischer Einwanderer in Frage kamen, sich mehr und mehr abzuschließen beginnen bzw. auch die wirtschaftlichen Bedingungen in ihnen die Absorption der Einwanderer erschweren. Gerade in der heutigen Nummer bringen wir Berichte dieser Art, die zeigen, wie dringend erforderlich es ist, neue Räume für die jüdische Emigration zu erschließen, die nach ihrer wirtschaftlichen Struktur geeignet sind, einer erheblichen Zahl von Menschen eine Existenz zu geben.

Erster Ueberblick

Der arabische Generalstreik ist am Sonnabend beendet worden, dagegen dauert der arabische Verlehrsstreik noch an. Bei den Zusammenstößen und Ueberfällen der letzten Tage wurden drei Juden getötet. Die britischen Truppen setzten ihre militärischen Operationen fort.

Die Ärztin Ella Lingens – Gerechte unter den Völkern

Die Ärztin und Juristin Ella Lingens ist eine von 115 Österreichern, die von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern geehrt wurden. Gemeinsam mit ihrem Mann Kurt verhalf sie Juden vor dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich zur Flucht und versteckte jüdische Freunde in ihrem Haus, was dazu führte, dass sie für mehr als zwei Jahre als Lagerärztin in den Konzentrationslagern Auschwitz und Dachau interniert wurde.

Von Esther Ginsburg

Die Ärztin und Juristin Ella Lingens ist eine von 115 Österreichern, die von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern geehrt wurden. Gemeinsam mit ihrem Mann Kurt verhalf sie Juden zur Flucht vor dem Anschluss Österreichs an Hitler, was dazu führte, dass sie mehr als zwei Jahre als Lagerärztin in den Konzentrationslagern Auschwitz und Dachau interniert wurde. Vor der Deportation war ihr einziger Sohn Peter Michael knapp drei Jahre alt. "Es waren nicht Mitleid und Pflichtgefühl, die in mir siegten - es war der Hass auf das System, das mich brechen wollte, das mich meiner Ehre und Selbstachtung berauben wollte. Also sagte ich in Gedanken zu meinem kleinen Sohn: "Kind, du wirst vielleicht eine Weile auf deine Mutter warten müssen, aber wenn sie zu dir zurückkommt, wird sie dir in die Augen schauen können, dann brauchst du dich nicht zu schämen, dass deine Muttersprache Deutsch ist."

Ella Lingens (geb. Reiner) wurde am 18. November 1908 in Wien als fünftes Kind der Familie des Eisenbahnbeamten Friedrich Reiner und seiner Frau Elsa geboren. Ihr Vater besaß in Slowenien, das damals zu Jugoslawien gehörte, ein großes Landgut, das er nach seiner Pensionierung verwaltete. Nach dem Abschluss der Volksschule studierte Ella, die davon träumte, Richterin zu werden, in Wien und Zürich Rechtswissenschaften und promovierte 1932. Ellas Traum konnte leider nicht verwirklicht werden, denn während ihres Praktikums in England meldete ihre Mutter sie bei der Wiener Polizei ab und Ella wurde jugoslawische Staatsbürgerin mit Aufenthaltsrecht in Slowenien. Dies hatte zur Folge, dass ihr der Eintritt in den österreichischen Staatsdienst verwehrt wurde. 1935 begann Ella ein Medizinstudium. Nachdem sie an der Universität Wien studiert hatte, absolvierte sie in den Sommersemestern Praktika in Deutschland - in München und Marburg. Im Jahr 1938 gab sie ihre jugoslawische Staatsbürgerschaft auf und wurde Staatsbürgerin des Deutschen Reiches.

Ella zeichnete sich von Kindheit an durch einen starken Charakter und einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit aus. Aus Protest gegen die konservative Atmosphäre in ihrer Familie trat sie 1926, im Alter von 17 Jahren, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei. Während des „Österreichischen Bürgerkriegs“ 1934 stellte Ella der Redaktion der damals verbotenen sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung ihre Wohnung zur Verfügung und behielt deren Ausgaben.

Im März 1938 heiratete Ella ihren Studienkollegen Kurt Lingens, ein Mitglied des antifaschistischen Untergrunds. Im August 1939 bekamen sie einen Sohn, Peter Michael. Ellas Mann wurde in Düsseldorf geboren. Sein Va-



Ella Lingens

ter war Polizeipräsident in Köln, verlor aber 1936 seine Stelle, weil er der katholischen Zentrumspartei angehörte, die gegen den Nationalsozialismus und die Verfolgung von Katholiken war.

bleiben, um zu helfen

Nach dem Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland im März 1938 stand das Ehepaar Lingens als Gegner des NS-Regimes vor der Wahl, auszuwandern oder in Österreich zu bleiben. Ella wollte das Land nicht verlassen, und dann entschied ihr Mann: "Gut, aber wir bleiben hier unter einer Bedingung: Wir werden niemandem, der uns um Hilfe bittet und vom Regime verfolgt wird, die Hilfe verweigern." Kurt Lingens selbst wurde 1933 von den Nazibehörden wegen seiner antinazistischen Aktivitäten als Student von den deutschen Universitäten verbannt. Er arbeitete später als Assistenzarzt in der Sanitätskolonne.

Nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 engagierten sich Ella und Kurt in der direkten Hilfe für Juden: Ihre geräumige Wohnung wurde zur Zuflucht für zehn jüdische Kommilitonen. Später, zwischen 1941 und 1942, versteckte das Ehepaar Lingens trotz der ständigen Gefahr für sich und ihren kleinen Sohn mehrere Monate lang eine junge Jüdin, Erika Felden, in ihrer Wohnung. Sie kauften für sie Rationskarten von Mitgliedern des Untergrunds. Als das Mädchen an einer Magen-Darm-Infektion erkrankte, gab die Haushälterin der Lingens ihre Identitätskarte an Erika weiter, damit sie unter ihrem Namen behandelt wer-

den konnte.

Im Sommer 1942 begann die Deportation der Juden aus Wien in die Konzentrationslager. Einige von ihnen wandten sich an die Lingens und baten um Hilfe bei der Organisation ihrer Flucht vor der Deportation. Es gab auch einige, die ihre Wertgegenstände vor der Deportation in die Konzentrationslager in Sicherheit brachten.

1939 lernte das Ehepaar Lingens den aus einer wohlhabenden Adelsfamilie stammenden Antifaschisten Baron Karl von Moresiczky kennen, der an der Universität Wien Medizin studierte. Nachdem er sich mit den Lingens angefreundet hatte, lud der Baron sie ein, in seinem Haus in Hinterbrühl, einem Vorort von Wien, zu wohnen. Hier versteckte von Moresiczky Juden und Mitglieder des antifaschistischen Widerstands, die sich vor der Deportation versteckten.

Deportation in Konzentrationslager

Am 13. Oktober 1942 wurden Ella und Kurt Lingens sowie Karl von Moresiczky verhaftet. Ella wurde verhört und verbrachte vier Monate im Gestapo-Gefängnis in Wien. Gemeinsam mit Karl von Moresiczky wurden sie nach Auschwitz deportiert. Kurt von Moresiczky überlebte Auschwitz nicht - er starb dort am 25. Juni 1943. Kurt Lingens, damals Assistenzarzt in der Wehrmacht, wurde aus dem Dienst entlassen, degradiert, einem Strafbataillon zugeteilt und an die Ostfront geschickt, wo er schwer verwundet wurde.

Als "deutsch-arische" Ärztin wurde Ella dem berüchtigten Dr. Josef Mengele - Dr. Tod, wie er in Auschwitz genannt wurde - zugeteilt. Bei der Selektion der neu eingetroffenen Häftlinge auf der Lagerplattform spielte er stets die Rolle des "Schicksalsentscheiders". "Wenn eine Gruppe von Juden in solche eingeteilt wurde, die noch arbeits-



Foto von Ella Lingens aus den Gestapo-Akten

fähig waren, und solche, die in den Tod gehen sollten", erinnerte sich Ella, "piff Mengele eine Melodie und klopfte dabei rhythmisch mit dem Finger auf die linke oder rechte Schulter, was 'Gas' oder 'Arbeit' bedeutete."

Als Arzt im Frauenlager versuchte Dr. Lingens, das Leben vieler weiblicher Häftlinge zu retten, indem sie sie vor der Selektion zur Vernichtung in den Gaskammern versteckte. "Wir versteckten die Frauen in den Baracken", erinnert sie sich. Die SS befahl ihnen, bei der Selektion die Namen auf ihren Karteikarten zu schreiben. „Wir schmuggelten sie in die "arischen" Baracken oder in jene Baracken, in denen die Selektion bereits stattgefunden hatte. Wir setzten ihre Namen auf die Liste der Patienten, die aus dem Lazarett entlassen werden sollten" erinnert sich Ella.

In Auschwitz lernte Ella den studentischen SS-Arzt Werner Rohde kennen, bei dem sie 1938 an der Universität Marburg Medizin studiert hatte, und wurde von ihm betreut. Im April 1943 erkrankte Ella schwer an Typhus. Rohde rettete ihr das Leben, indem er sie von Birkenau in die Krankenstation des Stammlagers Auschwitz verlegte und anschließend die notwendigen hygienischen Maßnahmen zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse im Frauenlager durchführte. Nach Kriegsende wurde Rohde wegen seiner sadistischen Gräueltaten an KZ-Häftlingen bei medizinischen Experimenten zum Tode durch den Strang verurteilt und am 11. Oktober 1946 hingerichtet. 1964 sagte Ella Lingens im "Auschwitz-Prozess" über ihn aus: "Er (Werner Rohde) hat mir das Leben gerettet, aber er hat auch Zehntausende von Häftlingsfrauen in den Tod getrieben".

Ella Lingens blieb bis Dezember 1944 in Auschwitz, dann wurde sie auf einen Todesmarsch ins KZ Dachau geschickt. Wenige Tage später kam Ella in das Außenlager Giesing, wo schreckliche Hungersnöte und Epidemien herrschten.

Dr. Ella wartete im Stammlager Dachau auf die Befreiung durch die amerikanische Armee, wo sie als Ärztin im Frauenkrankenhaus arbeitete. Hier konnte sie manchmal unter großer Gefahr für sich selbst den Häftlingen Krankenurlaub verschreiben und sie so zumindest vorübergehend von der schweren und schädlichen Arbeit befreien. Nach der Befreiung von Dachau am 29. April 1945 trafen viele Reporter ein. "Sie versuchten zu verstehen, was hier geschah", erinnert sich Ella, "damit sie der Welt davon berichten konnten, obwohl wahrscheinlich niemand, der das alles nicht selbst erlebt hatte, es jemals wirklich verstehen konnte".

Im Januar 1980 wurden Ella und Kurt Lingens für ihren Heldenmut und ihre Tapferkeit bei der Rettung jüdischen Lebens von der Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern geehrt. Eine Sporthalle und eine Straße in ihrer Heimatstadt Wien sowie ein Platz in München wurden nach Ella Lingens benannt.

Dr. Ella Lingens starb am 30. Dezember 2002 im 95. Lebensjahr.

Die Superhelden-Welt des großen Stan Lee

Der Schöpfer von Spider-Man, Hulk oder X-Men war nicht zufällig ein Kind jüdischer Einwanderer in die USA. Superhelden machen auch den Unterprivilegierten, Entrechteten und Ausgegrenzten Mut. Stan Lee wurde erfolgreicher Comic-Zeichner, Schauspieler und Produzent. Er gab seinen Marvel-Helden charakterliche Tiefe und machte sie damit unsterblich. Manche erkennen sogar jüdische Lebensweisheiten in den Figuren und Drehbüchern des talentierten Comic-Vaters. (JR)

Von Freddie Zorin

„Ich kann als Vater vieler Kinder betrachtet werden: Alle meine Figuren waren meine Kinder“ - diese Aussage stammt von Stan Lee, einem wunderbaren Schriftsteller, Schauspieler, Produzenten, Fernsehmoderator, Drehbuchautor und Schöpfer vieler Comicfiguren.

Stanley Martin Lieber (später Lee) wurde am 28. Dezember 1922 in New York in der Familie des jüdischen Einwanderers aus Rumänien Jack Lieber und seiner Frau Celia Lieber, geb. Solomon, geboren. Die Familie lebte in ärmlichen Verhältnissen. Jack erlernte den Beruf des Schneiders, aber während der Großen Depression gab es kaum Arbeit, und die Liebersonnen zogen von Manhattan in die Fort Washington Avenue, später mussten sie erneut ihren Wohnsitz wechseln und ließen sich in einer Einzimmerwohnung in der Bronx nieder.

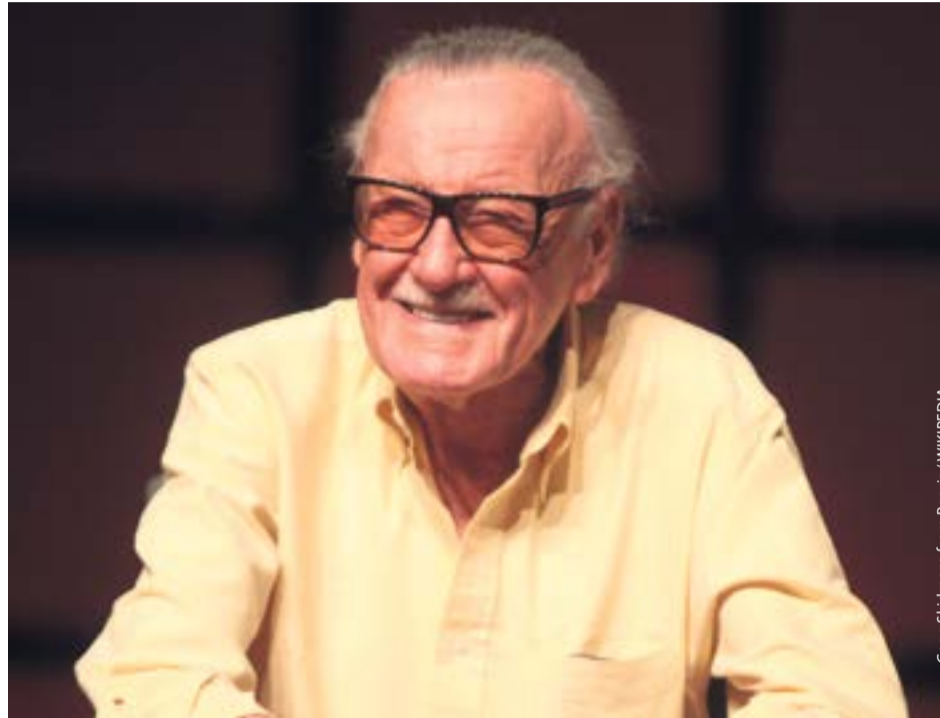
Dort machte Stanley auch seinen Highschool-Abschluss. Um seine Familie zu unterstützen, nahm er jeden Job an: Er lieferte Sandwiches in Büros aus, verteilte Zeitungsabonnements ... Er beschäftigte sich auch mit etwas, das eine andere Art von Fähigkeiten erforderte: Er schrieb Nachrufe für einen Nachrichtendienst und Pressemitteilungen für das Nationale Zentrum zur Bekämpfung der Tuberkulose. Mit anderen Worten: Er lief wie ein Hamster im Laufrad. So wie viele seiner Altersgenossen aus Einwandererfamilien, glaubte er daran, dass das Glück ihm hold sein würde - nicht heute, sondern morgen.

Im Oktober 1942 wurde Stan Lee in die amerikanische Armee eingezogen, wo er bis Oktober 1945 im Signal Corps diente. Zunächst reparierte er beschädigte Telegrafmasten, dann wurde er in die Abteilung für Lehrfilmproduktion versetzt. Er schrieb Drehbücher, verfasste lehrreiche Zeichengeschichten, die dann auf Film übertragen wurden. Er arbeitete auch an den Texten von Armeehandbüchern mit.

Nach seiner Demobilisierung heiratete Lee im Jahr 1947 Joan Boocock. 1949 kaufte das Paar ein Haus in Woodmere, New York, wo Stan und Joan drei Jahre lang lebten, und zog dann in die Stadt Hewlett Harbor auf Long Island, New York. 1950 bekamen sie eine Tochter, Joan Celia, und 1953 eine zweite Tochter, die aber wenige Tage nach der Geburt starb.

Einstieg in die Comic-Welt

Stans literarische Fähigkeiten entwickelten sich: Mitte der 1950er Jahre begann er, Abenteuergeschichten zu schreiben, doch Anfang der 1960er Jahre zog es ihn unwiderruflich zu den Comics, die einen weiten Raum für die Entfaltung seiner Fantasie eröffneten. Und in diesem Genre kam Stans Talent voll zur Geltung. Sein Onkel mütterlicherseits, Robbie Solomon, Herausgeber von Timely Comics - dem Unternehmen, das Joe Simons Comics mit herausgab - und ein weiterer Verleger, Martin Goodman, dessen Frau Stans Cousine war, spielten eine wichtige Rolle bei seiner Entwicklung in diesem Bereich. Lee arbeitete mit mehreren begabten Künstlern zusammen, darunter Jack Kirby und Steve Ditko. In kreativer Zusammenarbeit mit ihnen schuf Stan



Stan Lee

so bemerkenswerte Figuren wie Spider-Man, Iron Man, den Hulk, die Fantastischen Vier und die X-Men.

„Das Schwierigste war, für jede Figur eine völlig neue Geschichte zu schreiben“, sagte Stan gegenüber Reportern. - „Mir fiel etwas ein, und dann hielt ich inne: 'Moment mal, das wurde doch schon für Daredevil verwendet!'“ Oder: „Oh, ich glaube, es gibt etwas Ähnliches in Fantastic Four...“ Und jedes Mal musste ich sicherstellen, dass das, was mir einfiel, sich radikal von allem, was vorher war, unterschied. Jede Wiederholung war ausgeschlossen.“

Zusammen mit John Buscema schrieb Lee ein Selbstlernbuch "How to Draw Comics the Marvel Way", das 1978 erschien.

1981 zogen Stan und seine Frau nach Kalifornien und ließen sich in der Nähe von Hollywood nieder. Zunächst konzentrierte sich Lee darauf, an der Fernsehproduktion für Marvel Entertainment mitzuwirken, doch dann machte er sich daran, seinen eigenen Fernsehsender zu gründen. Seine Idee nannte er "POW! Entertainment". Auf diesem Sender wurden Reality-Shows über menschliche Superkräfte sowie Episoden der Zeichentrickserie „Stripperella“ für Erwachsene ausgestrahlt.

Lee als Schauspieler und Comicfigur

Stan Lee bewies sich nicht nur in der Welt der Animation. Er spielte (wenn auch nur in Episoden) in Filmen, die auf den von Marvel Comics produzierten Comics basieren: "X-Men", "X-Men: The Last Stand", "Spider-Man", "Daredevil", "Hulk", "Fantastic Four" sowie in den Filmen des "Marvel Cinematic Universe" (amerikanische Medienfranchise-Produkte, die literarische Werke, Filme und Fernsehserien umfassen, die durch gemeinsame Charaktere verbunden sind und unter einem einzigen Markennamen veröffentlicht werden. - Anm. d. Red.). In Kevin Smiths Film „Captain Marvel“ spielte Lee sich selbst.

Als Figur trat Stan Lee in vielen Zeichentrickfilmen und Computerspielen

auf. Hier kann man "Spider-Man" nennen oder die Zeichentrickserie "Die Simpsons". Stans Figur ist in einer der Episoden des 3D-Computeranimationsfilms "Ralph Breaks the Internet" deutlich zu sehen. Sie ist auch in den Spielen "Lego Marvel Super Heroes", "Lego Marvel Super Heroes - 2" und "Lego Marvel's Avengers" zu sehen, wo Lee eine "spielbare" Figur ist, die mit einer Mischung aus den Fähigkeiten von Helden wie Spider-Man, Cyclops, Mr. Fantastic und anderen ausgestattet ist. Ist das nicht ein Beweis für die Popularität?

Ehrungen für Lebensleistung

Im Jahr 2002 wurde Stan Lee mit dem Saturn Award der American Academy



US-Präsident George W. Bush überreicht Stan Lee die National Medal of Arts, 2008.

of Science Fiction, Fantasy and Horror Films in der Kategorie "Career Achievement" geehrt. Im Jahr 2008 erhielt Lee die National Medal of Arts, die vom US-Kongress gestiftet und im Namen des amerikanischen Volkes vom Präsidenten des Landes für herausragende Leistungen in der Kunst verliehen wird. Ein weiteres Ehrenzeichen war sein

Namensstern auf dem Walk of Fame in Hollywood.

In den letzten Jahren seines Lebens litt Lee an einer chronischen Lungenerkrankung. Anfang 2016 gab er zu, dass er aufgrund seiner sich stark verschlechternden Sehkraft die Fähigkeit zum Lesen und Schreiben verloren hatte. Am 6. Juli 2017 starb seine Frau Joan an den Komplikationen eines Schlaganfalls. Sie wurde 95 Jahre alt. Lee überlebte seinen lebenslangen Freund nur knapp: Er verstarb am 12. November 2018. Als Todesursache wurden ein Herzstillstand, Atemnot und chronisches Herzversagen angegeben. Die Abschiedszeremonie am 17. November fand im privaten Rahmen statt: Stan hatte dafür gesorgt, dass seine Beerdigung in aller Stille und Bescheidenheit stattfand.

Bob Batchelor schrieb ein biografisches Buch über Stan Lee. Lee war der umsatzstärkste Produzent in der Geschichte des Kinos: Filme mit seiner Beteiligung brachten den Machern mehr als 30 Milliarden Dollar ein, und dieser Betrag wächst weiter. Dass Marvel zu einem riesigen und erfolgreichen Multimediakonzern geworden ist, ist vor allem Lees Talenten und Bemühungen zu verdanken.

Jüdische Elemente

Einige von Lees Superhelden-Sprüchen sind heute besonders aktuell. Zum Beispiel der Satz von Spider-Man: "Große Macht bringt große Verantwortung mit sich", der in der heutigen Realität einen besonderen Klang hat.

Der New Yorker Rabbiner Simcha Weinstein, der die Reflexion des Judentums in Comics erforscht, ist der Ansicht, dass die von Stan Lee erfundenen Geschichten eine Weltanschauung widerspiegeln, die von den Lebenserfahrungen der jüdischen Einwanderer geprägt ist, unter denen er aufgewachsen ist.

Einigen von Stans Superhelden wurden von Forschern seines Werks jüdische Züge zugeschrieben, was Lee selbst wahrscheinlich nie beabsichtigte. So wurde zum Beispiel festgestellt, dass Spider-Man ein ständiges jüdisches Schuldbewusstsein hat. Andere sehen einige von Stan Lees Figuren als Metaphern für die Opfer von Antisemitismus und Rassismus. Arnold Bloomberg, Professor für englische Sprache und Literatur an der University of Maryland, argumentiert, dass Stan Lees jüdische Weltsicht zu komplexeren, tiefgründigeren und menschlicheren Comicfiguren geführt hat als die zuvor makellosen, aber "eindimensionalen" Figuren. Einer der Forscher, Aryeh Kaplan, weist darauf hin, dass Stans Figuren durch einen Sinn für Humor und Selbstironie verbunden sind, der für das jüdische Volk sehr charakteristisch ist.

Kaplan führte übrigens 2003 ein Interview mit Lee, in dem Stan über den Einfluss des Judentums auf seine Arbeit sagte: "Für mich hat sich das Wesen der jüdischen Religion immer auf einen Satz reduziert: 'Was du nicht willst, das man dir tu', das füg auch keinem anderen zu'. In meinen Geschichten habe ich versucht zu zeigen, dass jeder Mensch von Geburt an gut ist. Das Böse wird immer da sein, und das bedeutet, dass wir es immer bekämpfen müssen."

Sir Joseph Rotblat und die Atombombe – Ein Wissenschaftler mit Ethik-Kompass

Der polnisch-jüdische Nuklear-Forscher und Friedensnobelpreisträger mit „britischem Pass“, Joseph Rotblat, hatte während des Zweiten Weltkriegs am Manhattan Project mitgewirkt, das die Entwicklung der amerikanischen Atombombe zum Ziel hatte. Antriebskraft für das Vorhaben, war die Befürchtung, Hitler könne ebenfalls bald über eine Atombombe verfügen. Als sich diese Vermutung nicht bestätigte, beendete er seine Mitarbeit am Manhattan-Projekt und kehrte nach Großbritannien zurück. Rotblat vertrat den moralischen Grundsatz, dass Wissenschaftler stets für die Folgen ihrer Forschung verantwortlich sind. Nach Kriegsende wurde er führendes Mitglied der Bewegung Pugwash, die Wissenschaftler, Politiker und Prominente aus Ost und West während des Kalten Krieges mit einigem Erfolg zusammen zu bringen versuchte. Das Ziel der Bewegung war die Friedensförderung und die nukleare Entwaffnung. Pugwash und Rotblat erhielten 1995 für ihre aufrechten Bestrebungen den Friedensnobelpreis. (JR)

Von David Schimanowski

Wahrscheinlich kennen nicht viele Menschen den Namen dieses berühmten Physikers und Strahlenbiologen, sozialen Aktivisten, Friedensnobelpreisträgers, Gründers und Leiters der Pugwash-Bewegung von Wissenschaftlern, die bedeutende Fortschritte im Kampf für den Frieden erzielt hat. Baron Martin Rees, der renommierte Kosmologe und Astrophysiker, sagte über ihn: "Der vielleicht größte lebende Mensch ist Joseph Rotblat, den ich zu kennen die Ehre habe.... Es war dieser Wissenschaftler, der Einstein dazu überredete, das berühmte Bertrand-Russell-Memorandum zu unterzeichnen. Und er gibt ein Beispiel dafür, wie ein echter Wissenschaftler sein sollte. Ich denke, wir brauchen Wissenschaftler wie Joseph Rotblat, um die Wissenschaft optimal zu nutzen."

Vom Elektroingenieur zum Doktor der Atomphysik

Jozef (später Joseph) wurde am 4. November 1908 in Warschau geboren. Er war das siebte Kind einer wohlhabenden jüdischen Familie. Sein Vater, Zelman Rotblat, war Inhaber eines Pferdetransportunternehmens und züchtete und exportierte Pferde. Die Familie lebte im Zentrum der Stadt und fuhr im Sommer aufs Land. Als Kind hatte Jozef sein eigenes Pony und spielte gerne Fußball. Die Rothblats unterrichteten ihre Kinder zu Hause und stellten Privatlehrer ein. Der Weltkrieg ruinierte das Geschäft des Vaters: Die Pferde wurden für militärische Zwecke beschlagnahmt, die Grenzen wurden geschlossen, und die Kommunikation mit ausländischen Partnern war unterbrochen. Die Familie zog in ein unansehnliches Viertel. Für den Rest seines Lebens erinnerte sich Jozef an lange Schlangen vor Bäckereien und Suppen aus gefrorenen Kartoffeln: "Ich habe während des Krieges eine schreckliche Erfahrung gemacht, voller Entbehrungen. Hunger, Kälte, Krankheit, Tod. Grausame Dinge sind passiert."

Der Krieg endete und Polen wurde unabhängig. Józef kam nicht auf das Gymnasium, da es nicht schulgeldfrei war. Er wurde auf eine Berufsschule geschickt, wo er den Beruf des Elektrikers erlernte. Seit seinem 14. Lebensjahr verlegte er elektrische Kabel, installierte Beleuchtungen in Häusern und interessierte sich ernsthaft für Radiotechnik. Er wollte unbedingt eine höhere Ausbildung machen. Nachdem er erfahren hatte, dass die Polnische Freie Universität Juden ohne eine prozentuale Norm aufnimmt und die Studiengebühren dort recht erschwinglich sind, bestand er im Januar 1929 problemlos die Aufnahmeprüfung in



Sir Joseph Rotblat

Physik, konnte aber die Rechtsfrage nicht beantworten. Der Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät, Professor Ludwik Wertenstein, half ihm aus der Patsche: Er bestand das Gespräch und wurde schließlich mit einem Stipendium angenommen. Unter der Leitung dieses jüdischen Wissenschaftlers führte der Student abends wissenschaftliche Forschungen im Bereich der Radioaktivität durch und arbeitete tagsüber als Elektriker weiter. Die moralischen Grundsätze Wertensteins beeinflussten ihn sehr, denn er konnte seinem Schüler vermitteln, dass Wissenschaftler für die Folgen ihrer Forschung verantwortlich sind.

Mit 30 mg Radiumlösung erzielte Jozef ähnliche Ergebnisse wie Enrico Fermi, der die Bildung künstlicher radioaktiver Elemente untersuchte.

Rotblat gelang es, ein Kobaltisotop zu gewinnen, das er später in der Strahlentherapie einsetzte. Die Subtilität und Gründlichkeit der Experimente überzeugten den Professor, dass der Student ein hervorragender Experimentalphysiker werden würde. Im Jahr 1932 verteidigte Rotblat sein Diplom mit dem Magistertitel und begann als Forscher im radiologischen Labor der Warschauer Wissenschaftlichen Gesellschaft zu arbeiten, die von Wertenstein geleitet wurde.

1937 wurde Józef Rotblat stellvertretender Direktor des Polnischen Instituts für Atomphysik, und ein Jahr später verteidigte er an der Universität Warschau mit Bravour seine Doktorarbeit zum Thema "Bestimmung der Anzahl der von einer Quelle emittierten Neutronen". Er interessierte sich

mehr und mehr für die Probleme der Kettenreaktion bei der Spaltung von Urankernen und kam im März 1939 zu dem Schluss, dass es unter bestimmten Bedingungen zu einer superkräftigen Atomexplosion kommen könnte. Polen verfügte jedoch nicht über die Ausrüstung, um die entsprechenden Experimente durchzuführen. Nachdem er erfahren hat, dass sich der englische Wissenschaftler James Chadwick, der den Nobelpreis für die Entdeckung des Neutrons und der photonuklearen Reaktion erhalten hat, mit diesen Fragen befasst, bemüht sich Rotblat um ein Stipendium für ein Praktikum an der Universität Liverpool, wo Chadwick ein Zyklotron baut - einen Teilchenbeschleuniger zur Untersuchung von Kernreaktionen.

Der einsame Verweigerer der Atombombe

Während dieser Zeit heiratete Rotblat die Philologiestudentin Tola Gryn, die er in einem Sommerlager für Jugendliche kennengelernt hat. Als er Joseph wird, reist er im Frühjahr 1939 allein nach Liverpool: Er kann seine Frau nicht mit einem Stipendium unterstützen. Während er die englische Sprache beherrscht, lässt sich Rotblat schnell im Labor von Professor Chadwick nieder und beteiligt sich aktiv an der Untersuchung der Spaltung von Uranatomen. Fasziniert von Josephs Erfolg, beginnt der Chef, ihn in die Lösung komplexerer Probleme einzubeziehen. Nachdem Chadwick von dem bescheidenen Stipendium des Praktikanten erfahren hatte, bot er ihm zunächst an, Vorlesungen für Studenten zu halten, und stellte ihm dann zusätzlich ein Stipendium zur Verfügung - eine angesehene Auszeichnung der Fakultät. Rotblat beschloss, dass dies für ihn und seine Frau ausreichen würde, und im August 1939 besuchte er sie in Polen.

Alles war für den Umzug vorbereitet, doch eine Blinddarmentzündung und die anschließende Operation fesselten Tole ans Bett. Joseph ließ seine Frau zu Hause, um sich zu erholen, und verließ Warschau am 30. August, aber sein Zug war der letzte vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Rotblat versuchte verzweifelt, die Frau, die er liebte, zu retten, und Niels Bohr half ihr, die Durchreise durch

Dänemark zu sichern, doch das Land wurde bald von den Nazis überrannt. Auch die Visa für Belgien und Italien wurden nicht verlängert. Rotblat sah seine Frau nie wieder und heiratete auch nie wieder. Wie sich später herausstellte, wurden Tole Gryn und ihre Mutter nach Majdanek deportiert und starben dort Ende 1941. Josephs Mutter, seinem Bruder und dessen Frau, seiner Schwester und Nichte gelang die Flucht aus dem Warschauer Ghetto in die UdSSR. Um ihnen die Auswanderung nach England zu ermöglichen, nahm Rotblat 1946 die britische Staatsbürgerschaft an, obwohl er dies zuvor vermieden hatte. Später betonte er, er sei "ein polnischer Physiker mit britischem Pass".

Die durch die deutsche Besetzung Polens ausgelöste Angst und die Sorge um das Schicksal geliebter Menschen beschleunigten Rotblats Entscheidung, sich an den Arbeiten britischer Physiker zur Entwicklung von Kernwaffen zu beteiligen. Er vermutete, dass die Nazis in Deutschland ebenfalls daran interessiert waren und befürchtete, dass der Feind einen Schritt voraus sein und die Atombombe im Krieg einsetzen könnte. Joseph war davon überzeugt, dass die Forschung im Interesse des Sieges über Hitler auf jede erdenkliche Weise beschleunigt werden müsse, und bot Chadwick seinen Plan an, an der Bombe zu arbeiten. "Ich war der erste, der in Großbritannien damit begann", gestand Rotblat später. - Ich konnte einfach keinen Platz für mich finden und versuchte, das vielleicht schlimmste Dilemma zu lösen, dem ein Wissenschaftler gegenüberstehen kann. Die Arbeit an Massenvernichtungswaffen zerbrach meine Überzeugungen darüber, welchen Zwecken die Wissenschaft dienen sollte, aber alle Ideale hätten ein Ende gefunden, wenn Hitler die Bombe in die Hände bekommen hätte.

1940 brachten führende britische Physiker bei der Regierung die Frage der Entwicklung von Atomwaffen zur Sprache. Auf Anweisung von Winston Churchill wurde das nationale Atomprogramm (Codename Tube Alloys) gestartet. Daran beteiligt waren J. Chadwick, J. Taylor, N. Bohr, R. Frisch und andere, darunter auch J. Rotblat. Im August 1943 unterzeichneten Churchill und Roosevelt ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den USA und Großbritannien in der Kernforschung. Die britische Mission im Los Alamos Laboratory zur Durchführung des Manhattan-Projekts wurde von James Chadwick geleitet, der im Februar 1944 ausnahmsweise den polnischen Staatsbürger Rotblat in die Entwicklung des Projekts einbezog, der sich der Gruppe zur Untersuchung der Gammastrahlung bei der Kernspaltung anschloss.

Zwischen Wissenschaft und Gewissen

In den USA kam Rotblat in Kontakt mit Oppenheimer, Bohr und Teller und war Gast in ihren Häusern. Doch allmählich wurde er mit seiner Tätigkeit unzufrieden, denn sein Endziel war die Atombombe mit unglaublicher Zerstörungskraft. Im Oktober 1944 teilte Chadwick ihm mit, dass die Deutschen nicht mehr an Atomwaffen arbeiteten und dass die Alliierten Hitler bald besiegen würden. Zuvor hatte General Leslie Groves, der militärische Leiter des Programms, in einem privaten Gespräch vor ihm gesagt, dass ein amerikanisches Mo-

nopol auf Atomwaffen nach dem Sieg über Deutschland ein Mittel zur „Einschüchterung und Unterwerfung der Russen“ sein würde. Und Bohr räumte in einem Gespräch mit Rotblat die Möglichkeit eines Wettrüstens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ein. „Und dies wurde zu einem Zeitpunkt gesagt, als die Russen fast den gesamten Bodenkrieg vor der Eröffnung der Zweiten Front geführt hatten“, erinnerte sich Rotblat später. - „Das alles war ein furchtbarer Schock für mich, denn ich hatte eine völlig andere Vorstellung von diesem Projekt. Der einzige Grund, warum ich an der Bombe gearbeitet habe, war, dass ich Angst vor den Deutschen hatte. Sonst hätte ich nie daran gearbeitet...“

Er teilte seine Zweifel mit denjenigen, denen er vertraute, aber etwas wurde den Sicherheitsbehörden bekannt, die ein Dossier über den "dubiosen Polen" zusammenstellten und ihn überwachen ließen. Als Joseph Chadwick von seinem Entschluss, das Programm zu verlassen, unterrichtete, äußerte dieser deutlich seinen Unmut: "Das wird den Amerikanern eine Menge Ärger bereiten, du solltest nicht gehen." Und er teilte ihm mit, dass die CIA Rotblat der Sympathie für die Kommunisten und der Absicht verdächtigte, die Geheimnisse der Atomwaffen an die Russen zu verraten. Joseph versicherte ihm, dass er nicht fähig sei, Verrat zu begehen, und dass er das sowjetische System und Stalin, der im Bündnis mit Hitler in Polen eingefallen war, nicht toleriere. Aber er könne sich nicht am Bau einer Atombombe gegen diejenigen beteiligen, die sein Land von den Deutschen befreien. Chadwick riet ihm, seine Abreise damit zu begründen, dass er nach England zurückkehren wolle, um dem Schicksal seiner Frau nachzugehen. Letztlich war Rotblat der einzige Wissenschaftler, der sich aus moralischen Gründen weigerte, das Manhattan-Projekt vor dem Einsatz der Atombombe gegen Japan aufzugeben.

An der Spitze der Pugwash-Bewegung

Zwischen 1945 und 1949 war Joseph Rotblat zunächst als Dozent und dann als Leiter der kernphysikalischen Forschung an der Universität Liverpool tätig, während er sich weiterhin gegen verschiedene Anschuldigungen wehrte. Seit 1950 war seine wissenschaftliche Laufbahn mit der Universität London verbunden, wo er als Professor und stellvertretender Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät sowie als leitender Physiker am St. Bartholomew's Hospital Medical College in London tätig war. 1976 wurde der Wissenschaftler im Ruhestand zum Ehrenprofessor auf Lebenszeit an der Universität London ernannt. Außerdem war er Gründer und Leiter der Abteilung für Friedensstudien an der Universität Bradford.

Seitdem hat er sich ausschließlich der Friedensforschung gewidmet, vor allem der Kern-, Quanten- und Medizinphysik sowie der Strahlenbiologie. Einige Kollegen hatten kein Verständnis für die Entscheidung des Wissenschaftlers und beschuldigten ihn sogar der Desertion. Doch schon die ersten Studien über das Problem der Wirkung von Strahlung auf den menschlichen Körper machten ihn zum größten Spezialisten auf diesem Gebiet. Rotblats Interessensspektrum umfasste die Problematik der Wir-

kung von Strahlung auflebende Organismen, insbesondere auf das Altern und die Fruchtbarkeit (Zeugungsfähigkeit), sowie den Einsatz von Strahlung in der Krebstherapie. Auf der Grundlage seiner Forschungen über lichtempfindliche Photoemulsionen wurde das Pi-Meson entdeckt. Insgesamt hat er mehr als 300 wissenschaftliche Veröffentlichungen verfasst, darunter 20 Monographien.

Seit Ende der 1940er Jahre ist Joseph Rotblat eine wichtige öffentliche Figur in Abrüstungs- und Sicherheitsfragen. Der Einsatz der Atombombe durch die USA gegen Japan veranlasste ihn, dies zu tun: "Atomwaffen sind von Natur aus unmoralisch: Ihre Wirkung ist unterschiedslos, sie treffen Unschuldige und Aggressoren, sie töten die jetzt Lebenden und die noch nicht geborene Generationen. Die Folge ihres Einsatzes könnte das Ende der Menschheit sein. All dies macht Atomwaffen zu einem inakzeptablen Mittel zur Erhaltung des Weltfriedens.... Ich möchte sicherstellen, dass die wissenschaftlichen Fortschritte in den kommenden Jahren angemessen genutzt werden."

Wichtige Aufklärungsarbeit

In Gesprächen mit Physikern predigte er die Notwendigkeit eines Moratoriums für den Einsatz von Atomwaffen. Als die Association of Atomic Scientists in Großbritannien gegründet wurde, wurde Joseph zu ihrem Vizepräsidenten gewählt. Im Jahr 1947 organisierte er die weltweit erste beispiellose Aktion "Atomic Train". In den Waggons wurde eine Ausstellung über die Möglichkeiten der Nutzung der Kernenergie gezeigt, die die Besucher mit den Aussichten der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke vertraut machen sollte. Drei Jahre lang wurde die Ausstellung in Europa und Asien gezeigt, und Rotblat nahm als Reiseleiter daran teil.

Besonders besorgt war er über die Gefahren, die mit Atomwaffentests verbunden sind. Er stellte fest, dass das bei diesen Tests freigesetzte Strontium-90 eine Zunahme von Krebserkrankungen verursachte, und gründete einen Unterausschuss, der sich mit diesem Problem befasste. Er wurde Herausgeber der Zeitschrift *Physics in Medicine and Radiobiology* und gründete die *British Gamma Radiation Association*. 1949, einen Monat nach dem Wasserstoffbombentest auf dem Bikini-Atoll, organisierte die BBC eine Sendung mit dem Erzbischof von York, dem Philosophen Bertrand Russell und Joseph Rotblat. Letzterer war Mitverfasser des *Russell-Einstein-Manifests* (1955), in dem alle Wissenschaftler der Welt, unabhängig von ihrer Nationalität, Religion oder politischen Überzeugung, aufgerufen wurden, sich gegen die Gefahr eines Atomkriegs zu vereinen. In dem Manifest wurde argumentiert, dass ein Krieg mit Atomwaffen katastrophale Folgen für die Zivilisation haben würde, weshalb Wissenschaftler aller Nationen ihre Regierungen davon überzeugen müssten, dass eine neue Ära in der Geschichte der internationalen Beziehungen angebrochen sei. "Wir appellieren an Sie als Menschen: Denken Sie daran, dass Sie zur menschlichen Rasse gehören. Wenn Sie dies tun können, steht der Weg zu einem neuen Paradies vor Ihnen offen; wenn Sie es nicht tun, steht die Gefahr des universellen Ruins vor Ihnen."

Auf der Grundlage des Manifests entstand auf Initiative von Rotblat eine internationale Bewegung von Wissenschaftlern, politischen und sozialen Aktivisten für Frieden, Abrüstung, Sicherheit und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Diese Nichtregierungsorganisation erhielt ihren offiziellen Namen "Pugwash Conference on Science and International Affairs".

Der Hippokratische Eid für Wissenschaftler

Schon in jungen Jahren war Joseph Rotblat davon überzeugt, dass die Wissenschaft der Menschheit dienen und Leben retten sollte. Er konnte sich nicht verzeihen, dass er mitverantwortlich war für die Entwicklung von Waffen, die ganze Städte und letztlich die Weltzivilisation zerstören konnten. Er war der Meinung, dass Wissenschaftler und Regierungen die Interessen der Wissenschaft und der Menschheit verraten hatten und dass alles getan werden musste, damit so etwas nie wieder geschehen konnte. Doch nicht alle Kollegen von Rotblat teilten seine Ansichten.

Rotblat war der Ansicht, dass Wissenschaftler die Pflicht hätten, die ethischen Auswirkungen ihrer Forschung zu berücksichtigen. Und er kritisierte die Auffassung, dass die einzige Pflicht eines Wissenschaftlers darin bestehe, seine Ergebnisse zu veröffentlichen, und dass es der Öffentlichkeit überlassen sei, sie zu nutzen: "Das ist eigentlich unmoralisch, weil es die persönliche Verantwortung für die wahrscheinlichen Folgen des eigenen Handelns beseitigt". Er schlug einen ethischen Rahmen für die wissenschaftliche Forschung in Form eines Eides vor, ähnlich dem Hippokratischen Eid für Ärzte: "Wissenschaftler können nicht länger behaupten, dass ihre Arbeit nichts mit dem menschlichen Wohl oder der öffentlichen Ordnung zu tun hat". Ein solcher moralischer Verhaltenskodex würde die Bereitschaft der wissenschaftlichen Gemeinschaft zum Ausdruck bringen, Forschung zu rein edlen Zwecken zu betreiben: "Ich schwöre, für eine bessere Welt zu arbeiten, in der der Einsatz von Wissenschaft und Technologie eine soziale Verantwortung darstellt. Ich werde meine Ausbildung nicht für Zwecke nutzen, die den Menschen oder der Umwelt schaden. Während meiner gesamten Laufbahn werde ich die ethischen Dimensionen meiner Arbeit berücksichtigen. Ich unterschreibe diese Erklärung, weil ich weiß, dass persönliche Verantwortung der erste Schritt zum Frieden ist."

Auch im hohen Alter engagierte sich Joseph Rotblat noch in der Gemeinschaft. Sein ganzes Leben lang verkörperte er das Ideal eines Ritters der Wissenschaft, der sich selbstlos für ihre Prinzipien einsetzt. Davon zeugen auch die ihm zuteil gewordenen Ehrungen. Die englische Königin ehrte ihn mit dem Titel "Commander of the Order of the British Empire" und verlieh ihm den Titel "Sir". Rotblat war Mitglied der Royal Society of London, ausländisches Mitglied der Akademien der Wissenschaften der Vereinigten Staaten, der Tschechischen Republik, Polens, der Ukraine und Georgiens, Ehrenprofessor an einer Reihe von Universitäten, Träger von Orden und Medaillen verschiedener Länder.

Muslimischer Judenhass – vom Propheten bis zur Hamas

Die einschlägigen Aussagen im Koran und in den theologischen Texten des Islam erlauben es den Muslimen, den Judenhass als von Gott gefordert und vom Islam vorgeschrieben zu verbreiten. Der Umgang Mohammeds mit den jüdischen Stämmen in Medina, ihre Vertreibung, Versklavung und Ermordung, gilt als Blaupause für radikale und gewaltbereite Muslime. Über Jahrhunderte hinweg be-riefen sich islamische Judenhasser - vom Mufti von Jerusalem und seinen Nazi-Komplizen, bis zum mörderischen Mullah-Regime in Teheran und der barbarischen Hamas, um nur einige zu nennen, auf diese religiöse Legitimierung des Koran. (JR)

Von Dr. Alfred Schlicht

Als der Prophet Muhammad im 7. Jahrhundert in der arabischen Handelsstadt Mekka den Islam verkündete, sah er sich nicht als Gründer einer neuen Religion. Er trat auf als Warner, als Mahner, der zur Rückkehr zur Urreligion des Abraham aufrief. Muhammad sah sich in der Tradition der jüdischen und christlichen Propheten, die nach seiner Auffassung im Wesentlichen dieselbe Botschaft ihrer Zeit und ihren Völkern gebracht hatten. In den frühen Jahren des Islam, als der Prophet in seiner Vaterstadt Mekka wirkte, hatte er zu Juden- und Christentum eine durchaus positive Haltung. Er nahm auch zahlreiche Elemente aus dem Judentum, bewusst oder unbewusst, auf – sie sind bis heute Teil des Koran. Die Kibla, die Gebetsrichtung, ging im Frühislam nach Jerusalem, das ja auch eine der heiligen Stätten des Islam ist.

Herrschaftsanspruch des neuen Propheten

Einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des Frühislam stellte die Hidschra dar, der Auszug des Propheten und seiner Anhänger aus Mekka nach Yathrib, das von da an Madinat [an-Nabi], Stadt des Propheten, hieß. Hier in Medina wurde Muhammad vom Anführer einer bedrängten kleinen Gemeinschaft zum Führer eines Gemeinwesens, zum Herrscher des ersten islamischen Staates. Hier begegneten ihm vor allem auch erstmals ‚die Juden‘, nicht nur das Judentum als Lehre und Religion. Medina war eine Assoziation von Stämmen, die vertraglich untereinander verbunden waren. Dieser Staat stand aber eindeutig unter muslimischer Ägide, der Prophet des Islam gab die Richtung vor.

Leitmotiv der Geschichte des ersten muslimischen Staates war – wie das der islamischen Welt seither und bis heute – die Auseinandersetzung mit den Nichtmuslimen. Hauptgegner der frühen Muslime war Mekka,

wo nicht zuletzt eine blühende Wallfahrtsindustrie vom Polytheismus profitierte und Muhammads strikter Monotheismus nicht willkommen war. Der weitgehende Herrschaftsanspruch des neuen Propheten, der sich als letzter Prophet, als ‚Siegel der Propheten‘ empfand und dessen Verkündigung somit endgültig war, und seine Aggressivität führten unvermeidlich zu offenen Konflikten. Die Auseinandersetzung mit Mekka rückte jetzt in den Mittelpunkt.

In diesem Kontext änderte sich auch das Verhältnis der Muslime zu den Juden. Bald erkannte Muhammad, dass sich die Juden ihm nicht freudig anschließen, sondern ihre eigene Religion beibehalten würden. Insofern betrachtete er die Präsenz von 3 jüdischen Stämmen in seinem medinensischen Staat mit Skepsis. Mekka wurde die neue Gebetsrichtung für die Muslime. Dies muss nicht ausschließlich als gegen die Juden gerichtet [Abkehr von Jerusalem] interpretiert werden, sondern zeigte den Muslimen nachdrücklich, dass Mekka das nächste Ziel war und den



Mohammed (rechts) vor seinen frühesten Anhängern. Illustration zu al-Birūnis Kompendium Athar al-Baqiya 'an al-Qurun al-Chaliya. Das Werk befindet sich in der Sammlung der Bibliothèque nationale in Paris (Manuscrits Arabes).

Mekkanern, dass ihre wirtschaftliche Existenz nicht gefährdet war, sondern Mekka religiöses Zentrum bleiben könne. Der Prophet des Islam benutzte drei Kriege mit Mekka unter Ausnutzung der dabei entstehenden Emotionen und des hochkochenden ‚nationalen‘ Selbstbewusstseins zum Vorgehen gegen die Juden von Medina.

Vertreibung, Versklavung und Tötung der Juden

Die Banu Kainuka und die Banu Nadir wurden vertrieben – schlechter erging es den Banu Kuraiza: Ihre Männer wurden getötet. Frauen und Kinder wurden versklavt. Begründet wurden diese drakonischen Maßnahmen mit Illoyalität und Verrat der jüdischen Seite. Über diese Vorgänge sind wir nicht durch jüdische oder christliche Quellen unterrichtet, sondern ausschließlich durch islamisch-arabische. Dies bedeutet einerseits, dass wir Vorbehalte haben können bezüglich des jüdischen ‚Verrats‘. Andererseits ist ausgeschlossen, dass die Überlieferung von Tötung, Vertreibung und Versklavung der Juden auf jüdischer Gräuelpromaganda beruht.

Einige der aus Medina vertriebenen Juden siedelten sich in Chaibar an, einer etwa 150 km von Medina entfernten Oase. Von dort aus hielten sie Kontakt zur Stadt Mekka und leisteten wohl auch den Gegnern Muhammads Unterstützung. Medina und die Muslime sahen sich nun zwischen zwei feindlichen Städten – Chaibar und Mekka. In dieser angespannten Situation schloss man 628 ein Abkommen mit Mekka, das einen befristeten Waffenstillstand und ein Recht der Muslime beinhaltete, im darauffolgenden Jahr die Pilgerfahrt nach Mekka zu unternehmen. Dadurch hatte der Prophet gegenüber Mekka den Rücken frei und konnte sich Chaibar zuwenden. Unter Führung der Juden von Chaibar schien sich damals eine Allianz gegen Muhammad gebildet zu haben. Der Feldzug gegen Chaibar war für die Muslime erfolgreich und bot ihnen die Gelegenheit,

den Status der dortigen Juden so zu regeln, dass ein Modellfall für die künftige Behandlung der Nichtmuslime entstand. Nach dem Beispiel von Chaibar entstand die ‚Dhimma‘, ein Reglement für die Existenz von ‚Leuten des Buches‘ – also von Besitzern einer dem Koran verwandten Offenbarungsschrift – unter islamischer Herrschaft. Die Juden durften weiterhin im von den Muslimen eroberten Chaibar leben, hatten jedoch eine besondere Steuer zu zahlen und waren zahlreichen Auflagen und Einschränkungen unterworfen [geringere Rechte vor Gericht, Kleidervorschriften, Beschränkungen bei der Religionsausübung, keine Teilhabe an der politischen Macht]. Der Dhimmi ist definitiv ein Bürger zweiter Klasse. Vollwertiger ‚Bürger‘ kann in einem islamisch definierten Staat, wie es die muslimische ‚Umma‘, die Gemeinschaft der Gläubigen ist, nur der Muslim sein. ‚Chaibar‘ ist bis heute für viele Muslime ein Begriff, der den Triumph des Islam über die Nichtmuslime symbolisiert. Der muslimische Sieg hatte Signalwirkung: Eine Welle der Konversion zum Islam auf der arabischen Halbinsel war die Folge.

18 Monate nach Chaibar fiel Mekka in die Hand der Muslime.

Anti-jüdische Verse im Koran

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der Koran – also das Wort Gottes – sich abfällig zu den Nichtmuslimen äußert. So fordert Sure 5, Vers 51 die Gläubigen dazu auf, Juden und Christen nicht zu Freunden zu nehmen. Man kann diesen Koranvers mit viel Spitzfindigkeit auch anders interpretieren, doch zeigen klassische muslimische Korankommentare, dass die Mehrheit der Muslime den Text tatsächlich so verstanden, dass keine Freundschaften mit Juden [Christen] gepflegt werden sollten. Ein Hadith, also eine Textüberlieferung aus der Zeit des Propheten, aus der kanonischen Sammlung des Muslim ibn al-Hadschadsch fordert die Gläubigen dazu auf, Juden und Christen nicht zuerst zu grüßen und ihnen auf öffentlichen Stra-

ßen nicht den Vortritt zu lassen, sondern sie auf die Seite zu drängen. Und in Sure 2, Vers 65/66 werden Juden zu Affen [was allerdings Vorbilder bereits in älteren religiösen Texten hat]. Weiter fordert der Koran, Juden [und Christen] zu bekämpfen, bis sie kleinlaut Tribut entrichten [Sure 9, Vers 29]. Vers 191 von Sure 2 schließlich befiehlt bezüglich der Ungläubigen: „Und tötet sie, wo immer ihr ihnen begegnet ... die Verführung zum Unglauben ist schlimmer als das Töten“. So bietet der Islam schon früh ein anti-jüdisches Bild. Wobei dennoch aus dem christlichen Europa der Inquisition mehr Juden in die islamische Welt fliehen als in andere christliche Länder.

Seit dem 19. Jahrhundert kommt mehr und mehr der Einfluss des europäischen Antisemitismus auch in den Nahen Osten, verstärkt die bereits seit dem 7. Jahrhundert vorhandene Grundstimmung unter Muslimen, ergänzt die islamische Judenablehnung um neue Motive, Scheinargumente und Vorurteile. Auch die historische Entwicklung nimmt eine Richtung, die Vorbehalte gegen Juden nährt. 1896 erscheint Theodor Herzls Buch ‚Der Judenstaat‘ – die Grundlage des politischen Zionismus ist geschaffen. Er fordert aufgrund des weltweiten Antisemitismus einen unabhängigen jüdischen Staat, vorzugsweise im historischen Palästina, das damals zum [muslimischen] Osmanischen Reich gehört. Wenn auch vorläufig eine solche Staatsgründung noch sehr utopisch wirkt, schreibt doch der britische Außenminister Lord Balfour 1917 an Lord Rothschild, einen führenden Vertreter des britischen Zionismus, die britische Regierung befürworte „a national home for the Jewish People“.

In Palästina aber entsteht zu dieser Zeit auch eine arabisch-„palästinensische“ Nationalbewegung, die vom Großmufti von Jerusalem, Mohammad Amin al-Husseini, geleitet wurde, der nicht nur ein Nationalist war, sondern ein wirklicher Judenhasser. Seine engen Kontakte zu Hitler, seine Hetzschriften und seine zahlreichen Gespräche mit Vertretern des Naziregimes lassen keinen anderen Schluss zu, als dass Husseini einen Judenhass vertrat, der dem der Nationalsozialisten in nichts nachstand. In einem Fall verhinderte er die Ausreise jüdischer Kinder aus Deutschland, weil diese ja bald heranwachsen würden und dann die jüdische Gemeinschaft in Palästina verstärken würden. Er mobilisierte Muslime für die Waffen-SS und wirkte mit, bei der Verbreitung von NS-Propaganda im Nahen Osten, wobei er das Narrativ von einer ‚jüdischen Weltverschwörung‘ förderte.

Auch in Ägypten gab es antijüdische Strömungen innerhalb der Muslimbrüder, der dort maßgeblichen islamistischen Organisation.

Komplizenschaft mit den Nazis

Nazideutschland unterstützte die Muslimbrüder finanziell und mit Rundfunkpropaganda. Sayyid Kutb, ein Chefdedeologe der Muslimbrüder, verkündete, seit

jeher sei es eine Bestrebung der Juden, den Islam zu vernichten. Die Nationalsozialisten, der Großmufti von Jerusalem und die Muslimbrüder fanden eine Gemeinsamkeit beim Schüren antijüdischer Ressentiments in der islamischen Welt. Die einschlägigen Aussagen im Koran und in den theologischen Texten [z.B. Hadithe] erlaubten es, Juden Hass als von Gott gefordert und vom Islam vorgeschrieben zu verbreiten. Auch wenn heute in behaglichen Elfenbeintürmen und angenehmen Redaktionen gerne am Narrativ gestrickt wird, einschlägige religiöse Texte des Islam seien gar nicht antijüdisch, sondern können auch durchaus anders interpretiert werden – viele Muslime haben das nicht so gesehen und für muslimische Judenhasser und ihre Nazi-Mentoren waren judenfeindliche Texte wörtlich zu verstehen und willkommenes Propagandamaterial.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus herrschte weltweit einhelliges Entsetzen über die Gräueltaten der Nazis. Nur im islamischen Orient war das anders. Hier fanden ehemalige Nazi-Größen Zuflucht und neue Betätigungsfelder. General Artur Schmitt beispielsweise wurde in Ägypten hofiert als willkommener militärischer Berater. SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, ein enger Mitarbeiter von Adolf Eichmann, konnte zunächst noch Jahre in Europa untertauchen, obwohl französische Gerichte ihn mehrfach zum Tode verurteilt hatten und Österreich eine hohe Belohnung auf seine Ergreifung ausgesetzt hatte [Es gab Gerüchte, dass es in deutschen Sicherheitsstellen Seilschaften gab, die ihn deckten]. 1954 jedoch gelang es ihm, nach Syrien zu entkommen, wo er noch ca. 50 Jahre lebte, immer wieder durch antisemitische Hasstiraden auffiel und vor deutschen Touristen mit seinen Taten in der Nazi-Zeit prahlte. Es gab mehrere Anschläge auf ihn, bei denen er zwar schwer verletzt wurde, aber überlebte. Ab 1945 gab es in fast allen arabischen [und auch in anderen muslimischen Ländern] Pogrome im Zuge des überall aufkommenden Nationalismus und angesichts der Gründung des jüdischen Staates, die oft auch zu Vertreibungen führten, so dass heute nur noch wenige Juden [wohl unter 3000] in arabischen Ländern leben.

Iran will Vernichtung Israels

Islamischer Judenhass flammte seither immer wieder auf. Imam Khomeini, der 1979 – zum Erstaunen der wie so oft ahnungslosen westlichen Welt – Iran zu einem schiitischen ‚Gottesstaat‘ gemacht hatte, sagte 1981: „Von Anfang an war eines unserer wichtigsten Ziele die Vernichtung Israels.“ So hat die islamische Republik Iran in den über vier Jahrzehnten ihrer Existenz immer Gruppierungen unterstützt, die sich der Vernichtung Israels verschrieben haben. Mit dem Zunehmen islamistischer Strömungen weltweit haben auch Judenfeindschaft und Antisemitismus Terrain gewonnen und sind ganz natürliche Erscheinungen weltweit geworden, wobei sie oft als „verständliche Konsequenzen“ des Schicksals der „Palästinenser“ dargestellt werden.

Die Hamas-Bewegung, ins Schlaglicht der Weltöffentlichkeit gerückt im Oktober 2023 durch ihren Überfall auf Israel, dessen Opfer vor allem Zivilisten waren, wurde 1987 gegründet – hervorgegangen aus einer sozialen und karitativen Organisation [wie ganz allgemein radikal-islamische Kräfte sich gern durch soziales Engagement die Sympathie der Bevölkerung sichern] in Verbindung mit der Muslimbruderschaft. In ihrer Charta von 1988 sind Verhandlungen mit Israel ausgeschlossen. ‚Juden‘ sind dort als Feinde der Muslime benannt – es geht nicht etwa lediglich um eine Gegnerschaft zu Israel. In Artikel 7 steht: „Die Stunde [der Auferstehung] wird nicht kommen, bis die Muslime gegen die Juden kämpfen. Die Muslime werden sie töten, bis sich der Jude hinter Stein und Baum verbirgt, und Stein und Baum dann sagen: ‚Muslim, o Diener Gottes! Da ist ein Jude hinter mir. Komm und töte ihn!...‘“ Bei diesem Text handelt es sich um einen Hadith, eine Überlieferung, wie sie in den kanonischen Sammlungen von al-Buchari und Muslim enthalten ist.

Juden streben laut Hamas-Charta weltweit Medienkontrolle an und standen hinter der französischen und den kommunistischen Revolutionen [Art. 22]. Die Charta beruft sich auf das Protokoll der Weisen von Zion, eines vermeintlichen Weltverschwörungsplans ‚der Juden‘, der aber bereits vor hunderten Jahren als Fälschung entlarvt wurde, jedoch in der arabischen Welt weiterhin im Umlauf

ist. Die zahlreichen Gewaltaktionen der Hamas belegen, dass die theoretisch befürwortete Gewalt gegen Juden durchaus auch in der Praxis umgesetzt wird. Ein Hamas-Grundsatzpapier von 2017 wird teilweise als Ersatz der Charta betrachtet. Führende Hamas-Funktionäre haben sich seither kompromissbereiter geäußert als in der Charta.

Übergriffe auf Juden

Weltweit kommt es immer wieder zu Gewalttaten von Muslimen gegen Juden, die eben nicht als Kritik am Staat Israel oder als „Selbstverteidigung“ gelten können oder als militärische Auseinandersetzung in einem Krieg. Am 19.3.2012 erschoss der algerische Islamist Muhamad Merah 4 Menschen, darunter 3 Kinder, vor einer jüdischen Schule in Toulouse. Am 4.4.2017 ermordete ein Islamist aus Mali eine pensionierte jüdische Ärztin in ihrer Wohnung in Paris. Am 23.3.2018 wurde die 85-jährige Holocaust-Überlebende Mireille Knoll in ihrer Pariser Wohnung ermordet. Signifikant sind gerade französische Beispiele, da Frankreich sowohl die größte jüdische als auch die größte muslimische Gemeinschaft in Europa hat. Die 3 Fälle haben gemeinsam, dass die Opfer alle weder aus Israel stammten noch in irgendeiner offiziellen Beziehung zu Israel standen. Weder der Rabbiner und die jüdischen Kinder in Toulouse noch die alten Damen aus dem Pariser Bezirk Belleville sind verantwortlich für die Politik des Staates Israel.

Judenfeindliche, antisemitische Taten kommen mit wachsender Zuwanderung – vorwiegend aus muslimischen Staaten – zunehmend auch nach Europa. Auch auf deutschen Straßen kommt es immer häufiger zu tätlichen Angriffen auf Menschen, die als ‚Juden‘ kenntlich sind. Immer weniger kann sich das Narrativ halten, die meisten antijüdischen Ausschreitungen gingen auf das Konto ‚traditioneller‘ Nazis.

Auch die Slogans auf ‚Anti-Israel Demos‘ oder ‚Pro-Palästina-Demos‘ weisen oft eindeutig judenfeindlichen Charakter auf. Der Spiegel, die Wirtschaftswoche und die TAZ berichten übereinstimmend, dass auf solchen Veranstaltungen in Deutschland oder bei Spielen von Ajax Amsterdam in den Niederlanden skandiert wurde „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“. Das ist Volksverhetzung, Aufför-

derung zu Straftaten und Judenhass, der sich bewusst in die übelste antisemitische Tradition unseres Landes stellt. Wer hier das Schicksal „palästinensischer“ Flüchtlinge als Rechtfertigung anführt, macht sich zum Komplizen.

Präzedenzfälle aus dem 7. Jahrhundert

Auch die frühislamischen Ereignisse um Chaibar [siehe oben] werden als Anhänger für Slogans herangezogen. So wurde in Berlin bei Palästina-Demos im Mai 2021 skandiert „Chaibar, Chaibar ya Yahud, Dschaisch Muhammad say’ud“ [Chaibar, Chaibar, o ihr Juden, die Armee Muhammads wird wieder kommen]. Eindeutig eine Drohung mit Gewalt unter Berufung auf Präzedenzfälle aus dem 7. Jahrhundert.

Es musste erst zu den Ereignissen vom Oktober 2023 in Israel kommen und wieder zu Gewalt und antijüdischen Parolen auf deutschen Straßen, um die Politik in Deutschland zum Handeln zu veranlassen.

Die EU hat die Hamas längst als kriminelle Organisation eingestuft, aber bei uns wird erst jetzt ein Verbot von Organisationen im Hamas-Umfeld erwogen. Denn in letzter Konsequenz ist auch die humanitäre Krise, die der Hamas-Exzess in Gaza ausgelöst hat, ein Ergebnis des radikalislamischen Judenhasses. Die über 200 israelischen Geiseln in Gaza und die unschuldigen Frauen und Kinder, die unter der Gaza-Blockade leiden, sind alle Opfer der Hamas.

Ganz neue Töne erklingen auf einmal seitens des Bundeskanzlers. Migration soll eingeschränkt werden, Unberechtigte sollen das Land schnell verlassen müssen. Das hat aber vielleicht weniger mit Angst vor weiteren Terrorimporten oder plötzlich erwachter pro-jüdischer Gesinnung, die über Lippenbekenntnisse hinausgeht, zu tun, sondern eventuell mit katastrophalen Umfrageergebnissen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, sagte: „In Teilen unserer Gesellschaft ist Integration offenkundig gescheitert.“ - Manche wussten das schon lange.

Dr. Alfred Schlicht ist u.a. Autor von ‚Gehört der Islam zu Deutschland?‘ [Kohlhammer 2017] und ‚Die Araber und Europa‘ [Kohlhammer 2008].

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Zivile Opfer in Gaza aus Sicht der Thora

Erlaubt die Halacha den Juden eine Kriegsführung ohne Beachtung ziviler Opfer, wenn der Krieg zum Schutze des jüdischen Volkes alternativlos und gerechtfertigt ist und es keinen anderen sinnvollen Verteidigungsweg für eine erfolgreiche Kriegsführung gibt? Die Thora billigt in dem Falle das Führen eines Krieges, wenn eine Nation das jüdische Volk angreift und jüdische Leben geschützt werden müssen. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Während sich die Hamas hinter Schulen, Moscheen und Wohnhäusern verschanzt, bombardiert Israel diese Einrichtungen mit dem Ziel, die Terroristen zu vernichten und nimmt dabei eine hohe Zahl ziviler Opfer in Kauf. Es steht außer Frage, dass die gezielte Tötung von Zivilisten nach internationalem und israelischem Recht ein Kriegsverbrechen darstellt, doch stellt sich die Frage nach der moralischen Rechtfertigung von Militäroperationen, die der Selbstverteidigung dienen und den Verlust unschuldiger Menschenleben zur Folge haben. Die Tötung von Hamas-Mitgliedern, die sich an antiisraelischer Gewalt beteiligen oder sie unterstützen, ist zweifellos gerechtfertigt. Aber was rechtfertigt die Tötung arabischer Kinder, die nicht absichtlich, sondern fast unvermeidlich verletzt oder getötet werden?

Wie steht die Tora zu Kollateralschäden? Gibt es eine Pflicht, die Zahl der zivilen Opfer zu verringern, aber gleichzeitig das Leben israelischer Soldaten im Zuge einer Bodenoffensive zu riskieren?

Seit der Zerstörung des zweiten Tempels und dem Verlust der jüdischen Souveränität waren diese Art von Fragen in der Praxis nicht mehr relevant und es wurde im Talmud nur noch wenig Aufmerksamkeit auf die Frage der Kriege und wie man sie führt gerichtet. Die Quellenlage ist entsprechend dürftig. Der Tanach berichtet zwar über eine Vielzahl von Kriegen, aber nirgends wird die Frage der zivilen Opfer aufgeworfen. Überhaupt ist diese Frage in der jüdischen Geschichte neu. Der erste Rabbiner, der sich eingehend damit befasste, war Schaul Israeli (1909-1996). Nach einer Reihe von Terroranschlägen führte die israelische Armee 1953 im Westjordanland Vergeltungsschläge durch, bei denen 69 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, getötet wurden. Dieses Ereignis wurde als das „Massaker von Kibije“ bekannt, und Rabbi Israeli rechtfertigte das Vorgehen der Armee auf der Grundlage der Halacha. Nach weiteren Kriegen wurde diese Frage immer wieder aufgeworfen, so etwa von Rabbiner Isaak Blau nach dem Israel-Gaza-Konflikt 2006 und von Rabbiner Chajim Jachter 2014 nach dem gleichnamigen Konflikt, die zu gegenläufigen Schlussfolgerungen kamen. Im Folgenden möchte ich einen Überblick über die wichtigsten Quellen und ihre Interpretation geben.

Die Beseitigung des Bösen

In Genesis 34 wurde Jakobs Tochter Dina in der Nähe der Stadt Schechem von Schechem, dem Sohn Chamors, entführt und vergewaltigt. Da Schechem daraufhin Dina heiraten wollte, schlug Chamor Jakob vor, dass ihre beiden Völker eine Politik des Handels und des gesellschaftlichen Umgangs miteinander beginnen sollten. Dinas Brüder Schimon und Levi gaben vor, der Heirat und dem Bund zuzustimmen, wenn Schechem und alle anderen männlichen Einwohner der Stadt Schechem beschnitten würden. Nach der Beschneidung, als die Männer noch geschwächt waren, überfielen Schimon und Levi die



Stadt, töteten alle Männer einschließlich Schechem und Chamor und befreiten Dina. Dann plünderten sie gemeinsam die Stadt. Jakob tadelte Schimon und Levi dafür, dass sie die Feindschaft der Nachbarstämme erregt hatten.

Haben Schimon und Levi richtig gehandelt, als sie die ganze Stadt niedermetzelten? Schließlich waren die Bewohner nicht an der Vergewaltigung beteiligt. Maimonides (1138-1204) ist der Meinung, dass Schimon und Levi richtig gehandelt haben. Eines der sieben noachidischen Gebote, nach denen Nichtjuden gemäß der Tora leben sollen, ist die Gerichtsbarkeit, die Beseitigung des Bösen und die Förderung einer gerechten Gesellschaft. Die Bewohner von Schechem haben gegen die Vergewaltigung von Dina nicht protestiert und ihre Entführung nicht verhindert. Dies stellt einen Verstoß gegen das Gebot der Gerichtsbarkeit dar, ein Verbrechen, das nach dem Talmud mit dem Tode bestraft wird. Maimonides schreibt: „So wurden auch alle Einwohner von Schechem mit dem Schwert getötet, weil Schechem einen Menschenraub begangen hatte, den die Einwohner der Stadt gesehen und gewusst, aber nicht gerichtet hatten“ (Könige und Kriege 9:14).

Maimonides macht die Gesellschaft für die schlechten Taten ihrer Führer verantwortlich. Sie sind verpflichtet, ihre Gesellschaft von bösen Führern zu befreien, auch wenn sie dabei ihr Leben riskieren und wer das nicht tut, wird mit dem Tod bestraft. Maimonides würde die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Zivilisten im Zweiten Weltkrieg verteidigen, weil sie Hitler nicht von der Macht entfernt hatten. Das deutsche Volk war Zeuge der Reichspogromnacht, wusste davon, protestierte aber nicht und „verdiente“ deshalb die Strafe, weil es das Naziregime nicht stürzte. All

das Leid, das das deutsche Volk während des Zweiten Weltkriegs ertragen musste, war nach Ansicht des Maimonides gerechtfertigt.

Maimonides würde dasselbe über die Bewohner des Gazastreifens sagen. Sie sehen und wissen, dass die Hamas ohne Provokation Raketen auf Israel abfeuert, Zivilisten entführt, Frauen und Kinder ermordet, motiviert durch den blanken Judenhass, den die Hamas-Führer offen verkünden. Maimonides würde es sogar gutheißen, Zivilisten in Gaza ins Visier zu nehmen, um sie zu motivieren, sich ihrer bösen Hamas-Führer zu entledigen.

Interpretation nach Nachmanides

In seinem Kommentar zur Genesis 34:13 ist Nachmanides (1194-1270) mit der Meinung des Maimonides nicht einverstanden. Er ist zwar der Meinung, dass Schimon und Levi das Recht hatten, Schechem und Chamor wegen der Entführung und Vergewaltigung ihrer Schwester Dina zu töten, aber die Tötung der anderen Einwohner Schechems war ungerechtfertigt. Er führt drei Argumente für seine Position an. Erstens haben die Einwohner von Schechem Jakobs Familie nichts angetan. Die Bewohner eines Ortes haben den Tod nicht verdient, weil sie die bösen Taten ihres Anführers nicht kontrollieren konnten. Auch würde jeder Versuch des Volkes, seinen Führern eine moralische Ordnung aufzuzwingen, wahrscheinlich zum Tod der Stadtbewohner führen. Er stützt seine Meinung auf die Tatsache, dass Jakob die Handlungen von Schimon und Levi scharf kritisierte: „Ihr habt mich ins Unglück gestürzt, habt mich bei den Bewohnern des Landes verhasst gemacht. Wenn sie sich gegen mich zusammentun, werden

sie mich schlagen, und ich werde mit meinem Haus vernichtet.“ Auch wenn Bewohner vielleicht in anderer Hinsicht böse gehandelt haben, hatten Schimon und Levi nicht das Recht, alle zu töten.

Maimonides und Nachmanides streiten darüber, ob die Halacha ein ganzes Volk für das Böse verantwortlich macht, das seine Führer begangen haben. Es schwer zu sagen, wessen Ansicht nach der Tora maßgebend ist. In seiner Analyse schrieb Rabbiner Schaul Israeli hierzu: „In der Praxis gibt es keine ausreichende Grundlage, um gegen eine ganze Gemeinschaft vorzugehen, die es versäumt hat, ihrer Pflicht nachzukommen und Mörder aus ihrer Mitte zu entfernen, solange es möglich ist, dies mit der Behauptung von Angst, Druck und dergleichen zu entschuldigen.“ Darüber hinaus billigt Maimonides nicht die Tötung von Säuglingen und Kindern, die nicht in der Lage sind, die Hamas-Regierung zu stürzen. Es gibt also hieraus keine ausreichende Grundlage, um das israelische Vorgehen in Gaza zu rechtfertigen.

In Kriegen kämpfen Völker gegen Völker

Jehuda Löw von Prag (1525-1609) wählt einen Kompromiss zwischen Maimonides und Nachmanides. Einerseits stimmt er mit Nachmanides überein, dass das Volk von Schechem nicht für die Taten seines Anführers verantwortlich gemacht werden kann, und argumentiert, dass ihr Versäumnis, Gerechtigkeit herzustellen, auf den Zwang ihrer Anführer zurückzuführen ist; das Volk hatte keine Macht seine Anführer zu richten. Auf der anderen Seite rechtfertigt er die Handlungen von Schimon und Levi, indem er behauptet, dass die Tora das Führen eines Krieges billigt, wenn eine Nation uns angreift. Unter solchen Umständen sind wir berechtigt, ja sogar verpflichtet, auf die Provokation des anderen Volkes zu reagieren. Als Reaktion, greifen wir das andere Volk an, ohne zwischen schuldigen und unschuldigen Mitgliedern dieses Volkes zu unterscheiden. In Kriegen kämpfen Völker gegen Völker und das schließt ein, dass alle Menschen der anderen Nation als Teil des feindlichen Kollektivs behandelt werden. So reagierten Schimon und Levi angemessen auf die Aggression Schechems und hatten das Recht, das ganze Volk anzugreifen, denn so werden Kriege geführt.

Schimon und Levi fürchteten wahrscheinlich Vergeltungsmaßnahmen von Schechem, der die Beschneidung akzeptiert hatte, um Jakob und seine Familie auszuplündern. Der Angriff auf die Männer von Schechem kurz nach ihrer Beschneidung könnte von Schimon und Levi als Präventivschlag eines kleinen Volkes, das von einem viel größeren Volk bedrängt wurde, durchgeführt worden sein. Schimon und Levi fürchteten, dass das Volk von Schechem sie angreifen würde, nachdem es sich von der Beschneidung erholt hatte, und dass sie wegen der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Kämpfer einen schweren Nachteil hätten. Jehuda Löw meint, dass Schimon und Levi auf einen schweren Gewaltakt gegen ihre Familie

reagierten, und zwar in einer Weise, die den langfristigen Schutz der Familie in einem sehr gefährlichen Gebiet sicherstellte.

Akt der Notwehr

Diese Ansicht von Jehuda Löw ist unter den Kommentatoren einzigartig. Im Gegensatz zu Maimonides, der die Stadtbewohner für schuldig erklärt, behauptet Jehuda Löw, sie trügen keine Schuld und dennoch sei ihr Tod gerechtfertigt. Alle anderen Kommentatoren lehnen die Idee ab, die ganze Stadt für die Tat eines Einzelnen zu bestrafen. Sie erklären die Absicht von Schimon und Levi damit, dass sie zunächst nur denen schaden wollten, die Dina entführt hatten. Doch als sie die Schuldigen bestrafen wollten, erhob sich die ganze Stadt gegen sie. Sie mussten sich verteidigen und töteten in Notwehr die ganze Stadt. Und Rabbiner Samson Raphael Hirsch (1808-1888) schreibt: „Sie waren zu weit gegangen, das an Unschuldigen zu rächen, was mächtige Schuldige begangen“.

Rabbiner Chajim Jachter sieht die Situation anders: Auch wenn die verschiedenen Kommentatoren die Verteidigung von Schimon und Levi durch Jehuda Löw nicht teilen, bedeutet dies nicht notwendigerweise, dass sie sein Prinzip ablehnen. Sie könnten einfach der Meinung sein, dass die Tötung von Schechem und Chamor ausgereicht hätte, um Dina zu retten, und dass es daher nicht gerechtfertigt war, Krieg gegen die ganze Stadt zu führen. Der Angriff auf Schechem war ungerechtfertigt, aber in einem gerechtfertigten Krieg sind sich alle einig, dass man angreifen darf, ohne zwischen unschuldigen und schuldigen Angehörigen eines Volkes zu unterscheiden, wenn es unmöglich ist, den Krieg auf andere Weise wirksam zu führen. Diese Position wird von führenden Rabbinern wie Rabbiner Jakob Ariel (1937-), Rabbiner Herschel Schachter (1941-) und Rabbiner Ascher Weiss (1953-) unterstützt. Ih-

rer Meinung nach erlaubt die Halacha eine Kriegsführung ohne übermäßige Rücksichtnahme auf zivile Opfer, wenn der Krieg gerechtfertigt ist und es keine sinnvolle Alternative für eine erfolgreiche Kriegsführung gibt.

Um ihre Ansicht zu untermauern, führen sie Erzählungen aus dem Tanach an. Als König Schaul gegen die Amalekiter in den Krieg zog, sagte er zu den Kenitern, einem Nomadenvolk, das mit Israel verbündet war und in der Nähe der Amalekiter lebte: „Zieht weg von den Amalekitem, dass ich dich nicht mit ihnen vernichte“ (1 Sam. 15:6). Schaul warnte sie, das Schlachtfeld zu verlassen, da sie sonst im Verlauf der Schlacht sterben könnten. Er war also bereit, zivile Opfer in Kauf zu nehmen.

„... deren Wege alle Frieden sind“

Rabbiner Isaak Blau hält dagegen mit anderen Kriegsgesetzen, die Sorge um Unschuldige auf der gegnerischen Seite zeigen. So schreibt Maimonides: „Wenn man eine Stadt belagert, darf man sie nicht von allen vier Seiten umzingeln, sondern nur von drei Seiten, damit für diejenigen, die fliehen und sich retten wollen, ein Schlupfloch bleibt“. Einige erklären dieses Gesetz aus strategischen Gesichtspunkten: Wenn der Feind das Gefühl hat, keinen Fluchtweg zu haben, wird er seine Kampfanstrengungen verdoppeln. Wenn er einen Fluchtweg hat, werden die Soldaten fliehen und der Rest wird den Kampfgeist verlieren. Nachmanides dagegen fügt noch einen moralischen Punkt hinzu. Die Menschen auf dem Schlachtfeld verdienen Mitleid, man müsse ihnen eine Überlebenschance geben: „So lernen wir, auch im Krieg mit unseren Feinden barmherzig zu sein“. Und Rabbiner Schlomo ibn Simra (1479-1573) fügt schrieb dazu: „Dies alles ist der Weg der Tora, deren Wege alle Frieden sind“.

Eine weitere wichtige Quelle für diesen Zusammenhang ist das 5. Buch, in dem unterschieden wird, ob der Krieg gegen die sieben kanaanäischen Völker

oder gegen andere Völker geführt wird. Dort heißt es: „Wenn du vor eine Stadt ziehst, dann sollst du ihr Frieden anbieten. Geht sie auf das Friedensangebot ein, dann soll dir das ganze Volk Frondienst leisten und dir Untertan sein. Will sie aber keinen Frieden mit dir schließen, dann sollst du sie belagern. Und der Ewige, wird sie in deine Hand geben, und alles, was darin männlich ist, sollst du mit der Schärfe des Schwerts schlagen. Nur die Frauen und Kinder und das Vieh und alles, was sich in der Stadt an Beute findet, darfst du als Plündergut für dich behalten. Doch in den Städten dieser [sieben] Völker, sollst du nichts am Leben lassen, was Atem hat“ (Deut. 20:10-18). Wird das Friedensangebot abgelehnt, dürfen nur die Männer bekriegt werden. Rabbiner Isaak Abaranel (1437-1508) erklärt, dass die Männer die Entscheidung getroffen haben, das Friedensangebot abzulehnen, und dass sie die Konsequenzen tragen müssen. Die Frauen und Kinder waren nicht Teil des Entscheidungsprozesses und müssen verschont werden. Wer nicht für die Kampfhandlung verantwortlich ist, darf nicht verletzt werden. Warum das nicht auch für die sieben kanaanitischen Völker gilt, kann im Rahmen dieses Artikels nicht erläutert werden.

„Ich bin dein Schild“

Im 14. Kapitel der Genesis wird berichtet, dass eine Koalition von vier Königen aus der Region Sodom und Gomorra eine Rebellion gegen fünf andere Könige anzettelte. Abrahams Neffe Lot lebte in Sodom, das von den aufständischen Königen erobert und geplündert wurde. Lot und seine Habe gerieten in Gefangenschaft. Als Abraham von Lots Gefangenschaft erfuhr, versammelte er 318 seiner besten Krieger und verfolgte die Angreifer. Ihnen gelang es die feindlichen Könige zu besiegen und Lot und die geraubten Güter zu befreien. Nach dieser Episode wendet sich Gott an Abraham mit folgenden Worten: „Fürchte dich

nicht, Abram, ich bin dein Schild. Dein Lohn wird sehr groß sein“. Wovor fürchtete sich Abraham? Der Midrasch kommentiert: „Rabbi Levi sagte: Weil unser Vorfahre Abraham besorgt war und sagte: Vielleicht war unter denen, die ich getötet habe, ein einziger Gerechter oder Gottesfürchtiger. Und deshalb habe ich Gottes Zorn auf mich gezogen und werde zur Rechenschaft gezogen werden“. Abrahams Sorge war, dass er in der Schlacht Unschuldige getötet hatte. Obwohl Gott ihm versichert, dass dies nicht der Fall ist, sehen wir die moralische Haltung Abrahams gegenüber zivilen Opfern.

Zivile Opfer des Feindes im Krieg zu reduzieren, bedeutet eine Bodenoffensive mit hohen Verlusten auf israelischer Seite. Wäre dies nach der Halacha gerechtfertigt? Rabbiner Chajim Jachter diskutierte diese Frage mit führenden Rabbinern mit folgenden Ergebnissen: In Zeiten des Krieges ist der Staat verpflichtet seine Bürger und seine Soldaten zu schützen. In der Halacha gilt der Grundsatz: Man darf sich nicht in Lebensgefahr begeben, um einen Freund vor dem Tod zu bewahren. Es wäre unmoralisch, das Leben seiner Soldaten zu riskieren, um die Zahl der Opfer unter der arabischen Zivilbevölkerung zu verringern.

In manchen Situationen jedoch, kann es gerechtfertigt sein, das Leben der israelischen Soldaten zu riskieren. Z.B., wenn zu befürchten ist, dass die Araber in den Nachbarländern durch große zivile Opfer angestachelt werden und Druck auf ihre Führer ausüben könnten, einen Krieg gegen Israel zu führen, der israelische Leben gefährden würde. Das geht auch aus einer anderen Interpretation des oben angeführten Midrasch hervor, wovon sich Abraham fürchtete: „Rabbi Levi gab eine andere Deutung: Weil unser Vorfahre Abraham sich fürchtete und sagte: Vielleicht werden die Könige, die ich getötet habe, ihre Söhne in Scharen versammeln, und sie werden kommen und Krieg gegen mich führen, um den Tod ihrer Väter zu rächen“.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
 Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
 (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau



**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)

69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Wird Künstliche Intelligenz Autoren und Journalisten überflüssig machen? – Eine jüdische Antwort

Selbstverständlich ist die Künstliche Intelligenz (KI) gerade dabei unser Leben in allen denkbaren Bereichen massiv zu verändern. Sie kann blitzschnell Informationen und Daten zusammenfügen und Aufgaben übernehmen, die für den Menschen anstrengend, gefährlich und zeitraubend sind. Der jüdische Blogger Michael Selutin stellt richtigerweise fest, dass es der KI allerdings noch sehr viel an menschlicher Intuition mangelt und wenn es gar um das Judentum geht, ist eines ihrer größten Defizite, das völlige Fehlen an Humor. Auch Trauer, Schmerz und Empathie kann die KI nicht überzeugend oder gar nicht wiedergeben. (JR)



KATERYNA KON/SCIENCE PHOTO LIBRARY/KO Science Photo Library via AFP

Von Michael Selutin

Roboter haben es nicht leicht als Schriftsteller.

Als Autor gehöre ich zu der Berufsgruppe, die von den Fortschritten in der Künstlichen Intelligenz (KI) besonders betroffen ist. ChatGPT kann in sekundschnelle Artikel zu allen möglichen Themen schreiben. Muss ich um meine Arbeit fürchten? Gibt es vielleicht eine spezifisch jüdische Herangehensweise an dieses Thema?

Als ChatGPT herauskam, hatte ich gehofft, dass es mir beim Schreiben dieses Blogs helfen könnte. Wäre es nicht super, wenn ich einfach einige Parameter in den Computer eingabe und er mir eine tolle, lustige Geschichte für meinen Blog herausspuckt, anstatt, dass ich stundenlang daran arbeiten muss? Die Enttäuschung kam jedoch schnell, als das Herausgespuckte leider weder toll noch lustig war.

Ich erkannte, dass die Künstliche Intelligenz von ChatGPT schnell Informationen und Daten zusammenfügen kann, aber überhaupt keinen Humor hat. Und das ist genau der Unterschied, der Autoren die Angst vor der Künstlichen Intelligenz nehmen kann.

Genauso wie Maschinen und Roboter den Menschen von monotoner körperlicher Arbeit befreit haben, genauso befreit uns die künstliche Intelligenz vor monotoner geistiger Arbeit. Das Sammeln von Daten und Informationen, um sie wie bei einem Wikipedia Text zusammenzufassen, ist nicht schwer, aber sehr zeitaufwendig.

Genauso wie Maschinen kräftiger sind als Menschen, sind Computer in bestimmten Bereichen intelligenter als Menschen, wie es uns der Taschenrechner seit vielen Jahren immer wieder beweist. Dementsprechend kann man die Künstliche Intelligenz sehr gut für informative Texte nutzen.

Die Seele des Computers

„Da bildete Gott der Herr den Menschen, Staub von der Erde, und blies den Odem des Lebens in seine Nase, und so wurde der Mensch eine lebendige Seele.“

(1. Mose 2, 7)

Der römische Konvertit Onkelos (wahrscheinlich Aquila aus Sinope) nahm bei seiner Übersetzung dieses Verses ins Aramäische eine wichtige Änderung vor, um tiefere Bedeutung des Textes herauszustellen. Er ändert lebendige Seele in „sprechender Geist“, um zu zeigen, dass es vor allem die Sprache ist, die den Menschen vom Rest der Schöpfung unterscheidet.

Die Sprache ist also etwas spezifisch Menschliches und ein Ausdruck seiner Seele.

Man könnte annehmen, dass die Künstliche Intelligenz wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, die seelischen Aspekte des Menschen nachzubilden. Wie meine Forschungen im Zusammenhang mit lustigen jüdischen Geschichten von ChatGPT ergeben haben, ist die KI

heute sicherlich noch weit davon entfernt, Humor generieren zu können. Das gilt auch für andere menschliche, emotionale Aspekte wie Freude, Trauer, Leidenschaft, Liebe usw.

Bisher hat es noch kein Computer geschafft einen lustigen Witz zu erzählen

Ein Computer besitzt diese Emotionen nicht und ist deshalb nicht in der Lage, sie in einem Text wiederzugeben. Beschreiben kann er sie sicherlich, aber beim Lesen eines emotionalen Textes spürt man die Emotionen des Autors, da er die Vorgänge in seiner Seele durch Sprache zum Ausdruck zu bringen kann.

Das ist der Odem des Lebens im Menschen, den Tiere nicht haben und Computer wahrscheinlich ebenfalls nicht haben werden.

Menschlicher werden

Wer jedoch nicht an die göttliche Seele glaubt, sondern sie lediglich für ein Zusammenspiel biologischer Funktionen im Menschen hält, hat berechtigte Angst um seinen Autorenjob. Wenn alles menschliche Empfinden nur Hardware ist, dann sollte es auch vom Computer nachgebildet werden können.

Wer hingegen an die Bibel glaubt, kann sich entspannt zurücklehnen und hoffen, dass Gott seinen Odem des Lebens nicht auch in einen Computer haucht, so dass

dieser in die Lage versetzt wird, Emotionen durch Sprache zu vermitteln.

Es gibt also den seelischen Bereich der Sprache, der bisher nicht von der KI nachgebildet werden kann, während man die KI, wie einen Taschenrechner, für Texte, die auf Daten und Informationen basieren, sehr gut verwenden kann.

Für einen Autor bedeutet dies, dass er bei bestimmten Aufgaben von der KI ersetzt werden kann, da ChatGPT einen Text zum Beispiel über die Französische Revolution besser und natürlich günstiger schreiben kann als ein menschlicher Autor.

Was die KI jedoch nicht kann, wäre eine Beschreibung der Französischen Revolution, die auch Emotionen beinhaltet, also die Verzweiflung des Volkes, die zur Revolution führte und die Euphorie nach der Erstürmung der Bastille.

Um sich von der KI abzusetzen, muss ein Autor also menschlicher werden. Wenn er seinen Job behalten will, darf er Texte nicht mehr im informativen Wikipedia-Stil schreiben, sondern muss seine Seele ebenfalls zum Ausdruck bringen.

Das gilt nicht nur für lustige Blogs, sondern auch für normalerweise eher informative Artikel über Wirtschaft, Politik, oder Wissenschaft. Ein wenig Humor, Freude und Trauer (vielleicht bei fallenden Aktienkursen) machen einen eher trockenen Artikel lesbarer und sichern dem Autor seinen Job.